Aufstieg und Verfall
einer wertorientierten Bewegung

Dargestellt am Beispiel der Gesamtdeutschen Volkspartei

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Philosophie
im Fachbereich
Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Pädagogik
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von
Barbara Jobke
aus
Breslau

1974

74 316

Aufstieg und Verfall einer wertorientierten Bewegung

Dargestellt am Beispiel der Gesamtdeutschen Volkspartei

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Philosophie
im Fachbereich
Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Pädagogik
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von
Barbara Jobke
aus
Breslau

1974

Gedruckt mit Genehmigung des Fachbereichs
Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Pädagogik
der Universität Tübingen

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Hauptberichterstatter:	Prof. Dr. Th. Eschenburg
Mitberichterstatter:	Prof. Dr. G. Lehmbruch
Dekan:	Prof. Dr. A. Flitner
Tag der mündlichen Prüfung:	10. Juni 1974

DISSERTATIONSDRUCK · Johannes Krause · BUCHBINDEREI
78 Freiburg i. Br., Bertoldstraße 43

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
1.	Die wertorientierte Bewegung als Bezugseinheit - ihre Definition und Begründung	5
2.	Die Phase des Entstehens einer wertorientierten Bewegung	14
2. 1	Strukturmerkmale des gesellschaftspolitischen Rahmens	14
2. 2	Die Bedeutung von Spannungen	19
2. 2. 1	Spannungen - begründet in der innerkirchlichen Entwicklung	19
2. 2. 1. 1	Die Bekennende Kirche während des Dritten Reiches	20
2. 2. 1. 2	Der Aufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nach 1945	27
2. 2. 2	Spannungen - begründet in der gesellschafts-politischen Entwicklung	43
2. 3	Die Bedeutung von Glaubenshaltungen	47
2. 4	Beschleunigende Faktoren	51
2. 4. 1	Die westdeutsche Wiederbewaffnung	51
2. 4. 2	Der Rücktritt des Bundesinnenministers HEINEMANN	58
2. 4. 3	Die Artikulation der konkretisierten Glaubens-haltung	64
2. 4. 4	Beschleunigende Faktoren und die Dringlichkeit zum Handeln	68

		Seite
3.	Die Mobilisierung zu politischem Handeln - die Anfänge einer wertorientierten Bewegung	71
3. 1	Die Führung der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas"	71
3. 2	Die Außenpolitik der Bundesregierung	75
3. 3	Die außenpolitischen Vorstellungen der Notgemeinschaft	78
3. 4	Mittel und Organisationsformen zur Zielverfolgung	84
3. 5	Die Anfänge eines Organisationsaufbaus	88
3. 6	Die Haltung der Träger sozialer Kontrolle	92
3. 6. 1	Die Presse	93
3. 6. 2	Die Wirtschaft	94
3. 6. 3	Die Gewerkschaften	95
3. 6. 4	Die Kirchen	96
3. 6. 4. 1	Die Katholische Kirche	96
3. 6. 4. 2	Die Evangelische Kirche	97
3. 6. 5	Die politischen Parteien	102
3. 6. 5. 1	Die Regierungsparteien	102
3. 6. 5. 2	Die Sozialdemokratische Oppositionspartei	108
3. 7	Auswirkungen der Haltung der Träger sozialer Kontrolle	111

Seite

4. Die Phase der gesteigerten Aktivität - die Konstituierung als Gesamtdeutsche Volkspartei 118

4. 1 Organisationsausbau 118

4. 2 Die politischen Zielsetzungen 126

4. 2. 1 Zur Außenpolitik 126

4. 2. 2 Zur Innenpolitik 129

4. 2. 3 Zur Wirtschaftspolitik 136

4. 3 Bundestagswahl 1953 142

4. 3. 1 Wahlziel 142

4. 3. 2 Wahlbündnis 143

4. 3. 3 Wahlkampfstil 149

4. 3. 4 Wahlergebnis 151

4. 4 Die Belastbarkeit der Teilnahmemotivation 154

4. 4. 1 Die Wahlniederlage 154

4. 4. 2 Das Wahlabkommen 156

Seite

5. Phase der programmatischen Umorientierung 159

5.1 Die veränderte weltpolitische Lage 159

5.2 Reaktionen in der GVP 161

6. Die Phase der Auflösung 170

6.1 Die Landtagswahlbeteiligung 170

6.2 Die Wahlbündnisverhandlungen 180

6.3 Die Bedeutung der Auflösung 186

LITERATURVERZEICHNIS 191

1. Quellen 191

1.1 Archivmaterial 191

1.2 Wichtigere Einzeldokumente, Dokumentationen, Statistiken u. a. 201

2. Allgemeine Literatur 206

3. Aufsätze 219

1. Die wertorientierte Bewegung als Bezugseinheit - ihre Definition und Begründung

Nach Rudolf HEBERLE[1] verwenden alle westlichen Sprachen die Metapher "Bewegung", um ein Phänomen zu bezeichnen, das man im deutschen "Soziale Bewegung", "mouvement sociale" im französischen, oder "Social movement" im anglo-amerikanischen Sprachbereich nennt.

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Terminus soziale Bewegung in Gebrauch kam, hatte er eine sehr spezifische Bedeutung: man assoziierte ihn mit der neu aufgekommenen Industriearbeiterschaft. Soziale Bewegung bedeutete die Bewegung dieser neuen Klasse einschließlich all ihrer anarchistischen, kommunistischen und sozialistischen Strömungen. In der europäischen Forschung hielt man noch über die Jahrhundertwende an dieser Identifizierung fest: bis in die 20er Jahre verstand man unter sozialer Bewegung eben die Arbeiterbewegung. Aber schon allein solche spektakulären Bewegungen wie die faschistische oder nationalsozialistische machen deutlich, daß eine solch eng gefaßte Definition des Konzeptes heutzutage unhaltbar wäre.

Bemühungen, die die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen betreffen, werden von der modernen Forschung als eines der wichtigsten Merkmale einer sozialen Bewegung genannt. HEBERLE stellte als wesentliche Merkmale heraus: "The main criterion of a

1) Rudolf HEBERLE, Observations an the Sociology of Social Movements, in: American Sociological Review, XIV, No. 3, June 1949, S. 349.

social movement . . . is that it aims to bring about fundamental changes in the social order." Eine soziale Bewegung ist "a collective attempt to reach a visualized goal, especially a change in certain social institutions" [2]. Als ein Hauptcharakteristikum einer sozialen Bewegung nennt HEBERLE also: kollektives Bemühen, das auf eine Veränderung in der gesellschaftlichen Ordnung, und damit in den Mustern menschlicher Beziehungen, den gesellschaftlichen Institutionen, wie den sozialen Normen gerichtet ist[3]. In anderen wichtigen Untersuchungen, so etwa in der von BLUMER[4] wird definiert: "a social movement signifies either a collective effort to transform some given area of established social relations, or else a large unguided change in social relations involving, however unwittingly, large numbers of participants." Nach C. W. KING[5] ist eine soziale Bewegung "a group venture extending beyond a local community or a single event and involving a systematic effort to inaugurate changes in thought, behavior, and social relationships." Joseph R. GUSFIELD spricht von sozialen Bewegungen als von "socially shared demands for change in some aspect of the social order"[6]. TURNER und

---

2) Rudolf HEBERLE, Social Movements, New York 1951, S. 6.

3) Vgl. auch: R. HEBERLE, Observations on the Sociology of Social Movements, a. a. O., S. 346-357.

4) Herbert BLUMER, Collective Behavior, in: Joseph B. Gittler (ed.), Review of Sociology, Analysis of a Decade, New York/London 1957.

5) Clarence W. KING, Social Movements in the United States, New York 1956, S. 27.

6) Joseph R. GUSFIELD, The Study of Social Movements, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 14, 1968, S. 445.

KILLIAN[7] sehen in diesem Phänomen soziale Bewegung "a collectivity acting with some continuity to promote or resist a change in the society or group of which it is a part."

In all diesen Definitionen wird als eines der zentralen Merkmale einer sozialen Bewegung herausgestellt: Menschliche Anstrengungen, sich in den Prozeß gesellschaftlichen Wandels direkt einzuschalten, auf ihn Einfluß zu gewinnen. Während in vielen dieser Definitionen das Ziel betont wird, im gesellschaftlichen wie kulturellen Bereich irgendwelche neuen Formen herbeizuführen, lassen TURNER und KILLIAN es allerdings offen, ob es sich um ein Bemühen handelt, das irgendeine Veränderung fördern oder blockieren soll ("to promote or resist a change"). In ähnliche Richtung geht SMELSER, der das Wort "change" überhaupt streicht und es durch die Wörter "restoration", "protection", "modification" oder "creation" ersetzt[8]. SMELSER kann auf viele soziale Bewegungen verweisen, die sich gerade nicht eine gesellschaftliche Veränderung zum Ziel gesetzt hatten, sondern sich solchen Veränderungen widersetzen wollten, also gerade den Schutz gesellschaftlicher Normen vor einer Veränderung zum Ziel hatten. In jedem Fall aber werden die Menschen als Handelnde gesehen und nicht als solche, die passiv auf irgendwelche kulturellen Strömungen oder gesellschaftlichen Tendenzen reagieren.

In vielen Definitionen über dieses Phänomen soziale Bewegung steht "kollektives Bemühen" ("collective effort"), kollektives Handeln" ("collective action") als weiteres wichtiges Merkmal -

---

7) Ralph H. TURNER and Louis M. KILLIAN, Collective Behavior, Englewood Cliffs, N. J., 1957, S. 308.

8) Neil J. SMELSER, Theory of Collective Behavior, London 1962, S. 110 f.

steht also die Annahme "kollektiven Verhaltens" ("collective behavior")[9].

Um kollektives Verhalten als einen Teilaspekt sozialen Verhaltens herauszustellen, hebt BLUMER[10] kollektives Verhalten von Verhalten in kleinen Gruppen sowie vom allgemein - gesellschaftlich bestimmten Verhalten ab. So erklärt er den "kollektiven Faktor" zum einen aufgrund physischer und psychologischer Kriterien: Während in kleinen Gruppen das Geschehen für den Einzelnen überschaubar sei, er das Gefühl und die Möglichkeit persönlicher Kontrolle besitze, die Beziehungen untereinander direkt seien, entstehen bei größeren Gruppierungen eben aufgrund der höheren Teilnehmerzahl ganz bestimmte strukturelle Eigentümlichkeiten. Hier fehlt die persönliche Konfrontation, die Beziehungen werden mittelbar. Diese notwendigerweise anderen Beziehungsmuster, Kommunikations- und Organisationsformen machen eine neue Dimension, eine "kollektive Dimension" aus. Das zweite wichtige Charakteristikum ist für BLUMER, daß kollektives Verhalten außerhalb der sozialen Verhaltensnormen liegt. Während andererseits alles Verhalten gewissen gesellschaftlich-kulturellen Erwartungsnormen unterliegt (selbst wenn sie nicht von allen befolgt werden), ist kollektives Verhalten mit unstrukturiertem zu vergleichen, mit einem Verhalten, das erst noch auf der Suche nach einer Form ist. Es ist ein Verhalten "formed and forged to meet undefined or unstructured situations"[11].

---

9) In den 20er Jahren wurde dieser Ausdruck "Collective Behavior" von dem amerikanischen Soziologen Robert E. PARK geprägt.

10) H. BLUMER, Collective Behavior, a.a.O., S. 127-158.

11) A.a.O., S. 130.

Neil J. SMELSER hat mit Hilfe der "Social Action"-Theorie Annahmen für breit angelegte systematische Erklärungen kollektiven Verhaltens entwickelt[12]. Er geht von einem Konzept sozialen Handelns aus, in dem soziales Handeln in vier Grundkomponenten zerlegt wird, in: Werte ("values, or general sources of legitimacy"), Normen ("norms, or regulatory standards for interaction"), Motivation ("mobilization of individual motivation for organized action in roles and collectivities") und situationsbedingte Mittel ("situational facilities, or information, skills, tools, and obstacles in the pursuit of concrete goals"). Von diesen vier Komponenten leitet SMELSER dann seine Typologisierung kollektiven Verhaltens ab. Wobei das grundlegende Prinzip ist, "that each type of collective behavior is oriented toward a distinct component of social action." Somit ergibt sich a) die wertorientierte Bewegung oder "the value-oriented movement is collective action mobilized in the name of a generalized belief envisioning a reconstitution of values", b) die normorientierte Bewegung "the norm-oriented movement is action mobilized in the name of a generalized belief envisioning a reconstitution of norms", c) ein Ausbruch von Feindseligkeiten beziehungsweise "the hostile outburst is action mobilized on the basis of a generalized belief assigning responsibility for an undesirable state of affairs to some agent", und d) Massenwahn und Panik beziehungsweise "the craze and the panic are forms of behavior based on a generalized redefinition of situational facilities"[13].

---

12) Dabei verwendet SMELSER prinzipiell den gleichen theoretischen Ansatz wie zur Erklärung alles sonstigen sozialen Verhaltens. Zur ausführlichen Darstellung vgl.: N. J. SMELSER, a. a. O., S. 23 ff.

13) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 9.

Im Unterschied zu BLUMER und anderen Autoren sind für SMELSER Glaubenshaltungen ("generalized beliefs") das entscheidende Merkmal allen kollektiven Verhaltens. Faktoren wie Zeit und physische Stärke wirken sich wohl aus auf "timing, form and extent of episodes of collective behavior". "They are not, however, essential defining characteristics." In gleicher Weise gilt das für das Interaktionsmuster, Formen der Kommunikation und Organisation, wie für psychologische Faktoren[14].

Glaubenshaltungen dienen SMELSER als wichtigste Erklärung kollektiven Verhaltens, Glaubenshaltungen mit einem spezifischen Merkmal: sie involvieren eine Art Kurzschluß-Denken ("short-circuiting process")[15]. Aufgrund dieses Spezifikums mißt SMELSER diesen Glaubenshaltungen solch hervorragende Bedeutung bei: sie dienen dazu, Individuen zu kollektivem Handeln bereit zu machen. "They create a 'common culture' within which leadership, mobilization, and concerted action can take place"[16].

Joseph GUSFIELD spricht von "direkten" und "indirekten" Bewegungen oder Phasen einer Bewegung. Während die direkte Bewegung eine Organisation aufweist, eine Anhängerschaftsstruktur, eine formelle Führung vorliegt, spezifische Ziele verfolgt werden, fehlt der indirekten Bewegung der organisatorische Rahmen und statt eines eng umrissenen Programms liegt eine sehr breite Themenwahl vor[17]. Eine ähnliche

---

14) A. a. O., S. 9 f.

15) Eine ausführliche analythische Herleitung macht SMELSER, a. a. O., S. 67-82.

16) A. a. O., S. 82.

17) Joseph R. GUSFIELD, The Study of Social Movements, a. a. O., S. 445.

Unterscheidung macht Herbert BLUMER, wenn er "allgemeine soziale Bewegungen" von "spezifischen sozialen Bewegungen" abgrenzt[18]. Diese allgemeinen sozialen Bewegungen - HEBERLE wählt für sie die Bezeichnung "Trends" oder "Tendenzen" - [19] hebt BLUMER dann noch gegenüber einer dritten Kategorie, den "expressiven Bewegungen", ab. Hierzu sind beispielsweise Modebewegungen zu zählen. Im Unterschied zu den spezifischen wie den allgemeinen sozialen Bewegungen verfolgen solche expressiven aber nicht das Ziel "die Institutionen der sozialen Ordnung oder deren objektiven Charakter zu verändern"[20].

SMELSER typologisiert soziale Bewegungen aufgrund derselben Kategorien, die er für die Analyse aller kollektiven Verhaltensformen anwendet, mit dem zentralen Ansatz, daß die Glaubenshaltungen, und zwar ihr jeweils spezifischer Charakter, den jeweils spezifischen Typ einer Form kollektiven Verhaltens ausmacht. Auf diese Weise enterscheidet SMELSER grundsätzlich zwei Arten von sozialen Bewegungen: soziale Bewegungen, die von einer normorientierten Glaubenshaltung getragen werden, klassifiziert er als "normorientierte Bewegungen" und als "wertorientierte Bewegungen" diejenigen, die eine wertorientierte Glaubenshaltung bestimmt[21]. Normorientierte Bewegungen haben also zum Ziel die Veränderung (wobei Veränderung

---

18) Herbert BLUMER, Collective Behavior, in: A. M. LEE (ed.), New Outline of the Principles of Sociology, New York 1946, S. 199 f.

19) R. HEBERLE, Social Movements, 1951, S. 8 f.

20) H. BLUMER, Collective Behavior, in: A. M. LEE (ed.), a. a. O., S. 214.

21) N. J. SMELSER, Theory of Collective Behavior, S. 80 f.

sowohl wiederherstellen, bewahren, modifizieren oder neu schaffen bedeuten kann) irgendwelcher gesellschaftlicher Normen[22]. Hingegen zielen wertorientierte Bewegungen wesentlich auf eine Veränderung (Veränderung erneut innerhalb jenes breiten Spielraumes) von Werten ab. Unter diese Kategorie fallen somit sowohl revolutionäre Bewegungen, als auch etwa religiöse Sekten[23].

Für die vorliegende Studie über die "Gesamtdeutsche Volkspartei" (GVP) wird auf SMELSERS Typologisierung sozialer Bewegungen zurückgegriffen - auch wenn zuweilen die allgemeineren Bezeichnungen wie soziale oder politische Bewegung benützt werden.

Die Anwendung erscheint zweckmäßig. Die SMELSERsche Typologisierung ermöglicht eine analytische Unterscheidung zwischen einzelnen Arten von sozialen Bewegungen. Im Unterschied zu der allgemeinen Bezeichnung sozialer Bewegung, die sowohl revolutionäre als auch Reformbewegungen deckt. Die analytische Differenzierung zwischen norm- und wertorientierter Bewegung ermöglicht, daß die Untersuchung einer sozialen Bewegung in direkte Beziehung zu der größeren Gesellschaft, deren Normen und Werten gesetzt wird.

Das vorliegende empirische Material wird als eine erklärende Monographie dargestellt. Wobei versucht wird, anhand bewährter Hypothesen das empirische Material zu systematisieren und damit zu generalisierten Aussagen zu kommen. Das Entstehen der Gesamtdeutschen Volkspartei wird mit jener Hypothese erklärt, die SMELSER generell für das Aufkommen kollektiver

---

22) A. a. O., S. 270.

23) A. a. O., S. 120-121, S. 313 ff.

Verhaltensformen, und also auch wert- und normorientierter Bewegungen aufgestellt hat. SMELSER geht dabei von einem methodologischen - dem wertaddierenden Ansatz - aus, wobei ein wertsteigerndes Zusammentreffen von sechs Determinanten erst einen kollektiven Verhaltensausbruch erklärt[24].

Die gewählte Bezugseinheit wertorientierte Bewegung enthält einmal das Konzept kollektiven Verhaltens. Indem die Bedingungen aufgezeichnet werden können, unter denen ein kollektiver Verhaltensausbruch in der Form einer wertorientierten Bewegung entsteht, wird es damit zugleich möglich zu erklären, unter welchen Bedingungen politische Mobilisierung stattfinden kann. Oder umgekehrt: Das Zusammentreffen spezifischer Faktoren läßt die Wahrscheinlichkeit zu, einen kollektiven Verhaltensausbruch in der Form einer wertorientierten Bewegung, und somit gleichzeitig das Entstehen politischer Mobilisierung zu erwarten.

Die gewählte Bezugseinheit geht von der zweiten wesentlichen Annahme aus: das Handeln sozialer Bewegungen ist durch Anstrengungen gekennzeichnet, dem Gesellschaftsprozeß nicht passiv gegenüberzustehen, wobei eine derartige Haltung die Möglichkeit einschließt, dem Gesellschaftsprozeß neue Impulse zu verleihen.

---

24) Vgl. N. J. SMELSER, a. a. O., S. 13 ff.

2. Die Phase des Entstehens einer wertorientierten Bewegung

2.1 Strukturmerkmale des gesellschaftspolitischen Rahmens

Zu Anfang der 50er Jahre entstand in der Bundesrepublik eine soziale Bewegung: die Gesamtdeutsche Volkspartei. Wenn wir in dieser GVP eine soziale Bewegung sehen - wobei wir es vorerst noch offen lassen werden, ob es sich hierbei um eine norm- oder wertorientierte Bewegung handelt - dann gehen wir von SMELSERs Definition aus, daß eine normorientierte Bewegung den Versuch darstellt, "aus einer Glaubenshaltung heraus" irgendwelche Normen, und desgleichen eine wertorientierte Bewegung, irgendwelche Werte "zu restaurieren, zu schützen, zu modifizieren oder neu zu schaffen"[1].

SMELSER erklärt die Bildung solcher Bewegungen aufgrund des Zusammentreffens folgender sechs Faktoren: strukturelle Voraussetzungen ("structural conduciveness"), Spannungen ("strain"), Glaubenshaltungen ("generalized belief"), beschleunigende Faktoren ("precipitating factors"), Mobilisierung zum Handeln ("mobilization of participants for action"), die Haltung der Träger sozialer Kontrolle ("the operation of social control")[2].

Den ersten sieht er bei jenem Phänomen gegeben, das er unter dem Begriff "strukturelle Voraussetzung" zusammenfaßt. Die strukturellen Voraussetzungen für das Entstehen einer sozialen Bewegung

---

1) N. J. SMELSER, Theory of Collective Behavior, S. 270 und 313.

2) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 15 ff.

so wie sie eben definiert wurde, lassen sich dann vielleicht am klarsten fassen mit den von ALMOND erarbeiteten Kategorien "Interessenartikulation" und "Interessenaggregation" [3]. Worunter zusammengefaßt dies zu verstehen ist: In jedem politischen System gibt es Regelungen, wie Wünsche, Ansprüche und Forderungen gegenüber dem politischen Geschehen zum Ausdruck gebracht werden können, und ebenso verfügt jedes politische System in irgendeiner Form auch über Verfahrensweisen und Institutionen, die diese artikulierten Interessen aggregieren. Die Funktion, die verschiedensten Interessen aus Kreisen der Gesellschaft oder von Einzelnen zu artikulieren, ordnet ALMOND mehreren Strukturtypen zu. Sind nun die Strukturen für die Artikulation von Interessen nicht untereinander differenziert, so daß etwa wirtschaftliche und religiöse Interessen zusammentreffen, dann drohen sehr schnell alle spezifischen Forderungen in Generalisierungen umzuschlagen oder: dann droht ein normativer Interessenkonflikt in einem Wertekonflikt zu eskalieren. Dagegen besteht bei differenzierten Artikulationsstrukturen - wie sie etwa Arbeitnehmerverbände im allgemeinen darstellen - eher die Tendenz, statt generalisierter, sehr spezifische Interessen zu formulieren[4]. Interessenaggregation ist die Umsetzung artikulierter Interessen in allgemeinere politische Alternativen[5]. In den modernen hochentwickelten

---

3) Gabriel A. ALMOND and G. Bingham POWELL, Jr., Comparative Politics, A Developmental Approach, Boston/Toronto 1966, S. 11 f.

4) Gabriel A. ALMOND, Introduction: A Functional Approach to Comparative Politics, in: G. A. ALMOND and J. S. COLEMAN (eds.), The Politics of the Developing Areas, Princeton, N. J., 1960, S. 33 - 38.

5) Ausführlicher: vgl. G. A. ALMOND and G. B. POWELL, Comparative Politics, a. a. O., S. 98 f.

politischen Systemen sind gewöhnlich das Parteiensystem und die Ministerialbürokratie die beiden wichtigsten Aggregationsstrukturen. Von beiden führen direkte Verbindungslinien zu den großen Interessenartikulationsstrukturen und zu jenen Strukturen, die die verbindlichen Regierungsentscheidungen treffen. Diese Aggregationsstrukturen müssen in zweifacher Hinsicht differenziert sein: zum einen gegenüber den (wichtigsten) Interessenartikulationsstrukturen und ebenso gegenüber den Regierungsstrukturen im engeren Sinn. Gibt es eine solche Differenzierung nicht, und sie gibt es beispielsweise nicht, wenn in einer Gesellschaft eine politische Partei sich und ihre Politik mit dem Staat gleichsetzt, dann muß es fast unvermeidbar werden, daß Kritik oder Protest gegenüber der Politik dieser Partei durch eine andere politische Partei oder aus Kreisen der Bevölkerung, als grundsätzliche Kritik an dem ganzen politischen System erscheint. [6)]

Wenden wir uns unter diesem Aspekt der Bundesrepublik zu, untersuchen wir also, inwiefern in der politischen Landschaft Westdeutschlands der frühen 50er Jahre strukturelle Voraussetzungen als eine Erklärung für das Entstehen der GVP angesehen werden können, so müssen wir uns folgendes vergegenwärtigen: Mit der Verkündigung des Grundgesetzes war die Bildung eines westdeutschen Staates zum Abschluß gekommen. Die Bundesrepublik (BRD) konstituierte sich als ein parlamentarisch demokratisches Staatswesen. Die politisch-gesellschaftlichen Strukturen dieser BRD der Jahre 1949/50 waren allerdings schon vorgezeichnet: vorgeprägt durch die spezifischen Bedingungen, unter denen das gesamte gesellschaftliche Geschehen in Deutschland in der Zeit nach der bedingungslosen Kapitulation bis hin zur Gründung der BRD stand.

---

6) Vgl. Gabriel A. ALMOND and G. Bingham POWELL, Jr., Comparative Politics, a. a. O., S. 98-109.

Entsprechend der verschiedenen Proklamationen, Direktiven und Konferenzbeschlüsse waren Entmilitarisierung und "Demokratisierung" zwei der großen Leitziele, unter denen die Siegermächte 1945 die Ausübung ihres jeweiligen Besatzungsregiments antraten. Und dem entsprach, daß die Besatzungsmächte für die Mitarbeit am Wiederaufbau jene Gruppen anerkannten und zuließen, die "aus dem Zusammenbruch sozusagen als die Entrechteten des überwundenen Regimes" [7] hervorgegangen waren: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und die beiden großen Kirchen. Nach dem Schema Kommunisten, Sozialdemokraten, Protestanten, Katholiken durften sich die ersten deutschen beratenden Körperschaften bilden. Nach diesem Schlüssel wurden die Zeitungslizenzträger aufgeteilt. Aufgrund ihrer demokratischen Haltung während der Weimarer Republik, aufgrund der erklärten Gegnerschaft zum NS-System wurden die vier Parteilizenzen (KPD, SPD, CDU, LDP bzw. später FDP) vergeben.

Diese Entwicklung verlieh den drei Gruppen, Lizenzparteien, Gewerkschaften und Kirchen damit eine besondere Legitimität. Und sie bewirkte, daß ihnen ein starker politischer Geltungsanspruch zuwuchs. Für Gewerkschaften und Kirchen stellte sich damit eine Situation, die ein gewisses Maß an Konfliktpotential in sich trug. In Anlehnung an ALMOND wollen wir in den beiden Kirchen und den Gewerkschaften zum einen spezifische Interessenartikulationsstrukturen sehen. Zum anderen bedeutet eben diese Nachkriegsentwicklung für diese spezifischen Interessenstrukturen: die Gewerkschaften, daß sie neben ihren speziellen Arbeitnehmerinteressen möglicherweise politische

---

7) Werner WEBER, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 2. Aufl., Stuttgart 1958, S. 52 f.

wahrnehmen (in dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis, "Hüter der Demokratie", kommt das zum Ausdruck); die Kirchen, daß sie auch Aufgaben, die in den politischen Bereich übergreifen, wahrnehmen könnten.

Unter der von uns vorgenommenen Fragestellung erscheint uns noch ein weiteres Phänomen, das die BRD der Jahre 1949/1950 kennzeichnet, relevant: Das erste Regierungskabinett dieses jungen westdeutschen Staates wird von den bürgerlichen Parteien gestellt und von der CDU als der überragend stärksten Partei geführt. Von einer Partei, die allein schon durch den Bestandteil des "Christlichen" in ihrem Namen eine ideelle Nähe zu den beiden großen Kirchen manifestiert, also zu jenen Strukturen, die wir oben als eine der wichtigen Interessenartikulations-Strukturen im damaligen politischen Kräftefeld Westdeutschlands genannt hatten. Zum anderen ist die Gefahr inhärent, daß eine mit dieser ideologischen Komponente geführte Politik bei entsprechender äußerer Konstellation (etwa im Antagonismus "christliches Abendland" - "kommunistischer Osten") zu einer Gleichsetzung dieser ("christlichen") Politik mit dem Staat führen könnte.

2. 2 Die Bedeutung von Spannungen

2. 2. 1 Spannungen, die in der innerkirchlichen Entwicklung begründet sind

Innerhalb dieses eben aufgezeigten Rahmens wenden wir uns im Folgenden einem Phänomen zu, das vielfach mit "Enttäuschung", "Unzufriedenheit" umschrieben, von SMELSER hingegen unter der Kategorie "Spannung" ("strain") untersucht wird[8].

"Spannung", so definiert SMELSER, ist immer ein Ausdruck für einen Zusammenhang zwischen einem Ereignis oder einer Situation und bestimmten allgemeinen und individuellen Maßstäben"[9]. Wenn sich Spannung allgemein so ausdrücken läßt, könnten dann nicht auch die Ereignisse und Entwicklungen, die sich innerhalb der evangelischen Kirche nach dem Krieg abspielen, Ausdruck von "Spannungen" sein. Wenn wir von dieser Annahme ausgehend, die Hauptlinien der innerkirchlichen Vorgänge betrachten, werden wir zugleich nach möglichen Ursachen von Spannungen zu fragen haben.

---

8) SMELSER vermag "Spannung" zu systematisieren: indem er Spannung auf eben jenen vier Ebenen einordnet, die nach seiner Theorie soziales Handeln begründen, vgl. N. J. SMELSER, a. a. O., S. 47-66.

9) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 51.

2. 2. 1. 1 Die Bekennende Kirche während des Dritten Reiches

Der Wiederaufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der nach dem Krieg 1945 von dem württembergischen Landesbischof WURM eingeleitet und 1948 seinen formalen Abschluß findet, dieser Wiederaufbau stellt sich als ein "Kampf" dar zwischen "den beiden großen Kräftegruppen in der EKD, dem Bruderrat und dem Lutherischen Rat"[10].

Dieses Ringen läßt sich nur vor dem Hintergrund des Kirchenkampfes während des Dritten Reiches verstehen, als eben diese beiden Gruppen sich in der kirchlichen Opposition, der Bekennenden Kirche, gesammelt hatten, diese Bekennende Kirche aber von Anfang an in einer "schleichenden Krisis" stand[11], die schließlich gar zur offenen Spaltung geführt hatte.

Die Ursachen der damaligen Auseinandersetzungen waren theologischer, konfessioneller, kirchenmacht-politischer, ja und schließlich politischer Natur. Ihre Hauptlinien lassen sich so skizzieren: Wie dieser Kirchenkampf nur in zweiter Linie einen Kampf zwischen Kirche und Staat, primär und seinem Wesen nach aber "eine theologische Auseinandersetzung im deutschen Protestantismus"[12]

---

10) Kirchliches Jahrbuch 1945-1948, (im Folgenden unter KJ zitiert), hrsg. von Joachim BECKMANN, 72.-75. Jg., Gütersloh 1950, S. 2.

11) Karl KUPISCH, Zwischen Idealismus und Massendemokratie, 4. Aufl., Berlin/Stuttgart 1963, S. 250.

12) Johannes BECKMANN, Der theologische Ertrag des Kirchenkampfes, in: Bekennende Kirche, Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 75.

darstellte, so war schon die Bildung der Bekennenden Kirche durch innerkirchliche Entwicklungen veranlaßt worden: aus dem Widerstand gegen die Deutschen Christen (DC), die weithin mit der nationalsozialistischen Kirchenpolitik übereinstimmten, von denen die zentrale Kirchenführung, die Deutsche Evangelische Kirche (DEK) maßgeblich bestimmt wurden, und die nun ihrerseits im Bereich der Kirche eine Machtergreifung vornahmen. Als in Reaktion zu diesen Maßnahmen im Herbst 1933 der Dahlemer Pastor Martin NIEMÖLLER einen Pfarrernotbund ausrief, war der organisatorische Anfang der Bekennenden Kirche gesetzt. Von diesem Notbund übernahm sie die Form der Leitung und Vertretung der hier zusammengeschlossenen Pfarrer, das Organ eines Bruderrates. Der Machtanspruch der DC hatte zu folgender innerkirchlicher Situation geführt: Die evangelische Kirche war aufgeteilt in sogenannte "zerstörte" und "intakte" Kirchengebiete. In den zerstörten Gebieten, wo also die kirchlichen Behörden in Händen der DC lagen, hatten Bekenntnissynoden - und zwar wesentlich in jenen Landeskirchen mit reformierter Tradition - Bruderräte berufen, die sich anstelle der DC-Kirchenführung ihrerseits als "Notorgan" der kirchlichen Leitung verstanden. Dagegen hatte sich in den intakten Kirchen - das waren vor allem die großen lutherischen Kirchen Württemberg, Bayern, Hannover - das bisherige bischöfliche Kirchenregiment halten können. [13)]

Wie Martin NIEMÖLLER für die Bekennende Kirche "Seele und ... Symbol des Widerstandes" verkörperte[14)], so erhielt ihr ganzer Widerstand erst durch die Mitwirkung Karl BARTHs die "theologische Grundsätzlichkeit"[15)]. Unter seinem maßgeblichen

13) Vgl. Ernst WOLF, Bekennende Kirche, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3., völlig neu bearb. Aufl., Bd. 1, Tübingen 1957, Sp. 985.

14) K. KUPISCH, Zwischen Idealismus und Massendemokratie, S. 212.

15) A. a. O., S. 213.

Einfluß formulierte die Bekennende Kirche (auf ihrer ersten Reichsbekenntnissynode in Barmen 1934) jene "Theologische Erklärung von Barmen"[16], in der die theologischen Anschauungen der DC als Irrlehre verworfen, mit der darüber hinaus aber "die radikale Ablehnung eines theologischen Irrweges, auf dem die evangelische Kirche sich schon seit langem befand, und der jetzt deutlich vor Augen getreten war"[17], ausgesprochen wurde.

Die Theologie dieser DC, die es ermöglichte, politische Ereignisse, Mächte und Gestalten als Gottesoffenbarung zu postulieren - die Anfänge dieser "Theologie der Schöpfungsordnungen"[18] reichen bis ins frühe 19. Jahrhundert zurück und stehen vor dem Hintergrund der Traditionen lutherisch-nationalen Gedankens. Als sich nämlich in der Zeit der Befreiungskriege neben konservativer Staatsgesinnung der überkommenen lutherischen Obrigkeitslehre eine nationalprotestantische Religiosität mit Vorstellungen von "deutscher Sendung" und "deutschem Gott" zu entwickeln begann. Unter diese ganze theologische Entwicklung, dieses "Bindestrich-Christentum"[19], setzte man hier in Barmen einen

---

16) Eine wichtige Untersuchung über die Bedeutung von "Barmen" ist die Arbeit von Ernst WOLF, Barmen, Kirche zwischen Versuchung und Gnade, 2. Aufl., München 1970; aus der umfangreichen Literatur über den Kirchenkampf sei allein verwiesen auf die Reihe: Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, hrsg. von Kurt DIETRICH SCHMIDT, Göttingen 1958 ff.

17) Ernst WOLF, Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1933 bis zur Gegenwart, in: Volk - Nation - Vaterland, Der deutsche Protestantismus und der Nationalsozialismus, hrsg. von Horst ZILLESSEN, Gütersloh, S. 194.

18) E. WOLF, a. a. O., S. 173.

19) E. WOLF, Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1933 bis zur Gegenwart, S. 194.

"Schlußstrich"[20]. Indem diese Barmener Erklärung unter dem christologischen Ansatz BARTHscher Theologie abgefaßt worden war, war es möglich geworden, das Wesen der Kirche, deren Auftrag, wie den Inhalt kirchlicher Verkündigung neu zu formulieren. Das aber hieß, daß das Wesen der Kirche als eine Größe "sui generis" erkannt wurde, mit einem einzigartigen Auftrag, nämlich der alleinigen Verkündigung der "Botschaft Gottes an die Welt"[21] und damit nicht mehr neben und außer dieser Verkündigung irgendwelche Wahrheiten, Mächte und Ereignisse zum Inhalt christlicher Verkündigung zu machen. Einer solchen, ausschließlich christozentrisch präzisierten Bestimmung von Kirche und Auftrag entsprach auch eine neue Zuordnung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Indem hier in Barmen an die Verantwortung der Regierenden wie ebenso der Regierten erinnert wird, hier wohl von den göttlich angeordneten Aufgaben des Staates gesprochen wird, zu deren Erfüllung auch die Androhung wie Ausübung von Gewalt gehören, deren Inhalt zugleich aber von der Sorge um Recht und Frieden geleitet sein muß - damit hatte "Barmen" einen einzigartigen Schritt in der Geschichte des deutschen Protestantismus vollzogen: Mit diesen Sätzen sind zugleich "die Grenzen des Staates"[22] genannt worden. Mit ihnen ist die herrschende lutherische Staatstheologie aufgehoben worden, eine Theologie, die im Staat einen Stellvertreter Gottes auf Erden sah, die also den Staat geradezu vergöttlichen konnte, und die zugleich dem Staat gegenüber "im

---

20) Karl BARTH, Barmen, in: Bekennende Kirche, Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 12 f.

21) J. BECKMANN, Der theologische Ertrag des Kirchenkampfes, S. 77 f.

22) E. WOLF, a. a. O., S. 196.

wesentlichen nur ein ausschließliches Untertanenverhältnis der Regierten kannte" und "der jeder Schein von Demokratie bereits suspekt wurde"[23].

An der Barmener Synode hatten auch die lutherischen Bischöfe der intakten Kirchen teilgenommen und zum Teil dort selbst mitberaten und sich an den Beschlüssen beteiligt. Wenn immer es in der folgenden Zeit aber um die Konkretisierung von "Barmen" ging, brachen die Gegensätze innerhalb der Bekennenden Kirche, also zwischen Bruderräten der zerstörten und Kirchenführern der intakten Kirchen auf. Für die Bruderräte war die mit Barmen beschrittene neue theologische Position Grundlage und Legitimation für ihren Widerstand gegenüber den DC wie auch gegenüber direkten Anordnungen des Staates. Ihr kirchenleitender Anspruch basierte auf einem Recht, das allein aus dem Bekenntnis der hinter ihnen stehenden Gemeinden hervorging, es war ein "einzig von dem Bekennen der Gemeinde" getragenes Recht[24]. Das Handeln dieser bruderrätlichen Kirchenleitungen wie des einzelnen Gemeindegliedes wurde damit zu einer konkreten täglichen Glaubensentscheidung, es war Ausdruck eines "aktuellen Christusbekennens"[25]. Anders war die Situation in den intakten Kirchen. Hier gab es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen "Bekennen" und kirchlichem Recht. Als konfessionelle Kirchen galt hier der lutherische Bekenntnisbegriff, und damit ein sogenanntes "kirchgründendes Bekenntnis"[26],

---

23) E. WOLF, a.a.O., S. 195.

24) Theodor DIPPER, Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933-1955, Göttingen 1966, (Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 17), S. 58.

25) E. WOLF, Bekennende Kirche, Sp. 985.

26) Ebd.

was bedeutete, daß nur die lutherischen Bekenntnisschriften, garantiert durch die Kirchenordnung (-verfassung), kirchenbildend waren, was bedeutete, daß der lutherische Bekenntnisbegriff eine vornehmlich innerkirchliche Funktion und entsprechend wenig Verbindlichkeit für den Glauben, für das "Bekennen" des Einzelnen hatte.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Bekennenden Kirche trafen sich zusammenfassend in der Frage nach der Priorität von "Bekennen" oder "Bekenntnis". Und das hieß zugleich die theologische Streitfrage nach dem Verhältnis von "Gesetz und Evangelium", nach der Vorrangigkeit der Gebote Gottes oder letztlich der vorrangigen Rücksichtnahme auf die weltlichen Strukturen ("Gesetze"). Und schließlich, der Frage nach der Priorität von Bekennen oder Bekenntnis unterlag - von der Sache her - zwangsläufig auch ein machtpolitischer Gesichtspunkt: weil die Forderung, dem Bekennen auch in kirchenorganisatorischer Hinsicht Ausdruck zu geben, also der Umstrukturierung auch der intakten Kirchen nach der bruderrätlichen Konzeption, für die Führer dieser Kirchen die Aufgabe ihres angestauten bischöflichen Kirchenregimentes bedeutet hätte.

Wenn man den Kirchenkampf von Bruderräten und lutherischen Kirchenführern an diesem Begriffspaar "Bekennen" und "Bekenntnis" mißt, dann maß man auf Bruderratsseite das größere Gewicht dem Willen bei, "in den konkreten Entscheidungssituationen sich konkret bekennend zusammenzutun"[27] und konnte aus diesem Wollen, das "Evangelium" dem "Gesetz" vorzuordnen eher den Versuch ableiten, das Evangelium dem

27) Heinz-Horst SCHREY, Die Generation der Entscheidung, Staat und Kirche in Europa und im europäischen Rußland 1918-1953, München 1955, S. 227.

Gesetz konkret vorzuordnen, das heißt den Übergriffen des Staates Widerstand zu leisten.

Von den Kirchenführern wurde die Bedeutung des "Bekenntnisses" hervorgehoben, was mit dem Zusammenschluß in dem "Lutherischen Rat" noch zusätzlich betont wurde. Angesichts einer ohnedies dem Luthertum immanenten Tendenz, der engen Bindung an den Staat, bestand hier die verstärkte Gefahr, um der Erhaltung der das Bekenntnis garantierenden Kirchenverfassung willen, immer wieder das "Gespräch" mit dem Staat zu suchen. Mit anderen Worten: Weil man sich auf Seiten der lutherischen Bischöfe stärker dem Bemühen um Erhaltung des Bekenntnisses, der reformatorischen Bekenntnisschriften als dem konkreten Akt des Bekennens verpflichtet fühlte, suchte man deshalb damit "der Kirche den Lebensraum in diesem Staat zu erhalten und darum nicht nur Reibungen und Zusammenstöße nach Kräften zu vermeiden" und darüber hinaus wurde es hier schwieriger, der Versuchung zu widerstehen "wo man konnte, mit positiven Bekundungen der Loyalität hinter das Regime zu treten"[28].

---

28) Manfred METZGER, Zum Geleit, in: Theodor DIPPER, Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933 - 1945, Göttingen 1966, (Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 17), S. 11.

2. 2. 1. 2 Der Aufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nach 1945

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, nach dem Ende nationalsozialistischer Kirchenpolitik, war die Wiederherstellung kirchlichen Lebens eine Erfordernis. Es war die Frage, ob dieser Aufbau an die bis 1933 gültige kirchliche Tradition anknüpfen, also ein "Wiederaufbau" sein sollte, oder ob in ihm neue Perspektiven sichtbar würden, dieser Aufbau einen "Neubau", einen neuen Anfang der evangelischen Kirche in Deutschland darstellte. Wir können auch sagen: Restauration oder Wandel. Denn was für die Gesellschaft Deutschlands insgesamt galt, davon konnte sich auch die evangelische Kirche nicht ausklammern: Im Dritten Reich und seinem katastrophalen Ende stellte sich der Zusammenbruch der alten Welt, alter Wertigkeiten und Strukturen dar. Wollte man diese dennoch wiederherstellen, dann war das ein Prozeß der "Restauration"[29]. "Restaurative Zeiten", schrieb Walter DIRKS 1950, "sind immer zugleich Zeiten der fälligen, aber verpaßten Umwälzung"[30]. "Restaurationen", so fährt er fort, sind andererseits gleichsam "'natürliche' Vorgänge. 'Natürlich' ist die aktive Selbstsucht der großen und kleinen Privilegierten und ehemals Privilegierten, ihr Drang, ihre Stellung zu halten und auszubauen. 'Natürlich' ist die Bequemlichkeit ... und ihr Mangel an Phantasie: nichts ist 'natürlicher' als wiederherzustellen, was gewesen ist. So geschieht die Restauration aus der Schwerkraft der menschlichen Natur, sie ist das Naheliegende und Wahrscheinliche ..."[31]. Den

---

29) Im Anschluß an Johannes HALLERS "Die Restauration der Staatswissenschaften" hat der Begriff "Restauration" seine engere historische und politische Bedeutung bekommen zur Bezeichnung der Zeit zwischen Wiener Kongreß und den Revolutionen von 1830 und 1848.

30) Walter DIRKS, Der Restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, 5. Jg., H. 9, Sept. 1950, S. 945.

31) a. a. O., S. 946.

Kräften der Restauration stehen die "Erneuerer" gegenüber mit einem "der Zukunft zugewandten Bewußtsein"[32], die aber "bestenfalls die Tatsachen der Zukunft und die Hoffnung, nicht aber die Sicherheit der besseren Zukunft für sich haben, - das ist ihre schwache Position"[33].

Auf der Kirchenkonferenz in Treysa (am 27. August 1945) sollten die ersten Beschlüsse im Hinblick auf den Aufbau der Evangelischen Kirche gefaßt werden. Schon eine Woche zuvor war der Reichsbruderrat in Frankfurt zusammengekommen und hatte dort, stellvertretend für die Bruderräte der Bekennenden Kirche, seinerseits Gedanken zur Neuordnung formuliert. Mit der zentralen Feststellung, daß die Leitung der künftigen Evangelischen Kirche "in ihrer sachlichen Arbeit und ihrer personellen Zusammensetzung nach den Bekenntnissen der Kirche, wie sie in der Theologischen Erklärung von Barmen aufs neue als bindend bezeugt worden ist, ausgerichtet sein muß "[34]. Mit solcher Forderung über die Richtung kirchlicher Neugestaltung deckte und verband sich also zugleich ein personeller wie programmatischer Führungsanspruch. Ein Führungsanspruch, der in einer Zeit ausgesprochen wurde, da von dem Mißtrauen der Besatzungsmächte gegenüber den Deutschen noch am weitgehendsten jene als NS-Gegner bekannten Gruppen ausgenommen waren, und so das Stichwort "Bekennende Kirche" geradezu eine "werbende Wirkung" [35]

---

32) W. DIRKS, Der Restaurative Charakter der Epoche, S. 951.

33) A. a. O., S. 943.

34) "Beschluß des Reichsbruderrates in Frankfurt/M. zur Kirchenleitung" vom 24. August 1945, zit. in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, Gütersloh 1950, S. 3.

35) Karl KUPISCH, Im Bann des Zeitgeistes, in: Theologische Existenz heute, Nr. 159, hrsg. von Karl Gerhard STECK und Georg EICHHOLZ, München 1969, S. 8.

bekam, und der innerkirchlich auch gegenüber den Lutheranern der ehemals intakten Kirchen erhoben wurde. Denn "es sollte und durfte nun wirklich nicht dahin kommen", so war man auf Seiten der Bruderräte der Überzeugung, daß diese "mehr oder weniger neutrale Mitte im Bunde mit den zum größten Teil staatshörigen Kirchenverwaltungen eine Macht ergreifen würde, für die sie sich längst abqualifiziert hatte"[36].

Die aufzubauende Evangelische Kirche sollte an der Theologischen Erklärung von Barmen "ausgerichtet" sein. Das hieß: Die an Barmen orientierte Bekennende Kirche, die in ihrem Kirchenkampf bemüht war, in konkreten Entscheidungssituationen sich konkret zu "bekennen" - sie hatte damit den "Öffentlichkeitsauftrag"[37] der Kirche sichtbar werden lassen, die Kirche hatte damit begonnen, ihre Mitverantwortung für das gesamte öffentliche Geschehen, ihre Verantwortung "für die Welt"[38] wiederzuentdecken. Theologisch begründete sich dieser Öffentlichkeitsauftrag wiederum in BARTHscher Theologie. Genauer gesagt, in deren christozentrisch begriffenen Einheit der Welt, der "Königsherrschaft Christi" sowohl über das Reich Gottes als über das Reich der Welt. Die politisch-ethischen Konsequenzen[39] solchen dogmatischen Ansatzes: Der Staat steht

---

36) Wilhelm NIEMÖLLER, Neuanfang 1945, Zur Biographie Martin Niemöllers. Nach seinen Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahre 1945, Frankfurt/M. 1967, (Antworten 16), S. 46.

37) Eine knappe aber wichtige Darstellung dieses Begriffs macht Ernst WOLF, Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche in: Evangelisches Staatslexikon, Im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages hrsg. von Friedrich KARRENBERG, 4. Aufl., Stuttgart 1963, Sp. 681-683.

38) E. WOLF, Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, Sp. 682.

39) Zwei wichtige Studien zur politischen Ethik schrieb Karl BARTH noch während des Kirchenkampfes: Rechtfertigung und Recht (1938), abgedruckt in: Theologische Studien, H. 1,

zwar "außerhalb der Kirche, aber nicht außerhalb des Herrschaftskreises Jesu Christi"[40]. Wohl ist der Staat eine eigene menschliche Größe, mit einer "relativ selbständigen Substanz, Würde, Funktion und Zielsetzung"[41], aber weil er zugleich auch in den Herrschaftsbereich Christi gehört, besitzt er keine Eigengesetzlichkeit, und kommt darüber hinaus gerade der Kirche, der Christengemeinde, die Aufgabe zu, den Staat immer wieder an die christliche Wahrheit zu erinnern. Hier liegt die öffentliche, die politische Mitverantwortung der Kirche wie des einzelnen Christen. Mit dem von BARTH benutzten Analogieprinzip ist auch die Orientierung für die politische Verantwortung der Christengemeinde gegeben: Ihr politisches Urteilen, Wollen und Wählen muß also davon bestimmt sein, "daß die Gestalt und Wirklichkeit des Staates ... auf das Reich Gottes hin und nicht von ihm weg weise ..., daß die menschliche Politik die göttliche nicht kreuze, sondern daß sie in ihrer ganzen Entfernung von jener parallel gehe"[42]. Die Analogiemethode ermöglicht geradezu eine inhaltliche Festlegung dieser politischen Verantwortung: Die Christengemeinde tritt im politischen Raum in erster Linie für den Menschen und nicht für eine Sache ein: weil Gott Mensch und des Menschen Nächster geworden ist. Sie tritt immer für den Rechtsstaat und gegen jede Anarchie und Diktatur ein, weil Gott in Christus sein ursprüngliches Recht auf den Menschen aufgerichtet hat. Weil Christus gekommen war, um die Verlorenen zu retten, hat sich auch die Christengemeinde stets für die Armen und Schwachen einzusetzen[43].

---

zu 39) 3. Aufl., Zollikon - Zürich 1948, und unmittelbar nach Kriegsende: Karl BARTH, Christengemeinde und Bürgergemeinde, Stuttgart 1946.

40) K. BARTH, Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 13 f.

41) Ebd.

42) K. BARTH, Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 29 f.

43) K. BARTH, Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 33 - 45.

Und da das Analogieprinzip auch ebenso für die zwischenmenschlichen Beziehungen zu gelten hat, schließt sich danach jedes Zwei-Fronten-Denken, jeder Antisemitismus, jede Rassendiskriminierung, jeder Anti-Kommunismus aus. Denn der Umgang mit den "anderen" muß von der Erinnerung getragen sein, "daß Christus auch für sie gestorben und auferstanden ist"[44]. Indem BARTH also ganz konkrete Analogien zwischen dem Reich Gottes und dem irdischen Staat, beziehungsweise zwischen Gott und Mensch aufdeckt - wie also Menschlichkeit, Freiheit, Recht, Gleichheit, Verantwortung - dann stellt er damit zugleich eine Affinität von Christentum und demokratischer Staats- und Lebensform her. Wie er es auch direkt ausspricht: es sei nun mal "nicht wahr, daß man als Christ ebenso ernstlich die Pöbelherrschaft oder die Diktatur bejahen, wollen, erstreben kann wie die Demokratie"[45].

Theologie der "Königsherrschaft Christi" - das ist der Gegenpol zu Luthers "Zwei Reiche-Lehre", mit deren strengen Unterscheidung zwischen dem Reich Gottes und dem Reich der Welt. Wobei in dem einen Reich Gottes, in der Welt, die Obrigkeit notwendigerweise das "Schwertamt" zu führen habe, also das "Gesetz" herrscht, im Reich der Kirche dagegen Gott durch das "Evangelium" regiert, hier nur Gleichheit und Liebe zwischen allen Menschen gilt.

Christologisch begründete Mitverantwortung der Kirche für die Welt - das ist die Aufhebung jener, letztlich auf diese Zwei Reiche-Lehre zurückgehenden Unterscheidung von bürgerlicher Amts- und christlicher Privatmoral, sie hatte das Ende des Staatskirchentums im deutschen Protestantismus zur Voraussetzung. Das Ende einer Verquickung von Staat und Kirche, die

---

44) Karl BARTH, Nein! Antwort an Emil Brunner, in: Theologische Existenz heute, Nr. 14, München 1934, S. 12-13.

45) K. BARTH, Christengemeinde und Bürgergemeinde, S. 45 f.

institutionell geschaffen war in dem bis 1918 gültigen Summepiskopat der evangelischen Landesfürsten. Diese seit der Reformation gültige Verbindung von "Thron und Altar" war begleitet von einer kirchlichen Verkündigung, die sich zunehmend auf die "Innerlichkeit" des Menschen richtete, Sorge und Interesse für die weltlichen, die materiellen Daseinsbedingungen der Menschen dagegen dem Staat überließ. Diese Form des evangelischen Landeskirchentums war vollends zum engen Bündnis zwischen Kirche und monarchischem Obrigkeitsstaat geworden, als sich seit Anfang des 19. Jahrhunderts die Kirche mit der Monarchie in der großen Angriffsstellung gegen die moderne Welt verband, und von da an "Christentum und konservative Staatsgesinnung identisch" wurden, sich "Gläubigkeit und realistischer Machtsinn, reine Lehre und Verherrlichung des Krieges und des Herrenstandpunktes" verschwisterten[46]. Und das alles mit jener bekannten Wechselwirkung: von den damit zu schroffer Kirchenfeindschaft gebrachten Verfechtern der neuen liberalen und sozialen Ideen und deren umso heftigere Ablehnung seitens der Kirche.

Die Verbindung zwischen "Thron und Altar" besagte, daß die öffentliche Wirksamkeit der Kirche sich mehr und mehr darin erschloß, zur Funktion einer staatlichen Inanspruchnahme für die Interessen des Obrigkeitsstaates zu werden. Die evangelische Kirche - und im Hintergrund steht Luthers Verständnis vom Staat, das mit seiner Begründung von staatlicher Macht in Gottes Anordnung "für die Regierten nur die Frage nach dem Gehorsam übrig ließ"[47] - trug auf ihre Weise dazu bei, jenen vielbesagten "Untertanengehorsam", jenes Obrigkeitsverhältnis des in Deutschland überwiegenden

---

46) Ernst TROELTSCH, Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, Tübingen 1919, S. 604.

47) Helmut GOLLWITZER, Bürger und Untertan, in: Politik und Ethik, hrsg. von Heinz-Dietrich WENDLAND, Darmstadt 1969, (Wege der Forschung, Bd. CXXXIX), S. 156.

Luthertums zu verfestigen, das "ohne eigenmächtiges Deuteln sich fügt" [48], das geneigt ist "das Gegebene demütig zu dulden, auch wenn es schlecht ist" [49]. Staatskirchentum im deutschen Protestantismus: Eine evangelische Kirche, die sich dem monarchischen Obrigkeitsstaat in engster Weise verbunden fühlte. Eine evangelische Kirche, die in ihrer Mehrheit nicht dem nationalsozialistischen Staat, wohl aber der jungen Demokratie von Weimar, in kühler Distanz, wenn nicht gar Feindseligkeit begegnet war.

Vor diesem theologischen und kirchengeschichtlichen Hintergrund stehen die Forderungen, die der Reichsbruderrat nun nach Kriegsende im Hinblick auf die aufzubauende Evangelische Kirche erhebt [50]. Und die, wobei sie zugleich dessen Führungsanspruch decken, zusammengenommen in der Vorstellung zum Ausdruck gebracht werden, daß sich in der neuen Evangelischen Kirche die Zusammenfassung aller deutschen Landeskirchen zu einer einheitlichen Kirchengemeinschaft, der einer "Kirche" und nicht eines "Kirchenbundes" darstellen muß. Die Evangelische Kirche als "Kirche" begriffen, das bedeutete Aufgabe des bisherigen konfessionellen Landeskirchentums. Das hieß Abschied nehmen von dem hierarchisch gegliederten bischöflichen Kirchenregiment und dessen überragender behördlicher Apparatur - "Gemeindekirche" statt "Behördenkirche". "Kirche", das hieß anerkennen, daß der aktuelle Bekenntnisakt wichtiger erachtet wird als der geschichtliche Bekenntnisstand, das hieß organisatorische Voraussetzungen schaffen zur

---

48) E. TROELTSCH, Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, S. 551.

49) A. a. O., S. 601 f.

50) Vgl. die Ansprache, die der Sprecher des Reichsbruderrates Martin NIEMÖLLER auf der Kirchenkonferenz in Treysa am 27. August 1945 hält, abgedr. in: KJ 1945-1948, S. 12-15.

Ausübung der Mitverantwortung "für die Welt" durch die "Christengemeinde". Man kann auch sagen, die Bruderräte der Bekennenden Kirche wollten sich zur Wehr setzen, "daß eine kirchliche Restauration auf der Grundlage der Zustände vor 1933 auf gar keinen Fall das Ergebnis der kirchlichen Neuordnung sein darf ..." [51].

Diese Forderungen hatte Martin NIEMÖLLER als Sprecher des Reichsbruderrates gegenüber der Treysaer Kirchenkonferenz erhoben. Er hatte sie zugleich mit einem anderen Gesichtspunkt verbunden, der Frage der Schuld, und hatte damit hervorheben wollen, wo die künftige Evangelische Kirche, wollte sie an Barmen orientiert sein, mithin, wollte sie ihren Öffentlichkeitsauftrag wahrnehmen, wo die Kirche in dem Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg eine zentrale Aufgabe, ihre neu erkannte öffentliche Mitverantwortung auszuüben habe. NIEMÖLLER hatte vor dieser Konferenz gesagt: "Ich muß hier einen Ton anschlagen, der in allem, was wir bisher gehört haben, zweifellos zu kurz gekommen ist. ... Wir ... die Kirche, haben ... zu bekennen: meine Schuld, ... meine übergroße Schuld! Das haben wir heute unserem Volk und der Christenheit zu sagen, ... daß wir vielmehr schuldig sind und versuchen wollen, in Zukunft unsere Pflicht recht zu erkennen und treu zu erfüllen" [52]. Was NIEMÖLLER unter der Aufnahme des Schuldgedankens verstanden wissen wollte, das hat der Bruderrat der Bekennenden Kirche 1947 mit seinem "Wort zum politischen Weg unseres Volkes" [53] nochmals sehr deutlich ausgesprochen.

---

51) So M. NIEMÖLLER auf der Kirchenkonferenz in Treysa, KJ 1945 - 1948, S. 12.

52) M. NIEMÖLLERs Ansprache vor der Kirchenversammlung in Treysa am 27. August 1945, in: KJ 1945-1948, S. 12.

53) "Das Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes" vom 8. August 1947, abgedr. in: KJ 1945-1948, S. 221, sowie:

Die Behandlung der Schuldfrage stellt sich als eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dar, der kirchlichen wie der nationalen. Und es wird dabei ein Verständnis deutscher Geschichte zum Ausdruck gebracht, nach dem die deutsche Vergangenheit nicht in einem partiellen Bild gesehen und das Dritte Reich also nicht als "Betriebsunfall" abgetan wird, sondern es geht eher von einer Kontinuität politischer Strukturen in der deutschen Geschichte aus: deutsche Großmachtvorstellungen in der Außenpolitik verbunden mit innerpolitischer Illiberalität. Und mithin fehlte eine demokratisch kritische Öffentlichkeit, die eine solche Politik in die Schranken hätte weisen können. Zugleich hatte es eine Verkündigung der Kirche gegeben, die, weil sie ein Bündnis mit den Herrschenden einging und sich damit gegen die Macht- und Besitzlosen der Gesellschaft richtete, es sich deshalb versagt hatte, den autoritären Obrigkeitsstaat an die "Wirklichkeit Gottes" zu erinnern und ihm entsprechend andere Wertigkeiten entgegenzustellen.

Diese Vergangenheit mit all ihren "Irreführungen" will der Bruderrat gesehen wissen, eine Vergangenheit der "nationalen Überheblichkeit", wie der "Zuflucht zu der Gewalt". Und es hat das deutsche Volk das "grundsätzliche Mißtrauen gegen das Recht und das ebenso blinde Vertrauen auf die Gewalt zugrunde gerichtet, und wir sind der politische Unruheherd anstatt die tragende Mitte innerhalb der Völker Europas geworden" [54]. Und daran schließt der Bruderrat die Forderung an: "Aus diesen Fehlern haben wir zu lernen ..." [55].

---

zu 53) "Das Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes", Auslegungä im Auftrage des Bruderrates verfaßt von Joachim Beckmann, Martin Niemöller, Hermann Diem, Ernst Wolf, abgedr. in: Hermann DIEM, Haben wir Deutsche etwas gelernt?, Zollikon-Zürich 1948, S. 21-42.

54) Das Wort des Bruderrates..., Auslegung, a. a. O., S. 26.

55) Das Wort des Bruderrates..., Auslegung, a. a. O., S. 37.

Geschichtsstrukturen, die sich an der Wilhelminischen Ära ablesen lassen und schließlich im Dritten Reich - wenngleich mit qualitativen Unterschieden - in verhängnisvollster Weise eine Fortsetzung hatten. Die deutsche Katastrophe von 1945 hatte diese Traditionen in vernichtender Form widerlegt. Die Katastrophe von 1945, von der die Schüler Karl Barths als dem "Gericht Gottes" sprechen und dabei gewissermaßen die Tendenz eines "Offenbarungspositivismus" in der Barthschen Theologie sichtbar machen.

NIEMÖLLER fordert von der Treysaer Kirchenkonferenz die Aufnahme des Schuldgedankens. Das heißt: Aus ihrer öffentlichen Mitverantwortung heraus muß sich die Evangelische Kirche zu einer Solidarität der Schuld mit dem deutschen Volk erklären und diesem damit nach diesem totalen Zusammenbruch einen Weg zeigen, sich mit den Fehlern, mit verhängnisvollen falschen Traditionen der nationalen Geschichte auseinandersetzen und sich damit von ihnen zu lösen und damit frei zu werden für eine neue Zukunft. Diese Frage der Schuld ist dann wenige Zeit später von dem "Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland" - dem von der Treysaer Kirchenversammlung bestellten vorläufigen Leitungsorgan der Evangelischen Kirche, dem Vertreter aller Landeskirchen angehörten - aufgegriffen worden: In jener Erklärung, die der Rat auf seiner ersten Sitzung in Stuttgart (vom 18./19. Oktober 1945), zu ihr waren zum erstenmal seit Jahren wieder Vertreter der Ökumene gekommen, abgibt, und die als sogenanntes "Stuttgarter Schuldbekenntnis" in die Geschichte einging[56].

Neben dieser Stuttgarter Erklärung aber stehen die Maßnahmen und Entscheidungen über den Aufbau der Evangelischen Kirche, das heißt

---

56) "Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland gegenüber den Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen" vom 19. Oktober 1945, in Stuttgart, abgedr. in: KJ 1945 - 1948, S. 26 - 27.

über deren tatsächliche künftige organisatorische und inhaltliche Ausrichtung.

Der Führungsanspruch des Bruderrats war mit der Forderung verbunden, die evangelische Kirchengemeinschaft als "Kirche" zu konzipieren. Dagegen spricht sich in Treysa die andere kirchliche Kräftegruppe, die lutherischen Kirchen, für die Lösung im Sinne eines "Kirchenbandes" aus[57]. Hier war gleichfalls mit der Frage nach der Neugestaltung der künftigen Evangelischen Kirche ein Machtanspruch verknüpft: "die Bildung einer alle lutherischen Kirchen umfassenden Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands als des großen lutherischen Blocks in der als Kirchenbund verstandenen EKD"[58].

Die Treysaer Kirchenkonferenz vom 27. August 1945 stellte "in entscheidender Weise die Weichen"[59] für die künftige Entwicklung der Evangelischen Kirche. Signalisiert durch zwei Entscheidungen dieser Kirchenversammlung. In Treysa berufen die kirchlichen Delegierten zum vorläufigen Leitungsorgan den Rat der (werdenden) EKD. Von dem sollte die Vorbereitung und Ausarbeitung der künftigen kirchlichen Verfassung, letztlich die Entscheidung über deren Bestimmung als "Kirche" oder "Kirchenbund" vorbereitend getoffen werden. Zwölf Mitglieder werden in den Rat berufen. Sechs Vertreter aus lutherischen, vier aus unierten,

---

57) In der "Erklärung des Lutherischen Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands" vom 27. August 1945 in Treysa, abgedr. in: KJ 1945-1948, S. 7-8, nennen die lutherischen Kirchen im Hinblick auf die gesamtkirchliche Neuordnung "die Lutherische Kirche Deutschlands zur Darstellung zu bringen" als ihre vornehmste Aufgabe".

58) KJ 1945 - 1948, S. 68.

59) M. NIEMÖLLER, Neuanfang 1945, Zur Biographie Martin Niemöllers, S. 48.

zwei aus reformierten Kirchen[60]. Eine Zusammensetzung, die die konfessionellen Machtverhältnisse widerspiegelte, die bekenntnismäßige Verschiedenheit berücksichtigte - und damit zur Vorwegnahme der Konzipierung der EKD als Kirchenbund werden muß. Zweitens: Ein vom Reichsbruderrat verfaßtes "Wort an die Pfarrer"[61] wollte sich die Treysaer Konferenz nicht zu eigen machen. Es kam deshalb nicht zu dessen Verabschiedung. In ihm stand die zentrale Forderung, die kirchliche Neuordnung im Kontext zur Schuldfrage zu sehen und zu beantworten. Als Erklärung der gesamten Treysaer Kirchenversammlung wurde der Öffentlichkeit ein "Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben" übergeben[62]. Das Bemerkenswerte bei diesem "Wort" ist, daß nicht die verschiedenen politischen Parteien, sondern die Gründung einer einzigen, der CDU, gewissermaßen den Anstoß gaben. "Seine acht Punkte stellen sozusagen nachträglich eine Legitimierung der Bildung der CDU durch die neue EKD dar"[63].

---

60) KJ 1945 - 1948, S. 15 f.

61) Das auf der Reichsbruderratssitzung vom 21. - 24. 8. 1945 in Frankfurt/M. verfaßte "Wort an die Pfarrer" ist abgedr. in KJ 1945-1948, S. 4 - 7.

62) In Treysa war ein Ausschuß unter dem Vorsitz des EKD-Ratsvorsitzenden Theophil WURM beauftragt worden zur Ausarbeitung eines politischen Wortes. Weil über "jene Manipulationen in Treysa ... auch heute noch nicht ... letzte Klarheit ... besteht", ist allerdings eine "ausdrückliche Verabschiedung durch die Kirchenversammlung ... nicht nachweisbar", so K. KUPISCH, Im Bann des Zeitgeistes, S. 49, Anm. 54; eine Dokumentation der Erklärungen von Treysa findet sich in: Treysa 1945, Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer 27. - 31. August 1945, hrsg. von Fritz SÖHLMANN, Lüneburg 1946.

63) E. WOLF, Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1933 bis zur Gegenwart, S. 207.

1948 war der Aufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) abgeschlossen. Wenngleich die EKD die "in Barmen getroffenen Entscheidungen" bejahen und sich "als bekennende Kirche" verpflichtet wissen wollte[64], die EKD konstituierte sich auf der Eisenacher Kirchenversammlung (vom 10. bis 13. Juli 1948) als ein "Bund lutherisch, reformierter und unierter Kirchen"[65]. Die EKD konnte sich nur als Kirchenbund konzipieren, weil zehn der insgesamt dreizehn lutherischen Kirchen bereits vor der Eisenacher Sitzung den Zusammenschluß der lutherischen Kirchen in der "Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands" (VELKD) vollziehen[66]. Die als Kirchenbund bestimmte EKD schloß die praktische und tatsächliche Anerkennung der theologischen Begriffe der Barmener Erklärung aus, implizierte hingegen die vorrangige Betonung des konfessionellen Bekenntnisses und damit auch Fortbestand kirchlichen Föderalismus, dem eine mehrheitliche Wiederherstellung des bis 1933 gültigen Landeskirchentums entsprach[67].

Die Konstituierung der EKD als Kirchenbund hieß die Verteilung kirchlicher Machtpositionen entsprechend der kirchlichen Machtverhältnisse. Das bedeutete ein Zurückdrängen des personellen

---

64) Art. I, Abs. 2 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland, abgedr. in: KJ 1945 - 1948, S. 96.

65) Art. I, Abs. 1 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland, ebd.

66) Auf der auf den 5.-8. Juli 1948 nach Eisanach einberufenen Versammlung des Lutherischen Rates hatten die zum Zusammenschluß entschlossenen lutherischen Kirchen die Verfassung der VELKD verabschiedet, die wenige Monate später in Kraft trat. Als einzige größere lutherische Kirche war die württembergische der VELKD nicht beigetreten. Vgl. KJ 1945 - 1948, S. 149.

67) Vgl. dazu KJ 1945 - 1948, S. 108 ff.

Führungsanspruchs der Bruderratskreise. Das veranschaulicht die erste EKD-Synode in Bethel (vom 9. - 13. 1. 1949). Auf dieser Synode wird zum EKD-Ratsvorsitzenden der Berliner Bischof DIBELIUS gewählt und zu seinem Vertreter wird, nachdem die VELKD auf diesen Platz Anspruch erhoben hatte, zum stellvertretenden Vorsitzenden an Martin NIEMÖLLERS Stelle, der dieses Amt bisher innehatte, der lutherische Landesbischof LILJE gewählt[68].

Wenn irgendwelche Spannungen immer ihren Ausdruck finden - davon sind wir zum Anfang dieses Kapitels ausgegangen - in einem Zusammenhang zwischen einem Ereignis oder einer Situation und bestimmten allgemeinen und individuellen Maßstäben, dann läßt sich die Situation der EKD, so wie wir sie während der Jahre des Aufbaues der EKD vorgefunden haben, unter die Kategorie Spannung subsummieren.

In den Jahren nach 1945, als innerhalb der Kirche um die Form des Neubaus der EKD gerungen wird, ist das ein Kampf zwischen zwei "Maßstäben" beziehungsweise zwei Wertmaßstäben: dem Wertesystem, das von dem Lutherischen Rat getragen und dem, das der Reichsbruderrat repräsentiert. Wenn die Situation der EKD dieser Jahre unter den Begriff Spannung fällt, weil das Bild der EKD dieser Zeit das Ringen zweier Wertesysteme ausmacht, so lassen sich zugleich auch die Ursachen dieser Spannungssituation spezifizieren: Die Bekennende Kirche, beziehungsweise der sie repräsentierende Bruderrat konnte seinen personellen Führungsanspruch nicht durchsetzen. Mit anderen Worten: dieser nicht erfüllte Anspruch der Bekennenden Kirche kommt einem sozialen Prestigeverlust dieser Gruppe gleich. Die Spannungsursache liegt also einmal in der Erfahrung verminderten gesell-

---

68) K J 1949, S. 149.

schaftlichen Ansehens. Die kirchliche Neuordnung fand ihren Abschluß mit der Konstituierung der EKD als Kirchenbund. Damit hatten die Bruderratskreise auch ihren programmatischen Anspruch nicht verwirklichen können. Sie hatten ihre christologisch bestimmten theologischen Wertvorstellungen gegenüber jenen, die an einem traditionellen Luthertum orientiert waren, nicht durchsetzen können. Damit verursacht der kirchliche Neuordnungsprozeß eine zweite Form von Spannungen: ein Zurückdrängen, eine Bedrohung von Werthaltungen.

Unmittelbar nachdem auf der Eisanacher Kirchenversammlung die EKD sich konstituiert hatte, trat auch in Eisanach der Bruderrat zusammen: Einerseits beugte man sich der Realität: Durch Beschluß nahm der Bruderrat zu der neuen Grundordnung der EKD zustimmend Stellung und erklärte seine kirchenleitenden Funktionen, die auf die Verkündigung des kirchlichen Notrechtes auf der Synode in Dahlem 1934 zurückgingen, für erloschen[69]. Zugleich formulierte man aber die künftige Aufgabenstellung: Die Durchdringung der evangelischen Kirche mit den eigenen theologischen Erkenntnissen. So heißt es in jenem Beschluß des Bruderrates in Eisenach vom Juli 1948: "Die Bekennende Kirche wird künftig in der zu Barmen 1934 bezeugten Verantwortung ihre Aufgabe darin sehen und ihre Bemühungen darauf richten, die EKD und ihre Leitung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und vor allem darauf bedacht sein, daß gemäß Art. 1, 2 der Grundordnung die ihr geschenkten 'Erkenntnisse des Kirchenkampfes über Wesen, Auftrag und Ordnung der Kirche zur Auswirkung' gebracht werden"[70]. Aus Enttäuschung

---

69) "Beschluß des Bruderrates zu der Grundordnung der EKD" vom Juli 1948 in Eisenach, abgedr. in: KJ 1945 - 1948, S. 106 - 107.

70) A. a. O., S. 107.

über die eingetretene innerkirchliche Entwicklung - der Kirchenkampf wird nunmehr vergleichsweise als "eine glückliche Zeit" empfunden[71] - weist sich die Bekennende Kirche dieses Wächteramt zu, und löst sich trotz Beendigung des Kirchenkampfes, trotz der Konstituierung einer neuen EKD, nicht auf. Auf der Bruderratssitzung in Detmold im Januar 1949 wird eine neue "Ordnung der Bekennenden Kirche in Deutschland" beschlossen[72], und als sich die Bekennende Kirche im Oktober 1949 neu konstituierte, wurde Martin NIEMÖLLER zum Bruderratsvorsitzenden gewählt. Nach ihrer neuen Verfassung rekrutierte sich der Bruderrat aus den Vertretungen der Bekennenden Kirche in den einzelnen Gliedkirchen der EKD. Obwohl in allen Landeskirchen Gemeinschaften der Bekennenden Kirche bestanden, war diese am stärksten in den Kirchengebieten mit reformierter Tradition, so vor allem in den unierten Kirchen Westfalens und des Rheinlandes[73].

---

71) Martin NIEMÖLLER, Das Bekenntnis der Kirche, in: Die Stimme der Gemeinde, (im Folgenden unter STdG zitiert), 1. Jg., Nr. 6, Juni 1949, S. 2.

72) Die "Ordnung der Bekennenden Kirche in Deutschland" von 1949 ist abgedr. in: KJ 1949, S. 77 - 79.

73) Vgl. KJ 1945 - 1948, S. 139. Ein Hinweis auf die personelle Stärke der Bekennenden Kirche ergibt sich aus der Auflagenhöhe ihrer Monatszeitschrift, "Die Stimme der Gemeinde": 1950 hatte sie 3400 Abonnenten (vgl. STdG, 2. Jg., Nr. 6, Juni 1950, S. 3), 1953 4800 Abonnenten (vgl. STdG, 5. Jg., Nr. 2, Februar 1953, Sp. 43-44); zur Organisationsstruktur des Bruderrates vgl. Herbert MOCHALSKI, Der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: Bekennende Kirche, Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 159 - 164.

2. 2. 2 Spannungen - begründet in der gesellschafts-politischen Entwicklung

Was sich im Bereich der evangelischen Kirche in den Jahren nach 1945 anzeigt, findet seine Verlängerung in der größeren Gesellschaft. Im jungen westdeutschen Staat sprachen manche Anzeichen für ein Wiederaufleben alter Ordnungen, hinter denen eine Geisteshaltung stand, die sich primär am restaurativen Ziel orientierte. Die Konsolidierung staatlicnen und gesellschaftspolitischen Lebens geht auch mit Tendenzmerkmalen einher, in denen sich Denkstrukturen widerspiegeln, die auch schon dem gesellschaftspolitischen Bewußtsein der deutschen Bevölkerung vor 1933 angehörten. Gewohnheiten, die letztlich stark bestimmt sind von der Kategorie eines Freund - Feind - Schemas. Weil gerade deren Überwindung in den politisch-ethischen Werthaltungen der Bekennenden Kirche eine zentrale Forderung ausmacht, deutet diese gesellschaftspolitische Entwicklung auf eine Begründung weiterer Spannungen hin.

Nach der weltpolitischen Wende im Jahr 1946/47, nachdem sich die Gegensätze zwischen den Hitler-Alliierten USA und UdSSR erheblich zu verschärfen begannen, der "Kalte Krieg" ausgebrochen war, vollzog sich eine große Umorientierung der amerikanischen Politik. Sie war gekoppelt an das Programm des "containment", an jene Eindämmungspolitik, die die Abwehr jeder künftigen sowjetrussischen Einflußerweiterung vorsah[74].

74) Die Eindämmung (containment) - Konzeption ging auf eine Analyse der sowjetischen Außenpolitik durch den amerikanischen Staatssekretär George KENNAN zurück und wurde im März 1947 in Washington offiziell als "Truman-Doktrin" verkündet.

Und sie stand von Anfang an unter dem ideologischen Vorzeichen eines starken Antikommunismus. Im Rahmen dieser Eindämmungspolitik stand ebenso die amerikanische Politik gegenüber Westdeutschland., weil zu dem containment - Programm auch die Konzeption gehörte, daß ein wirtschaftlich saniertes Westdeutschland einen Schutzdamm gegenüber dem Osten darstellen würde. Am Anfang dieser Politik stand die Bildung einer westdeutschen Zwei-Zonen-Wirtschaftsverwaltung. Die weiteren wirtschaftlichen Maßnahmen hatten schließlich, mit Einführung der Währungsreform im Juli 1948, in die alle drei Westzonen einbezogen wurden, zur Entstehung eines westdeutschen Wirtschaftsgebildes geführt. Dieser wirtschaftlichen Konsolidierung folgte die staatliche. "War damals die Währungsreform die Voraussetzung für eine westdeutsche Staatsgründung, so war diese zugleich deren notwendige Folge"[75]. Und weil diese neue amerikanische Politik zugleich auch das ursprüngliche Vorhaben der Besatzungsmächte einer "Reeducation" oder "Demokratisierung" der Deutschen faktisch aufhob[76], gilt zugleich auch dieser Aspekt für die Entstehungssituation der Bundesrepublik: "Die beschleunigte Entwicklung des Kalten Krieges stand Pate; sie hat alle Pläne einer länger dauernden Schutzfrist für die Wiederbegründung der Demokratie in Deutschland überlagert"[77].

---

75) Theodor ESCHENBURG, Am Anfang war die Not, Ursachen bundesdeutscher Entwicklung und Fehlentwicklung, in: Die Zeit, 24. Jg., Nr. 38, vom 19. Sept. 1969, S. 8.

76) Eine umfassende Untersuchung bringt John GIMBEL, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 - 1949, deutsche Ausg., Frankfurt/M. 1971.

77) Karl Dietrich BRACHER, Die zweite Demokratie, in: Die Zeit, 24. Jg., Nr. 50, vom 12. Dez. 1969, S. 55.

Der neue westdeutsche Staat bekommt seinen Regierungssitz im rheinischen Bonn [78]. Nach den ersten Bundestagswahlen im August 1949 bilden die bürgerlichen Parteien, die Christlichen Demokraten (CDU/CSU), die Freien Demokraten (FDP/DVP) und die Deutsche Partei (DP), unter dem CDU-Kanzler Konrad ADENAUER die erste westdeutsche Regierung. In der CDU-Gründung nach dem Kriege spiegelte sich ein wichtiger Aspekt des damaligen Meinungsklimas in Deutschland wieder: eine - was nicht selten nach der Erfahrung einer großen Abnutzung säkularer Werte aufzukommen pflegt [79] - weitverbreitete Wiederentdeckung christlicher Werte. Aber zugleich wies diese neue Partei allein von ihrem Namen her erneut auf die Wiederbegründung eines "Bindestrich-Christentums" hin. Und wenngleich auf interkonfessioneller Basis gegründet, so war doch von Anfang an ein Übergewicht der Katholiken in der CDU unübersehbar [80]. Ja die Gründung der CDU war überhaupt und darüberhinaus für den deutschen Katholizismus von hervorragender Bedeutung, sie führte ihn gleichsam "in der Bundesrepublik aus dem Ghetto heraus" [81], in dem die deutschen Katholiken gesellschaftlich wie politisch letztlich seit der Gründung des Bismarckschen Kaiserreiches gelebt hatten [82].

---

78) Zu den Auseinandersetzungen um den Sitz der Bundesregierung in Frankfurt/M. oder Bonn vgl. etwa Peter MERKL, Die Entstehung der Bundesrepublik, Stuttgart 1965, S. 75 ff.

79) So die Untersuchung von Gerhard LENSKI, The Religious Factor, A Sociological Study of Religion's Impact on Politics, Economics, and Family life, New York 1963, bes. S. 113 ff.

80) Hans Georg WIECK, Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 220.

81) Karl FORSTER, Kirche und Öffentlichkeit, in: Deutscher Katholizismus nach 1945, Kirche Gesellschaft Geschichte, hrsg. von Hans MAIER, München 1964, S. 44.

82) Einen Überblick bringt der Aufsatz von Hans MAIER, Der

Bestimmte die wirtschaftliche Zielsetzung die parteienmäßige Zusammensetzung des ersten westdeutschen Regierungskabinetts, so hätte andererseits eine Regierungsbildung zwischen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten "nahegelegen" [83], um so mit geschlossener Haltung den Besatzungsmächten gegenüber auftreten zu können. Hatten die Besatzungsmächte bereits mit ihrem anfänglichen Lizenzschema Voraussetzungen für das Wiederaufleben, und damit auch hier wieder, Restaurieren eines alten politischen Gegensatzes zwischen Säkularisierten und Christen geschaffen, wurde jetzt mit dieser Regierungsbildung, die ja immerhin für vier Jahre gelten sollte, faktisch ein Pakt geschlossen zwischen den "bürgerlichen" und den "christlichen" Parteien. Wurde, um sich gegenüber der stärksten Oppositionspartei, den Sozialdemokraten, abzuheben, die Gleichsetzung von bürgerlich-christlich und mithin antisozialistisch betont und vollzogen. Die Sozialdemokraten trugen ihrerseits dazu bei, daß sich die Regierungspartei CDU als bewußt antisozialistische Partei festlegen konnte. Indem die SPD nach zwölfjähriger Unterbrechung der Arbeit es unterließ, sich programmatisch wie personell neu zu konstituieren - auch wenn der freidenkerische und vulgärmarxistische Flügel nach 1945 zurückgedrängt und sogar eine gewisse Sympathie zum Christentum, zum Protestantismus sich andeutete - dies waren Ansätze ohne sichtbare Folgen [84].

---

zu 82) politische Weg der deutschen Katholiken nach 1945, in: Deutscher Katholizismus nach 1945, Kirche Gesellschaft Geschichte, hrsg. von Hans MAIER, München 1964, S. 190 - 220.

83) Th. ESCHENBURG, Am Anfang war die Not, a. a. O., S. 9.

84) Eine wichtige neuere Darstellung über die CDU wie die SPD nach 1945 findet sich bei Wolf-Dieter NARR, CDU - SPD, Programme und Praxis seit 1945, Stuttgart/Köln/Mainz 1966.

Eine SPD, die nach dem Krieg wegen programmatischer wie personeller Versäumnisse sich selbst restaurierte, hatte ihrerseits Anteil an der innerdeutschen Fixierung und also Aufrechterhaltung des alten Gegensatzes zwischen "Christentum-Bürgertum" und "Sozialismus".

Diese innerdeutsche Fixierung, man könnte auch sagen Polarisierung, vollzieht sich zur gleichen Zeit, als sich bei den Westmächten, den Besatzungsmächten der Bundesrepublik, mit deren Politik diese mithin verflochten ist, ein entschiedener Antikommunismus durchsetzt. Ein Antikommunismus, der sich in Abwehr "christlich-abendländischer" Werte versteht. Mit anderen Worten: in solcher innerdeutschen ideologischen Polarisierung reflektiert sich nicht nur jene weltpolitische, sondern wird durch diese zugleich erhärtet.

2. 3 Die Bedeutung von Glaubenshaltungen

Geht man von einem Gleichgewichtsmodell sozialen Handelns aus, dann deutet das Auftreten irgendwelcher Spannungen immer darauf hin, daß die Regelungen des gesellschaftlichen Lebens - oder wie SMELSER sagt, die Komponenten sozialen Handelns - aus dem Gleichgewicht gekommen sind. SMELSER, der von einem gesellschaftlichen Gleichgewichtsmodell ausgeht, sieht eine solche Gleichgewichtsunterbrechung wie ihre Aufhebung in diesem Ablauf: "When strain exists, we might say that the components of

social action are out of order and require fixing. How, in general, is strain overcome? How is social action repaired? ... The general principle for reconstituting social action is this: when strain exists attention shifts to the higher levels of the components to seek resources to overcome this strain" [85]. Kurzum, SMELSER sieht mit dem Auftreten von Spannungen zugleich das reaktive Bestreben verbunden, diese zu überwinden, und daß damit das Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Wenn bei Spannungen, also bei Konflikten und wir können auch sagen, in sozialen Krisensituationen, mit dem dann zwangsläufig einsetzenden Prozeß der sozialen Wiederherstellung ("readjustment") eine spezifische Komponente, nämlich eine Art von "Kurzschluß-Denken", eine "wenn nur" - Mentalität [86] verbunden ist, dann läßt sich dieses Phänomen als Glaubenshaltung bezeichnen. Glaubenshaltungen, die SMELSER gerade in ihrer zentralen Bedeutung für alle Formen kollektiver Verhaltensausbrüche hervorhebt. Und denen er zumißt: "Generalized beliefs prepare individuals for collective action" [87].
Wir hatten weiter oben schon davon gesprochen, daß Glaubenshaltungen sich spezifizieren lassen, so zum Beispiel in norm- oder wertorientierte, entsprechend dem anvisierten Ziel, das auf die normative Ordnung oder das Wertesystem gerichtet ist [88]. Glaubenshaltungen mit solch einer "wenn nur" - Mentalität beinhalten zum einen hochgespannte Erwartungen: "wenn nur" das anvisierte Ziel erreicht wird; und sie sind gleichzeitig verbunden mit den schlimmsten Prognosen für den Fall, daß die Spannungsursachen nicht schnell behoben werden.

---

85) N. J. SMELSER, Theory of Collective Behavior, S. 67.

86) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 72.

87) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 82.

88) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 80 ff.

Die verschiedenen Verlautbarungen aus dem Raum der Bekennenden Kirche drückten nicht nur Kritik und Unzufriedenheit aus, sondern spiegelten darüberhinaus Züge einer wertorientierten Glaubenshaltung wider. Die Kritik an der innerkirchlichen wie der gesellschaftspolitischen Entwicklung wurde häufig zusammengefaßt in einem Warnen vor den Kräften der "Restauration", der "Selbstrechtfertigung", dem "Hitler in uns" [89]. Hier läßt sich gewissermaßen jener Vorgang erkennen: In Glaubenshaltungen werden - bedingt und verursacht durch die Spannungssituation - Unsicherheit und Angst auf "spezifische Agenten des Bösen" fixiert [90]. Ein weiteres Merkmal wertorientierter Glaubenshaltungen: Man glaubt von der Gesellschaft, daß sie sich "in einem Zustand des Chaos, der Instabilität, der gestörten Harmonie oder des Konfliktes" befindet. Und schließlich ist man der Überzeugung, daß "das alles überrollende Element des Bösen sich sogar zu einer Bedrohung für die ganze Menschheit ausweiten werde" [91]. Der einzige Ausweg, die einzige Rettung vor dem Verhängnis liegt in der An- und Übernahme neuer Werte, wie sie in der Glaubenshaltung versprochen werden. Auch diesen Aspekt - Rettung durch "Umkehr" - spricht der Bruderrat der Bekennenden Kirche an, wenn er feststellt: "Nicht die Parole: Christentum und abendländische Kultur, sondern Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten ... ist das, was unserem Volk und inmitten unseres Volkes vor allem uns Christen selbst nottut" [92].

---

89) Wie auch gern statt dessen in Anlehnung an das unter diesem Titel erschienene Buch des Schweizers Max PICARD gesagt wurde.

90) N. J. SMELSER, Theory of Collective Behavior, S. 121.

91) Ebd.

92) "Das Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes", in: KJ 1945 - 1948, S. 221.

Angesichts des Ost-West-Gegensatzes, mit seiner ideologischen Gegenüberstellung von "christlichem Abendland" und "kommunistischem Osten", und der gleichzeitigen Einbezogenheit der westdeutschen Besatzungszonen in die westliche und der ostdeutschen in die östliche Welt, liegt es nahe, sich mit diesen Gegensätzen zu identifizieren. Identifizieren heißt hier: Front beziehen gegenüber dem anderen - Kommunismus - und damit sich über die eigenen Fehler hinwegzusetzen. Zentral mit dieser Möglichkeit und Gefahr einer nationalen Selbstrechtfertigung verbinden sich für die Bekennende Kirche globale Chaosprognosen: "Nichts wäre schlimmer, als wenn wir in diesem Augenblick, wo Gott sein Gericht über uns ergehen ließ ... wiederum in jener Frontstellung der 'gottlosen' Welt gegenübertreten würden als die geistig, moralisch und religiös Besitzenden, die sich um diesen Besitz wehren und retten wollen. Es wäre schlimm vor allem für uns Christen selbst . . . Es wäre aber auch schlimm für die Welt. Wir würden Mauern zwischen uns und unserem Nächsten errichten, anstatt uns . . . mit ihm verbunden zu wissen . . . " [93].

---

93) Das Wort des Bruderrates . . . Auslegung, a. a. O., S. 36.

2.4 Beschleunigende Faktoren

2.4.1 Die westdeutsche Wiederbewaffnung

Sehr häufig läßt sich die Beobachtung machen, daß erst durch irgendwelche dramatischen Ereignisse soziale Spannungen zu einem größeren Gewaltausbruch führen. Derartige Ereignisse lassen sich unter dem analythischen Begriff "beschleunigender Faktoren" ("precipitating factors") zusammenfassen und in ihrer Bedeutung für das Auftreten von norm- oder wertorientierten Bewegungen untersuchen.

Beschleunigende Faktoren können "die Befürchtungen oder Haßgefühle in einer Glaubenshaltung bestätigen oder rechtfertigen"[94], oder sie können eine Spannungssituation überbetonen, eine neue schaffen. Sie "geben den Glaubenshaltungen konkreten unmittelbaren Inhalt". "Dadurch schaffen sie einen konkreten Rahmen, wogegen eine kollektive Aktion gerichtet sein kann"[95].

Die Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung wie der Kabinettsrücktritt des Innenministers Heinemann wirken sich als beschleunigende Faktoren aus.

Mit Ausbruch des koreanischen Bürgerkrieges im Sommer 1950 [96] wurde die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung schlagartig aktuell. Der Ausbruch des Korea-Krieges

---

94) N. J. SMELSER, a.a.O., S. 16 f.

95) N. J. SMELSER, a.a.O., S. 17.

96) siehe Seite 52.

96) In zwei Periodika werden die Ereignisse nach 1945 fortlaufend festgehalten: Europa-Archiv, hrsg. von Wilhelm CORNIDES, ab Januar 1953 in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt/M. 1946 ff sowie KEESINGS Archiv der Gegenwart, hrsg. von Heinrich von SIEGLER, Essen 1945 ff. Aus der umfangreichen Literatur über die im Folgenden skizzierten politischen Ereignisse seien nur einige Titel erwähnt: Waldemar BESSON, Von ROOSEVELT bis KENNEDY, Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933 - 1963, Frankfurt/M. / Hamburg 1964, (Fischer-Bücherei, Nr. 598, Bücher des Wissens); Wilhelm CORNIDES, Die Weltmächte und Deutschland, Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945 - 1955, Tübingen / Stuttgart 1957, Einigung und Spaltung Europas 1942 - 1965, Eine Darstellung und Dokumentation über die Zweiteilung Europas, hrsg. von Curt GASTEYGER, Frankfurt/M. / Hamburg 1965, (Originalausgabe der Fischer Bücherei, Bd. 741, Bücher des Wissens); Boris MEISSNER, Rußland, die Westmächte und Deutschland, Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943 - 1953, Hamburg 1954; Gerhard WETTIG, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 - 1955, Internationale Auseinandersetzungen um die Politik der Deutschen in Europa, München 1967, (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 25). Ernst DEUERLEIN, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1949 - 1955, Konstanz 1964, (Sonderdruck aus Brandt-Meyer-Just, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. IV, Abschn. 6); Deutschland und die Welt, Zur Außenpolitik der Bundesregierung 1949 - 1955, hrsg. von Hans-Adolf JACOBSEN und Otto STENZL, Originalausgabe, Veröffentlichung des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn / München 1964, (dtv dokumente, Bd. 174/75).

ließ in den Vereinigten Staaten wie in Europa die Meinung aufkommen, daß die Sowjetunion Korea nur als einen Testfall für weiterreichende Aktionen in Europa ansehe. Und diese Befürchtung bewirkte "einen Wandel der westlichen Politik gegenüber der Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands, die fortan in aller Öffentlichkeit erörtert wurde" [97]. Von einer deutschen Wiederbewaffnung war bisher im offiziellen politischen Verkehr der Westmächte nicht gesprochen worden. Im Gegenteil: entsprechend der 1945 gefaßten Entwaffnungsbeschlüsse gegenüber Deutschland waren die westlichen Besatzungsmächte auch im Hinblick auf den geplanten westdeutschen Staat der Ansicht, daß diesem eine militärische Macht vorenthalten bleiben sollte. Deshalb schieden auch bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz militärische Klauseln "von vornherein aus" [98]. Offiziell hielten die Westmächte noch bis in den Sommer 1950 an dieser strikten Entmilitarisierungspolitik fest. Aber nicht die noch in Potsdam manifestierte Einheit der Hitler-Koalition, sondern die Polarität des Ost-West-Konfliktes prägte das internationale System der Nachkriegszeit.

Im Rahmen der Eindämmungspolitik lagen wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für Europa (Marshallplan). Gleichzeitig setzten Planungen ein, den westeuropäischen und darüber hinaus den westeuropäisch-atlantischen Raum durch wirtschaftliche und politische Stärkung zu einer einheitlichen Gestaltung zu bringen. Bei dem im Mai 1949 gegründeten Europa-Rat waren, wenn auch in

---

97) Udo F. LÖWKE, Für den Fall, daß ..., Die Haltung der SPD zur Wehrfrage 1949 - 1955, Hannover 1969, (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 54.

98) G. WETTIG, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 - 1955, S. 234.

Ansätzen, latent Tendenzen zu einer weiteren Einigung Europas vorhanden. Die Maßnahmen zur militärischen Abwehrkraft Westeuropas fanden zunächst in dem Abschluß des Brüsseler Paktes durch Groß-Britannien, Frankreich und die Benelux-Staaten im März 1948 ihren Niederschlag, wobei die Furcht vor einer sowjetischen Aggression sich bereits als ein wesentliches Argument darstellte. Und dieses Moment war schließlich auch ausschlaggebend für die Gründung des Nordatlantikpaktes (NATO) im Frühjahr 1949, der die Unterstützung der westeuropäischen Verteidigung durch die USA vertraglich sicherstellte. Ebenso wie der Brüsseler Pakt hatte auch die NATO den Charakter eines regionalen Sicherheitsbündnisses zur kollektiven Selbstverteidigung.

Die sowjetische Reaktion auf die amerikanische Eindämmungspolitik bestand in der Bildung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im Herbst 1947, womit sich Moskau eine Möglichkeit verschaffte, die in seiner Einflußsphäre liegenden osteuropäischen Staaten noch enger an sich zu binden, so daß über eine eine schärfere Kontrolle der kommunistischen Parteien die Merkmale von Satellitenregimes noch deutlicher als bisher hervortraten. Abgerundet wurde diese sowjetische Politik 1948 durch den Abschluß zweiseitiger Beistandspakte - in der Ostzone wurde mit dem Aufbau einer kasernierten Deutschen Grenzpolizei begonnen, die schon 1948 in größerem Umfang, als Polizeikräfte deklarierte, militärische Verbände bildeten - und auf wirtschaftlicher Seite 1949 mit der Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON). Rigoros durchgeführt wurde die Konsolidierung des Einflußgebietes durch den Staatsstreich in Prag im Frühjahr 1948. Dagegen schlugen weitere sowjetische Versuche der machtpolitischen Einflußnahme in ihrer Interessensphäre sowie einer weitergehenden Expansion

fehl: Moskau mußte sich mit einer Niederlage der Kommunisten im griechischen Bürgerkrieg, ebenso wie mit dem Scheitern der Berliner Blockade - in beiden Fällen durch amerikanische Gegenmaßnahmen vereitelt - abfinden, wie es den Abfall Jugoslawiens endgültig zur Kenntnis nehmen mußte.

Hatten die Gegensätze unter den Siegermächten zu diesen rivalisierenden Blockbildungen geführt, so wurden sie noch verschärft, als das Deutschland-Problem aus mangelnder Bereitschaft wie aus Unvermögen keiner Lösung entgegengeführt wurde: Das Scheitern der Moskauer Außenminister-Konferenz vom Frühjahr 1947 ebenso wie die Paralysierung der Arbeit in den gemeinsamen Institutionen auf deutschem Boden - Alliiertem Kontrollrat und Berliner Stadtkommandatur - spiegelten diese Entwicklung wieder, in deren Schatten sich im September 1949 durch die Gründung der BRD und im Oktober 1949 durch die der DDR faktisch die Teilung Deutschlands vollzog.

Am 25. Juni 1950 bricht der Korea-Krieg aus. Von diesem Zeitpunkt an setzt eine veränderte Haltung der Amerikaner gegenüber ihrer bisherigen Entmilitarisierungspolitik ein. Sie drängen von nun an ihre westeuropäischen Verbündeten zu der Einsicht, daß gemeinsame verteidigungspolitische Anstrengungen in Europa nur unter westdeutscher Beteiligung sinnvoll seien.

Ein erster konkreter Schritt im Hinblick auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war die Bemerkung des amerikanischen Hochkommissars McCLOY,als dieser am 29. Juli 1950 in einem Interview seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß es im Fall eines Angriffs "sehr schwierig sein würde, den Deutschen das Recht und die Mittel zur Verteidigung ihrer Heimat zu verwehren" [99].

99) Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland (Hrsg.), 4. Vierteljahresbericht über Deutschland, 1. Juli bis 30. September 1950, Frankfurt/M. 1950, S. 2.

In die neu entstandene Debatte greift nun auch der deutsche Bundeskanzler ein und bietet dabei einen deutschen Wehrbeitrag an[100]. Am 18. August 1950 spricht sich ADENAUER in einem Interview mit der "New York Times" für die Aufstellung einer westdeutschen Verteidigungstruppe aus, deren Stärke der der ostzonalen Volkspolizei entsprechen sollte[101]: In mehreren Besprechungen zwischen den Hohen Kommissaren und dem Bundeskanzler wird die Frage eines eventuellen westdeutschen Beitrags zur Verteidigung Westeuropas angeschnitten. Im Anschluß an eines dieser Gespräche hatte sich der amerikanische Hohe Kommissar Mc CLOY von ADENAUER erbeten, die deutschen Ansichten zur Sicherheitsfrage schriftlich zu fixieren. Von ADENAUER werden zwei Denkschriften über Fragen zur Sicherung des Bundesgebietes am 29. August 1950 verfaßt und unter strenger Geheimhaltung und ohne vorherige Abstimmung mit dem Kabinett Mc CLOY übergeben[102]. In dem sogenannten Sicherheitsmemorandum erklärt der Bundes-

---

100) 1965 gibt ADENAUER freimütig zu, daß der deutsche Wehrbeitrag zu Anfang der 50er Jahre nicht von den Alliierten gefordert, sondern von ihm angeboten worden sei - so etwa ADENAUER in einem Fernsehinterview am 5. Mai 1965, zit. in der "Welt" vom 6.5.1965; s. auch Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1945 - 1953, Stuttgart 1965, S. 413.

101) Vgl. Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland, a.a.O., S. 4; zu ADENAUERS Interview-Politik gegenüber der Wiederbewaffnungsfrage in der vorherigen Zeit vgl. Gerhard WETTIG, Politik im Rampenlicht, Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Frankfurt/M. / Hamburg 1967, (Originalausgabe der Fischer-Bücherei), S. 92 - 102.

102) Statt Verweis auf zahlreiche Darstellungen dieser Vorgänge vgl. Arnulf BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Bd. 2, München 1971, (dtv Wissenschaftliche Reihe), S. 13.

kanzler seine Bereitschaft zur deutschen Teilnahme an einer internationalen westeuropäischen Armee. Wörtlich hieß es: "Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten" [103]. Ferner schlägt Adenauer noch zur inneren Sicherheit des Bundes die Aufstellung einer Schutzpolizei auf Bundesebene vor.

Am 31. August versammeln sich die Regierungsmitglieder - in den Morgenzeitungen hatten sie eine Notiz über die Überreichung des Memorandums finden können - zu einer Kabinettssitzung, auf der zu Fragen der Sicherheit der Bundesrepublik Stellung genommen werden sollte. Nachdem ADENAUER den Wortlaut des Sicherheitsmemorandums verlesen hat, erklärt der Bundesinnenminister Gustav HEINEMANN, daß er das Angebot für verhängnisvoll halte und es nicht mitzuverantworten gedenke. Und auf ADENAUERS erregte Frage, was das zu bedeuten habe, antwortet HEINEMANN: "Ich scheide aus der Bundesregierung aus" [104].

---

103) Der Text ist wiedergegeben in: Konrad ADENAUER 1945 - 1953, S. 385 ff; die wesentlichsten Sätze verlas ADENAUER auf der Bundestagssitzung am 8. 2. 1952, vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 191. Sitzung, 8. Februar 1952, S. 8159 f; in seinem vollen Wortlaut ist das Dokument bisher nicht veröffentlicht worden.

104) Gustav W. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt, Notizen zu einer Biographie, Sonderdruck aus: Frankfurter Hefte, Juli 1956, S. 9; ebenfalls abgedruckt: Gustav W. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt, Notizen zu einer Biographie, in: Frankfurter Hefte, 11. Jg., H. 7, Juli 1956, S. 455 - 472.

2.4.2 Der Rücktritt des Bundesinnenministers HEINEMANN

Für HEINEMANNS Haltung sind diese Überlegungen maßgeblich[105]: Die sicherheits- und verteidigungspolitische Situation Westdeutschlands sind für ihn zum damaligen Zeitpunkt von zwei Faktoren bestimmt. Für die Gewährleistung der inneren Sicherheit befürwortet er durchaus die Aufstellung einer Bundespolizei[106]. Hingegen kann die äußere Sicherheit der Bundesrepublik nur von ihren Besatzungsmächten, also den Westmächten garantiert werden. "Aufgrund der bedingungslosen Kapitulation obliegt den Alliierten die Verpflichtung, für unsere Sicherheit gegen Angriffe von außen zu sorgen. Zu dieser Pflicht müssen wir die Alliierten in aller

---

105) Vgl. Gustav W. HEINEMANNS Exposé vom 11. September 1950 an den Bundeskanzler, das wiedergegeben ist in: Gustav W. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt, Notizen zu einer Biographie, Sonderdruck aus: Frankfurter Hefte, Juli 1956, S. 10 - 11; vgl. ferner die Denkschrift "Deutsche Sicherheit", die HEINEMANN am 13. Oktober 1950 der Öffentlichkeit übergab, abgedruckt: Gustav W. HEINEMANN, Deutsche Sicherheit, in: Junge Kirche, 11. Jg., H. 18, November 1950, Sp. 633 - 642.

106) So hatte HEINEMANN auf der Konferenz der Innenminister der Länder am 11./12. Mai 1950 in Berlin auf die Notwendigkeit eines eigenen Exekutivorgans für den Fall eines Staatsnotstandes hingewiesen und den Aufbau einer Bundesbereitschaftspolizei angeregt, die in den einzelnen Ländern stationiert und von Bund und Land eingesetzt werden sollte. Noch 1950 hatte nämlich das westdeutsche Polizeiweisen die organisatorischen und bewaffnungsmäßigen Schwächen seiner Anfänge - infolge Dezentralisierungs- wie Entwaffnungsauflagen der Besatzungsmächte nicht überwunden. Unter die Befehlsgewalt nur von 7 Länderregierungen verteilte sich eine Polizeieinheitenstärke von insgesamt 85 000 Mann. Gegenüber diesem westdeutschen Polizeiwesen war das ostzonale - die Volkspolizei - einheitlich und zentral geführt (etwa 70 000 Mannstärke). Hinzu kamen noch kasernierte Polizeiverbände sowie vollmilitärische Bereitschaften und Schulen; vgl. G. WETTIG, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, S. 299 ff, 289 ff.

Deutlichkeit aufrufen"[107]. HEINEMANN erinnert an das Kommuniqué der Außenminister vom 19. September 1950[108], in dem sich die Westmächte erneut zu ihrer Schutzpflicht bekennen. In jedem Fall sei es nicht an der deutschen Regierung, irgendwelche Beteiligung an militärischen Maßnahmen anzustreben oder gar anzubieten, noch bevor die Westmächte ihrerseits mit einer solchen Aufforderung an die westdeutsche Regierung herantreten und dabei die Voraussetzungen nennen würden. HEINEMANN weist auf die Gefahr einer sich vertiefenden Spaltung Deutschlands hin, mit der ein westdeutscher Beitrag innerhalb der westlichen Verteidigungsgemeinschaft verbunden wäre. Es kommt darauf an, daß die eventuellen Chancen für eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage nicht verloren gehen. "Unsere Beteiligung an der Aufrüstung würde das Aufkommen einer solchen Chance kaum mehr offen lassen"[109].

---

107) Exposé G. HEINEMANNs v. 11. Sept. 1950, zit. a. a. O., S. 10 f.

108) Text des Kommuniqués in: Europa-Archiv, 1950, S. 3405 f.

109) G. HEINEMANN, Deutsche Sicherheit, Sp. 639.
Aufgrund des gesamtdeutschen Aspektes hatte HEINEMANN zusammen mit Jakob KAISER bereits auf der Kabinettssitzung vom 9. 5. 1950 gegen den Beitritt der BRD zum Europarat opponiert. Gegen einen Beitritt der BRD in den Europarat, der einen westeuropäischen, gegen die osteuropäischen Länder und damit gegen die DDR und deren Besatzungsmacht gerichteten Zusammenschluß repräsentierte. Und deshalb ein Beitritt der Bundesrepublik die Spaltung Deutschlands zu vertiefen drohte. Eine auf dieser Kabinettssitzung getroffene Kompromißformel, die diesen Bedenken Rechnung trug, wurde wieder aufgehoben, als ADENAUER nachträglich allein den Text in seinem Sinne umänderte. Der daraufhin von HEINEMANN erhobene schriftliche Protest wurde noch von einem anderen Kabinettsmitglied, Jakob KAISER, sekundiert. Vgl. G. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt, Notizen zu einer Biographie, S. 461 f.

HEINEMANNS Argumentation gegenüber der Aufrüstungsfrage kann nicht getrennt werden von seiner theologischen Grundposition. 1933 trat er der Bekennenden Kirche bei. Die Theologische Erklärung von Barmen gehört seither zum bestimmenden Ausgangspunkt seines Denkens [110]. Sein Einwand gegenüber einer deutschen Wiederaufrüstung gründet in eben jenem geschichts-theologischen Verständnis, das von der Bekennenden Kirche nach dem Krieg vertreten wird. HEINEMANN spricht aus einem Bewußtsein der Kontinuität verhängnisvoller politischer Traditionen in der deutschen Geschichte und deren notwendiger Überwindung, er spricht aus dem Bewußtsein deutscher Schuld, wenn er betont: Es "erhebt sich zumal für Politiker, die aus christlicher Verantwortung zu handeln erklären, die Frage, ob es nicht etwa so ist, daß wir durch Gottes Gericht waffenlos gemacht worden sind um deswillen, was wir mit der Waffe angerichtet haben" [111]. Es ist der Gedanke an eine mögliche neue Schuldverstrickung - indem eine westdeutsche Wiederbewaffnung auf die UdSSR kriegsprovozierend wirken könnte - wenn HEINEMANN hervorhebt: "Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde" [112]. Auch HEINEMANN ist von der Notwendigkeit einer "Umkehr", der Überwindung deutschen Macht- und Gewaltdenkens, der "Gesinnungsänderung des deutschen Volkes" [113] bestimmt. Von daher

---

110) Eine Biographie HEINEMANNS, die vornehmlich die Kirchenkampfzeit berücksichtigt: Werner KOCH, HEINEMANN im Dritten Reich, Ein Christ lebt für morgen, Wuppertal 1972; eine sehr detaillierte Darstellung über HEINEMANNS kirchliches und politisches Wirken nach dem Krieg: Diether KOCH, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, München 1972, für den oben angeschnittenen Aspekt bes. S. 51 ff.

111) G. HEINEMANN, Deutsche Sicherheit, Sp. 640.

112) A. a. O., Sp. 638 f.

113) A. a. O., Sp. 636.

und nicht aus einem grundsätzlichen Pazifismus, fordert er für die Deutschen zunächst die Waffenlosigkeit. Weil mit dem Militarismus - ein Gedanke, der insbesondere von TROELTSCH nach dem 1. Weltkrieg hervorgehoben wurde [114] - der noch jungen, ungefestigten westdeutschen Demokratie zusätzliche Belastungen erwachsen würden. Welche große Bedeutung HEINEMANN aber der "Gesinnungsänderung unseres Volkes", der Übernahme demokratischer Wertigkeiten und Spielregeln beimißt, bringt er deutlich zum Ausdruck, als er den Regierungsstil des Bundeskanzlers, die wiederholte "unzureichende Beteiligung der Kabinettsmitglieder an der Willensbildung der Bundesregierung" [115] als ebenso wesentlichen Grund für seinen Regierungsaustritt angibt wie die Differenz in der Wiederbewaffnungsfrage.

Nach HEINEMANNS Rücktrittsdrohung auf jener Kabinettssitzung vom 31. August setzten sofort Bemühungen um eine Einigung zwischen dem Innenminister und dem Kanzler ein. ADENAUER nahm über seinen Vertrauten, den Finanzminister SCHÄFFER, zu HEINEMANN Kontakt auf. Ebenso setzten Bemühungen aus der Fraktion ein, um zwischen beiden zu vermitteln. Es zeigte sich aber, daß ADENAUER von Anfang an nicht bereit war, die von HEINEMANN gewünschte Zusicherung, in Zukunft seine Eigenmächtigkeiten zu unterlassen, zu geben. In der Unterredung mit SCHÄFFER hatte HEINEMANN diesen Wunsch zum Ausdruck gebracht. Ebenso ergebnislos verliefen Aussprachen zwischen HEINEMANN und dem Kanzler selbst (am 4. September) wie Aussprachen innerhalb des Kabinetts (am 5. September). ADENAUER

---

114) Ernst TROELTSCH, Spektator-Briefe, Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, hrsg. von H. BARON, Tübingen 1924, S. 2 f.

115) G. HEINEMANNS Expose vom 11. September 1950. a. a. O., S. 10.

seinerseits stellte entschieden in Abrede, den Westmächten deutsche Truppenkontingente angeboten zu haben. Noch am 28. September schrieb ADENAUER an HEINEMANN, daß ein Anbieten von ihm "absolut abgelehnt" werde[116]. Dennoch zögerte ADENAUER die Entscheidung über HEINEMANNS Rücktrittsgesuch auf Wochen hinaus. Wenngleich HEINEMANN - den der Kanzler sehr bewußt aus konfessionspolitischer Erwägung, weil HEINEMANN Präses der Synode der EKD war[117], ins Kabinett geholt hatte - nicht Mitglied des Bundestages war und somit keinen unmittelbaren Zugang zu den Regierungsparteien und also auch keinen unmittelbaren Rückhalt im Parlament hatte[118], für den Kanzler war dennoch Vorsicht geboten, wenn jetzt ein prominenter Protestant aus der Regierung auszuscheiden drohte. Die jetzt konkret sich stellende Problematik einer deutschen Wiederbewaffnung war zum damaligen Zeitpunkt ebenso wenig innerhalb der CDU wie in den anderen Bundestagsparteien geklärt. So war es nicht Zufall, daß es HEINEMANN bis zum Tag seines offiziellen Rücktritts (am 10. Oktober) verwehrt wurde, vor der gesamten CDU-Bundestagsfraktion sprechen zu können, um diese über die Gründe seines Ausscheidens zu unterrichten[119].

Während schon Ende 1948 der für weite katholische Kreise repräsentative "Rheinische Merkur" von der Notwendigkeit militärischer Abwehrverbände für die Westdeutschen gesprochen hatte[120],

---

116) So ADENAUER in einem Schreiben an HEINEMANN vom 28. September 1950, Teilwiedergabe in: Gustav W. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt, Notizen zu einer Biographie, in: Frankfurter Hefte, 11. Jg., H. 7, Juli 1956, S. 464.

117) Vgl. Gustav W. HEINEMANNS "Erklärung vor der Präseswahl" auf der Synode der EKD in Espelkamp 1955, abgedr. in: STdG, Sonderheft, März 1955, S. 9.

118) Vgl. A. BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Bd. 2, S. 15.

119) Ebenso ein Gespräch mit dem FDP-Vorstand, so G. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt, S. 465.

120) Rheinischer Merkur vom 6. 11. 1948.

war es weitaus zweifelhafter, wie sich der evangelische Flügel in der CDU entscheiden würde. Zumal seit 1949 ein gewisses Mißbehagen, das sowohl auf konfessionellem wie politischem Verdacht beruhte: Interessierte sich Bonn genügend für den deutschen Osten, oder lag ihm der katholische, europäische Westen näher als die vorwiegend protestantische Ostzone? ADENAUER konnte auf die Gruppe um den Bundestagsabgeordneten Eugen GERSTENMEIER, das heißt auf jene Kreise um die lutherisch-konservative Wochenzeitschrift "Christ und Welt" zählen[121]. Komplizierter war die Haltung anderer evangelischer Regierungsabgeordneter. So hatte Hermann EHLERS zwischen HEINEMANN und ADENAUER zu vermitteln versucht. Er wie HEINEMANN zählten seit Anfang an zur Bekennenden Kirche, und wie HEINEMANN war auch er einer der prominentesten Vertreter der EKD in der CDU. Seine Entscheidung wog deshalb besonders schwer. So soll EHLERS vor seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten am 19. Oktober 1950 - EHLERS, der noch kurz zuvor um eine Einigung zwischen ADENAUER und HEINEMANN bemüht gewesen war - dem Kanzler seine Loyalität versichert haben müssen[122]. Auf jeden Fall unterschrieben auf dem CDU-Gründungsparteitag in Goslar (am 22. Oktober) die evangelischen Delegierten, angeführt von Hermann EHLERS, eine Entschließung, in der sie sich voll hinter die Politik des Kanzlers stellten[123]. In der Kabinettssitzung am 10. Oktober 1950, an der HEINEMANN zum letzten Mal teilnahm, hatten bereits alle Regierungsmitglieder dem Kanzler ihre Übereinstimmung mit seiner Politik erklärt[124].

121) P. MOLT, Die neutralistische Opposition, Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1949-1954, Diss. Heidelberg 1955, S. 27.

122) Vgl. A. BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Bd. 2, S. 99.

123) Wortlaut dieser Entschließung ist wiedergegeben in: KJ 1950, S. 191.

124) G. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt, Sonderdruck aus: Frankfurter Hefte, Juli 1956, S. 11 f.

2. 4. 3 Die Artikulation der konkretisierten Glaubenshaltung

In jenen Wochen im Herbst 1950 reagierten die Kreise der Bekennenden Kirche auf die aktuell gewordene Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung mit leidenschaftlichem Protest. Eine Hektik war ausgebrochen, die sich nach außen hin in dem Abfassen von Flugblättern, von Protestbriefen an den Bundeskanzler, in der Abgabe öffentlicher Erklärungen wie in dem Abhalten von Kundgebungen zeigt [125]. Es treffen sich Vertreter der Bekennenden Kirche mit Politikern der sozialdemokratischen Opposition [126]. Inhaltlich basiert dieser Protest auf eben jener Glaubenshaltung, die von der Bekennenden Kirche auch zuvor schon artikuliert wurde. Neu ist, daß nun bestimmte Strukturteile von ihr konkretisiert werden: Die Wiederbewaffnungsfrage jetzt zum direkten Angriffsziel wird.

---

125) So etwa das "Wort des Bruderrates der EKiD zur Wiederaufrüstung" vom 29. September 1950, abgedr. in: KJ 1950, S. 167-168; die als Flugblatt herausgegebene Denkschrift der "Kirchlichen Bruderschaften" - sie stellen innerhalb der Bekennenden Kirche einen Zusammenschluß jüngerer Theologen dar - vom 4. Oktober 1950, "Handreichung an die Gemeinden", abgedr. in: KJ 1950, S. 169-174; Martin NIEMÖLLERS "Offener Brief an den Bundeskanzler ADENAUER" vom 4. Oktober 1950, abgedr. in: KJ 1950, S. 174-175; in diesem Zusammenhang steht auch, nachdem allein die "Stuttgarter Zeitung" den vollen Wortlaut von G. HEINEMANNS Rücktrittsbegründung, "Deutsche Sicherheit", veröffentlicht hatte, dessen Herausgabe als Flugblatt.

126) So trafen sich am 30. 10. 1950 in Darmstadt Vertreter der SPD (unter Führung Kurt SCHUMACHERS) und Repräsentanten der Bekennenden Kirche (unter Führung Martin NIEMÖLLERS); wenngleich dieses Gespräch auf Wunsch des SPD-Vorsitzenden SCHUMACHERS zustande gekommen war, blieb es letztlich ohne weitere Folgen, weil das Treffen von SCHUMACHER vornehmlich taktisch motiviert war, vgl. Udo F. LÖWKE, Für den Fall, daß . . . , S. 71 und S. 72, Anm. 131.

Von ADENAUER wurde die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung vorwiegend unter sicherheitspolitischen Aspekten dargestellt. Für die Gruppen der Bekennenden Kirche stellte sich dieser Komplex wesentlich als eine Frage von Macht und Gewalt dar. Und damit symbolisierte und überbetonte die Wiederaufrüstungsfrage für sie bereits vorher perzipierte Spannungssituationen. Seit ADENAUER das Sicherheitsmemorandum abgefaßt hatte und von da an die Frage einer möglichen Wiederbewaffnung zu einem aktuellen Thema in der westdeutschen Politik geworden war, manifestierte sich für diese Kreise, daß restaurative Denkstrukturen eines Macht- und Gewaltdenkens zur politischen Wirklichkeit gehörten. Aus dem Bewußtsein der nationalen Schuld gegenüber anderen Völkern, einer Schuld, die zentral deutschem Großmachtdenken zugeordnet wird, wird damit allen deutschen Erwägungen einer erneuten Aufrüstung die akute Gefahr einer abermaligen Schuldverstrickung beigemessen - wo gerade im Hinblick auf diese Schuld, Deutschlands primäre Aufgabe in einem Friedensbeitrag zu suchen ist: "Im Glauben erkennen wir, daß uns Deutschen jetzt der Weg der Machtpolitik von Gott verwehrt ist; Wiederaufrüstung aber wäre das Beschreiten dieses uns verbotenen Weges. ... Von der Remilitarisierung ist letzten Endes der Krieg ... zu erwarten ... Krieg wäre heute für uns Deutsche verleugnen der Buße und des Glaubens"[127]. Wie der Schuldgedanke den wesentlichen Ansatz in ihrem Denken ausmacht, so leitet sich auch aus einem alten Schuldgefühl der Kirche gegenüber dem Kommunismus ab, daß die Sicherung vor östlichen Angriffen sich primär als Aufgabe einer geistigen Auseinandersetzung stellt, daß also diese Sicherung durch eine "Überwindung auf geistigem Wege und auch ohne

---

127) Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung vom 4. 10. 1950, in: KJ 1950, S. 171 f.

Waffengewalt geschehen wird"[128]. Es ist ebenso das Bewußtsein einer verhängnisvollen "Thron- und Altar"-Politik der Kirche, wie das Erlebnis, sich einer totalitären Obrigkeit widersetzt zu haben, das zu der Erkenntnis führte, daß die wesentliche Aufgabe der Kirche darin besteht, sich nicht primär an staatlichen Machtinteressen zu orientieren, sondern vielmehr und zunächst dem Menschen, dem Nächsten zuzuwenden. Dem Nächsten aber heißt in diesem Zusammenhang: die Wiederbewaffnungsfrage in ihrer Auswirkung auf die Ostzone zu sehen und sich damit zentral von der Frage leiten zu lassen: "Bleibt unsere Freiheit denn noch Freiheit, wenn die Brüder dafür zahlen müssen?"[129] Wie die Wiederbewaffnungsfrage an sich die Werthaltungen der Bekennenden Kirche bedrohte, so waren es gleichzeitig auch die Begleitumstände, die weitere Spannungen verursachten. Seit HEINEMANN seinen Protest gegen ADENAUERS Außenpolitik zugleich mit einem Opponieren gegen dessen Regierungsstil verband, wird hier im Raum der Bekennenden Kirche eine weitere restaurative Entwicklungstendenz perzipiert: Durch den ersten Bundeskanzler des westdeutschen Staates wird ein autokratisches, autoritäres System angebahnt. In HEINEMANNS Rücktritt wird das Symptom für eine ernste Gefährdung der deutschen Demokratie gesehen[130].

Zu Beginn der Wiederbewaffnungspolitik steht der eigenmächtige Schritt des Bundeskanzlers. Ein amtierender Bundesminister wird daran gehindert, seine, von der Politik des Regierungschefs abweichende Meinung der Regierungsfraktion darzulegen. Wiederholt stellt der Kanzler vor dem Parlament wie in der Öffentlichkeit

---

128) Wort des Bruderrates der EKiD zur Wiederaufrüstung vom 29. 9. 1950, in: KJ 1950, S. 168.

129) Ansprache Martin NIEMÖLLERS auf einer Kundgebung in Frankfurt/M. am 15. Oktober 1950 anläßlich des "Männertages der evangelischen Kirche, wiedergegeben in: KJ 1950, S. 186 f.

130) Oskar HAMMELSBECK, Politische Umschau, in: STdG, 2. Jg., Nr. 12, Dezember 1950, S. 2.

in Abrede, deutscherseits die Initiative zu einer Wiederbewaffnung ergriffen zu haben. Wenngleich mit dem Kabinettsrücktritt des Bundesinnenministers offenbar wurde, daß die Bewaffnungsfrage ein neues und gleichzeitig aktuelles Thema in der westdeutschen Außenpolitik nunmehr darstellt, bekommen die einzelnen Bundestagsparteien erst Wochen später (am 8. November 1950) Gelegenheit, hierzu ihren Standpunkt vor dem Parlament zu äußern. Der Kanzler gibt anläßlich HEINEMANNS Rücktritt öffentlich zum Ausdruck, daß er es ablehne, die "Erklärungen HEINEMANNS überhaupt zu lesen"[131].

Es war Tatsache, daß die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung von der Bevölkerung Westdeutschlands nicht nur mit größter Erregung aufgenommen wurde, sondern daß trotz der durch den Korea-Krieg gesteigerten Kommunistenfurcht, die bloße Vorstellung einer möglichen neuen deutschen Bewaffnung äußerst unpopulär war. Repräsentativerhebungen, die in den Herbstmonaten 1950 und bis ins Jahr 1955 erhoben wurden, bestätigten immer wieder aufs Neue, daß für den eigenen persönlichen Bereich sich ergebende Konsequenzen einer Wiederbewaffnung immer wieder von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurden [132]. Vor diesem Hintergrund - damit nicht vollends das "Vertrauen" in die Demokratie "zerbricht" [133], und damit nicht die Eingewöhnung demokratischer Spielregeln gefährdet wird, geht der Protest gegen die Wiederbewaffnung von Anfang an eine Verbindung ein mit der Forderung nach irgendwelchen Formen der "Mitbeteiligung des

---

131) Neue Rhur-Zeitung vom 13. 10. 1950.

132) Vgl. Elisabeth NOELLE und Erich-Peter NEUMANN, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach 1956.

133) So der Präses der westfälischen Kirche Ernst WILM in seinem Brief vom 15. Oktober 1950 an Bundeskanzler ADENAUER, abgedr. in: KJ 1950, S. 178.

Volkes"[134] an der Entscheidung über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Weil nach dem Grundgesetz Volksabstimmungen nicht möglich sind, wird das Ausbleiben etwa von Neuwahlen manchmal überspitzt einem "Volksbetrug" gleichgesetzt[135].

2.4.4 Beschleunigende Faktoren und die Dringlichkeit zum Handeln

Beschleunigende Faktoren, so haben wir weiter oben gesagt, markieren das plötzliche Errichten einer Spannungssituation, oder sie können auch eine solche unterstreichen. Und außerdem: auf diese Weise können beschleunigende Faktoren die Glaubenshaltung auf ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Situation, eine bestimmte Person lenken. Die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung haben wir als einen beschleunigenden Faktor analysiert.

Daneben stand gleichzeitig ein weiteres Ereignis: der spektakuläre Kabinettsrücktritt HEINEMANNS. Mußte HEINEMANNS Verhalten gegenüber der Aufrüstungsfrage nicht geradezu exemplarisch, wie ein Signal und Zeichen für das eigene Verhalten gegenüber der Aufrüstungsfrage wirken? In dem Organ der Bekennenden Kirche schreibt man nach HEINEMANNS Regierungsrücktritt: "... Die Gemeinde erkennt diesen Rücktritt als sichtbares Zeichen für eine politische Entscheidung aus einem christlich gebundenen Gewissen,

---

134) G. HEINEMANN, Deutsche Sicherheit, Sp. 640.

135) M. NIEMÖLLERS Offener Brief an den Bundeskanzler vom 4. 10. 1950, KJ 1950, S. 175.

aber auch weit mehr als das ... . Das Grundsätzliche ... am Rücktritt des Bundesinnenministers wird uns noch lange beschäftigen müssen. Es schließt eine politische Episode ab und leitet eine politische Entwicklung ein"[136]. Deutlich wird hier erkannt, "daß wir es mit einem neuen politischen Ereignis zu tun haben, seit die evangelische Verantwortung im öffentlichen Leben der letzten Monate praktisch deutlich geworden ist ... . Sie schien sich zuerst nur dadurch zur Erscheinung zu bringen, daß bewußt evangelische Christen aktiv in die Parteipolitik oder in die Regierung eintraten. Die kritische Erörterung darüber, ob und wie es 'christliche' Parteien geben könne, wog vor." "... Jetzt ist ein neues Stadium sichtbar." Wir erkennen, daß die Bekennende Kirche bestimmte Folgerungen in der neuen politischen Verantwortung zeitigt. Die Stuttgarter Schulderklärung von 1945 gilt in der Bekennenden Kirche nicht als bloße Deklamation. Sie bindet. Sie verbietet uns zu schweigen. Wir müssen es auf uns nehmen, wiederum mißliebig zu werden, wenn wir gegen den Strom schwimmen. ... Jetzt nicht protestieren, so wie es HEINEMANN und NIEMÖLLER und wir anderen tun, hieße die evangelische Verantwortung verleugnen"[137]. Der erste Schritt dieser neuen Phase einer Wahrnehmung evangelischer Verantwortung ist also dieses Protestieren. Wobei zunächst gilt: "Wenn wir uns deutlich von der CDU-Politik und dem Adenauerkurs absetzen und neben die politische Opposition treten, so geht es gerade nicht um einen Ausdruck grundsätzlicher Verneinung ... Wir stehen am Anfang einer protestantischen Politik. Ihre Maße und ihre Form können noch nicht abgeschätzt werden"[138].

---

136) Oskar HAMMELSBECK, Politische Umschau, in: STdG, 2. Jg., Nr. 11, November 1950, S. 13.

137) Oskar HAMMELSBECK, Politische Umschau, a. a. O., S. 12.

138) Ebd.

Zusammenfassend: Wir haben Ereignisse als beschleunigende Faktoren analysieren könnnen. Beschleunigende Faktoren, die zum einen sich so in ihrer Auswirkung analysieren ließen, daß sie den Inhalt, oder besser das Ziel, das Angriffsobjekt der Glaubenshaltung konkretisierten, die Glaubenshaltung auf einen fest umrissenen Gegenstand - die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung - lenkten. Wir hatten beobachtet, wie jetzt in hektischer Form die Glaubenshaltung artikuliert wird - Protest gegen die Wiederbewaffnung erhoben wird. Und es war zu sehen, daß dieser Protest aus einem Bewußtsein geführt wurde, am Anfang einer protestantischen Politik zu stehen. So tritt im Kontext zu beschleunigenden Faktoren so etwas wie ein Moment der Dringlichkeit auf, Aktionen zu mobilisieren. Der Schritt HEINEMANNS war ein weiterer beschleunigender Faktor: sein Rücktritt symbolisierte die verschärfte Spannungssituation, er demonstriert gleichzeitig eine Haltung gegenüber dieser - eine Haltung des Protests, des Nichtmitmachens.

3. Die Mobilisierung zu politischem Handeln - die Anfänge einer wertorientierten Bewegung

3.1 Die Führung der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas"

In der vorausgegangenen Darstellung haben wir untersucht: wir haben den gesellschaftlich-politischen Rahmen abgesteckt, haben innerhalb dieses Rahmens Spannungen umschrieben, haben diese im Kontext zur Glaubenshaltung unzufriedener Gruppen gesehen, und schließlich haben wir einzelne Ereignisse daraufhin untersucht, wieweit sie das Zustandekommen einer wertorientierten Bewegung beschleunigen. Allerdings: "Damit eine soziale Bewegung entstehen kann, muß eine Vision, ein Glaube an die Möglichkeit, Zustände zu verändern da sein, und es muß eine Organisation vorhanden sein, zur Verwirklichung dieser Vision" [1]. Mit anderen Worten: für das Zustandekommen einer Bewegung ist eine weitere Determinente - die "Mobilisation der Anhänger zur Aktion" [2] notwendig, es ist deshalb nicht nur ein gewisses Maß an Organisation, sondern auch eine Führung nötig, "um die betroffene Gruppe zum Handeln zu bringen" [3].

Dies trat ein, als HEINEMANN zusammen mit einem Kreis persönlicher und politischer Freunde die "Notgemeinschaft für den

1) Louis M. KILLIAN, Social Movements, in: Handbook of Modern Sociology, Robert E. L. FARIS, (ed.), Chicago 1964, S. 433.

2) N. J. SMELSER, Theory of Collective Behavior, S. 17.

3) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 17.

Frieden Europas" gründete, als am 21. November 1951 die Gründungskundgebung in Düsseldorf stattfand[4].

Zu den Gründungsmitgliedern der Notgemeinschaft zählten außer HEINEMANN insbesondere Helene WESSEL, Adolf SCHEU und Diether POSSER[5]. Insgesamt umfaßte die Notgemeinschaft, die sich in der Form eines eingetragenen Vereins konstituierte, zehn Gründungsmitglieder, die alle aus dem rheinisch-westfälischen Raum kamen. HEINEMANN gehörte noch immer der CDU an, Helene WESSEL dem Zentrum, ein Ministerialdirektor aus dem nordrheinwestfälischen Kultusministerium war SPD-Mitglied, die

---

4) Eine Darstellung der einzelnen Vorgänge bei der Gründung der Notgemeinschaft: Peter MOLT, Die neutralistische Opposition, Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1949 - 1954, Diss. Heidelberg 1955, S. 67 und D. KOCH, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, S. 269 ff.

5) Helene WESSEL hatte schon als Zentrumsabgeordnete dem preußischen Landtag angehört. 1949 war sie zur Vorsitzenden des Zentrums gewählt worden. In ihrer Bundestagsrede am 16. 12. 1949 hatte sie sich schon kritisch gegenüber einer möglichen deutschen Wiederbewaffnung ausgesprochen. Mit ihr hatte HEINEMANN bald nach seinem Kabinettsrücktritt Kontakt aufgenommen. Adolf SCHEU, Wuppertal, war ein langjähriger Freund HEINEMANNS. Ebenso wie HEINEMANN war auch er früher im Christlich-sozialen Volksdienst tätig gewesen. Als Industrieberater hatte er Beziehungen zur Industrie, vor allem im Rheinland und Baden-Württemberg. Diether POSSER war Sozius in HEINEMANNS Essener Anwaltspraxis, die sich HEINEMANN nach seinem Kabinettsrücktritt aufgebaut hatte. POSSER war Presbyter in der Rheinischen Kirche.

übrigen sieben Mitglieder[6] waren parteipolitisch nicht gebunden. Mehr als Zweidrittel dieses Gründergremiums hatte akademische Berufe. Während Eindrittel katholisch war, und teilweise aus der katholischen Siedlungsbewegung kam, war die übrige Mehrheit protestantisch und gehörte zumeist zur Bekennenden Kirche[7]. Außer diesem Gründerkreis gab es noch einen dreißig Personen umfassenden Satzungs- und Programmausschuß. Zwar trat dieser Ausschuß in der Folgezeit als solcher nie in Funktion. Aber da er sich ursprünglich als erweiterte Führung der Notgemeinschaft konstituiert hatte, erhärtet seine Zusammensetzung die Daten des engeren Führungsgremiums[8].

---

6) Dies waren: Adolf SCHEU, Diether POSSER, Konteradmiral a. D. STUMMEL, Dr. Nikolaus EHLEN (auf seine Bemühungen hin war der "Ring Deutscher Siedler", eine katholische Siedlungsbewegung hervorgegangen, die sowohl auf den sozialreformerischen Ideen Adolf DAMASCHKES aufbaute, als auch in der Tradition katholischer Gesellschaftslehre stand, und die nach dem Krieg 1945 vor allem im Rheinland Echo fand), Fabrikant Dr. Friedrich KARRENBERG, Prof. Oskar HAMMELSBECK, Leiter der Päd. Akademie in Wuppertal und Mitherausgeber der "Stimme der Gemeinde", Dr. Ottfried RADEMACHER; aus: Akten zur Notgemeinschaft, Arch.: Adolf SCHEU.

7) Akten zur Notgemeinschaft, Arch.: A. SCHEU.

8) Außer den 10 Gründungsmitgliedern zählten noch 20 weitere Personen zu diesem Ausschuß. Auch bei diesen 20 weiteren Personen teilte sich die konfessionelle Zugehörigkeit auf: Zweidrittel Protestanten, Eindrittel Katholiken. Von diesen 20 gehörte keiner der CDU an, einer dem Zentrum, einer der SPD. Die überwiegende Mehrheit war parteilos. Die sonstige Gruppenbindung: Nahezu die Hälfte der Protestanten gehörten zur Bekennenden Kirche, unter ihnen prominente Theologieprofessoren wie IWAND und H. GOLLWITZER, der Präses der westfälischen Kirche WILM. Hinzu kamen Protestanten aus pazifistischen Zirkeln: aus der "Deutschen Friedensgesellschaft", der vorwiegend Sozialdemokraten und religiöse Sozialisten angehörten; mehr aber noch aus dem überwiegend protestantischen "Internationalen Versöhnungsbund - Deutscher Zweig", der von Prof. Sigmund SCHULZE geleitet wurde und der selbst diesem Ausschuß

Katholiken sind in der Führung der Notgemeinschaft zu einem Drittel repräsentiert. Sie sind Einzelgänger. Auch wenn sie vom Zentrum, von der katholischen Siedlungsbewegung kommen - diese Gruppen stehen aus einer vorwiegend skeptischen Haltung gegenüber der Aufrüstung durchaus nicht hinter ihnen. Denn in der "Catholica wird die Gegnerschaft gegen . . . die Remilitarisierung . . . fast ausschließlich von Laien getragen, die demgemäß einen schweren Stand haben" [9]. Auch innerhalb der breiten Masse und Mehrheit des westdeutschen Katholizismus stehen sie in Isolation, die bis zur Diffamierung reicht - eine Erscheinung, die sich auch, wie wir noch sehen werden, im westdeutschen Protestantismus nachweisen läßt.

---

zu 8) angehörte. Die Katholiken rekrutierten sich aus dem Zentrum, stärker aber noch aus der katholischen Siedlungsbewegung und aus katholisch pazifistischen Gruppen, wie Dr. Nikolaus KOCH, der von der "Friedensakademie Bad Harzburg" kam. Aber auch katholische Linksintellektuelle wie Reinhold SCHNEIDER gehörten zu diesem Ausschuß. Aus: Akten zur Notgemeinschaft, Arch.: A. SCHEU.

9) Georg HEIDINGSFELDER, Die "andere Seite", Übersicht über katholische Friedensbestrebungen, in: STdG, 3. Jg., Nr. 10, Oktober 1951, S. 6; vgl. dazu auch den Aufsatz von Walter DIRKS, Vor dem Ende des konfessionellen Friedens? in: Frankfurter Hefte, 5. Jg., H. 12, Dezember 1950, S. 1240 ff.

3.2 Die Außenpolitik der Bundesregierung

Die Aktivitäten, die jetzt von der Notgemeinschaft vorgenommen werden, müssen wir im Kontext zur Außen- und Deutschlandpolitik dieser Zeit sehen. Nachdem sich die Westmächte im Dezember 1950 über eine Bejahung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages geeinigt hatten, wurden ab Sommer 1951 Verhandlungen um eine Europaarmee mit integrierten westdeutschen Truppen geführt. Dieses Projekt wurde von nun an unter der Bezeichnung einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) geführt und wurde mit der Paraphierung am 27. Mai 1952 durch Belgien, Holland, Lexemburg, England, Italien und die Bundesrepublik zu einem Verhandlungsabschluß gebracht. Der EVG-Vertrag bildete eine Einheit mit dem am 26. Mai 1952 unterzeichneten "Deutschlandvertrag" (auch "Generalvertrag" genannt), der das bisher gültige Besatzungsstatut ablöste und die Beziehungen der Bundesrepublik zu den drei Westmächten neu regelte.

Die ADENAUERsche Außenpolitik war von Anfang an von einem festen Prioritätenkatalog bestimmt [10]. Darein gehörte die Erlangung der Souveränität und Gleichberechtigung der Bundesrepublik als Folge der Wiederaufrüstung, die Sicherung vor der Sowjetunion, die Herbeiführung einer westeuropäischen Föderation, wobei die Aussöhnung mit Frankreich ebenso ein wesentlicher Bestandteil war wie das Ziel, über partielle

10) Vgl. Arnulf BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München 1971, Bd. 1, (dtv Wissenschaftliche Reihe), S. 94 ff.

gemeinsame westeuropäische Schritte - wirtschaftliche, die mit dem Abkommen über die Montanunion vom 18. Mai 1951 bereits einen Anfang nahmen, sowie militärische mit der Bildung einer Europaarmee - eine politische Einigung Westeuropas herbeizuführen. Damit war zugleich die westdeutsche Wiederbewaffnung mit dem Europagedanken verknüpft. Die Europaarmee als Instrument des europäischen Einigungsgedankens. Und es bedeutete auch, daß ADENAUER das westdeutsche Sicherheitsbedürfnis - die Bedrohung durch die Sowjetunion - in unmittelbare Beziehung zu westeuropäischen Einigungsbestrebungen setzte.

Die EVG-Verhandlungen waren begleitet von diplomatischen Vorstößen aus dem Osten, in denen einerseits gegenüber der geplanten Wiederbewaffnung im Rahmen der westeuropäischen Integration Drohungen ausgesprochen und zugleich dieser Westintegration gesamtdeutsche Vorschläge auf Neutralitätsebene entgegengesetzt wurden. Die wiederholt unternommenen Initiativen setzten mit dem Abschlußkommuniqué der von Moskau nach Prag einberufenen Achtmächtekonferenz (Oktober 1950) ein und wurden von der Ost-Berliner Regierung in der Folgezeit in verschiedener Form aufgegriffen [11]. Nicht nur ADENAUER, sondern alle Parteien des Bundestages (außer der KPD) waren sich einig, auf die Initiativen Ost-Berlins nicht in der Form einzugehen, daß ein direkter Dialog zwischen Bonn und Pankow hätte stattfinden können [12].

---

11) Zu dem Austausch politischer Verlautbarungen zwischen Bonn und Ost-Berliner Regierung, der Ende 1950 begonnen hatte, siehe Heinrich von SIEGLER, Dokumentation zur Deutschlandfrage, Von der Atlantikcharta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961, Hauptbank I, 1941 - 1958, 2. erg. u. erw. Aufl., Bonn 1961, S. 105 ff.

12) H. v. SIEGLER, Dokumentation zur Deutschlandfrage, a. a. O., S. 111 ff.

ADENAUERS politische Zielsetzung schloß einen Neutralisierungsgedanken aus. Dabei stützte er sich auf das Sicherheitsargument, daß ein wehrloses Deutschland zwischen einem starken Rußland und einem schwachen Westeuropa zwangsläufig in das Kräftefeld der UdSSR geraten müßte. Dahinter stand die Befürchtung, daß eine Neutralisierung sein vorrangiges politisches Ziel - die Integrierung Deutschlands, zumindest aber der Bundesrepublik in die westeuropäische Gemeinschaft - vorerst ausschließen könnte. ADENAUER war bei den West-Verhandlungen bemüht, die Unterstützung der Westmächte im Hinblick auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit vertraglich festzulegen [13]. Zugleich drängte er auf eine Formulierung, die eine automatische Einbeziehung eines wiedervereinigten Deutschlands mit seinen Rechten und Verpflichtungen in das westliche Verteidigungswerk vorsah [14]. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit wollte ADENAUER in dem Ziel "Einheit in Freiheit" gesehen wissen. In Anlehnung an die "Roll back" - Theorie des amerikanischen Außenministers DULLES verband sich diese Zielsetzung mit der Vorstellung, nur aus einer Position militärischer Stärke die Sowjetunion zur Freigabe der ostdeutschen Gebiete bringen zu können.

---

13) Eine übersichtliche Darstellung über Ergebnis und Verlauf dieser Westintegrations-Verhandlungen bringt A. BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Bd. 1, S. 163 ff.

14) Auf Drängen der FDP wurde dann kurz vor der Unterzeichnung des EVG- und Deutschlandvertrages eine Modifizierung der Vertragstexte vorgenommen, wonach Gesamtdeutschland die Möglichkeit erhielt, erneut über die Gültigkeit der Vertragstexte zu entscheiden.

3.3 Die außenpolitischen Vorstellungen der Notgemeinschaft

Bevor wir uns den Operationsformen der Notgemeinschaft zuwenden, soll zunächst deren Zielsetzung in ihren wesentlichen Elementen skizziert werden. Die außen- und deutschlandpolitische Konzeption der Notgemeinschaft stellt sich als Alternative zur Außenpolitik der Bundesregierung dar: Auf ihren Grundgedanken hatte HEINEMANN bereits 1950 seine Argumentation gegen die Wiederbewaffnung aufgebaut. Den politischen Vorstellungen der Notgemeinschaft liegen letztlich Gedanken zugrunde, die eine Verbindung zur Glaubenshaltung der Bekennenden Kirche aufzeigen.

Die Notgemeinschaft lehnt die Wiederbewaffnung im Rahmen der westeuropäischen Integration ab. Sie nennt die Bemühungen um eine Wiedervereinigung als vorrangige Aufgabe deutscher Politik. Beide Zielsetzungen gehen von der Notwendigkeit eines deutschen Friedensbeitrages aus. Beiden liegt der Ansatz zugrunde, daß die internationale Kriegsgefahr nicht durch Deutschland verstärkt werden darf. Von diesem Postulat: Deutschland "soll und darf nicht abermals eine Gefahr für Europa werden" [15] und aus der gleichzeitigen "Überzeugung, daß eine westdeutsche Aufrüstung nicht der Sicherung des Friedens dient, sondern die Kriegsgefahr erhöht" [16], ergibt sich die Aufgabenstellung deutscher

---

15) Gustav W. HEINEMANN, Deutschland in der Entscheidung, in: STdG, 4. Jg., Nr. 1, Januar 1952, Sp. 6.

16) "Petition an den Herrn Präsidenten des Bundestages, Bonn, überreicht durch die Notgemeinschaft für den Frieden Europas", 1952, (im Folgenden unter Petition der Notgemeinschaft zitiert), Arch.: Erhard EPPLER; der Wortlaut ist abgedr. in: D. KOCH, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, S. 539.

Politik: "Die deutsche Figur muß in eine Mittelstellung gebracht werden, indem sie in ihrem Bereich den großen Gegensatz zwischen dem Osten und dem Westen aufhebt. Dies und nichts anderes ist der Beitrag zum Frieden, den wir etwa leisten können"[17]. Von den westmächten und der Bundesregierung wird die westdeutsche Wiederbewaffnung im Rahmen westlicher Allianz vornehmlich unter dem sicherheitspolitischen Aspekt - die Gefahr eines russischen Angriffs auf Westeuropa durch den abschreckenden Effekt einer militärischen Stärkeposition des Westens abzufangen - begründet. Die Notgemeinschaft sieht diese westliche Sicherheit gerade dann gefährdet, wenn das Verteidigungssystem des Westens durch eine westdeutsche Beteiligung verstärkt wird. Dahinter steht das Anerkennen nicht nur eines westlichen sondern auch eines östlichen, eines sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses. "Der Osten will davor gesichert sein", sagt HEINEMANN, "daß Deutschland in die Waagschale des Westens fällt. Der Westen will davor gesichert sein, daß Deutschland in die Waagschale des Ostens fällt. Beide wollen davor gesichert sein, daß Deutschland erneut eine selbständige Gefahr für sie wird. Diese Besorgnisse müssen respektiert werden"[18]. Das heißt: eine Wiederbewaffnung im Rahmen westlicher Integration ließe eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur aussichtsloser erscheinen, vielmehr wird sie mit einem westdeutschen Wehrbeitrag ausgeschlossen. So stellte die Notgemeinschaft klar heraus: Es ist "objektiv widersinnig, die deutsche Einheit durch Eingliederung Westdeutschlands in den Westblock zu suchen. ...

---

17) G. HEINEMANN, Deutschland in der Entscheidung, Sp. 6.

18) Gustav W. HEINEMANN, Deutsche Friedenspolitik, in: Deutsche Friedenspolitik, Reden und Aufsätze von Dr. Dr. Gustav W. HEINEMANN, hrsg. vom Verlag "Stimme der Gemeinde", Darmstadt 1952, S. 25.

Westdeutsche Aufrüstung wird den Eisernen Vorhang dichter schließen . . . Ein Keil wird den anderen treiben, mit dem Ergebnis, daß eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands immer aussichtsloser wird" [19].

Eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands die, weil damit eine Respektierung eines allseitigen Sicherheitsbedürfnisses verbunden ist, nicht nur eine Chance zur Wiedervereinigung eröffnete, sondern zugleich auch die aus der deutschen Teilung resultierende internationale Kriegsgefahr mindern würde, war die konkrete Forderung der Notgemeinschaft. Die deutschlandpolitische Konzeption der Notgemeinschaft, die auf diesem Neutralisierungsgedanken aufbaute, brachte sie damit in eine Nähe zu neutralistischen Zirkeln, unter denen der von dem Würzburger Geschichtsprofessor Ulrich NOACK 1948 gegründete "Nauheimer Kreis" eine zeitlang der bedeutendste war. Während die Notgemeinschaft mit dem Neutralisierungsgedanken Deutschland keine weltordnende Funktion beimessen wollte, war der von NOACK konzipierte Neutralismus besonders anfänglich mit der Komponente eines deutschen Sendungsbewußtseins verbunden [20]. Die Notgemeinschaft

19) G. HEINEMANN, Deutschland in der Entscheidung, a. a. O., Sp. 4.

20) Vg. Die Nauheimer Protokolle, Diskussionen über die Neutralisierung Deutschlands, Die ersten drei Tagungen des Nauheimer Kreises August, September, Dezember 1948, hrsg. im Auftrag des Nauheimer Kreises von Prof. Ulrich NOACK, Würzburg 1950; siehe auch Klaus von SCHUBERT, Wiederbewaffnung und Westintegration, Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950 - 1952, Stuttgart 1970, (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 20), S. 127 ff; eine knappe Charakterisierung des "Nauheimer Kreises: Samuel L. WAHRHAFTIG, The Development of German Foreign Policy Institutions, in: West German Leadership and Foreign Policy, H. SPEIER and W. Ph. DAVISON, (eds.), Evanston 1957, S. 15 ff.

ging davon aus, daß für eine Wiedervereinigung Rußland ein Preis gezahlt werden müsse. Wobei damit ebenso dem russischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen wird wie den durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges geschaffenen politischen Realitäten. Wörtlich: "Wenn Rußland bereit ist, das kommunistische System in Deutschland zu opfern und eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen entstehen zu lassen, sollte der Westen den Preis des Verzichtes auf westdeutsche Aufrüstung zahlen" [21]. Die einzelnen Schritte hin zu einer Wiedervereinigung sah die Notgemeinschaft in folgendem Ablauf als realisierbar: Als erstes sollte möglichst schnell die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vollzogen werden, um so Deutschland aus dem west-östlichen Rüstungswettlauf herauszuhalten. Denn wenn die Bundesrepublik und die DDR aufhörten zu bestehen, wäre auch die Möglichkeit ihrer jeweiligen Eingliederung in die beiden Blocksysteme entfallen. Auch nach der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung - wobei diese ja aufgrund von freien Wahlen gebildet werden sollte, so daß damit "die Herrschaft der sozialistischen Einheitspartei in der russischen Zone gebrochen und durch eine gesamtdeutsche Regierung eine Normalisierung des Lebens in ganz Deutschland eingeleitet" wird [22] - sollte Deutschland zunächst noch ein besetztes Land bleiben. Käme es nach einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland zur Räumung Deutschlands durch alle Besatzungsmächte, so könnte dann die deutsche Sicherheit etwa durch wechselseitige Garantien der Großmächte und Nachbarn Deutschlands erfolgen, "weil sie ein sich aufhebendes Interesse daran haben, daß Deutschland keinem ihrer Gegenspieler

---

21) Gustav W. HEINEMANN, Die Rolle Deutschlands im heutigen Europa, Exposé, das der ökumenischen Kommission für Europäische Zusammenarbeit im Januar 1952 erstattet wurde, in: Deutsche Friedenspolitik, Reden und Aufsätze von Dr. Dr. Gustav W. HEINEMANN, hrsg.vom Verlag "Stimme der Gemeinde", Darmstadt, S. 44.

22) G. HEINEMANN, Die Rolle Deutschlands im heutigen Europa, a. a. O., S. 42.

zufällt. Schließlich kann auch eine für Verteidigungszwecke ausreichende Wehrmacht ins Auge gefaßt werden" [23].

Der deutschlandpolitischen Konzeption der Notgemeinschaft war immanent die Forderung an die westdeutsche Regierung, als vornehmlichste Aufgabe Schritte zu einer möglichen Wiedervereinigung zu unternehmen. Und das hieß konkret jede Verhandlungsmöglichkeit aus dem Osten aufgreifen. Am 10. März 1952 kam jene berühmte STALIN-Note, in der zum erstenmal von östlicher Seite der Vorschlag gemacht wurde, einem wiedervereinigten Deutschland auch in begrenztem Umfang eine Nationalarmee zuzugestehen. Ob die Sowjets mit dieser Initiative tatsächlich bereit waren - unter westlichem Verzicht auf die EVG-Beteiligung der Bundesrepublik ihrerseits die Ostzone zu opfern, daß also ein tatsächliches russisches Wiedervereinigungsangebot gemacht wurde, diese Frage konnte letztlich bisher nicht beantwortet werden [24]. Mag Vieles gegen solche Absichten gesprochen haben.

---

23) G. HEINEMANN, Deutschland in der Entscheidung, a. a. O., Sp. 6.

24) Der Wortlaut der Note vom 10. März bei Eberhard JÄCKEL (Hrsg.), Die deutsche Frage 1952 - 1956, Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt/M. /Berlin 1957, (Dokumente, hrsg. von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches Recht der Universität Hamburg, Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel, Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen, H. XXIII), S. 23 f.; im Zeitraum März 1952 bis September 1952 wurden in insgesamt acht Noten die gegenseitigen Standpunkte zwischen den Westmächten und der Sowjetunion dargestellt, eine ausführliche Wiedergabe bei Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1953 - 1955, Stuttgart 1966, S. 63 - 131.

Eine Tatsache war aber auch: Weder die Westmächte noch ADENAUER waren willens, Näheres zu erforschen. Und genau hier setzte die Argumentation der Notgemeinschaft ein: "Der bisherige Notenwechsel zwischen Moskau und den drei Westmächten hat . . . nicht dazu geführt, daß die Sowjetunion Farbe bekennen mußte, was hinter ihren Vorschlägen steckt"[25]. Die Forderung nach Verhandlungen mit dem Osten waren bei der Notgemeinschaft nicht von einem einseitigen Vertrauen in östliche Angebote abgeleitet, wohl aber sollten Verhandlungen ergründen, wieweit die östlichen Vorschläge realisierbar seien, ob also auf dem Verhandlungsweg eine Verständigung zwischen Ost und West über Deutschland möglich sei: "Ob dieser Weg heute und morgen zum Ziele kommt, wollen wir redlich ausprobiert sehen . . . . Wir wollen in redlicher Weise geklärt sehen, ob heute oder morgen eine Verständigung möglich ist"[26].

---

25) Gustav W. HEINEMANN, Der weitere Weg, in: STdG, 4. Jg., Nr. 6, Juni 1952, Sp. 169.

26) Gustav W. HEINEMANN, Gesamtdeutsche Verantwortung, in: STdG, 3. Jg., Nr. 10, Oktober 1951, S. 9.

3.4 Mittel und Organisationsformen zur Zielverfolgung

Die Zielsetzung war also, die Wiederbewaffnung zu verhindern, was inzwischen hieß: Ablehnung der EVG-Verträge durch den Bundestag. Mit diesem Ziel soll eine normative Innovation verhindert werden. Darüberhinaus lautete die Forderung nach einer Politik der Verständigung, um eine Wiedervereinigung herbeizuführen. Eine solche Verständigungspolitik implizierte ebenso die Anerkennung eines russischen Sicherheitsbedürfnisses wie die Bereitschaft, diesem Rechnung zu tragen. Die Vorstellung, die deutsche Wiedervereinigung aus einer Position der Stärke herbeiführen zu können, geht über die Tatsache des verlorenen Krieges gegen die Sowjetunion hinweg und schließt damit die Bereitschaft aus, der Sowjetunion für die Wiederherstellung der deutschen Einheit einen Preis zu zahlen. Die Annahme der politischen Zielsetzung der Notgemeinschaft bedeutet die Annahme von Wertbegriffen, die jenen der Außenpolitik der Bundesregierung entgegenstehen. So können wir bei der Notgemeinschaft eine normorientierte, darüber hinausgehend aber eine wertorientierte Zielsetzung feststellen.

Im allgemeinen wählen politische Bewegungen für ihre Zielverfolgung zwischen diesen vier Grundmustern: 1. Die Bewegung konstituiert sich in der Form einer politischen Partei; 2. die Bewegung bildet eine Koalitionspartei mit Gruppen von ähnlicher Zielsetzung; 3. die Bewegung verhält sich parteipolitisch neutral und versucht mit verschiedenen Parteien zusammenzuarbeiten; 4. die Bewegung tritt in eine bestehende Partei ein[27].

27) Robert DAHL, Pluralist Democracy in the United States, Conflict and Consent, Chicago 1967, S. 429 f.

In der Verbandsforschung gilt als ein wesentlicher Faktor für die Festlegung der Aktivitätsformen von Interessengruppen: der Adressat der Einflußnahme [28].

Die Notgemeinschaft wollte die westdeutsche Wiederbewaffnung - das hieß inzwischen eine Verabschiedung des EVG-Vertragswerkes durch den Bundestag - verhindern. Dabei war zu dieser Zeit bereits absehbar, daß die Verträge in der Bundesrepublik noch in dieser Legislaturperiode zur Ratifizierung vorgelegt werden sollten. Weil der Adressat ihrer Einflußnahme damit die Bundestagsparteien waren, entschied sich die Notgemeinschaft auch für ein parteipolitisch neutrales Verhalten, sie entschied sich für den Versuch zur Kooperation mit allen (nichtkommunistischen) Parteien. Deshalb schied die Möglichkeit einer eigenen Parteigründung aus. Wie HEINEMANN zusammenfaßte: "Gegen eine jetzt zu entscheidende Aufrüstung nützt keine Partei, welche erst bei späteren Wahlen Gelegenheit zur Mitbeteiligung an den Entscheidungen finden wird" [29].

Die Notgemeinschaft versuchte auf verschiedenfache Weise ihr Ziel zu erreichen:

- über die Mitarbeit von Angehörigen der einzelnen Bundestagsparteien (außer der KPD) in diese Parteien hineinwirken
- durch Versammlungstätigkeit und Publikationen [30]
- über Eliten-Repräsentation [31] und Massenpetition durch die Bevölkerung.

---

28) Vgl. etwa Harry ECKSTEIN, The Determinants of Pressure Group Politics, in: Comparative Politics, A Reader, H. ECKSTEIN and D. E. APTER, (eds.), London, S. 409.

29) Gustav W. HEINEMANN, Die Stunde des freien Wortes, in: STdG, 3. Jg., Nr. 10, Oktober 1951, S. 2.

30) und 31) s. S. 86.

Der Plan der Eingabe einer Massenpetition an den Bundestag stellte sich als erste und wichtige Aktivitätsform dar. In der Annahme der ablehnenden Haltung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber der Wiederbewaffnung wollte man die Parteien dem Druck von "Millionen Unterschriften"[32] aussetzen. Diese Form der Einflußnahme auf die Parteien wurde zugleich demokratisch rationalisiert. So heißt es in der Petition: "Da uns die Mitbestimmung über die geplante Wiederbewaffnung unseres Volkes versagt ist, bleibt uns als letzte Möglichkeit zur Bekundung unseres Willens nur eine Petition an den Bundestag"[33]. Nun ist es generell durchaus fragwürdig, ob eine Massenpetition das geeignete Mittel ist, um auf Abgeordnete wirksamen Druck auszuüben. Denn "Massenpetitionen an das Parlament im allgemeinen oder an die einzelnen Abgeordneten verfehlen heute meist ihre Wirkung." Sie "sind ein zu undifferenziertes Mittel, um Eindruck zu hinterlassen"[34]. Die Führung der

---

30) So verfaßten beispielsweise HEINEMANN, WESSEL, SCHEU im Namen der Notgemeinschaft eine Denkschrift, die auf dem Neutralisierungsgedanken aufbauend, Vorschläge zur deutschen Wiedervereinigung enthielt, und die am 10. Oktober 1952 unter dem Titel "Aufrüstung oder Viermächte-Konferenz: Zwei oder Ein Deutschland" den Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates in Bonn, der Volkskammer der DDR in Berlin, den Hohen Kommissaren für Deutschland zu Bonn, den Vorsitzenden der obersten sowjetischen Kontroll-Kommission der UdSSR für Deutschland zu Berlin-Karlshorst übergeben wurde, Arch.: Wilhelm SCHREIBER.

31) So war der "Aufruf an das deutsche Volk" der Notgemeinschaft von 1952 (Text wiedergegeben in: Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Notgemeinschaft für den Frieden Europas, (Hrsg.). Essen, Nr. 1, April 1952, S. 1. im Folgenden unter Nachrichten der Notgemeinschaft zitiert aus: Arch.: Hermann HAUSSMANN) von einzelnen Repräsentanten des öffentlichen Lebens unterzeichnet worden.

32) "Aufruf zur Unterschriftensammlung" für die Petition der Notgemeinschaft von 1952, Arch.: Erhard EPPLER.

33) Petition der Notgemeinschaft.

34) Klaus von BEYME, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, S. 92.

Notgemeinschaft versprach sich dagegen von der Eingabe einer Massenpetition und der dazu nötigen Unterschriftensammlung auch einen wichtigen propagandistischen Effekt. Bevor die Aktion startete schrieb HEINEMANN an den damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt SCHUMACHER: "Die Notgemeinschaft will vornehmlich in der deutschen Öffentlichkeit die Thesen ihres Aufrufes lebendig machen" [35]. Gleichzeitig hatte sie sich von der Unterschriftensammlung ihrer Petition "Millionen von Unterschriften" versprochen. Diese Aktion hatte im Januar 1952 begonnen und sie erstreckte sich nahezu über das nächste halbe Jahr. Obwohl sich in verschiedenen Gebieten Sympathisanten der Notgemeinschaft aktiv einsetzten, ihre Versammlungen überdurchschnittlich gut besucht waren [36], lag das Ergebnis unter den Erwartungen. Nicht zufällig bedeutete die Unterzeichnung des EVG-Vertragswerkes im Mai einen "schweren Rückschlag" [37]. Die Anzahl der insgesamt gesammelten Unterschriften war "zwar sechsstellig, die Millionengrenze wurde aber bei weitem nicht erreicht" [38]. Daraufhin verzichtete die Führung der Notgemeinschaft nicht nur auf eine Veröffentlichung über die Höhe der eingegangenen Unterschriften, sondern sogar auf Eingabe der Petition beim Bundestag.

---

35) Schreiben Gustav HEINEMANNS an Kurt SCHUMACHER vom 11. 12. 1951, Abschrift in Arch.: E. EPPLER.

36) Überdurchschnittlich - im Vergleich zu Veranstaltungen der großen Parteien, dies geht hervor aus: Akten zur Notgemeinschaft, Arch.: E. EPPLER.

37) P. MOLT, Die neutralistische Opposition, a. a. O., S. 75.

38) So Manfred HUMBURG, der zeitweise beim Vorstand der Notgemeinschaft in Essen gearbeitet hatte, in seinem Brief vom 19. 7. 1952 an Erhard EPPLER, Arch.: E. EPPLER.

3. 5 Die Anfänge eines Organisationsaufbaus

Das Einreichen einer Petition ans Parlament hatte eine doppelte Funktion. Es sollten damit die Abgeordneten und vor allem die Abgeordneten der Regierungskoalition, die einerseits die Mehrheit im Bundestag hatten und die im wesentlichen fest hinter der Außenpolitik des Bundeskanzlers standen, mit dem Druck der Bevölkerung konfrontiert werden: Die Petition als Mittel zum Erreichen des Zieles. Die Durchführung dieser Petitionsaktion machte aber auch einen gewissen Organisationsgrad notwendig. Es bedingten sich gegenseitig: Mittel zur Zielverfolgung und erste organisatorische Anfänge. Ein organisatorischer Anfang war gemacht, als die Führung für die Unterschriftensammlung ihre Anhängerschaft zu ersten Aktionen mobilisierte.

Die Zugehörigkeit zur Notgemeinschaft unterlag strengen Regelungen. Aus einem zehn Personen umfassenden Gründerkreis hatte sie sich im November 1951 konstituiert. Nicht nur die Abgabe politischer Erklärungen, auch die Aufnahme neuer Mitglieder konnte nur durch einstimmigen Beschluß dieses Gremiums erfolgen. Praktisch aber blieb die Mitgliedschaft in der Folgezeit fast ausnahmslos auf diesen Kreis beschränkt. Zu Anhängern, oder wie man auch sagte, zu "Förderern", konnten Einzelpersonen oder juristische Personen werden, "sofern sie in einer mit dem Vorstand zu vereinbarenden Weise die Notgemeinschaft unterstützen"[39]. Zwar konnten sich diese Anhänger zu örtlichen Aktionsgruppen der Notgemeinschaft zusammenschließen. Aber nur mit schriftlicher Ermächtigung des Vorstandes

39) Satzung der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" vom 2. Januar 1952, Arch.: A. SCHEU.

hatten sie das Recht, im Namen der Notgemeinschaft zu sprechen[40]. Diese strengen Bestimmungen gegenüber der Mitgliederaufnahme wie der organisatorischen Zusammenarbeit waren Vorsichtsmaßnahmen gegenüber kommunistischer Unterwanderung und damit einer Diskreditierung der Notgemeinschaft, ihrer politischen Konzeption ebenso wie im Hinblick auf potentielle Anhänger aus den bestehenden nichtkommunistischen Parteien[41]. So bestand die Führung darauf, daß nur Angehörige aus den Fördererkreisen als Veranstalter von Notgemeinschafts-Versammlungen namentlich genannt werden durften, nicht aber etwa Mitglieder von Friedensverbänden, weil diese womöglich Mitglieder aus den Regierungsparteien abschrecken könnten[42].

Ab Januar 1952 setzte die Unterschriftensammlung für die Petition ein. Zu deren organisatorischer Durchführung hatte sich HEINEMANN zunächst an nichtkommunistische, stark christlich bestimmte Friedensverbände[43] gewandt. Hauptsächlich nahmen die örtlichen Fördererkreise und Aktionsgruppen der Notgemeinschaft - oft hatten sie sich im Anschluß an Heinemann-Vorträge gebildet - das Unterschriftensammeln vor. Im Winter 1951 / 52

---

40) Satzung der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" vom 2. Januar 1952, Arch.: A. SCHEU.

41) Bei der Darmstädter Aktionsgruppe - sie hatte damit eine gewisse Sonderstellung - drohte die Abgrenzung gegenüber Kommunisten nicht immer streng genug vorgenommen zu werden. Diese Gruppe, ein vornehmlich studentischer Kreis, war schon im Juli 1951 von dem Studentenpfarrer, dem gleichzeitigen Geschäftsführer des Bruderrates der Bekennenden Kirche, Herbert MOCHALSKI, gegründet worden.

42) Manfred HUMBURG in seinem Schreiben vom 19. 7. 1952 an Erhard EPPLER, Arch.: E. EPPLER.

43) Siehe dazu oben Teil 3. 1.

hatten sich diese Sympathisanten zu örtlichen Aktions- oder auch Arbeitsgruppen genannt, zusammengeschlossen. Häufig ging von ihnen die Suche nach Kontaktaufnahme mit der Führung aus. Das heißt, sie traten von sich aus an HEINEMANN heran, machten organisatorische Vorschläge, baten um Information[44]. Von diesen Gruppen wurden - mitunter in Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Friedensverbänden - die organisatorischen Vorbereitungen für Kundgebungen und Versammlungen mit HEINEMANN und Helene WESSEL als Hauptredner der Notgemeinschaft getroffen. Von diesen Sympathisanten wurde im Anschluß an solche Veranstaltungen Geld gesammelt[45], wurde das gängige Schriftenmaterial der Notgemeinschaft verkauft[46].

Im April 1952 gab die Notgemeinschaft in Essen, der Vorstand, zum ersten Mal das von nun an monatlich erscheinende Nachrichten- und Informationsorgan, die "Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas" heraus. Damit war eine organisatorische Regelung für eine kontinuierliche Kommunikation der Anhänger geschaffen. Außer dem Vorhandensein einer Führung, den ersten Anfängen einer organisatorischen Erfassung der Anhängerschaft war damit eine weitere Voraussetzung für den Zusammenhalt der Bewegung gegeben.

---

44) So zum Beispiel Erhard EPPLER für die Arbeitsgruppe der Notgemeinschaft Tübingen in seinem Brief vom 8. 1. 1952 an Gustav HEINEMANN, Arch.: E. EPPLER.

45) So daß mit Spenden, Eintrittsgeldern zu Vorträgen, dem Erlös aus dem Schriftenverkauf, die Unkosten im wesentlichen gedeckt werden konnten, aus den Akten zur Notgemeinschaft, Arch.: E. EPPLER.

46) Als "Standardbroschüre" galt und wurde verkauft, HEINEMANNS "Deutsche Friedenspolitik", ferner Schriften von Martin NIEMÖLLER, Helmut GOLLWITZER, Rüstung, Frieden und Krieg, brosch. Druck Essen 1952.

Diese aktive Anhängerschaft rekrutierte sich vornehmlich aus engagierten Protestanten, aus nichtkommunistisch pazifistischen Zirkeln, dazu kamen Repräsentanten eines gesellschaftskritischen Bürgertums, schließlich machten studentische Kreise einen nicht unerheblichen Teil aus [47]. Diese Notgemeinschaftsgruppen verteilten sich unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer. Dabei lagen ihre Zentren meist in Gebieten mit großem evangelischen Bevölkerungsanteil. So im Rheinland, in Westfalen, in Hessen und in Baden-Württemberg. Und umgekehrt war in vorwiegend katholischen oder auch überwiegend protestantisch-lutherischen Gebieten die Notgemeinschaft wenig vertreten [48].

---

47) P. MOLT, Die neutralistische Opposition, S. 75 f. Einen Anhaltspunkt über die personelle Stärke solcher Arbeitsgruppen: der Tübinger Aktionsgruppe, allerdings einer sehr aktiven und zudem in einer Universitätsstadt mit einer großen evang. theol. Fakultät, gehörten rund 20 Personen an; so E. EPPLER in seinem Brief vom 11. Juli 1952 an G. HEINEMANN, Arch.: E. EPPLER.

48) Nach einer Aufstellung von P. MOLT, Die neutralistische Opposition, S. 76, Anm. 23, verteilten sich die Aktionsgruppen der Notgemeinschaft wie folgt: Nordrhein-Westfalen: 9; Hessen: 5; Nord-Württ.: 3; Süd-Württ.: 2; Nord-Baden: 4; Süd-Baden: 1; Rheinland-Pfalz: 1.

Als im Juni (7./8.) 1952 in Frankfurt/M. das erste Treffen der Arbeitsgruppen der Notgemeinschaft stattfand, waren diese Arbeitsgruppen vertreten: Berlin, Kassel, Herne, Essen, Hagen, Plettenberg, Düsseldorf, Köln, Honnef, Gummersbach, Siegen, Frankfurt, Hanau, Offenbach, Darmstadt, Heidelberg, Stuttgart, Bad Canstatt, Kirchheim/Teck, Freudenstadt, Tübingen, Freiburg, Rastatt, Worms, Karlsruhe, Mannheim, aus: Nachrichten der Notgemeinschaft, Nr. 4, Juli 1952, S. 2.

3.6 Die Haltung der Träger sozialer Kontrolle

Wir haben bisher von fünf Determinanten gesprochen - den strukturellen Voraussetzungen, verschiedenen Spannungsursachen, einer Glaubenshaltung, den beschleunigenden Faktoren und schließlich der Mobilisierung zur Aktion -, die das Entstehen der Notgemeinschaft als einer norm- aber zugleich und wesentlich einer wertorientierten Bewegung erklären. Ein letzter erklärender Faktor ist die Haltung der Träger sozialer Kontrolle, von der die weitere Entwicklung eines kollektiven Verhaltensausbruches abhängig ist[49]. Mit anderen Worten: Zeigen sich die Träger sozialer Kontrolle gegenüber einem kollektiven Verhaltensausbruch, in unserem Fall also gegenüber dieser neuen Bewegung, der Notgemeinschaft, in einer kompromißlosen, inkonzilianten Haltung, schwanken sie zwischen Sympathie, Entgegenkommen und Ablehnung - je nachdem wie die Reaktion ausfällt, sind entsprechende Auswirkungen auf die Entwicklung der Notgemeinschaft zu erwarten.

Wir haben weiter oben gesagt, daß das westdeutsche Kräftefeld der ersten Nachkriegszeit entsprechend der ursprünglichen Politik der Besatzungsmächte maßgeblich von vier Gruppen bestimmt wurde: von den beiden großen Kirchen, den Gewerkschaften und den antinationalsozialistischen, neu konstituierten politischen Parteien. Entsprechend dieser anfänglichen Besatzungspolitik wurden die ersten Zeitungslizenzen vergeben. Und mit veränderter Besatzungspolitik trat zu diesen privilegierten Gruppen eine weitere: Wirtschaft und Industrie.

---

49) N. J. SMELSER, Theory of Collective Behavior, S. 17.

Wenn wir im Folgenden die Frage untersuchen, mit welcher Haltung die Träger sozialer Kontrolle der Notgemeinschaft begegneten, dann wollen wir davon ausgehen, daß eben jene fünf Gruppen wichtige Träger sozialer Kontrolle verkörperten. Das Verhalten gegenüber der Notgemeinschaft gliedert sich auf: Einmal ist es die Haltung zur Außenpolitik der Regierung, die sich zugleich als indirekte Antwort auf die Zielsetzung der Notgemeinschaft darstellen kann. Zweitens ist es die Haltung gegenüber der Notgemeinschaft als solcher, das heißt als Träger einer oppositionellen Meinung.

3.6.1 Die Presse

Zu einem Merkmal der Bundesrepublik in den frühen 50er Jahre gehörte mit, daß nicht von Presse und Rundfunk als einer "nennenswerten Massierung kritischer Stimmen" gesprochen [50] werden konnte. Die Mehrheit der Publikationsorgane, auch die großen, überregionalen Zeitungen und Zeitschriften, hatte aus einer anfänglich ablehnenden Haltung gegenüber der Wiederbewaffnungsfrage bald zu einer bejahenden Grundtendenz zur Wiederbewaffnung im Rahmen der Westintegration gefunden. Es gab zwar Einwände und Bedenken gegen Einzelheiten, zugleich aber war "von einer systematischen, zielgerichteten Opposition gegen die Außenpolitik Adenauers jedenfalls in den großen Blättern nichts zu spüren" [51]. Wenn sich somit in dieser westdeutschen Presse die

50) A. BARING, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Bd. 2, S. 109.
51) Ebd.

Grundlinien der Regierungspolitik widerspiegelten [52], konnte es als symptomatisch gelten, daß nur eine einzige Zeitung, die "Stuttgarter Zeitung" im vollen Wortlaut die Rücktrittsbegründung HEINEMANNS als einem grundsätzlichen Gegner der Außenpolitik der Regierung brachte [53].

3.6.2 Die Wirtschaft

Die Außenpolitik der Bundesregierung wurde von den beiden großen gesellschaftlichen Machtgruppen unterstützt - der deutschen Wirtschaft und den Gewerkschaften. Aus wirtschaftlichen Gründen war es naheliegend, daß die westdeutsche Industrie eine westorientierte Politik befürwortete. Daß die Wirtschaft ADENAUERS Westintegrationspolitik offen unterstützte, ist zugleich eng verbunden mit der Person Fritz BERG, dem Präsidenten der damals politisch allein maßgeblichen Vertretung der westdeutschen Unternehmer, dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDJ).

---

52) Paul SETHE war einer der wenigen Journalisten, der seit Mitte 1951 eine kontinuierliche Kritik an der Regierungspolitik in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" übte.

53) In ihrer Ausgabe vom 18. 10. 1950.

3.6.3 Die Gewerkschaften

Es war eine Form stillschweigender, aber gesicherter Unterstützung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ADENAUERS gesamter Außenpolitik entgegenbrachte. Weil die Entscheidungen des DGB unter seinem ersten Vorsitzenden nach dem Krieg, Hans BÖCKLER, wesentlich durch gewerkschaftspolitische Erwägungen motiviert waren, war die Haltung des DGB zu ADENAUERS Außen- und Verteidigungspolitik in den Rahmen eines Junktims gesetzt: der Zusicherung der Wirtschaftsdemokratisierung bei der Neuordnung der Wirtschaft durch die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in der westdeutschen Industrie und einem gewerkschaftlichen Stillhalteabkommen gegenüber des Kanzlers Außenpolitik, daß sogar so weit ging, daß der DGB (vor allem nach BÖCKLERS Tod) ADENAUERS Politik auch dann noch unterstützte, als die Gegenleistungen - die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung über die Montanindustrie hinaus auch in weiteren Industriezweigen - ausblieben [54].

---

54) Eine informierende Darstellung zu diesem Thema bringt A. BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Bd. 2, auf S. 50 - 58 ist die Haltung der westdeutschen Industrie skizziert, S. 59 ff die des DGB.

3.6.4 Die Kirchen

3.6.4.1 Die Katholische Kirche

Da zumindest bis zum Zeitpunkt des II. Vatikanums das gesellschaftspolitische Engagement der katholischen Kirche von dem traditionellen statischen Leitbild katholischer Gesellschaftspolitik, nämlich der Verchristlichung der Gesellschaft bestimmt wurde, kommt daher politischen Themen - so beispielsweise der Frage einer Wiederaufrüstung - , die nicht unmittelbar der Verwirklichung dieser Zielsetzung nahestehen, kein vorrangiger Stellenwert zu.

Die ADENAUERsche Außenpolitik mit ihrem übernationalen europäischen Akzent unterstrich die universale Tradition im deutschen Katholizismus. Überdies traf sich mit der traditionellen katholischen Gesellschaftspolitik, die sich an der Abwehr von Liberalismus, Kommunismus und Sozialismus orientierte, wenn der westeuropäische Einigungsgedanke eine Verbindung mit dem Sicherheitsargument gegenüber dem östlichen Kommunismus einging. Schon in seiner Weihnachtsbotschaft 1948 hatte PIUS XII. die Möglichkeit gemeinsamer Anstrengungen des Westens nicht ausgeklammert wissen wollen, wenn sie der Verteidigung bedrohter christlicher Völker dienten [55]. Letztlich war damit schon die Position festgelegt, die die deutschen Katholiken dann mehrheitlich in der Wiederbewaffnungsfrage, das heißt in ihrer Bejahung von ADENAUERS Politik einnehmen sollten.

---

55) Auszug aus der Ansprache PIUS XII. vor dem Kardinalskollegium in Rom nach Herderkorrespondenz, in: Archiv der Gegenwart, 24. 12. 1948, S. 1746 f.; zum Verständnis der Haltung der Katholischen Kirche zur Verteidigungsfrage, siehe etwa Ernst Gottfried MAHRENHOLZ, Die Kirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik, Hannover 1969, bes. S. 47 ff u. 74 ff.

3.6.4.2 Die Evangelische Kirche

War die EKD nach dem Krieg die einzige und letzte gesamtdeutsche Institution, so galten damit ihre Rechte und Verpflichtungen ebenso gegenüber der Bundesrepublik wie gegenüber der DDR. Die Entscheidungen der Kirche waren damit immer auch im Hinblick auf deren Auswirkungen in der DDR gebunden. So hatte der Rat der EKD im August 1950 erklärt, zu einem Zeitpunkt, da nach Ausbruch des Korea-Krieges in den westlichen Staaten die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung ernsthaft in Betracht gezogen wurde: "Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt"[56]. Als wenig später die Frage einer Wiederbewaffnung im Rahmen der Westintegration zu einem aktuellen Thema westdeutscher Politik geworden war, wird die allgemeine Diskussion um diesen Komplex von Anfang an mit großen Auseinandersetzungen innerhalb des deutschen Protestantismus begleitet. Und wie diese Auseinandersetzungen sehr schnell wieder zu jenen alten Gruppierungen führen, "die im wesentlichen mit der Bekennenden Kirche auf der einen Seite und den Lutheranern auf der anderen zusammenfielen"[57], so waren diese Gegensätze ursächlich nicht in einer unterschiedlichen Beurteilung der Auswirkungen einer westdeutschen Bewaffnung auf die DDR begründet. Vielmehr lag ihre theologische Motivation erneut in dem Gegensatzpaar von "Königsherrschaft Christi" und "Zwei-Reiche-Lehre".

---

56) Die Erklärung, die der Rat der EKD am 27. August 1950 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Essen abgab, ist abgedruckt in: KJ 1950, S. 165-166; Erklärungen aus dem Raum der EKD nach 1945 in: Kundgebungen, Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945-1959, hrsg. von Oberkirchenrat Dr. MERZYN, o. J., Hannover.

57) H. H. SCHREY, Die Generation der Entscheidung, a. a. O., S. 237.

Wie wir in anderem Zusammenhang bereits erörterten, schaltete man sich aus dem Kreis der Bekennenden Kirche sofort mit großem Engagement in die Wiederbewaffnungsdebatte ein, wobei dieser Protest mitunter mit überspitzten Formulierungen einherging. Dem stehen aus dem Raum der lutherischen Kirchen Erklärungen gegenüber, in denen man sich wiederholt öffentlich von diesen Verlautbarungen der Bekennenden Kirche distanziert, verbunden mit dem Vorwurf einer Politisierung der Kirche [58], und verbunden mit dem gleichzeitigen Verzicht einer eigenen politischen Stellungnahme. Grundtenor der lutherischen Argumentation ist: "Es kann wohl in bestimmten Stunden die Kirche gezwungen sein, vom Wort Gottes her ein kritisches Wort zur Politik oder zur Staatsführung zu sagen. Aber dabei hat sie das Amt zu achten, das Gott der Obrigkeit gegeben hat. Zum anderen: Es ist von Gott so gewollt, daß in politischen Tagesfragen der einzelne Christ aus dem in Gottes Wort gebundenen Gewissen heraus in Freiheit seine Entscheidung trifft. Die Kirche kann dem Christen weder die Entscheidung in politischen Fragen abnehmen, noch darf sie ihm im Namen des Evangeliums politische Entscheidungen aufzwingen" [59].

---

58) So schrieb der damalige württembergische Landesbischof HAUG in einem vertraulichen Rundschreiben vom 22. November 1950 über die Kirchenkonferenz in Berlin-Spandau am 17. November 1950: Den "starken Bedenken der Lutheraner der VELKD gegen NIEMÖLLER, vor allem gegen die Verwechslung von Kirche und Rathaus, gegen den falschen Gebrauch des Schriftworts" standen "auf der anderen Seite die Reformierten, aber auch die Vertreter der westfälischen und rheinischen Kirche" gegenüber, die sich "für die prophetische Sendung NIEMÖLLERS eingesetzt hatten"; dieses vertrauliche Rundschreiben HAUGS vom 22. November 1950 in: Arch. H. HAUSSMANN.

59) Aus der "Erklärung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern" vom 24. Oktober 1950, zit. in: KJ 1950, S. 193.

Wir hatten gesagt: der innerkirchliche Gegensatz um die Wiederaufrüstung läßt sich im Kern um die Polarität zweier theologischer Grundformen zurückführen. Indem die Bekennende Kirche den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche christologisch präzisierte, das heißt von der Einheit der Welt unter dem Herrschaftsbereich Christi ausging, war dieser so verstandenen kirchlichen Verantwortung gewissermaßen die Gefahr eines Übergriffes der Kirche auf den Staat, das heißt eine Politisierung der Kirche, immanent. Wir hatten gesehen, daß die christologisch verstandene Verantwortung der Kirche im Kontext zu geschichtlichen Erfahrungen formuliert wurde. Außerdem, daß der Ablehnung der Wiederaufrüstung, also der Ausübung kirchlichen Öffentlichkeitsauftrages, zugleich auch die Erfahrung des Widerstandes gegenüber der Allmacht des diktatorischen Staates zugrunde liegt. Damit verbindet sich mit diesem Öffentlichkeitsauftrag eine Überempfindlichkeit gegenüber jeglicher Form staatlicher Machterweiterung. Damit läuft dieser Protest Gefahr, zu einem politischen Votum zu werden, staatliche und kirchliche Verantwortungen zu vermischen.

Andererseits war es die Frage, welche Bedeutung die Kirche geschichtlichen Erfahrungen beimaß. Es war die Frage, ob die Erfahrung der beiden Weltkriege in größerem Zusammenhang deutlich machte, daß die christlichen Kirchen in ihrer Haltung zu Staat und Gesellschaft entgegen ihrem Auftrag allzu stark von säkularem Staatsinteresse geleitet und geradezu gelähmt waren, sich in radikaler Wendung zunächst für den Dienst am Frieden einzusetzen. Oder ob die Kirche an ihrer traditionellen Aufteilung der Verantwortungen, staatlicher und kirchlicher, das heißt an LUTHERS Zwei-Reiche-Lehre festhalten sollte, und sich so tatsächlich einer gewissen Solidarität mit den Aufgaben und Interessen der jeweiligen Obrigkeit nicht entziehen durfte.

Als im Herbst 1950 die innerkirchlichen Gegensätze um die Wiederbewaffnungsfrage aufbrechen, werden zugleich zwei kirchliche Grundpositionen in der Haltung gegenüber dieser Frage sichtbar. Zwei Grundhaltungen, die auch in der Folgezeit zur ADENAUER-schen Westintegrationspolitik eingenommen werden sollten, und die gewissermaßen ihre kirchliche Berechtigung erhielten, mit und durch jene Erklärung, die der Rat der EKD in Berlin-Spandau am 17. November 1950 abgab. In ihr wird für die EKD erklärt, "daß die Gemeinsamkeit im Glauben nicht die Einheitlichkeit der politischen Urteile einschließt. Auch die Frage, ob eine wie immer geartete Wiederaufrüstung unvermeidbar ist, kann im Glauben verschieden beantwortet werden" [60].

Während die kirchenorganisatorisch gesehene Minderheit, die Bekennende Kirche, von der Einheit des Reiches Gottes, also der Königsherrschaft Christi ausgehend, in den politischen Raum sprach, stand hinter der Einordnung der politischen Fragen zu reinen politischen Ermessensfragen letztlich die theologische Grundform der Zwei-Reiche-Lehre, der Rücksichtnahme auf die verschiedene Struktur der beiden Reiche Gottes. Der Rücksichtnahme, und damit zugleich auch einer gewissen Solidarisierung mit den Interessen des zweiten Reich Gottes, dem Staat, eine Solidarisierung mit dem säkularen Staatsinteresse. Lag damit, festhaltend an LUTHERS Zwei-Reiche-Lehre, nicht zugleich auch jenes althergebrachte Bedürfnis vor, sich auch im Bereich der öffentlichen Verantwortung einer gewissen Solidarität mit den Aufgaben der jeweiligen Obrigkeit, mithin sich den außenpolitischen Interessen der Bundesregierung nicht entziehen zu können,

---

60) Aus der Entschließung des Rates der EKD, die er in Übereinstimmung mit der gleichfalls nach Berlin-Spandau einberufenen Kirchenkonferenz am 17. November 1950 abgab, abgedr. in: KJ 1950, S. 223 f.

das heißt sich mit ihnen zu solidarisieren? War deshalb der Verzicht der lutherischen Kirchen, politische Stellungnahmen abzugeben, nur eine scheinbare politische Abstinenz? Denn: "Wer für den Kurs der Regierung oder der Parlamentsmehrheit ist, kann sich freilich mit Stillschweigen begnügen. Seine politischen Meinungen kommen ja sozusagen von selbst zum Zuge"[61]. Wenn die Lutheraner wiederholt vor einem Hineinziehen der Kirche in die politische Auseinandersetzung warnten, so war ihr gleichzeitiges Plädoyer für eine unpolitische Haltung der Kirche in Wirklichkeit auch eine Form der Parteinahme, der Parteinahme allerdings nicht gegen, sondern für die Außenpolitik der Bundesregierung. Daß der Bundeskanzler die lutherische Mehrheit innerhalb des deutschen Protestantismus unterstützend hinter seiner Außenpolitik wissen konnte, kam sehr deutlich zum Ausdruck bei jener wichtigsten Unterredung zwischen Vertretern der EKD und Regierungsseite (in Königswinter am 5. November 1951) während des Ringens um Wiederbewaffnung und Westintegrationspolitik[62]. So hatte Hans MEISER als leitender Bischof der VELKD in Gegenwart des Bundeskanzlers zum Ausdruck gebracht, "daß er sich überzeugt habe, wie sehr der Bundeskanzler aus letzter Verantwortung rede und handle"[63].

---

61) Gustav W. HEINEMANN, Was heißt "Entpolitisierung der Kirche"? in: STdG, 4. Jg., Nr. 2, Februar 1952, Sp. 41.

62) Unter den 22 Teilnehmern der EKD waren nicht Martin NIEMÖLLER und Gustav HEINEMANN, ein Bericht über das Gespräch in Königswinter siehe KJ 1951, S. 175 ff.

63) A. a. O., S. 181.

3.6.5 Die politischen Parteien

Die Zielsetzung der Notgemeinschaft war, daß die Grundgedanken ihrer außen- und deutschlandpolitischen Konzeption in die politischen Vorstellungen wie Entscheidungen von Regierung und Parteien aufgenommen werden. Die im Kontext zu dieser Zielsetzung, wir können auch sagen Forderung, von der Regierung wie den Bundestagsparteien vertretene Politik ist damit zugleich als eine Antwort an die Notgemeinschaft anzusehen.

3.6.5.1 Die Regierungsparteien

Seit ADENAUER auf dem Goslaer Gründungsparteitag der CDU die volle Zustimmung auch jener bis dahin in ihrer Haltung noch schwankenden Delegierten für seine Westintegrationspolitik erhalten hatte, war ihm die Möglichkeit gegeben, eben diese Politik zielstrebig zu verfolgen, die mit der Unterzeichnung des EVG-Vertragswerkes im Mai 1952 zu einem ersten Abschluß kam. Wenn auch auf jene russische Note vom März 1952, - in der ADENAUER "nur einen Fetzen Papier "[64] sehen wollte - Vereinzelte innerhalb der CDU vorsichtig fragten, ob der russische Vorschlag eventuell eine neue Hoffnung für die deutsche

---

64) Auszug aus der Rede ADENAUERS vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Siegen nach dpa, in: Archiv der Gegenwart, 16. 3. 1952, S. 3388.

Einheit bedeute [65], aber weiterhin hatte ADENAUER die Unterstützung der CDU für seine Politik hinter sich. So waren es letztlich nur vier Abgeordnete - unter ihnen der CSU-Abgeordnete Hans BODENSTEINER, der später auch aus seiner Partei austrat und mit der Notgemeinschaft zusammenarbeitete [66] - die im Laufe des Jahres 1952 ADENAUERS Westintegrationspolitik noch offen widersprachen. Sie galten jedoch sämtlich als Außenseiter der CDU/CSU-Fraktion. Wenngleich bei den außenpolitischen Vorstellungen der Freien Demokraten ein stärkerer nationaler Akzent gesetzt war als bei der CDU, und dieser unterschiedliche außenpolitische Ansatz zwar in Detailfragen sichtbar wurde [67], so bejahten sie trotzdem und grundsätzlich ADENAUERS Politik. Und als - freilich erst nach Unterzeichnung des EVG-Vertragswerkes - in den Reihen der Freien Demokraten von Karl Georg PFLEIDERER eine vorsichtige Alternative zur ADENAUERschen Politik der Westintegration entwickelt wurde [68], hielt es selbst die FDP-Fraktion nicht für angebracht, diesen Gedanken nähere Beachtung zu schenken.

---

65) So Jakob KAISER in seiner Rundfunkansprache am 12. 3. 52, in: Archiv der Gegenwart, 16. 3. 1952, S. 3387 f.

66) Eine ausführliche Darstellung hierzu bringt D. KOCH, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, S. 336 ff.

67) Zumindest ebenso starke Zustimmung wie von der FDP konnte der Kanzler von der DP erhalten. Zur Haltung der FDP im 1. Bundestag vgl. Max Gustav LANGE, Die FDP - Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, mit Beiträgen von Max Gustav LANGE, Gerhard SCHULZ, Klaus SCHÜTZ, u. a., mit einer Einleitung von Siegmund NEUMANN, Stuttgart/Düsseldorf 1955, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Berlin, Bd. 6) S. 345 ff.

68) PFLEIDERERS Grundgedanken knüpfte an die Grundgedanken der sowjetischen Note vom 10. März 1952.
Dennoch gab es für ihn keine grundsätzlichen Bedenken am Verbleib in seiner Partei.

Das Bemühen um eine Zusammenarbeit mit den Bundestagsparteien sollte in dem überparteilichen Charakter der Notgemeinschaft zum Ausdruck kommen. Aber schon ihre engere Führung - HEINEMANN und Helene WESSEL - standen seit ihrem erklärten Widerspruch zur Westintegrationspolitik der Regierung in angegriffener Position innerhalb ihrer eigenen Parteien. Im November 1951 war Helene WESSEL noch einstimmig zur Vorsitzenden des Zentrums wiedergewählt worden. Inzwischen war sie im Rahmen der Notgemeinschaft aufgetreten, und die Differenzen innerhalb ihrer Partei gingen so weit, daß Helene WESSEL dem Wunsch der Parteimehrheit entsprach und im Januar 1952 den Vorsitz aufgab. Wenn auch Sprecher des Zentrums (ebenso wie der Bayernpartei) gegen die Wiederaufrüstung im Bundestag auftraten[69], so ließen die Programmatik des Zentrums wie deren Bindung an den rheinisch-westfälischen Katholizismus eine grundsätzliche Ablehnung der Westintegrationspolitik nicht zu. Nachdem HEINEMANN aus dem Kabinett ausgetreten war, versuchte man ihn innerhalb der CDU bewußt zu isolieren[70]. Zwar soll nur einem Gerücht nach die CDU zeitweilig ein Parteiausschlußverfahren gegen ihn erwogen, aber aus Rücksichtnahme auf konfessionelle Rückwirkungen wegen seiner kirchlichen Ämter wieder verworfen haben, zugleich wurde es HEINEMANN jedoch unmöglich gemacht, auf öffentlichen CDU-Versammlungen über die Sicherheitsfrage zu sprechen[71].

---

69) A. BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Bd. 2, S. 110 f.

70) Vgl. D. KOCH, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, S. 203 f.

71) Gustav W. HEINEMANN, Persönliche Verantwortung oder Linientreue?, Zur Entwicklung der CDU, in: Gustav W. HEINEMANN, Im Schnittpunkt der Zeit, Reden und Aufsätze, Darmstadt 1957, S. 61.

Seit ADENAUER in dem Sicherheitsmemorandum den Westmächten einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag angeboten hatte, stritt er diesen dennoch in der Folgezeit - vor dem Kabinett ebenso wie vor dem Parlament und der Öffentlichkeit entschieden ab. Das heißt: Gleich zu Beginn der großen Diskussion um die deutsche Wiederbewaffnung prägt der Kanzler einen Stil, den er auch in der jahrelangen Auseinandersetzung um diesen Komplex beibehielt. Man versucht sich über die Argumentation des politischen Gegners dadurch hinwegzusetzen, indem man dieser in großer Beharrlichkeit den Wahrheitscharekter ganz einfach abspricht. Erleichtert wird solche Praxis durch das Mittel der schlechten Information. "Der Bundeskanzler konnte sich dem Einfluß der Parlamentarier am besten entziehen," sagt BARING, "wenn er sie vor Unterzeichnung der Vertragswerke einfach nicht unterrichtete; denn dann mußten ihre Kritik wie ihre Forderungen wirklichkeitsfremd und damit belanglos sein"[72]. Ein weiteres Merkmal: ADENAUER verkürzt die komplexe Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung letztlich zur Wahl zwischen Gut und Böse, zwischen Leben und Untergang[73]. Und mit den alternierenden Vorstellungen seiner innenpolitischen Gegner verfährt der Bundeskanzler in der gleichen Form, in der er auch Schritten aus dem Ausland begegnet, wenn diese seine politische Zielsetzung zu durchqueren drohen: Sie sind "ein Fetzen Papier", die man ablehnt "überhaupt zu lesen".

---

72) A. BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Bd. 2, S. 21.

73) Beispielhaft ist etwa ADENAUERS Rede vor dem Bundesparteitag der CDU in Goslar vom 20. - 22. 10. 1950, in: Ossip K. FLECHTHEIM (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II, Berlin 1963, S. 76 ff.

Anders gesagt, wie ADENAUER Forderungen der Opposition und überdies der Notgemeinschaft mit ihrer außenpolitischen Konzeption, die als grundsätzliche Alternative zu seiner steht, begegnet: er bedient sich dabei einer höchst wirkungsvollen Technik. Eine propagandistische Grundregel lautet nämlich: "it is best never to argue, but simply to persist in assertion and reassertion. Such simple techniques are held to be particularly effective in the case of the bulk of people whose attention is ordinarily easily diverted and whose interest is easily flagged" [74].

Im Frühjahr 1952 hatten sich die Freien Demokraten offiziell auf eine Unvereinbarkeit von FDP-Mitgliedschaft und Mitarbeit bei der Notgemeinschaft festgelegt. Die FDP meinte sich sogar öffentlich dafür aussprechen zu müssen, daß "die Geschäfte der Todfeinde von Freiheit und Demokratie" betrieben werden, "wenn diese 'Notgemeinschaft' das deutsche Volk aufruft, wehrlos zu bleiben und sich nicht zu verteidigen" [75]. Im Unterschied zur FDP erließ die CDU kein direktes Verbot an ihre Mitglieder, aber auch hier apostrophierte man die Mitglieder der Notgemeinschaft als "Dummköpfe ersten Ranges oder als Verräter" [76].

Mit derartigen Vergleichen vermochten die Regierungsparteien sich nicht nur unmißverständlich von der Notgemeinschaft abzugrenzen, solche Vergleiche zielten darauf ab, in der Bevölkerung

---

74) H. BLUMER, Collective Behavior, in: A. M. LEE (ed.), New Outline of the Principles of Sociology, S. 194.

75) Flugblatt "Klare Fronten," hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle und dem Ostbüro der FDP (Mai 1952), zit. nach D. KOCH, a. a. O., S. 326 f.

76) Am 24. 6. 1951 sagte ADENAUER in Bad-Reichenhall: "wer Neutralisierung und Demilitarisierung will, ist entweder ein Dummkopf ersten Ranges oder ein Verräter", nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 6. 1951.

eine Assoziation von Notgemeinschaft und kommunistischer Tätigkeit hervorzurufen. In der Bundesrepublik der frühen 50er Jahre, in dieser so stark ideologisch eingefärbten "Ära des Kalten Krieges, als in der Meinung der Bevölkerung eine Westorientierung einem betonten Antikommunismus gleichkam"[77], konnte eine Gruppierung geradezu politisch und gesellschaftlich nicht stärker diskreditiert werden, als daß ihr eine Affinität zum Kommunismus, ob in personell-organisatorischer oder ideell-programmatischer Form angelastet wurde: Sie erschienen dann "im Brechspiegel der Agenten-Theorie"[78]. Die Herstellung einer Assoziation zwischen Notgemeinschaft und "Kommunismus" wurde erschwert durch die Aktivität der KPD zu dieser Zeit. Die Notgemeinschaft sammelte Unterschriften für ihre Petition. Die Kommunisten - ihre Neutralisierungsforderung deckte sich mit Zielen und Motiven der SED - hatten im Frühjahr 1951 Volksbefragungsaktionen gegen "Remilitarisierung" und für "Abschluß eines Friedensvertrages" gestartet, denen wenig später das Volksbefragungsverbot des Bundesinnenministers gegenüberstand[79].

---

77) Henry J. KELLERMAN, Party Leaders and Foreign Policy, in: West German Leadership and Foreign Policy, H. SPEIER and W. Ph. DAVISON, (eds.), Evanston 1957, S. 58.

78) Werner HOFMANN, Stalinismus und Antikommunismus, Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M. 1967, S. 153.

79) Vgl. dazu Hans Karl RUPP, Außerparlamentarische Opposition: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970, S. 51 ff.

3. 6. 5. 2 Die sozialdemokratische Oppositionspartei

Schon Ende 1950 gab es im Grundsätzlichen eine Gemeinsamkeit der Standpunkte zwischen Regierung und sozialdemokratischer Opposition. Sie bestand darin, daß auch die SPD einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag auf der Grundlage politischer wie militärischer Gleichberechtigung innerhalb einer integrierten westlichen Streitmacht zur Abwehr einer möglichen sowjetischen Aggression für annehmbar hielt. Während die Sozialdemokraten in der Folgezeit in zunehmendem Maße ihre Zustimmung zu einer westdeutschen Wiederbewaffnung von der Voraussetzung nach politischer und militärischer Gleichberechtigung abhängig zu machen begannen, hielten sie gleichzeitig prinzipiell an ihrer Bejahung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages fest; wurde gleichzeitig der Neutralisierungsgedanke für Gesamtdeutschland unmißverständlich aus ihren politischen Vorstellungen ausgeklammert; wurden nicht minder scharf als von der Regierung Gespräche mit Pankow abgelehnt, die zur Ergründung der von Ost-Berlin 1951 wiederholt gemachten gesamtdeutschen Lösungsvorschläge auf Neutralitätsebene hätten führen können [80]. Was sich bei dem SPD-Vorsitzenden Kurt SCHUMACHER im Herbst 1951 erstmals als Verdacht stellte, die Unvereinbarkeit von Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung im Rahmen der Westintegration, führte im Frühjahr 1952 zu einer Schwerpunktverlagerung der politischen Konzeption der Sozialdemokraten. Nunmehr wird die Forderung nach politischer und militärischer Gleichberechtigung als Voraussetzung für einen westdeutschen Militärbeitrag mit dem Postulat nach Wiederherstellung der deutschen Einheit verbunden.

---

80) K. v. SCHUBERT, Wiederbewaffnung und Westintegration, S. 157; eine neuere Gesamtdarstellung über die Haltung der SPD zur Wehrfrage seit 1945 siehe die Studie von Udo F. LÖWKE, a. a. O.

Wenn die SPD aus diesen Gründen das EVG-Vertragswerk ablehnte, deutete ihre Argumentation dennoch auf kein grundsätzliches Alternativprogramm zur Regierungspolitik hin. Zwar wiederholte die SPD nach der sowjetischen März-Note die Forderung, alle Möglichkeiten zu Viermächte-Verhandlungen über Deutschland auszuschöpfen. Gleichzeitig hatte sie im Laufe des Jahrs 1952 damit begonnen, der EVG-Konzeption den Plan eines europäischen Sicherheitssystems gegenüberzustellen. Wonach auch hier die Bundesrepublik einen westeuropäischen Zusammenschluß beitreten sollte. Dagegen sollte dieses europäische Sicherheitssystem bei politischer und militärischer Gleichberechtigung aller Partner und auf breiterer Basis (unter Einschluß Großbritanniens, Dänemarks und Norwegens) als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft geschaffen werden.

Wenn die Notgemeinschaft versuchte, über einzelne Mitglieder der bestehenden Parteien in diese Parteien hineinzuwirken, so bemühte sie sich insbesondere um die Mitarbeit von Sozialdemokraten. Dies lag nahe, weil eine Gemeinsamkeit in den außenpolitischen Vorstellungen sich zumindest in der Ablehnung der vorliegenden Regierungspolitik traf. Darüberhinaus versprach man sich vonseiten der Notgemeinschaft eine größere Wirkung, wenn ihre geplanten außerparlamentarischen Aktionen (so vor allem im Hinblick auf Unterschriftensammlung) in irgendeiner Form der Übereinstimmung mit der SPD, als einer der großen Parlamentsparteien durchgeführt würden [81].

Es war ein grundsätzliches Mißtrauen der SPD gegenüber überparteilichen und somit nicht unmittelbar für die Partei kontrollierbarer Aktionen, und es war eine Überempfindlichkeit zur

---

81) In diesem Sinne schrieb HEINEMANN am 11. 12. 51 an Dr. Kurt SCHUMACHER, Abschrift in Arch.: E. EPPLER.

kommunistischen Abgrenzung, die ein gemeinsames Vorgehen für die SPD ausschlossen. So hatte OLLENHAUER an HEINEMANN geschrieben: "... Bei Ihrer Aktion der Unterschriftensammlung wird Ihnen aber auch die Abgrenzung gegenüber der KPD nicht möglich sein. ... Wenn Sie in Ihrem Brief betonen, daß der Mitgliederkreis der Notgemeinschaft bewußt sehr klein gehalten werde, um jede Überfremdung auszuschließen, so würde sie bei Ihren Aktionen, so wie Sie sie angelegt haben, dieser Überfremdung zum Opfer fallen. Aus diesen Erwägungen sehen wir uns außerstande, diese Aktionen zu unterstützen" [82].

Öffentlich grenzte sich die SPD in zweifacher Form ab. Im Sommer 1952 sprach sie sich für ein Verbot ihrer Mitglieder aus, im Rahmen der Notgemeinschaft tätig zu werden. Schon im Frühjahr hatte dieses für ihre führenden Funktionäre gegolten [83]. Dies war zu einem Zeitpunkt erlassen worden, als die SPD durch gezielte Indiskretionen aus dem Briefwechsel HEINEMANN und SCHUMACHER/OLLENHAUER nur jene Passagen der Presse übergab, in denen allein sozialdemokratische Bedenken zu außerparlamentarischen Aktionen im Hinblick auf die möglichen Gefahren kommunistischer Unterwanderung zum Ausdruck kamen [84] - und die SPD hiermit auf ihre Weise gleichfalls die Notgemeinschaft als eine durch kommunistische Infiltration gefährdete Bewegung in der Öffentlichkeit zu umschreiben suchte.

---

82) Erich OLLENHAUERS Schreiben vom 10. 1. 1952 an Dr. HEINEMANN, Abschrift in Arch.: E. EPPLER.

83) Schreiben Manfred HUMBURGS vom 19. 7. 1952 an E. EPPLER, Arch.: E. EPPLER.

84) Vgl. D. KOCH, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, S. 289.

3.7 Auswirkungen der Haltung der Träger sozialer Kontrolle

Zu Anfang dieses Kapitels hatten wir uns die Frage gestellt: Wie verhalten sich die Träger sozialer Kontrolle gegenüber dieser neuen Bewegung, der Notgemeinschaft? Wir hatten diese Fragestellung mit der Annahme verbunden, daß die Art der Reaktion auf die Notgemeinschaft in Relation zu deren weiterer Entwicklung steht. In der Beschreibung der Haltung, die die einzelnen Träger sozialer Kontrolle der Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber einnahmen, wollten wir zugleich eine Antwort auf die Notgemeinschaft sehen. Die Übereinstimmung in den Grundgedanken der Regierungspolitik mit den Vorstellungen und Interessen dieser gesellschaftlichen Gruppen drückte sich mehrheitlich in einer offenen Unterstützung der Außenpolitik des Kanzlers aus - die Sozialdemokraten opponierten dieser Politik, aber auch sie nicht aus einem diametral entgegengesetzten Vorstellungshorizont.

Brachten diese Träger sozialer Kontrolle eine solche feste Zustimmung zur Außenpolitik auf, dann hieß das umgekehrt eine kompromißlose Abweisung jener politischen Zielvorstellung, die von der Notgemeinschaft getragen wurde. Die außenpolitischen Grundgedanken der Notgemeinschaft spiegelten sich weder in der Konzeption der Regierung, der Regierungsparteien noch der oppositionellen SPD wider. Wir haben gesehen, daß von der Regierung die Notgemeinschaft als "Dummköpfe oder Verräter ersten Ranges" apostrophiert worden war. Darin drückte sich gewissermaßen eine Intoleranz gegenüber jeder abweichenden Meinung aus. Denn diese Reaktion beinhaltete letztlich den Anspruch von einer Gleichsetzung von Regierungspartei, Regierungspolitik und Staat: mit der Konsequenz, daß alle Kritik an dieser Politik zu einer Kritik,

ja zum Verrat am Staat wird. Nicht nur die Regierungsparteien, auch die sozialdemokratische Opposition hatte versucht, die Notgemeinschaft durch Diffamierungen zu diskriminieren. Damit zeigten die großen Parteien, daß sie nicht gewillt waren, diesen oppositionellen Vorstellungen Beachtung zu schenken und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, das heißt, sie sachlich begründet abzuweisen.

Nun ist es eine generelle Regel: Damit nicht die grundlegenden Werte eines Gesellschaftssystems in Zweifel gezogen werden, müssen Träger politischer Forderungen gegenüber dem Parlament, das heißt gegenüber jener Ebene, auf der im wesentlichen normative Regelungen getroffen werden, "have some degree of access to some method of affecting the normative order" [85]. Hierfür bietet die parlamentarische Demokratie Möglichkeiten wie etwa Wahlen, Bürgerinitiativen, Petitionen, Demonstrationen. Darüberhinaus aber ist die Perzeption des Gehörtwerdens von entscheidender Bedeutung. Mit anderen Worten: Nicht die Tatsache ist ausschlaggebend, daß oppositionelle Forderungen, die Interessen einer politischen Bewegung, einen unmittelbaren Niederschlag in den politischen Entscheidungen von Regierung und Parlament finden. Wohl aber müssen die politischen Entscheidungsträger "leave open the possibility that these demands, along with others, will be heard, and that some responsible decision will be taken with regard to them" [86]. Wenn nun aber der Regierungsstil wie der politische Stil der Parlamentsparteien bei einer politischen Bewegung den Eindruck hervorruft, daß ihnen jegliche Einflußnahme auf die Gestaltung der normativen Ordnung genommen ist, indem politische Entscheidungen getroffen werden ohne

---

85) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 281 f.

86) A. a. O., S. 307.

die Bereitschaft zur Kenntnisnahme kritischer Einwände, dann verbindet sich sehr schnell mit dieser Perzeption die Tendenz, Grundwerte des gesellschaftlich politischen Systems anzuzweifeln.

Wie in einer solchen Situation eine normorientierte Bewegung zu einer wertorientierten werden kann, indem sie diese in Zweifel gezogenen gesellschaftlichen Grundwerte in ihre Zielsetzung aufnimmt [87], so können wir auch jetzt bei der Notgemeinschaft beobachten, wie die wertorientierte Komponente in ihrer Zielsetzung betont wird. Das heißt, wie angesichts der für gefährdet gehaltenen Demokratie in der Bundesrepublik die Dringlichkeit zu deren Sicherung gesehen wird.

Wie demoskopische Untersuchungen immer bestätigten, daß die Bevölkerung eine eventuelle Wiederaufrüstung mehrheitlich ablehnte, und wie wir bereits gesehen haben, war von HEINEMANN und aus der Bekennenden Kirche wiederholt gefordert worden, der Bevölkerung Möglichkeiten zu geben (etwa mit Neuwahlen), ihre Haltung zu dieser Frage zum Ausdruck zu bringen. Auch für die Notgemeinschaft ist diese Diskrepanz zwischen einer mehrheitlich vorhandenen Abneigung und den gleichzeitigen Anstrengungen der Regierung hin zu deren Verwirklichung, ein zentraler Ansatz in ihrer Kritik: Weil "zwei Hauptbeteiligte, nämlich das Volk in der Bundesrepublik und das französische, die von ihren Außenministern geforderte westdeutsche Aufrüstung n i c h t wollen" [88], ist die "Mißachtung dieser Tatsache ... ein Unheil für unsere ohnehin so labile Demokratie" [89].

---

87) Vgl. N. J. SMELSER, a. a. O., S. 307 ff.

88) Gustav W. HEINEMANN, Wege zueinander, in: STdG, 4. Jg., Nr. 13, März 1952, Sp. 65.

89) G. HEINEMANN, Deutschland in der Entscheidung, Sp. 3.

Darüberhinaus findet die "Tatsache, daß der Meinungsstreit um die Aufrüstung quer durch die Wähler fast aller Parteien hindurchgeht, ... in dem Verhalten der Parteien einfach keinen Ausdruck. Es kommt im Bundestag aufs Ganze gesehen offensichtlich nicht zu Gruppierungen aus persönlicher Gewissensentscheidung, sondern im wesentlichen wieder einmal nur zu Gruppierungen nach Fraktionen ohne Rücksicht auf Einzelüberzeugungen. Das verstärkt in hohem Grade das Mißbehagen zahlloser ..." [90].

Der bedeutendste Teil der westdeutschen Presse stand in seinem Grundtenor hinter der Westintegrationspolitik. Die Presse spiegelte damit einen Meinungskonformismus wider, wenn man sie in Konfrontation zu dem Aufrüstungsressentiment der Bevölkerung sah. So gesehen, mußten die publizistischen Einrichtungen den Eindruck erwecken, "nicht mehr einer Meinungsbildung durch eine objektive Berichterstattung und durch Mitteilung von Tatsachen" zu dienen, sondern, daß sie sich "wieder zum Instrument einer billigen Meinungsmache" erniedrigen [91].

Die Kritik entzündet sich weiter an der Tatsache der mangelhaften Unterrichtung des Parlaments über den Verlauf der Verhandlungen um das Vertragswerk. Die Funktion des Parlaments wird reduziert auf eine bloße "demokratische Kulisse" [92]. Insofern gleicht die Situation des Parlamentes derjenigen der Bevölkerung: "Das Schicksal und die Zukunft eines ganzen Volkes werden verhandelt - und die Bevölkerung wird mundtot gemacht, ihre

---

90) G. HEINEMANN, Die Stunde des freien Wortes, S. 2.

91) Herbert MOCHALSKI, Die Stunde der Bewährung, in: STdG, 3. Jg., Nr. 8, August 1951, S. 3.

92) Herbert MOCHALSKI, Demokratie in der Entscheidung, in: STdG, 4. Jg., Nr. 1, Januar 1952, Sp. 5.

Abgeordneten werden mehr oder weniger zu Statisten erniedrigt...". Dem steht gegenüber das "Mitrauen, mit dem die Bevölkerung ... in zunehmendem Maße dieser Demokratie begegnet...". Ein Mißtrauen, das "resultiert aus der Nichtachtung und Respektlosigkeit, mit der der Bundeskanzler dem Parlament und beide dem Volke und seinem Wunsche, gehört zu werden, begegnen"[93].

Das Verhalten der Träger sozialer Kontrolle gegenüber der Notgemeinschaft hatte bewirkt, daß hier die Gültigkeit demokratischer Grundwerte als zweifelhaft erscheint, und hatte deshalb zur Betonung der wertorientierten Komponente in der Zielvorstellung geführt. Weil die Regierungsparteien ebenso wie die sozialdemokratische Opposition als die Hauptverantwortlichen dieser gefährdeten Demokratie angesehen wurden, stellten sich Konsequenzen auf organisatorischer Ebene als weitere Auswirkung auf das Verhalten von Trägern sozialer Kontrolle dar: die Aufkündigung der bislang angestrebten Zusammenarbeit mit den Bundestagsparteien.

Die organisatorische Konsequenz, das heißt der Bruch mit den bestehenden Parteien, fand einen personifizierten Ausdruck, als von der Führung der Notgemeinschaft die einzigen parteilich gebundenen Mitglieder aus ihren jeweiligen Parteien austraten: Helene WESSEL aus dem Zentrum und Gustav HEINEMANN Ende Oktober aus der CDU[94]. Und dieser Bruch kam weiter zum Ausdruck, als die Notgemeinschaft die Parteiform zur neuen organisatorischen Grundlage wählte.

Bereits seit Frühjahr 1952 waren intern verschiedene Möglichkeiten über eventuelle neue Wirkungsformen der Notgemeinschaft in

---

93) H. MOCHALSKI, Demokratie in der Entscheidung, Sp. 7.

94) Vgl. dazu Gustav W. HEINEMANN, Warum ich aus der CDU austrat, in: Gustav W. HEINEMANN, Im Schnittpunkt der Zeit, Reden und Aufsätze, Darmstadt 1957, S. 50 f.

Betracht gezogen worden. Trotz aller Enttäuschung über die großen Parteien schwankte man dennoch gegenüber jenen Parteien, beziehungsweise Parteiflügeln, die der ADENAUERschen Außenpolitik opponierten: so daß man sich grundsätzlich immer wieder fragte, ob man "innerhalb oder außerhalb der SPD die größere Wirkungsmöglichkeit" habe[95]. Oder daß mit dem Gedanken gespielt wurde, die Spannungen zwischen rechtem und linken Flügel innerhalb der FDP könnten so groß werden, daß es schließlich noch vor der Abstimmung über das EVG-Vertragswerk im Bundesrat zu einem Zusammengehen zwischen der Notgemeinschaft und Reinhold MAIERS DVP/FDP kommen könnte[96]. Eine Überlegung, die eine realistische Grundlage zumindest insofern hatte, als bis zum Termin des definitiven Abstimmungsverhaltens Reinhold MAIERS im Bundesrat (Mai 1953) - die Haltung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten zu den Bonner und Pariser Verträgen als skeptisch bekannt war[97].

Andere Gedanken gingen dahin, die Freundeskreise der Notgemeinschaft organisatorisch straffer zu fassen und gleichzeitig sich programmatisch so verbindlich auszusprechen, daß "einige Persönlichkeiten 1953 bei den Bundestagswahlen dann vor die bereits vorbereiteten Wähler treten können"[98]. Mit ähnlichem Gedanken hatte sich Adolf SCHEU, Mitglied des engeren Führungskreises der Notgemeinschaft, seit Frühjahr 1952 getragen.

---

95) Brief Erhard EPPLERS vom 1. 8. 1952 an Helmut LINDEMANN, Arch.: E. EPPLER.

96) In diesem Sinn schreibt EPPLER am 11. 9. 1952 an Adolf SCHEU, Arch.: E. EPPLER.

97) Vgl. A. BARING, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Bd. 2, S. 171 ff.

98) Brief Dr. Hermann GÖCKERITZ vom 16. 2. 1952 an G. HEINEMANN, Arch.: A. SCHEU.

Im Sommer 1952 waren von ihm die maßgeblichen Schritte eingeleitet worden, die Notgemeinschaft in eine politische Partei umzuwandeln[99]. Nachdem SCHEU in einem Rundbrief Sympathisanten der Notgemeinschaft aufgefordert hatte, sich grundsätzlich zu der Frage einer Parteigründung zu äußern, hatte er im Oktober 1952 zu einer Tagung nach Mülheim/Rhur eingeladen, die einen Teilnehmerkreis von rund 60 Persönlichkeiten umfaßte. Übereinstimmung bestand unter den Teilnehmern, das gemeinsame politische Handeln fortzusetzen. Am 29./30. November 1952 konstituierte sich die "Gesamtdeutsche Volkspartei" (GVP), als sich in Frankfurt/Main rund 140 geladene Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet und West-Berlin zu deren Gründung versammelt hatten. Diese Konstituierung als politische Partei ist gleichbedeutend mit dem Beginn einer neuen Phase.

---

99) Trotz großen Widerstandes von HEINEMANN, der den überparteilichen Charakter nur zögernd aufgeben wollte, so Adolf SCHEU in einem Gespräch mit der Verfasserin am 17. 10. 1968 in Wuppertal.

4. Die Phase der gesteigerten Aktivität - die Konstituierung als Gesamtdeutsche Volkspartei

4.1 Organisationsausbau

Die Entwicklung einer politischen Bewegung läßt sich in verschiedene zeitliche Phasen aufteilen. [1] Grundsätzlich kann man wohl diese drei Phasen unterscheiden: "The movement begins with slow, searching behavior; accelerates into a period of supercharged activity; then settles gradually into decline or routine, day- by- day activity" [2]. Mit anderen Worten, prinzipiell hebt sich ab: eine Anfangsphase, die durch einen geringen Organisationsgrad, "ein suchendes Verhalten" gekennzeichnet ist, der die Phase großer Aktivität und schließlich der Abschnitt des Verfalls oder der Routine folgt.

Die Darstellung der neuentstandenen Bewegung, der Notgemeinschaft, war zugleich verbunden mit dem Hinweis auf die mehr improvisierten Züge ihrer einzelnen Aktionen. Diesen "suchenden Charakter" während dieser Phase entsprach ein in den Anfängen begriffener Organisationsgrad. Die nunmehr mit der Proklamierung als politische Partei beabsichtigten neuen operativen Formen machten einen erhöhten Aktivitätsrahmen erforderlich.

---

1) Eine klassische Unterteilung in vier Phasen, nämlich Phase großer sozialer Unruhe, Phase großer Aktivität, Formalisierungs- und schließlich Institutionalisierungsphase wurde gemacht von C. A. DAWSON and W. E. GETTYS, Introduction to Sociology, rev. ed., New York 1935.

2) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 298 f.

Das galt einmal in organisatorischer Hinsicht. Die bisherige Führung hatte sich auf mehrere Personen verteilt. Auch die GVP wurde kollegial geführt: Das Präsidium der GVP, nachdem Heinemann es abgelehnt hatte, den Vorsitz allein zu übernehmen, setzte sich aus Gustav HEINEMANN, Helene WESSEL, Adolf SCHEU und Robert SCHOLL [3] zusammen [4]. Also aus Mitgliedern, die bereits alle auch dem Vorstand der Notgemeinschaft angehört hatten, so gewissermaßen eine Kontinuität in der Führung zum Ausdruck kam. Die zentrale Leitung der GVP sollte nun durch die Einrichtung einer Bundesgeschäftsstelle verbessert werden. Unter der Bezeichnung eines Generalsekretärs übte der ehemalige CSU-Abgeordnete Hans BODENSTEINER diese Funktion ehrenamtlich aus. Er gehörte zwar nicht dem Präsidium an, durfte aber an dessen Sitzungen teilnehmen [5].

Dieses Führungsgremium stellte zugleich eine Verteilung der Aufgaben dar, auch wenn diese in der Praxis oft fließend wurde, und sich "jedes Präsidiumsmitglied mit jeder Sache befassen" mußte [6]. Wie man bei kollektiven Verhaltensformen grundsätz-

---

3) Robert SCHOLL, Vater der 1943 hingerichteten Geschwister Scholl.

4) Auf Heinemanns Vorschlag war diese Zusammensetzung des Präsidiums vom Bundesvorstand der GVP am 30. 11. 1952 in Frankfurt/M. gewählt worden, aus: Protokoll über die 1. Bundesvorstandssitzung (künftig unter BV-Sitzung zitiert) der GVP am 30. November 1952 in Frankfurt/M. Arch.: A. SCHEU.

5) Der Bundesvorstand der GVP hatte auf seiner ersten Sitzung am 30. 11. 1952 in Frankfurt/M. dem diesbezüglichen Vorschlag Heinemanns zugestimmt, aus: Protokoll über die 1. BV-Sitzung der GVP am 30. November 1952 in Frankfurt/M., Arch.: A. SCHEU.

6) Aus einem Antrag, den der Kreisverband Essen am 24. Sept. 1956 an den GVP-Bundesparteitag stellt, Arch.: H. HAUSSMANN.

lich zwischen zwei Führungstypen unterscheiden kann, nämlich "leadership in formulating the beliefs and leadership in mobilizing participants for action" [7], so lassen sich beide Grundformen auch beim Präsidium der GVP wiedererkennen - beim Präsidium, wie es sich nach der Wahl auf der Gründungsversammlung zusammensetzte; und das gilt im Grundsatz auch für die Folgezeit, als nach den Bundestagswahlen der Bundesgeschäftsführer BODENSTEINER sein Amt niederlegt und 1955 Diether POSSER als weiteres, fünftes Mitglied dem Präsidium angehört: Heinemann, der vornehmlich die Zielsetzung der Notgemeinschaft formuliert hatte und der auch jetzt, zusammen mit Diether Posser, im wesentlichen die politischen Zeichen für die GVP setzte. Nicht zuletzt sprach man in der Öffentlichkeit gern von der "Heinemann-Partei" [8]. Und Adolf Scheu verkörperte jenen Führungstyp, dessen vordringliche Aufgabe besteht "in mobilizing participants for action".

Die Leitung der GVP im weiteren Sinn, mehr aber noch das Bindeglied zwischen Basis und Spitze, stellte sich in dem Bundesvorstand dar, dem außer den Präsidiumsmitgliedern, den Vorsitzenden der einzelnen Landesverbände noch weitere Personen - Mitglieder oder Sympathisanten - angehörten. Die Frankfurter Gründungsversammlung hatte nahezu 30 Personen in den Bundesvorstand gewählt. Nach seiner Zusammensetzung in konfessioneller Hinsicht, im Hinblick auf die vorwiegend fehlende parteipolitische

---

7) N. J. SMELSER, a. a. O., S. 297.

8) Um diesen Eindruck zu verwischen, hatte sich HEINEMANN zum Beispiel auf der GVP-Gründungsversammlung in Frankfurt dafür ausgesprochen, daß auch Robert SCHOLL auf dieser Versammlung eine Ansprache halten sollte, aus: Protokoll über 1. BV-Sitzung der GVP am 30. Nov. 1952 in Frankfurt/M., Arch.: A. SCHEU.

Gebundenheit, im Hinblick auf die Berufsgruppenzugehörigkeit wie eine sonstige Gruppenbindung - spiegeln sich Daten wider, durch die bereits die Notgemeinschaft charakterisiert war [9].

Dem Bundesvorstand gehörten die Vorsitzenden der einzelnen Landesverbände an. Als auf der GVP-Gründungsversammlung Vertreter der regionalen Gliederung der Bewegung in den Bundesvorstand gewählt wurden, handelte es sich bei diesen um Persönlichkeiten, die sich bisher in starkem Maße für die Notgemeinschaft eingesetzt hatten, und von denen nun erst versucht werden mußte - und dies fast immer ohne dabei auf Erfahrungen irgendwelcher parteiorganisatorischer Techniken zurückgreifen zu können - auf regionaler Ebene den organisatorischen Ausbau führend in Angriff zu nehmen: durch Konstituierung von Landesverbänden eine Zentralisation der Arbeit auf Länderebene anzustreben, Anhänger zu gewinnen, so daß auf der unteren Ebene Kreisverbände sich bilden konnten [10].

---

9) Auch der auf dem 1. Bundesparteitag der GVP in Essen (7. Juni 1953) neu gewählte Bundesvorstand setzte sich wie folgt zusammen: Er umfaßte 35 Mitglieder. Von diesen waren 23 evangelisch, 10 katholisch, 2 konfessionslos, 2 ehemalige CDU- bzw. CSU-Mitglieder (HEINEMANN, BODENSTEINER, MdB), 3 ehemalige Zentrumspolitiker (Helene WESSEL, MdB, Thea ARNOLD, MdB, Konsul Dr. Erwin RESPONDEK, der dem Zentrum im Reichstag angehört hatte), 1 Bayernpartei (Hermann ETZEL, MdB), 3 SPD (unter ihnen Werner REINECKE, MdL, Hannover) die übrigen hatten keiner Partei angehört; die überwiegenden Berufe waren: freie Berufe, mittlere und höhere Beamte und Angestellte und (wenige) Landwirte, aus: Akten zur GVP, Arch.: A. SCHEU.

10) Auch jetzt wiederum waren Vorsichtsmaßnahmen gegenüber kommunistischer oder rechtsradikaler Unterwanderung getroffen: ein GVP-Beitritt war unvereinbar mit der Mitgliedschaft "einer nach 1949 als verfassungswidrig verbotenen Organisation", so hieß es in dem Aufnahme-Antrag zur Mitgliedschaft in der "Gesamtdeutschen Volkspartei", Arch.: Alfred LEIKAM.

Im Unterschied zur Notgemeinschaft wurde ein höherer Organisationsgrad auch dadurch angestrebt, daß die Anhängerschaft jetzt mit einem formellen Eintritt auch organisatorisch stärker an die Bewegung gebunden werden sollte. Das Gewinnen neuer Anhänger vollzog sich in der Regel auf zweifache Weise: einmal aufgrund der sachlichen Überzeugung, durch das Abhalten von Informations- und Vortragsveranstaltungen, zum anderen aber nicht selten durch die mehr indirekte persönliche Werbung. Und zwar in der Form: man bemühte sich um örtliche Honoratioren, damit diese "durch ihren Namen Rückhalt und Schutz böten" [11], mit anderen Worten, daß über lokal klingende Namen, Seriosität und Anziehungskraft auf die GVP übertragen würden.

Im Herbst 1953 waren Bundestagswahlen, an denen sich die GVP beteiligen wollte. Damit war ein Maßstab für den organisatorischen Ausbau gesetzt. 1953 gab es 242 Bundeswahlkreise. In allen wollte die GVP einen Kandidaten aufstellen und strebte deshalb die Gründung von ebenso vielen Kreisverbänden an, die möglichst bis Mai 1953 aufgebaut sein sollten. Im Frühjahr 1953 hatte die GVP auf das Bundesgebiet verteilt insgesamt 53 Kreisverbände [12]. Dabei zeigt sich, und das sollte auch für die weitere Entwicklung gelten: die GVP war relativ stark in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg, wobei überhaupt die GVP von diesen drei Landesverbänden im wesentlichen getragen wurde. Im Sommer 1953 waren zwar in allen Bundesländern Landesverbände der GVP gegründet, aber selbst in

---

11) Schreiben Erhard EPPLERS vom 6. 12. 1952 an Gustav HEINEMANN, Arch.: E. EPPLER.

12) Nach einer Aufstellung der Bundesgeschäftsstelle der GVP vom März/April 1953, Arch.: H. HAUSSMANN.

den Ländern wie Hessen und Baden-Württemberg waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal in der Hälfte der Wahlkreise GVP - Kreisverbände gegründet [13].

Was KILLIAN als eine allgemeine Schwierigkeit bezeichnet - die strukturelle Analyse der Mitgliedschaft sozialer Bewegungen [14] - auf diese Schwierigkeit stoßen wir auch bei der GVP: Weil die vornehmliche Teilmotivation durch die gleichen Werthaltungen bestimmt wird, also die Zugehörigkeit nicht der formalen Mitgliedschaft bedarf. Die wichtigsten Führungspersönlichkeiten lassen sich bei einer sozialen Bewegung leicht identifizieren, um so schwieriger "to define the total membership, including the fellowers. The very nature of the movement as a collectivity rather than an association creates this difficulty, for membership needs not be formal. Although the movement may encompass formal associations, many participants may be informally to it. . . ." "The simplest test of membership might appear to be acceptance of the movements values" [15].

Aussagen über das Ausmaß der GVP-Mitgliedschaft können wir in zweifacher Form ableiten. Zum einen über die Mitgliederkartei: Als die GVP sich auflöste, hatte sie rund 1000 Mitglieder [16].

---

13) Dies geht aus den Berichten hervor, die die Landesvorsitzenden auf der BV-Sitzung am 14./15. Nov. 1953 in Darmstadt geben, Protokoll über die BV-Sitzung am 14./15. 11. 1953 in Darmstadt, Arch.: A. SCHEU.

14) L. M. KILLIAN, Social Movements, S. 443.

15) Ebd.

16) So Herr Adolf SCHEU in einem Gespräch am 17. 10. 1968 mit der Verfasserin; in Arch. A. SCHEU befindet sich die einzige Gesamtkartei, die 1954 angelegt worden war und bis zum Zeitpunkt der Auflösung der GVP nicht vervollständigt wurde.

Hingegen hatte sie zu diesem Zeitpunkt rund 3000 Abonnenten ihrer Parteizeitung. Außerdem wurde die GVP - dies am Beispiel des baden-württembergischen Landesverbandes aufgezeigt - laufend finanziell von einem Fördererkreis unterstützt, der nicht die formale Mitgliedschaft besaß, aber zugleich die Höhe der eingeschriebenen Mitglieder übertraf[17]. Leitet man hingegen die Anhängerschaft davon ab, daß man die Übereinstimmung mit den Werten als ausschlaggebend und maßgeblich ansieht, dann hatte die GVP annähernd 300 000 Sympathisanten im ganzen Bundesgebiet, dies, gemessen an dem Ergebnis der Bundestagswahl 1953. Wobei die Höhe auch bis zum Zeitpunkt ihrer Auflösung gelten dürfte, gemessen daran, daß der Stimmenanteil der GVP in Baden-Württemberg sowohl bei der Bundestagswahl 1953 wie bei der Landtagswahl 1956 relativ konstant blieb.

Zum Organisationsausbau gehörte die Einrichtung eines publizistischen Organs, das nach Möglichkeit wöchentlich erschien, das sich zunächst "GVP-Nachrichten", Nachrichtendienst der Gesamtdeutschen Volkspartei" nannte und später (ab Juli 1953) "Gesamtdeutsche Rundschau", Organ der Gesamtdeutschen Volkspartei hieß. Wie das Erscheinen dieser Zeitung ständig in Frage gestellt war, weil die Abonnentenzahl zu gering[18] und zugleich Werbeanzeigen nahezu fehlten und damit allein die Herstellungskosten vornehmlich

---

17) So hatte die GVP in Baden-Württemberg 1954 212 eingeschriebene Mitglieder und 185 regelmäßig zahlende Sympathisanten, 1955 310 eingeschriebene Mitglieder und 257 regelmäßig zahlende Sympathisanten; aus einer Aufstellung, die der baden-württembergische Landesvorsitzende Wilhelm SCHREIBER 1956 anfertigte, Arch.: Wilhelm SCHREIBER.

18) Der Bezieherstand der "GVP-Nachrichten" war im Juni 1953: 1500; Bezieherzahl der "Gesamtdeutschen Rundschau", Stand am 31. 10. 1955: 2980, Stand am 1. 7. 1956: 3360, aus Arch.: A. SCHEU.

von Förderern und engeren Mitarbeitern getragen werden mußte, und außerdem der finanzielle Engpaß sich so ausmachte, daß allein für die Kostendeckung der Redaktion laufend persönliche Bankkredite in Anspruch genommen werden mußten [19], so machten diese Schwierigkeiten nur einen Aspekt in der gesamten finanziellen Situation der GVP aus: Von der größeren Industrie waren keine finanziellen Mittel zu erschließen [20]. Die GVP war existentiell auf Spenden von außen, gewissermaßen auf die Opferbereitschaft ihrer Anhängerschaft angewiesen. Der finanzielle Spielraum war so begrenzt, daß etwa das ehrenamtlich arbeitende Präsidium sich über lange Zeit keine bezahlte Schreibkraft leisten konnte. Als finanzielle Förderkreise ließen sich kleinere Fabrikanten und kirchliche Vereinigungen ansprechen. Gleichzeitig wurde die GVP finanziell von ihren Mitgliedern getragen, die, abgesehen von monatlichen Beiträgen, durch Sonderspenden und Übernahme von Bürgschaftsverpflichtungen [21] die Aufrechterhaltung der Bewegung mit ermöglichten.

---

19) "Gesamtdeutsche Rundschau" (GR) vom 8. 7. 1955.

20) Das geht aus dem Bericht hervor, den Adolf SCHEU nach einer Reise im Frühjahr 1953 durch Baden-Württemberg und das Rheinland anfertigte, Arch.: A. SCHEU.

21) So wurden annähernd 40 000 DM an Bürgschaftsverpflichtungen vor der Bundestagswahl 1953 übernommen, aus einer Übersicht, die von Adolf SCHEU am 12. 4. 1954 angefertigt wurde, Arch.: A. SCHEU.

4.2 Die politischen Zielsetzungen

4.2.1 Zur Außenpolitik

Als am 5./6. Dezember 1952 die Regierungsparteien in zweiter Lesung dem General- und EVG-Vertrag zustimmten, kam darin eine gleichsam offizielle Absage an die außenpolitischen Forderungen der Notgemeinschaft zum Ausdruck.

An ihren außen- und deutschlandpolitischen Grundgedanken hält auch jetzt die GVP fest. So heißt es in dem "Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei", das auf der Frankfurter Gründungsversammlung verabschiedet wurde, wiederum [22]: "Die zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik sehen wir in der Erhaltung des Friedens und der Wiedervereinigung unseres Volkes in einem einheitlichen Staatswesen, welches Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde zur Grundlage seiner Ordnung hat. Deutschland als Land der Mitte und ohne koloniale Bindungen muß aus dem militärischen Aufmarsch Nordamerikas und der Sowjetunion herausbleiben. Wenn wir keiner Seite zur militärischen Gefahr werden, können wir dem Frieden besser dienen,

22) Das "Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei" (künftig zitiert unter Manifest der GVP), in dem ihre außen- und innenpolitische Zielsetzung postuliert wird, war von einem Programmausschuß unter der Federführung Hans BODENSTEINERS erarbeitet und der Gründungsversammlung zur Verabschiedung vorgelegt worden, es ist abgedruckt in: Gesamtdeutsche Volkspartei, Der Aufbruch des neuen politischen Wollens, Manifest und Gründungskundgebung, mit Beiträgen von HEINEMANN, Helene WESSEL, BODENSTEINER, KRÄMER, Christel KÜPPER, SCHELZ, SCHEU, SCHOLL, brosch., Druck Essen 1953, S. 3-6, Arch.: A. LEIKAM.

als wenn Deutschland zum Aufmarschplatz zweier Heerlager wird, in denen Deutsche gegen Deutsche bewaffnet werden. Wir fordern daher die sofortige Beseitigung der Aufrüstung zweier deutscher Armeen in West- und Ostdeutschland. ... Solange man hüben und drüben nur den anderen Teil unseres Volkes an einer Eingliederung in den westlichen oder östlichen Machtblock abhalten will, bei sich selber aber das Gegenteil tut, kommen wir nicht zueinander. Gesamtdeutsche Haltung erfordert Unabhängigkeit von Ost und West" [23].

Weiterhin wird die Forderung nach Viermächteverhandlungen erhoben, und auch zwischen Bonn und Ost-Berlin soll eine Fühlungnahme stattfinden, die einen ersten Ausdruck für ein ernsthaftes Wollen wäre.

Die Anerkennung eines Sicherheitsbedürfnisses aller Nachbarn Deutschlands ist erneut ein zentraler Ansatz in der Argumentation: "Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die wir als das Zentralproblem unserer Partei sehen, wird aber nur dann erreicht, wenn die Interessen der Nachbarn Deutschlands mit den Interessen des deutschen Volkes übereinstimmen. Es kommt also darauf an, die Formel zu finden, durch welche die Forderungen jedes Vertragspartners hinreichend berücksichtigt werden. Diese Formel ist die Ausklammerung Deutschlands aus dem westlichen wie östlichen Militärblock" [24].

---

23) Manifest der GVP, S. 4.

24) Helene WESSEL in ihrer Ansprache auf der Gründungsversammlung der GVP in Frankfurt/M. am 30. 11. 1952, abgedr. in: Gesamtdeutsche Volkspartei, Der Aufbruch des neuen politischen Wollens, Manifest und Gründungskundgebung, mit Beiträgen von HEINEMANN, Helene WESSEL, BODENSTEINER, KRÄMER, Christel KÜPPER, SCHELZ, SCHEU, SCHOLL, brosch., Druck Essen 1953, S. 11.

Analog dem Gedanken, daß eine Zugehörigkeit der beiden Teile Deutschlands nicht nur die Möglichkeiten zu einer Wiedervereinigung ausschließt, darüberhinaus aber die Kriegsgefahr erhöht, entspricht, daß auch eine Teilung Europas - alle Intentionen in Richtung auf die kleineuropäische Lösung im Rahmen der EVG - die Kriegsgefahr steigert. Entspricht umgekehrt die Ausrichtung auf eine Europapolitik. So hebt Helene WESSEL hervor: "Wir bejahen die übernationale Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten. Aber wir sind der Überzeugung, daß nur eine umfassende europäische Lösung im Gegensatz zu der in der EVG vorgesehenen kleineuropäischen Regelung die Chance eröffnet, die gescheiterte Politik der Bundesregierung wie auch das deutsch-französische Spannungsverhältnis von einer positiveren Grundlage aufzufangen. Das Ziel unserer Europapolitik ist ein Europa als selbständige dritte Kraft zwischen den beiden Mächten, der USA und der Sowjetunion. Nur ein politisch starkes und unabhängiges ganzes Europa kann durch eine aktive Entspannungspolitik dem Frieden dienen. Es kann nicht Brückenkopf für eine der zwei Weltmächte sein. Nur ein unabhängiges Westeuropa hat Aussicht, auch die Mitarbeit Osteuropas für ein ganzes Europa zu erreichen. Wie West- und Ostdeutschland wieder eine Einheit werden muß, damit Deutschland seine europäische Funktion erfüllen kann, so muß es auch das Ziel einer auf Europa gerichteten Politik sein, die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung von West- und Osteuropa zu schaffen" [25].

---

25) H. WESSEL in ihrer Rede auf der Gründungsversammlung der GVP in Frankfurt/M. am 30. 11. 1952, zit. a. a. O., S. 12 f.

4. 2. 2 Zur Innenpolitik

Die Gründungsversammlung verabschiedete in Frankfurt das sogenannte "Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei". Darin waren die außen- und innenpolitischen Leitsätze für die weitere Arbeit festgeschrieben. Die enttäuschenden Erfahrungen mit den bestehenden Parteien hat die Sicht der innenpolitischen Entwicklung geprägt; und hat zugleich - und das ist eine weitere Auswirkung auf die Reaktion der Träger sozialer Kontrolle gegenüber dieser Bewegung - innenpolitische Forderungen zur Folge.

Die gesellschaftspolitische Situation wird in diesem Manifest so umrissen: "Sieben Jahre nach der Kapitulation hat unser Volk noch keinen Weg gefunden, den Frieden nach Innen und Außen zu erlangen. Nach hoffnungsvollen Ansätzen sind die großen Parteien in die alten Wege und Gegensätze der Vergangenheit zurückgefallen. Angst, Gleichgültigkeit und Zerrissenheit kennzeichnen den Zustand unseres Volkes ... Man kennt untereinander keine Solidarität, verkoppelt Gruppeninteressen mit Weltanschauungen, ... stellt Partei- und Fraktionszwang über Gewissensfreiheit und ist wieder auf dem Wege, in totalitäre Regierungsformen zurückzufallen. Immer noch oder schon wieder werden Menschen wegen ihrer politischen Anschauungen verdächtigt und benachteiligt. Von Regierung und Parlament fehlt die lebendige Brücke zum Volk" [26].

Die Kritik an den Praktiken der großen Parteien wie die vermißte Einhaltung demokratischer Spielregeln schlägt sich um zu einem Katalog innenpolitischer Forderungen: Das staatsbürgerliche

---

26) Manifest der GVP, S. 3.

Selbstbewußtsein soll durch die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid gestärkt werden; es sollen wirksamere Maßnahmen getroffen werden, um die verfassungsmäßig gewährleistete Presse- und Versammlungsfreiheit, um das Recht der freien Meinungsäußerung tatsächlich zu garantieren; dem Fraktionszwang wird die Gewissensentscheidung, die persönliche Verantwortung des einzelnen Abgeordneten gegenübergestellt. "Zivilcourage ist heilsamer als der Parteidrill von Funktionären" [27].

Die innenpolitischen Postulate sind aber auch ein Ausdruck für die gesellschaftspolitische Funktion, die sich die GVP zuweisen will. In Analogie zur Außenpolitik soll auch das gesellschaftspolitische Leben von dem Leitmotiv der Entspannung bestimmt sein. Und das soll bedeuten: "Wir alle können nur durch Versöhnung und Ausgleich bestehen. Die Vergangenheit muß unter uns zur Ruhe kommen, damit wir uns die Zukunft verdienen können ... Wir fordern die entschiedene Abwehr aller rassischen, religiösen und weltanschaulichen Vorurteile. Wir verwerfen insbesondere die Verfälschung des Christentums in ein politisches Zweckinstrument, sowie jede Frontbildung von Christen gegen andere Teile unseres Volkes. Wer politische Interessen mit christlichen Parolen verteidigt, oder wer die Überwindung des Bolschewismus durch Rüstung zu einem kirchlich-westlichen Auftrag stempelt, versperrt der christlichen Verkündigung in beiden Teilen Deutschlands den breiten Zugang zu allen Menschen und gefährdet die Christen im Osten" [28].

Diese Gedankengänge, die Notwendigkeit zur geschichtlichen Auseinandersetzung, die Warnung vor neuer christlicher Frontbildung

---

27) Manifest der GVP, S. 5.

28) Manifest der GVP, S. 5.

und damit erneuter Schuldverstrickung, weisen auch hier wieder die ideelle Nähe zur Bekennenden Kirche. Stellen wir diese Forderungen in Zusammenhang mit dem, was HEINEMANN 1951 unter einer fehlenden politischen "Fortschrittlichkeit" definierte, dann weisen diese Sätze letztlich auf einen neuen protestantischen Versuch hin, sich parteipolitisch zu konzipieren. Einen Versuch, der sich grundsätzlich bereits dargestellt hatte mit dem "Christlich-sozialen Volksdienst" und mit der Person Friedrich NAUMANNS. So hatte HEINEMANN davon gesprochen, daß auf der Skala der bestehenden politischen Parteien eine solche fehle, die einer "echten 'Fortschrittlichkeit' politischen Ausdruck" verleihe, "einer Fortschrittlichkeit, die nicht sozialistisch zu sein braucht, aber auch zwischen Liberalismus und Christlichkeit weder die göttliche Bindung verliert, noch mit dieser Bindung zugleich in Interessenbindungen eintritt." Er hatte hinzugefügt: "In solcher Hinsicht ist sicher ein wertvoller Teil politischen Wollens in unserem Volke heute heimatlos" [29].

Die innenpolitischen Leitsätze der GVP weisen noch einen anderen Aspekt auf. Von der Kritik an den bestehenden Parteien herkommend, gelangt man zu dem Wunsch, einer ganz neuen Form parteipolitischen Wirkens, dem Vorhaben, das aus der Vorstellung erwächst, daß mit den herkömmlichen Mitteln die anstehenden Aufgaben nicht zu lösen seien. So hebt das Manifest hervor: Die Gesamtdeutsche Volkspartei "ruft die Männer und Frauen, die den Frieden retten und Deutschland erneuern wollen. Frauen und Männer, die sich aus der Verpflichtung ihres Gewissens zum Dienst am Volk gerufen wissen, können nicht Partei im bisherigen Sinne werden. Der tödlichen Gefahr unserer Zeit vermögen nur Menschen zu begegnen, die Gleichgültigkeit und Egoismus überwinden und den Mut zur persönlichen Verantwortung

29) G. HEINEMANN, Die Stunde des freien Wortes, S. 2, Anm.

haben"[30]. Ferner: Weil "persönliche Verantwortung und Entschlußfreude im Mittelpunkt des Parteilebens stehen" sollen[31], deshalb lehnt man auch eine festgefügte Parteiprogrammatik ab: "Die Gesamtdeutsche Volkspartei stellt keine programmatischen Dogmen auf. Unser Volk ruft nach Menschen nicht nach Programmen. Unsere Arbeit soll durch die jeweiligen politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse bestimmt werden"[32].

In all diesen Vorstellungen wird jenes Merkmal sichtbar, das V.O. KEY den "Mythos der Dritten Partei" nennt[33] und so charakterisiert: "That myth seems to be that nothing is to be hoped for from the old parties and that if all progressive, right-minded, idealistic, honest, well-meaning citizens could get together in a new party the ills of the country could be cured. Born perhaps of frustration or naivité, this idea from time to time has considerable vogue among the 'intellectuals'"[34]. KEY weist diesen "Mythos der Dritten Partei" gern den parteipolitischen Anstrengungen der Intelligenzschicht zu.

Wir hatten von der GVP (wie zuvor von der Notgemeinschaft) die Führung im engeren und weiteren Sinn umschrieben und dabei festgestellt, daß sich ihre Mitglieder mehrheitlich aus

---

30) Manifest der GVP, S. 5.

31) Ebd.

32) Manifest der GVP, S. 4.

33) KEY geht von dem amerikanischen Zweiparteiensystem aus, wo dritte Parteien oft als Minoritätsparteien mit mehr oder weniger großer Lebensdauer nicht selten radikale Forderungen erheben.

34) Valdimer O. KEY, Jr., Politics, Parties, and Pressure Groups, third ed., New York 1952, S. 301.

akademischen Berufen rekrutierten und parteipolitisch bisher nicht gebunden waren [35]. In gewisser Hinsicht ließe sich aber auch von der GVP als einer "Elitepartei" im GEIGERschen Sinn sprechen. Eliteparteien, die Theodor GEIGER der Intelligenzschicht zuordnet, weil sie von Persönlichkeiten getragen werden, die sich aus Instinkt jeder äußeren Autorität und geistigen Gleichschaltung widersetzen und deren Drang nach persönlicher Freiheit sie daran hindert in den großen Parteien eine Heimat zu finden, eben weil sie frei sein wollen "von den Banden des Programms, der Doktrin und Disziplin, die durch ihr bloßes Vorhandensein den Freiheitsdrang herausfordern" [36]. Weil sich die Mitglieder der Intelligenz aufgrund dieses Freiheitsdranges "zu sprödem Stoff für parteipolitische Organisation" machen, kann die "Intelligenz viel eher mit einer politischen Richtung sympathisieren als in ihr organisiert sein", ein Grund, warum die Intelligenz sich gerne kleinen Parteien anschließt. Ja diese stellen sich zuweilen geradezu "als Zusammenschlüsse politischer Außenseiter" dar, "die in keiner der großen Parteien eine Heimat finden konnten . . . Frei vom Ehrgeiz, selbst zu entscheidenden Machtblöcken zu werden, können diese Eliteparteien auf primitive Massenpropaganda und parteipäpstlich approbierte Doktrin verzichten" [37].

Das Manifest, die politischen Leitsätze für die Arbeit der GVP, trug den vorherrschenden politischen Vorstellungen seiner Anhängerschaft Rechnung. Dabei kamen ebenso Merkmale jenes "Mythos der Dritten Partei" wie Züge einer "Elitepartei" zum

---

35) Diese Berufsgruppenzugehörigkeit findet ihre Verlängerung in der Anhängerschaft der GVP, wie es aus der Gesamtkartei von 1954 ersichtlich wird, wenngleich diese einzig vorhandene Gesamtkartei fragmentarisch ist, GVP-Mitgliederkartei, Arch.: A. SCHEU.

36) Theodor GEIGER, Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft, Stuttgart 1949, S. 131.

37) Ebd.

Ausdruck. Im Sommer 1952 waren von Adolf SCHEU nahezu 80 Persönlichkeiten aus der Notgemeinschaft angeschrieben worden. SCHEU wollte, angesichts der zu diesem Zeitpunkt bereits ernsthaft erwogenen Transformation der Notgemeinschaft in eine politische Partei, eine repräsentative Meinung aus der Anhängerschaft einholen: Erstens im Hinblick auf die Inhalte der weiteren politischen Arbeit, zweitens im Hinblick auf deren Form [38].

Die Auffassungen trafen sich in der gemeinsamen Ablehnung der von der Regierung verfolgten Politik einer Wiederbewaffnung im Rahmen der Westintegration und in der Forderung nach einer blockfreien gesamtdeutschen Politik. Das hieß: im Grundsatz wurde nicht nur die Politik der Bundesregierung, sondern auch die der sozialdemokratischen Opposition verworfen.

Neben dieser grundlegenden Gemeinsamkeit stand das mehrheitlich ausgesprochene Mißtrauen gegenüber den großen Parteien. Der Grundtenor dieser Stellungnahmen war: "Was unsere Parteien betrifft, so kann man . . . sagen, daß sie ihr Möglichstes tun, um diese Demokratie im Volke unmöglich zu machen." Ferner spiegelte sich in diesen Antworten eine starke Skepsis gegenüber allem Parteiwesen wider - eine Skepsis, die sich auch auf einen eigenen organisatorischen Ausbau verlängerte. Gewissermaßen sollten organisatorische Zwänge durch die "Qualität der Persönlichkeit" kompensiert werden. So kam in den Stellungnahmen immer wieder zum Ausdruck: "nicht eine neue Parteigründung tut Not, sondern wichtig ist, daß Persönlichkeiten ins Parlament kommen, die Einsatz- und Opferbereitschaft besitzen".

---

38) Adolf SCHEU hatte sich die Stellungnahmen zu diesen beiden Themenkreisen eingeholt, indem er im Juli 1952 rund 80 Sympathisanten acht Fragen zur Beantwortung vorlegte. Von der Verfasserin wurden insgesamt 60 Antwortbriefe (Arch.: A. SCHEU) untersucht. Davon entfielen neun für eine Auswertung, da die in ihnen enthaltenen Vorstellungen keine konkrete Stellungnahme zu den Fragen ersichtlich werden ließen.

Nicht mehr die Mehrheit sprach sich im Hinblick auf den Inhalt der weiteren politischen Tätigkeit für eine Gleichrangigkeit von außen- und wirtschaftspolitischen Forderungen aus. Die einzelnen Vorstellungen über die Ausgestaltung einer wirtschaftlichen Konzeption ließen sich im wesentlichen drei Grundrichtungen zuordnen: neben der Befürwortung der marktwirtschaftlichen Ordnung, der Forderung nach planwirtschaftlich geordneter Wirtschaft war vor allem die Auffassung vertreten, in Analogie zur Außenpolitik auch in der Wirtschaft einen dritten Weg zu gehen, eine Überwindung der Spannungen und Widersprüche der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung anzustreben.

In wenigen Antworten sprach man sich offen für die Notwendigkeit aus, vornehmlich die evangelische Bevölkerung an sich zu binden[39].

Eine Aversion gegenüber allem Parteimäßigen kam erneut zum Ausdruck, als das Plenum der Frankfurter Gründerversammlung über 40 Vorschläge abzustimmen hatte, die die Form der künftigen politischen Tätigkeit umschreiben sollten. Neben einer Vielfalt von Bezeichnungsvorschlägen wie Aktion, Union, Bewegung, Sammlung, Bund, Gemeinschaft, Notgemeinschaft, wurde der Begriff "Partei" entschieden weniger genannt - wenngleich er dann doch zum Namensbestandteil werden sollte[40].

---

39) Hingegen war die Bedingung, die ein ehemaliges Mitglied des Christlich-sozialen Volksdienstes an seine Mitarbeit knüpfte: "Kein Zweckverband auf Zeit, sondern eine klare christlich soziale Einstellung, dann könnte ich vielleicht mittun - aber wenn NIEMÖLLER dabei ist, dann nicht. Klare Abgrenzung gegen Moskau . . . dann kommen die alten Volksdienstler, nicht als Protestantengruppe, sondern als christlich-soziale Politiker."

40) Protokoll über die Gründungsversammlung der GVP in Frankfurt/M. am 29. November 1952, Arch.: A. SCHEU.

Auf welchen Grundideen die gemeinsame außenpolitische Vorstellung ruhte, zeigte sich, als die Gründerversammlung der GVP vornehmlich um die Begriffe Freiheit, Frieden, Gesamtdeutsch, Unabhängig, als inhaltliche Bestimmung ihres künftigen Namens abstimmte. Nach mehrfachen Probeabstimmungen, wobei der von HEINEMANN eingebrachte Vorschlag "Unabhängige Volkspartei" ("unabhängig von Ost und West ist gesamtdeutsch und drückt die Fülle dessen aus, was wir wollen") [41] auf 40 Stimmen kam, während 75 für "Gesamtdeutsche Unabhängigkeitspartei" und 15 für "Deutsche Friedenspartei" stimmten - letzteres dürfte ein Hinweis auf den Anteil der Pazifisten innerhalb der GVP sein [42] - wurde schließlich über den Namen abgestimmt, den die Berliner "Abendpost" der Bewegung bereits seit Wochen gegeben hatte: "Gesamtdeutsche Volkspartei", mit dem Ergebnis, daß bis auf vier Enthaltungen die übrigen Versammlungsteilnehmer diesem Namen zustimmten [43].

4. 2. 3 Zur Wirtschaftspolitik

Mit der GVP-Konstituierung war die Entscheidung für eine neue operative Form getroffen. Man wollte jetzt nicht mehr gleichsam indirekt, nämlich über die im Bundestag vertretenen Parteien, sondern, indem man die Form einer politischen Partei wählte,

---

41) Das bestätigte Herr POSSER in einem Gespräch mit der Verfasserin am 14. 10. 1968 in Essen.

42) Protokoll über die Gründungsversammlung der GVP in Frankfurt/M. am 29. November 1952.

43) Ebd.

unmittelbar selbst an der Gestaltung der Außenpolitik beteiligt sein. Parlamentarische Vertretung aber setzt Wahlbeteiligung voraus.

Im Hinblick auf die vorrangige Teilnahmemotivation ihrer Anhänger können wir in der GVP eine Organisation sehen, die, indem sie dieser vornehmlichen Interessenlage entspricht, gewissermaßen nur den spezifischen Interessen ihrer Anhänger verantwortlich wird. Den spezifischen Interessen in Gegenüberstellung zu den breitgefächerten, die die Interessenlage einer pluralistischen Gesellschaft umfassen. Wenn sich nun aber eine politische Gruppierung, also konkret die GVP, für die Beteiligung an Parlamentswahlen entscheidet, dann hat sie wie jede andere politische Partei der sogenannten "Logik der Demokratie" Rechnung zu tragen. Und das heißt: "if political power is gained through party competition, then it must be won by those parties which compete most effectively; and those parties which make their decisions in response to the competitive rules can, in the long run, be governing parties. If the rules reguire the satisfaction of a plurality of the voters, then a party which does not choose its candidates and policies in terms of the voter will not win office"[44].

In der GVP war man sich dieser Bedeutung bewußt - zum Teil. So drängte Erhard EPPLER, Mitglied des Bundesvorstandes: "Wir müssen wirklich eine Gesamtkonzeption entwickeln, ob uns das gefällt oder nicht . . . Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Zukunft unseres Volkes vielleicht davon abhängt, ob die GVP mit oder ohne Wirtschaftsprogramm in den Wahlkampf geht"[45]. Hingegen anerkennte das Präsidium, und ge-

---

44) Joseph A. SCHLESINGER, Political Party Organization, in: Handbook of Organizations, James G. MARCH, (ed.), Chicago 1965, S. 767.

45) Schreiben Erhard EPPLERS vom 22. März 1953 an Hans BODENSTEINER, Arch.: E. EPPLER.

rade auch HEINEMANN, letztlich keine Notwendigkeit für die Formulierung einer eigenen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielvorstellung. Das Präsidium hatte de facto "kein Interesse" an einer solchen Ausarbeitung. "Was sollte man sagen?", skizzierte später Präsidiumsmitglied SCHEU die Grundhaltung des Präsidiums zu dieser Frage, "man hatte nichts zu sagen!"[46] - Weil man hier letztlich die geltende Wirtschaftsordnung im Grundsatz bejahte[47], und man befürchtete deshalb wohl auch um so stärker, daß der GVP intern Spannungen erwachsen könnten, wenn man sich auf diesem Gebiet durch klar umrissene Aussagen festlegte. Denn in den wirtschaftspolitischen Fragen und auch in der Hinsicht, welche wirtschafts- und sozialpolitische Ordnung ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland haben sollte, kam die Heterogenität der Anhänger zum Ausdruck - die gleiche Schwierigkeit zeigte sich auch etwa in der Frage einer eventuellen Bewaffnung

---

46) So Herr Adolf SCHEU in einem Gespräch mit der Verfasserin am 17. 10. 1968 in Wuppertal, in dessen Verlauf er sich erinnerte, daß HEINEMANN "den Raum verließ", sobald man im Präsidium diese Parteiprogrammatik anschnitt.

47) In diese Richtung weist allein schon der berufliche Hintergrund der führenden Präsidiumsmitglieder: SCHEU als Industrieberater, HEINEMANN als langjähriger Direktor der Rhur-AG; in einem Aufsatz, in dem sich HEINEMANN grundsätzlich mit der SPD auseinandersetzte, machte er die Feststellung: "Man sollte endlich gelten lassen, daß es schon lange töricht ist, das ertragssichere Produktionssystem, nämlich die Marktwirtschaft, den politischen Gegnern zu überlassen und über alle Zweckmäßigkeitsfragen hinaus immer wieder mit dem Glaubenssatz zu Felde zu ziehen, daß aus einem sozialistischen 'Planen' und 'Lenken' das Heil der Menschheit anbreche. Hier geht es um Ergänzungen und gerechte Verteilung des Ertrages, aber nicht um Revolutionen", in: Gustav W. HEINEMANN, Gestalt und Wandel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: STdG, 6. Jg., Nr. 3, 1. Februar 1954, Sp. 54.

eines wiedervereinigten Deutschlands [48] - hier gingen die Auffassungen "sehr auseinander" [49] und - zugleich wollte auf diesem Sektor gleichsam jeder sein eigenes Steckenpferd reiten [50].

Auf dem 1. Bundesparteitag der GVP in Essen (6./7. Juni 1953) wurde ein Wirtschafts- und Sozialprogramm von der Mehrheit der Teilnehmer verabschiedet [51]. Dieses Programm war von dem Grundgedanken geleitet, daß eine "gesamtdeutsche Außenpolitik, die durch ihre Unabhängigkeit von West und Ost der weltpolitischen Entspannung dienen will, . . . eine Wirtschafts- und Sozialpolitik voraus setzt , welche die inneren Gegensätze überwindet" [52]. Eine solche Politik sollte an einer Wirtschaftsordnung orientiert sein, die "zwischen dem westlichen und dem

---

48) Einigkeit in konkreten politischen Fragen war in der GVP am leichtesten herzustellen, wenn es sich um das "Hier und Jetzt" handelte, so Herr Johannes RAU in einem Gespräch mit der Verfasserin am 23. 10. 1968.

49) Protokoll über die 1. BV-Sitzung der GVP am 30. Nov. 1952 in Frankfurt/M., Arch.: A. SCHEU.

50) Vom Präsidium war ein Ausschuß zur Ausarbeitung eines wirtschafts- und sozialpolitischen Programms eingesetzt worden, der unter der Federführung von Dipl. Volkswirt Otto SUPPERT und dem Vorsitzenden des "Siedlerbundes" Dr. Heribert SUPPERT im Frühjahr 1953 einen (ersten) Entwurf ausgearbeitet hatte. Aufgrund der zu diesem eingegangenen kritischen Gegenvorschläge von Mitgliedern des Bundesvorstandes wie aus der Anhängerschaft, mußte dieser zurückgezogen werden; dies geht aus einem zusammenfassenden Überblick des GVP-Generalsekretärs BODENSTEINER vom 25. 2. 1953 an die Mitglieder des Bundesvorstandes, sowie an die Landes- und Kreisvorsitzenden der GVP hervor, aus Arch.: E. EPPLER.

51) Die Schlußabstimmung ergab bei insgesamt 79 stimmberechtigten Teilnehmern dieses Parteitages: eine große Mehrheit, bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, aus: Protokoll über den 1. Bundesparteitag der GVP am 6./7. Juni 1953 in Essen, Arch.: A. SCHEU.

52) siehe Seite 140.

östlichen Wirtschaftssystem" zu liegen habe. Einerseits sollte gelten: "Die Grundlage dieser Ordnung ist die Marktwirtschaft." Zugleich aber hat diese Ordnung zu gewährleisten, "daß niemand sich dem Wettbewerb entziehen kann, und bedarf der Ergänzung durch volkswirtschaftliche Planung" [53].

Wie man im einzelnen eine solche Kombination von Planungs- und Wettbewerbsgedanken zu lösen gedachte, das stellt sich im wesentlichen dar als ein Katalog von Kompromissen, wenn nicht gar von einander sich aufhebender Aussagen, beziehungsweise unverbindlicher Gemeinplätze.

An einem Beispiel sei dies illustriert. So heißt es zu der Frage der wirtschaftlichen Mitbestimmung des Arbeitnehmers: "Der Arbeiter bringt heute einen wesentlichen Teil seines Lebensinhaltes in den Betrieb ein . . . Die Verfügung über diesen Lebensinhalt darf ihm nicht verkürzt werden. Der legitime Anspruch des Arbeiters auf Mitbestimmung hat hier Grund und Inhalt. Der Kapitalgeber bringt in den Betrieb Ersparnisse ein. Alle Kapitalbildung beruht . . . auf Ersparnissen. Der Kapitalgeber hat einen Anspruch darauf, daß seine Ersparnisse im Betrieb in ihrer Substanz bewahrt und ergiebig verwendet werden. Der legitime Anspruch des Kapitalgebers auf Mitbestimmung hat hier sein Recht, aber auch seine Grenze." [54] Das Gesagte wird dann geradezu wieder aufgehoben. Nämlich auf die Feststellung: "Der Mitbestimmungsanspruch des Arbeiters beginnt erst jetzt sich zu entwickeln. Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein Schritt auf diesem

---

52) "Wirtschafts- und Sozial-Programm der Gesamtdeutschen Volkspartei", (künftig unter Wirtschafts- und Sozialprogramm der GVP zitiert), Beschlossen vom 1. Bundesparteitag am 7. Juni 1953 in Essen, brosch., o. S., Arch.: H. HAUSSMANN.

53) Wirtschafts- und Sozialprogramm der GVP.

54) Ebd.

Wege"[55], folgt die abschließende Zusammenfassung: "Diese Ansprüche des Arbeiters richten sich nicht gegen die richtig verstandene Unternehmerfunktion. Aufgabe des modernen Unternehmens ist es, nicht nur Kaufmann und Techniker zu sein, sondern in immer stärkerem Maße auch Menschen zu führen. Seine Qualifikation findet in der freien Zustimmung der Belegschaft ihren höchsten Ausdruck. Das Vertrauen des Arbeiters ist ebenso wichtig wie das Vertrauen des Kapitalgebers"[56].

Dieses "Wirtschafts- und Sozialprogramm" der GVP war nicht viel mehr als eine bloße Leerformel - in seiner tatsächlichen Bedeutung für den Bundestagswahlkampf, wie in seiner internen Einschätzung[57]. Aufgrund der heterogenen Meinungen war einer Pflichtübung genüge getan worden gegenüber denjenigen, die nicht zuletzt im Hinblick auf die Wahlbeteiligung der GVP nach einer "Gesamtkonzeption" verlangt hatten. Wenn es auch kritische Stimmen gab, die vor einer Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen des Wählers warnten, tatsächlich führte die GVP den Wahlkampf 1953 unter ihren zentralen außenpolitischen Thesen. Sie folgte damit gleichsam jener Aufgabenunterteilung: Während die großen Parteien versuchen müssen, ihr Programm möglichst breit anzulegen, um so eine Vielfalt von Meinungen zu decken, ist es ein Fehler, wenn eine politische Gruppierung mit radikalen Forderungen is "trying to meet the major parties on their own ground"[58]. Vielmehr wird sie ihrer Funktion nur gerecht "in as much as it puts forward new ideas and stirs up the major parties"[59].

---

55) Wirtschafts- und Sozialprogramm der GVP.
56) Ebd.
57) In der Bundesvorstandssitzung der GVP am 14./15. November 1953 kam dies zum Ausdruck, aus: Protokoll über die BV-Sitzung der GVP am 14./15. November 1953 in Darmstadt, Arch.: A. SCHEU.
58) Pendleton HERRING, The Significance of Third Party

4.3 Bundestagswahl 1953

4.3.1 Wahlziel

Am 6. September 1953 war der Termin der Bundestagswahlen. Die Ratifizierungsgesetze zu den Vertragswerken hatten bereits im Mai 1953 den Bundesrat passiert. Auch nach Vollzug der westdeutschen EVG-Ratifizierung hatte die Entwicklung der internationalen Politik die Kernforderung der GVP noch nicht widerlegt, weil noch immer nicht die tatsächliche russische Bereitschaft zu einer Wiedervereinigung erforscht worden war, wozu schließlich erst mit der Berliner Viererkonferenz vom Januar 1954 Schritte unternommen worden waren.

Das erklärte Wahlziel der GVP war die Ablösung der Regierung ADENAUER. Zugleich war man sich aber bewußt, daß auch nach Ablösung der derzeitigen Regierungsmehrheit, die GVP nur in irgendeiner Form der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten versuchen könnte, der Bonner Politik neue Akzente zu setzen. Die GVP versprach sich wirkliche Chancen, im neuen Parlament vertreten zu sein. Diese Erwartungen gründeten einmal in der Annahme, den aufgrund der Regierungspolitik außenpolitisch enttäuschten bisherigen Wählern der Regierungsparteien, als GVP ein bürgerliches Auffangbecken darzustellen, und sozialdemokratischen Wählern die fehlende Konsequenz in der außenpolitischen Konzeption zu ersetzen. Die GVP stützte diese Erwartungen nicht zuletzt

---

zu 58) Activities, in: J. R. OWENS and P. J. STANDENRAUS, The American Party System, A Book of Readings, New York 1965, S. 94.

59) Ebd.

auf die Erfahrung der im allgemeinen überaus hohen Zuhörerschaft bei GVP-Versammlungen[60], wobei freilich der Wahlausgang den Beweis erbringen sollte, daß dieses Versammlungspublikum auch zugleich das mehr oder weniger gesamte Wählerreservoir der GVP darstellte, was sich wohl am besten mit einer gewissen Vortragsfreudigkeit des Bildungsbürgertums erklären läßt.

4.3.2 Wahlbündnis

Es waren nicht nur die zu erwartenden verschärften Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes[61], es waren ebenso ihre organisatorische wie finanzielle Situation, die es für die GVP geradezu zwingend machten, sich zur Durchführung eines Wahlkampfes um Unterstützung, das heißt um Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu bemühen[62].

---

60) So Herr Adolf SCHEU in einem Gespräch mit der Verfasserin am 17. 10. 1968 in Wuppertal.

61) Nach dem Bundeswahlgesetz von 1949 wurde in jedem Bundesland die 5 %-Klausel getrennt angewandt, mithin bestand für regional starke Parteien die Chance, die 5 %-Klausel zu überspringen. Das dann im Juli 1953 verabschiedete neue Bundeswahlgesetz bestimmte hingegen die 5 %-Klausel auf das ganze Bundesgebiet anzuwenden oder die Erlangung eines Direktmandates. Ferner enthielt es die Erfordernis von 500 Unterschriften pro Wahlkreis für alle neuen Parteien; Vgl. etwa Dolf STERNBERGER, Die große Wahlreform, Köln / Opladen 1964, S. 88 ff.

62) Vgl. weiter oben die Darstellung über den Organisationsausbau.

Über diese gewissermaßen wahltechnischen Zwänge hinaus sprach auch eine grundsätzliche Überlegung für ein Zusammengehen der Opposition während des Wahlkampfes: weil die Ablösung der Regierung Adenauer sich eher durch ein Zusammenspiel der in Opposition zu ihr stehenden politischen Kräfte erreichen ließe, als durch ein getrenntes Auftreten und damit in Wirklichkeit sich als Kampf untereinander das heißt: als ein die Opposition insgesamt schwächender Kampf, ausmachen würde.

Denkbar waren zwei Möglichkeiten. Die eine sahen manche - und das galt insbesondere für die politischen Verhältnisse Baden-Württembergs - im Idealfall dadurch gegeben, daß es zu einem "Zusammenspiel" von GVP, SPD und, angesichts der Spannungen zwischen rechtem und linken Flügel innerhalb der FDP, Reinhold MAIERS Freien Demokraten kommen könnte. Denn dann "hätte sich die SPD vor allem an die Arbeiterschaft, MAIER an das liberale Bürgertum und Heinemann an den christlichen, vor allem evangelischen Volksteil halten können"[63].

Die Wirklichkeit sah freilich anders aus. Eine Unterredung zwischen Heinemann und Reinhold Maier hatte nicht einmal weitere nennenswerte Kontakte zur Folge[64]. Auch die Sozialdemokraten lehnten - unter dem Verweis auf ihre traditionelle Selbständigkeit - irgendwelche unterstützende Zusammenarbeit mit der GVP, etwa in der Form einer Wahlabsprache in einigen Wahlkreisen zugunsten eines GVP-Kandidaten, unmißverständlich ab[65].

---

63) Erhard EPPLER in einem Schreiben vom 15. 7. 1953 an MdB Richard FREUDENBERG, Arch.: E. EPPLER.

64) P. MOLT, Die neutralistische Opposition, S. 113; ebenso D. KOCH, Heinemann und die Deutschlandfrage, S. 378.

65) So E. EPPLER in seinem Schreiben v. 15. 7. 1953 an R. FREUDENBERG, Arch.: E. EPPLER; Adolf SCHEU faßte zusammen: "Die Verhandlungen mit der SPD, auch mit Ollenhauer selbst, sind völlig ergebnislos verlaufen" aus: Protokoll über den GVP-Landesparteitag am 2. 8. 1953 in Herne i. W., Arch.: Alfred WILLEMS.

Hatten sich alle Bemühungen seitens der GVP, mit Teilen der parlamentarischen Opposition während des Bundestagswahlkampfes zusammenzuarbeiten, als völlig aussichtslos erwiesen[66], so bestärkte diese Situation jene Stimmen innerhalb der GVP, nun um so mehr auf die Dringlichkeit einer anderen Möglichkeit hinzuweisen: das Zusammengehen der außerparlamentarischen "Neutralisten". Da war einmal Ulrich NOACKs "Freie Mitte"[67]. Von Bedeutung aber war der von dem früheren Reichskanzler Joseph WIRTH und dem ehemaligen Zentrumspolitiker Wilhelm ELFES geführte "Bund der Deutschen" (BdD) - außerhalb der GVP der wichtigsten neutralistischen Gruppierung. Hatte sich im Mai 1953 die "Deutsche Sammlung" diesen neuen Namen BdD zugelegt[68],

---

66) So hatten auch Gespräche zwischen Zentrumspolitikern und dem GVP-Präsidium zu keinerlei Ergebnis geführt, aus: Aktennotizen aus dem Arch.: A. SCHEU.

67) Zwischen NOACKs "Freier Mitte" und einer kleinen, vornehmlich eine Reform des Geldwesens propagierende Gruppe, der "Freien Sozialen Union" (FSU), die über nennenswerte Anhängerschaft allenfalls nur im Südwesten verfügte, war es 1952 zu einem Wahlbündnis gekommen. Im April 1953 hatte SCHEU auch für die GVP ein Wahlabkommen mit diesen beiden Gruppen ausgehandelt. Dieses Abkommen blieb aber für die GVP ohne nennenswerte Bedeutung: NOACK, der sich inzwischen mit der FSU überworfen hatte, trat zwar im Juni 1953 mit seiner Gruppe der GVP bei, zog sich aber nach Abschluß des Wahlbündnisses zwischen GVP und BdD wieder zurück, unter der Empfehlung an seine Anhänger, nicht GVP sondern SPD zu wählen. Ebenso hatte das Wahlbündnis mit dem BdD vollends Schwierigkeiten zwischen GVP und FSU aufgeworfen, so daß eine Zusammenarbeit allenfalls in der Tatsache bestand, daß dieses Wahlbündnis offiziell nicht aufgekündigt wurde.

68) Eine ausführliche Darstellung zum Programm des BdD, wie es auf dem a. o. Bundesparteitag in Frankfurt/M. am 25. 7. 53 angenommen wurde, siehe Wilhelm MOMMSEN, Deutsche Parteiprogramme, 2. Aufl., München 1960, (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1), S. 770 ff.

so galt für diese Organisation bis zu diesem Zeitpunkt: Sie setzte sich "vorwiegend aus Personen zusammen, die bisher in Tarnorganisationen tätig gewesen waren. Der eigentliche Funktionärsstab bestand teilweise überhaupt aus Kommunisten"[69]. War mit der Proklamierung als BdD auch eine "Evakuierung prominenter Kommunisten" verbunden[70], es konnte letzten Endes nicht widerlegt werden, daß zumindest ein Teil des BdD seine KP-Mitgliedschaft verheimlichte und damit dem BdD der Beigeschmack einer kommunistischen Tarnorganisation anhaftete. Ja zusammen mit dessen gesichert erscheinender Ausstattung an finanziellen Mitteln wie das Vorhandensein hauptamtlicher Funktionäre war die Tatsache nicht völlig abzuweisen, daß "der BdD . . . eben doch ganz fraglos eine von den Kommunisten subventionierte Organisation" war[71].

Innerhalb der GVP gingen die Meinungen auseinander, wie weit man vom BdD angebotene Gespräche erwidern sollte. Das heißt, ob man während des Wahlkampfes mit dem BdD zusammenarbeiten sollte, und ob die damit gegebenen finanziellen Vorteile wie wahltechnischen Hilfestellungen, die gleichzeitig mit einem solchen Zusammengehen verbundenen Gefahren, einer Assoziation der GVP mit dem Kommunismus unter der Wählerschaft aufwiegen würden.

Auf der Bundesvorstandssitzung in Kassel am 4./5. Juli 1953 wurde die grundsätzliche Entscheidung getroffen, die vom BdD angebotene Gesprächsbereitschaft zu erwidern. Stärkster Befürworter war der Geschäftsführer des Bruderrates der Bekennenden

---

69) P. MOLT, Die neutralistische Opposition, S. 121.

70) A. a. O., S. 127.

71) Helmut LINDEMANN in einem Schreiben vom 1. 9. 1953 an Erhard EPPLER, Arch.: E. EPPLER.

Kirche, Herbert MOCHALSKI [72], der kurz zuvor auf dem Essener Bundesparteitag in den Bundesvorstand der GVP gewählt worden war. MOCHALSKIs Drängen auf ein Zusammengehen mit dem BdD steht vor dem Hintergrund einer Erklärung, die Martin NIEMÖLLER in dieser Zeit öffentlich abgab. Darin machte NIEMÖLLER die Feststellung: "Vielleicht ist uns heute die letzte Möglichkeit gegeben", uns "im künftigen Bundestag für eine grundlegende Neuorientierung unserer Außenpolitik einzusetzen," und NIEMÖLLER zog die Konsequenz "darum ist es höchste Zeit, wenn der gefährliche bisherige Weg verlassen werden soll, daß sich die verschiedenen politischen Gruppen zusammenfinden, die ohne einseitige - wirtschaftliche oder militärische - Bindung nach West und Ost eine deutsche Politik der Wiedervereinigung und des Friedens zu treiben entschlossen sind" [73]. MOCHALSKIS Argumentation zugunsten einer Verbindung mit dem BdD lag die Überzeugung zugrunde, daß der Wahlausgang, also ein Sieg der Regierungsparteien, gewissermaßen über Krieg und Frieden entscheide.

Die Gespräche mit dem BdD wurden auf GVP-Seite vornehmlich von SCHEU, WESSEL, BODENSTEINER und MOCHALSKI geführt. Nachdem auf einer erneuten Sitzung der Bundesvorstand mehrheitlich einem Abkommen mit dem BdD zugestimmt hatte, führten die Verhandlungen schließlich zu einem Wahlabkommen zwischen GVP und BdD, das in seinem Grundsatz am 19. 7. 1953 in Mannheim abgesprochen wurde.

Die wesentlichen Punkte der beiderseitigen Vereinbarung waren: Der BdD verzichtet auf einen eigenen Wahlvorschlag, Kandidaten

---

72) So Herr SCHEU in einem Gespräch mit der Verfasserin am 17. 10. 1968 in Wuppertal.

73) Martin NIEMÖLLER, An die Bevölkerung Westdeutschlands, abgedruckt in: STdG, 5. Jg., Nr. 8, August 1953, Sp. 234.

des BdD sollten unter möglichst paritätischer Beteiligung auf den GVP-Landeslisten aufgestellt werden, von Seiten des BdD wird verbindlich der Ausschluß von KP-Mitgliedern zugesagt. Nach einer gemeinsam entworfenen Erklärung, die jeder Kandidat auf der GVP-Liste zu unterschreiben hatte, stand folgender Satz: "Ich widersetze mich jeder Diktatur in Deutschland - sei sie faschistischer, sei sie polizeilich-bürokratischer Art. Ich widersetze mich ebenso jedem kommunistischen System für Deutschland"[74]. Der BdD verpflichtete sich, beim Aufbau von GVP-Kreisverbänden Hilfestellung zu leisten, wie er sich ebenso verpflichtete, keinerlei Propaganda unter seinem Namen für die GVP durchzuführen. Hinzu kam eine finanzielle Vereinbarung zwischen BdD und GVP[75], nach welcher der BdD sich zur Zahlung einer Bargeldsumme an die GVP bereiterklärte, sowie zur Übernahme der Kosten für das Propagandamaterial.

---

74) Aus der sogenannten "9-Punkte-Erklärung", die abgedruckt ist in: "GVP: auf neuen Wegen, Gesamtdeutsche Volkspartei - Frei und unabhängig für das Volk", Handzettel, hrsg. von der GVP-Nachrichtenzentrale in Essen im Sommer 1953, Arch.: HAUSSMANN.

75) Eine Auskunft über die Herkunft dieses Geldes konnten die GVP-Verhandlungspartner allerdings nie vom BdD in Erfahrung bringen, so Herr Diether POSSER in einem Gespräch mit der Verfasserin am 19. 10. 1968 in Essen.

4. 3. 3 Wahlkampfstil

Das Wahlbündnis mit dem BdD setzte die GVP, wie es einer ihrer Landesvorsitzenden formulierte, kurz vor der entscheidenden Aktivität für den Wahlkampf, einer inneren "Zerreißprobe"[76] aus. Daß man innerhalb der GVP einem Zusammengehen mit dem BdD mit viel Skepsis gegenüberstand, zeigte sich auf den Landesparteitagen, wo die GVP-Delegierten eine möglichst paritätische Aufstellung der Landeslistenplätze vorzunehmen hatten[77] - auf deren Einhaltung andererseits die Gültigkeit des Wahlabkommens wesentlich beruhte, so daß vor der Abhaltung dieser Landesparteitage die Bundesgeschäftsstelle der GVP eindringlich um Einhaltung einer annähernden Parität bat: "Sollten die von den Kreisverbänden aufgestellten Kandidaten nun in einem Lande gar zu sehr von dem Ziele der Parität abweichen, oder sonstwie ernsthafte Differenzen entstehen," wurden die Landesvorsitzenden angeschrieben, "dann müssen die Landesvorsitzenden sich einschalten und notfalls von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch machen"[78]. Ein weithin verbreiteter Unmut innerhalb der GVP gegenüber diesem Wahlbündnis drückte sich nicht nur in öffentlichen Distanzierungen von diesem aus[79],

---

76) So Conrad ORDEMANN, Bremen, in seinem Schreiben vom 23. 7. 1953 an Erhard EPPLER, Arch.: E. EPPLER.

77) Dies geht aus dem Protokoll über den Landesparteitag der GVP Baden-Württemberg am 2. 8. 1953 in Freudenstadt hervor, Arch.: H. HAUSSMANN. In Nordrhein-Westfalen konnte die Zusammenstellung der Landeslistenplätze nicht, wie ursprünglich vorgesehen, auf dem Landesparteitag in Herne i. W. am 2. 8. 1953 erfolgen, sondern erst auf dem Landesparteitag am 9. 8. 1953 in Wuppertal, Protokoll über den Landesparteitag am 9. August 1953 in Wuppertal, Arch.: A. WILLEMS.

78) Schreiben der GVP-Bundesgeschäftsstelle vom 22. 7. 1953 an die Vorsitzenden der Landesverbände der GVP, Arch.: H. HAUSSMANN.

79) So die Kreisverbände von Köln und Marburg, Protokoll über den Landesparteitag der GVP-Nordrhein-Westfalen am 2. 8. 1953 in Herne i. W., Arch.: A. WILLEMS.

dieses Abkommen bewirkte, daß sich jetzt viele und gerade die "tüchtigsten" und wichtigsten Mitarbeiter zurückziehen.

Nach den ursprünglichen Planungen sollte bis zum Sommer 1953 in jedem Bundeswahlkreis ein GVP-Kreisverband gegründet sein. Aber erst durch die Hilfestellung des BdD wurde dies im wesentlichen erreicht, wobei allerdings der BdD in nahezu allen Landesverbänden ein Drittel, wenn nicht gar über die Hälfte, Kreisverbände für die GVP gründete [80]. Nicht selten rekrutierten sich diese neugegründeten Kreisverbände aus der Anhängerschaft des Bundes der Deutschen und zählten nur formal zur GVP. Sie stellten deshalb in Wirklichkeit keine Intensivierung ihres organisatorischen Ausbaus dar. Die praktische Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen war bis auf wenige Ausnahmen [81] wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß der BdD, der die Verteilung des zentralen Propagandamaterials an die einzelnen Kreisverbände übernommen hatte, mit einer bewußten Verzögerungs- und Hinhaltetaktik arbeitete.

Die Wahlarbeit mußte damit in Wirklichkeit weitgehend von der GVP allein bestritten werden. Überdies erschwert durch Diffamierungen, der die GVP gerade aufgrund dieses Wahlbündnisses verstärkt ausgesetzt war. So wurden GVP-Plakate überklebt mit von "Moskau bezahlt". So wurde HEINEMANN in seinem Wahlkreis von dem Siegener CDU-Oberbürgermeister Ernst BACH "zum bezahlten Sprecher Sowjetrußlands" erklärt [82]. Es wurden Flugblätter

---

80) Nach dem Bericht, den die GVP-Landesvorsitzenden auf der Bundesvorstandssitzung am 14./15. Nov. 1953 in Darmstadt abgaben, Protokoll über die BV-Sitzung am 14./15.11.1953 in Darmstadt, Arch.: A. SCHEU.

81) So in Hessen, ebd.

82) GVP-Nachrichtenzentrale des Präsidiums in Essen, Sommer 1953, Handzettel, an alle GVP-Landes- und Kreisverbände, Arch.: H. HAUSSMANN.

aufgekauft; sie wurden mitunter polizeilich beschlagnahmt. Wahlplakate hingen oft nur für wenige Stunden. Es wurden Versammlungsredner polizeilich festgenommen. Die Arbeit wurde durch verzögerte Postzustellung verunsichert.

Der Wahlkampf der GVP, das hieß im wesentlichen Einsatzbereitschaft des Einzelnen. Außer ersten Anleitungen blieb die Arbeit letztlich dem improvisatorischen Geschick dieser mehrheitlich wahltechnisch völlig unerfahrenen Anhänger überlassen. Wie dieser Wahlkampf von einer persönlichen Opferbereitschaft getragen wurde, kam in der Tatsache zum Ausdruck, daß sich jeder Kandidat der GVP im Falle seiner Wahl zur Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft verpflichtete. Was freilich umgekehrt auch bedeutete, daß man den Wert des persönlichen Einsatzes ebenso wie die "Armut der Partei" versuchte, wahlpropagandistisch auszunutzen.

4.3.4 Wahlergebnis

Die Wahlen vom 6. September 1953 hatten der CDU/CSU allein über fünfundvierzig Prozent der Stimmen gebracht. Im neuen Bundestag kamen die Regierungsparteien auf eine Zweidrittel Mehrheit. Die GVP erhielt insgesamt noch nicht einmal zwei Prozent (1,16 Prozent) und das waren 318823 Stimmen[83]. Bei dieser totalen Niederlage darf gewiß nicht übersehen werden, daß sie diesen Wahlkampf aus einer äußersten Position der Schwäche zu bestreiten hatte

83) Über 6 % der Stimmen erhielt die GVP in HEINEMANNS Wahlkreis Siegen und in Herbert MOCHALSKIS Wetzlar, beide Wahlkreise mit über 80 % evangelischem Bevölkerungsanteil;

- im Vergleich zu ihren Konkurrenten, die außer der Tatsache, als etablierte, beziehungsweise regierende Parteien bei den Wählern auftreten zu können, über gesicherte finanzielle Ressourcen, ebenso wie über eine festgefügte Mitgliederorganisation und einen erfahrenen Apparat verfügen konnten.

Dennoch ließ sich diese Erfolglosigkeit zentral von anderen Faktoren ableiten. Wenngleich die außenpolitischen Themen den Wahlkampf aller Parteien bestimmt hatten, so bestätigte dieser Wahlausgang erneut die Beobachtung, daß die Wahlmotivation der Bevölkerungsmehrheit primär von innenpolitischen Interessen bestimmt wird, und außenpolitische Fragen nur dann die Wählerentscheidungen beeinflussen, wenn sie deren unmittelbare Interessen berühren, das heißt in nationalen Krisenzeiten[84]. Bei dieser Bundestagswahl war die Perzeption der wirtschaftlichen Stabilisierung der bestimmende Faktor für die CDU-Entscheidung des Wählers[85]. Das heißt, die primäre Werthaltung

---

zu 83) zwischen 4-6 % erhielt die GVP in Wahlkreisen mit gleichfalls vorwiegend (über 70 %) evangelischer (und nicht lutherisch-konfessioneller) Bevölkerung: Marburg, Oberbergischer Kreis, Calw - Freudenstadt, vgl. Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 100, H. 1, Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. 9. 1953, Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Köln 1953.

84) Vgl. etwa H. J. KELLERMANN, Party Leaders and Foreign Policy, S. 94 ff.

85) Vgl. Werner KALTEFLEITER, Wirtschaft und Politik in Deutschland, Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln/Opladen 1966, S. 108 ff.; zur Analyse der Bundestagswahl 1953: Wolfgang HIRSCH-WEBER und Klaus SCHÜTZ, Wähler und Gewählte, Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, unter Mitarbeit von Peter SCHRAN, Martin VIRCHOW u. a., mit einem Vorwort von Otto STAMMER, Berlin/Frankfurt/M. 1957, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Berlin, Bd. 7).

wird von dem Bedürfnis nach Sicherung des materiellen Wohlstandes geleitet. Die Erfolglosigkeit der GVP kann man dann in dieser grundsätzlichen Überlegung erklärt sehen: "The position of a group in the social structure can be roughly equated with the extent to which its objectives and methods are congruent with the prevailing values of the society, and the degree of influence that it can exercise through propaganda depends ... upon its ability to utilize and associate it self with these prevailing attitudes." Und umgekehrt läßt sich der CDU-Wahlerfolg so begründen: "The groups and individuals that enjoy most prestige in a society are those that are given major credit for the most highly valued achievements of a society; their status is high"[86].

---

86) David B. TRUMAN, The Governmental Process, Political Interests and Public Opinion, New York 1962, S. 248 f.

4.4 Die Belastbarkeit der Teilnahmemotivation

4.4.1 Die Wahlniederlage

Das Bundestagswahlergebnis war eine Bestätigung der Außenpolitik der Bundesregierung durch die westdeutsche Bevölkerung. Mit diesem Wahlausgang drückte sich zugleich eine gesellschaftliche Mißbilligung, ja ein Angriff auf die Werthaltungen der GVP aus. Die Enttäuschung über die Wahlentscheidung brachte die GVP aber nicht von der Überzeugung ab, daß ihre politische Forderung widerlegt sei, eher verfestigte sich die Überzeugung von deren Richtigkeit. Das heißt ein elitäres Bewußtsein erhärtete sich. Es ist das elitäre Bewußtsein einer "wissenden" Minderheit, die der "unwissenden" Bevölkerungsmehrheit gegenübersteht, welches aus diesen Sätzen spricht: "Mein Vertrauen in die politische Vernunft unseres Volkes ist heute so klein, daß ich - und das berührt die Grundlagen unseres Wollens - bezweifle, ob man unser Volk jemals sich selbst überlassen kann"[87]. Wenn einerseits dieses Wahlergebnis der GVP zu Bewußtsein führt, daß "das deutsche Volk aus seiner Geschichte der letzten 20 Jahre wenig gelernt hat"[88], so weiß man sich aber gerade der "Aufgabe und Verantwortung" verpflichtet, "weiterhin zu rufen und zu warnen"[89]. "Solange die Wiedervereinigung Deutschlands nicht vollzogen ist", faßte HEINEMANN zusammen, "stehen wir zusammen in dieser Aufgabe, sie ist dringlicher, schicksalhafter geworden nach dem 6. 9."[90].

87) Erhard EPPLERS Schreiben vom 19. 9. 1953 an Gustav HEINEMANN, Arch.: E. EPPLER.
88) Rundschreiben des Präsidiums der GVP vom September 1953 an alle Parteigliederungen der GVP, Arch.: Gerhard HERTEL.
89) Ebd.
90) HEINEMANN auf der BV-Sitzung der GVP am 14./15. November 1953 in Darmstadt, Protokoll über die BV-Sitzung, Arch.: A. SCHEU.

Freilich sah man aber auch, daß diese Aufgabe einen realpolitischen Erfolg bezweifeln ließ. Und zugleich konnte man sich auch nicht ohne weiteres über die organisatorischen wie finanziellen Schwierigkeiten hinwegsetzen, denen die GVP auch weiterhin ausgesetzt sein würde. Dennoch wollte man zunächst einmal die weitere Entwicklung in einer gewissen Reservestellung abwarten, "um an dem Tag, an dem es uns notwendig erscheint, in ein neues politisches Gefecht zu gehen"[91]. Man scheute eine Auflösung nicht zuletzt deshalb, weil man die gewonnene Gemeinschaft nicht aufgeben wollte. Und so wurde auch ein Mindestmaß an Organisation beibehalten, und dieses dann vorwiegend durch die gleiche geistige Grundhaltung ermöglicht.

Nach den Wahlen hielt die GVP eine Bundesvorstandssitzung ab, auf der über das Weiterbestehen abgestimmt wurde. Diese Abstimmung wird bei zwei Stimmenthaltungen bejaht[92] - im Einklang mit der vorherrschenden Grundstimmung unter der Anhängerschaft[93].

---

91) HEINEMANN auf der BV-Sitzung der GVP am 14./15. November 1953 in Darmstadt, Protokoll über die BV-Sitzung, Arch.: A. SCHEU.

92) An dieser BV-Sitzung in Darmstadt am 14./15. Nov. 1953 hatten insgesamt 35 Personen teilgenommen. Außer dem Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein waren alle Landesverbände vertreten, Protokoll über die BV-Sitzung der GVP, Arch.: A. SCHEU.

93) Zum Beispiel hatte der geschäftsführende Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Anfang November die einzelnen Kreisverbände der GVP folgende Fragen beantworten lassen: Mitgliedsstärke des einzelnen Kreisverbandes bzw. Ein- und Austritt nach der Bundestagswahl; besteht bei der Mehrheit der Mitglieder die Bereitschaft, sich weiterhin für die Ziele der GVP einzusetzen?, Schreiben des GVP-Landesvorsitzenden Dr. K. SCHOPPMANN vom 3.11.1953 an die Vorsitzenden der Kreisverbände, Arch.: H. HAUSSMANN.

4. 4. 2 Das Wahlabkommen

Das Ergebnis vom 6. September hatte die GVP in eine Enttäuschung versetzt, die an Resignation grenzte. Und doch ließ sich die Stimmung nicht vergleichen mit jener nach dem Abschluß des Wahlbündnisses mit dem Bund der Deutschen. Damals gab es nicht nur gewissermaßen spektakuläre Austritte und Amtsniederlegungen [94], die Zahl der Austritte insgesamt war vergleichsweise entschieden höher als nach der Bundestagswahl [95].

Die erfolglose Bundestagswahl stellte sich als ein Angriff von außen auf die Werthaltungen der GVP dar. Dieses Wahlabkommen hingegen hatte bedeutet, daß durch interne Entscheidungen die Gültigkeit der Werthaltungen in Zweifel gezogen worden waren - Werthaltungen, die die Grundlage der Teilnahmemotivation ausmachten. Nun bedeutet für jede wertorientierte Bewegung und also auch für die GVP, die enge Bindung, die "Hingabe" des einzelnen an jene Werte, die das Selbstverständnis einer Bewegung darstellen und um derentwillen sich eine Anhängerschaft bildet, geradezu der "raison d' être" einer Bewegung [96]. Wenn nun aber die Führung einer Bewegung

---

94) Etwa der Austritt von Ulrich NOACK, vgl. oben S. 178, Anm. 67; so war der baden-württembergische Landesvorsitzende Dr. Hermann GÖCKERITZ von seinem Amt zurückgetreten, Schreiben von Hermann GÖCKERITZ vom 21. 7. 1953 an Gustav HEINEMANN, Arch.: H. HAUSSMANN.

95) So Herr SCHEU in einem Gespräch mit der Verfasserin am 14. 10. 1968; dies geht auch aus den Berichten hervor, die die einzelnen Landesvorsitzenden auf der BV-Sitzung in Darmstadt machten, Protokoll über die BV-Sitzung in Darmstadt vom 14. / 15. November 1953; genauere Unterlagen darüber sind nicht vorhanden.

96) L. M. KILLIAN, Social Movements, in: Handbook of Modern Sociology, S. 434.

irgendwelche Entscheidungen trifft, die diesen erklärten Werten zuwiderlaufen, dann entsteht eine gefährliche interne Situation, weil damit ernste Zweifel und Enttäuschung unter der Anhängerschaft geweckt werden und sich ausbreiten - unter einer Anhängerschaft, die sich wesentlich aufgrund dieser Werte an die Bewegung gebunden weiß [97].

Welche Bedeutung hier der Verbindlichkeit solcher Werte zukommt, läßt sich auch anhand des Faktors "Belohnungen" illustrieren: Jede Art von Organisation muß ihren Mitgliedern, um deren Einsatz und Mitarbeit zu fördern, irgendwelche "Belohnungen" bieten. Dabei lassen sich drei wesentliche Arten von Belohnungen unterscheiden: materielle ("material"), ein Solidaritätsgefühl stiftende ("solidary"), ideologische ("purposive") [98]. Eine große politische Partei kann ihren Mitgliedern materielle Anreize bieten, etwa die realistische Chance zur Erlangung politischer Ämter. Dagegen stellt sich für eine kleine politische Gruppierung, die kaum Aussichten auf politischen Erfolg hat, die tiefe Bindung ihrer Anhängerschaft an die Werthaltungen als die wichtigste Form der Belohnung dar. Weil auch das belohnende Solidaritätsgefühl in der gemeinsamen Überzeugung begründet ist, bleibt die innere Bindung an die Werte die wesentlichste Belohnung für den Einsatz des Einzelnen, und gekehrt: wenn diese Verbundenheit droht aufgehoben zu werden, bleibt gewissermaßen die wichtigste Form der Belohnung aus [99].

---

97) L. M. KILLIAN, a. a. O., S. 439.

98) Peter M. BLAU, Exchange and Power in Social Life, second printing, New York/London/Sedney 1967, macht diese Unterteilung, die ursprünglich zurückgeht auf die Untersuchung von Peter B. CLARK and James Q. WILSON, Incentive Systems, in: Administrative Science Quarterly, XXII, No. 6, 1961, S. 129 - 166.

99) P. M. BLAU, a. a. O., S. 238 ff.

Die Umstände hatten den Abschluß dieses Wahlabkommens für die GVP nahezu unumgänglich gemacht - und damit war das Interesse an dessen Gültigkeit gleichermaßen unumgänglich geworden. Aber eben das damit bedingte Verhalten des Präsidiums begründete die vornehmliche Enttäuschung unter der Anhängerschaft. Zwar hatte sich die Kritik auch an wahltaktischen Überlegungen entzündet, aber schwerer wog diese Empfindung: "Kreisverbände und Landesverbände durch Einsprüche dem Abkommen mit dem BdD gefügig zu machen, ist schlecht mit den Grundsätzen einer Partei vereinbar, die die Gewissensentscheidung in den Vordergrund stellt und den Fraktionszwang ablehnt" [100]. Es war die Empfindung, daß die GVP sich nicht mehr treu bleibe, oder wie es ein Mitglied formuliert: "Das Bündnis hat das Vertrauen an die Sauberkeit unserer Sache erschüttert, weil es den Anschein erweckte, als ob wir es nur um des Erfolges und um des Geldes wegen eingegangen wären. Wir haben ja immer wieder mit Recht darauf hingewiesen, daß wir um der Taktik willen die Sache nicht verleugnen werden. Dieser Eindruck ist durch das Bündnis mit dem BdD leider entstanden und es wird sehr schwer sein, das erschütterte Vertrauen wieder herzustellen" [101].

---

100) H. GÖCKERITZ, Schreiben vom 21. 7. 1953 an G. HEINEMANN, Arch.: H. HAUSSMANN.

101) Schreiben des GVP-Kreisvorsitzenden von Waiblingen, Alfred LEIKAM, vom 6. 11. 1953 an Gustav HEINEMANN, Arch.: A. LEIKAM.

5. Phase der programmatischen Umorientierung

5.1 Die veränderte weltpolitische Lage

Ein zentraler Ansatz in der außenpolitischen Konzeption der GVP war, daß die Lösung der Deutschlandfrage von einem allseitigen Sicherheitsbedürfnis auszugehen habe. Davon war die Forderung nach Viermächteverhandlungen abgeleitet [1]. Verhandlungen der Großmächte fanden statt, als im Januar/Februar 1954 die Konferenz der Außenminister der vier für Deutschland verantwortlichen Mächte in Berlin abgehalten wurde. Diese Verhandlungen aber erwiesen, daß gemeinsame Vereinbarungen zur Lösung des Deutschlandproblems nicht zu finden waren. Die Westmächte vertraten ihre alte Position mit der Forderung nach freien Wahlen als ersten Schritt zu einer Wiedervereinigung ohne vorherige Klärung des völkerrechtlichen Status, womit faktisch einem Gesamtdeutschland die Freiheit gegeben war, sich für eine Westintegration zu entscheiden. Die Haltung der Sowjetunion war bestimmt durch den inzwischen vollzogenen Wandel in der russischen Deutschlandpolitik. Eine flexible Haltung in der Deutschlandfrage, wofür in den Monaten nach Stalins Tod mehrfache Anzeichen sprachen, war mit dem Aufstand vom 17. Juni aufgegeben worden - nicht zuletzt bedingt durch das fehlende Interesse der amerikanischen Diplomatie.

---

1) Für die Darstellung im Folgenden vgl. H. v. SIEGLER, Dokumentation zur Deutschlandfrage, Hauptband I; eine Skizzierung der Grundzüge der sowjetischen Deutschlandpolitik nach Stalins Tod bringt G. WETTIG, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 620 ff.

Nunmehr in Berlin zeigte sich, daß Moskau von einer verhandlungsbereiten Linie, die möglicherweise zu einer Freigabe der Ostzone hätte führen können, wie sie in den Stalin-Noten vage angedeutet war, längst abgekehrt waren.

Obwohl die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 die EVG-Verträge ablehnte, war die Westintegrationspolitik der Bundesregierung nicht gescheitert. Mit der Unterzeichnung der "Pariser Verträge" am 23. Oktober 1954 in Paris wird die Westintegration der Bundesrepublik statt im Rahmen der EVG nunmehr innerhalb der NATO beschlossen. Wie in der zurückliegenden Zeit verband Moskau die Warnungen vor einer Westintegration der BRD mit dem Hinweis auf die Unvereinbarkeit einer solchen und der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Auf der Gipfelkonferenz der vier Großmächte im Juli 1955 in Genf zeigte sich erneut, daß weder die Westmächte noch die Sowjetunion zu tatsächlichen Vereinbarungen in der Deutschlandfrage bereit waren. Darüberhinaus erwies es sich, daß Moskau nunmehr von der Tatsache zweier deutscher Staaten ausging. Das Desinteresse an einer künftigen Lösung des Deutschlandproblems kam zum Ausdruck in dem Verweis an die beiden deutschen Teilstaaten, ein Arrangement nun selber zu finden.

5.2 Reaktionen in der GVP

Anhand von Untersuchungen über Organisationen läßt sich immer wieder beobachten, daß die Auflösung nicht der einzig mögliche Schritt für eine Organisation ist, wenn sie ihr Ziel erreicht hat, oder wenn es irrelevant wird aufgrund veränderter äußerer Bedingungen, die in Bezug zu ihrer ursprünglichen Zielsetzung stehen. So kann eine Organisation um der Erhaltung ihrer selbst willen Kompromisse gegenüber ihrer ursprünglichen Zielsetzung vornehmen, und sich damit den Bedürfnissen ihrer sozialen Umwelt anpassen [2]. Oder - trotz veränderter Umwelt vollziehen sich bei einer Gruppe keine Veränderungen, so daß damit ein Graben zwischen ihr und der Umgebung gezogen beziehungsweise vertieft wird. [3]

Die GVP hält an ihren Wertvorstellungen fest. Im Kontext zu der veränderten weltpolitischen Situation, die in Relevanz zur Durchsetzung eben ihrer Wertvorstellungen steht, sieht man sich in der GVP vor die Frage gestellt, ob deren Verwirklichung dennoch auf außenpolitischem oder einem neuen Gebiet gesucht werden müßte.

---

2) Eine klassische Untersuchung über die Anpassungsfähigkeit einer Organisation, aufgezeigt an der "Anti-Saloon Legue", ist die Arbeit von Peter H. ODEGARD, Pressure Politics, The Story of the Anti-Saloon League, New York 1928. Determinanten für den Anpassungsprozeß zählt auf: Sheldon L. MESSINGER, Organizational Transformation, A Case Study of a Declining Social Movement, in: American Sociological Review, Vol. 20, No. 1, February 1955, S. 3 - 10.

3) Ein Beispiel hierfür ist die "Townsend Movement", vgl. Abraham HOLTZMAN, The Townsend Movement, A Political Study, New York 1963.

Im November 1953, zu einem Zeitpunkt, da sich bereits eine endgültige Position Moskaus zur Deutschlandpolitik abzuzeichnen begann, hatte Helene WESSEL in einer Vorstandssitzung gegenüber dem Vorschlag, Gespräche zwischen der GVP und der DDR aufzunehmen, den grundsätzlichen Hinweis gemacht: "Die Schwierigkeit solcher Gespräche mit Vertretern der Ostzonenregierung liegt darin, daß sie keine selbständigen Partner sind und nur auf Anweisung der höheren Stellen arbeiten." So wünschenswert auch Gespräche mit dem Osten sein mögen, "man muß aber auch darin die Schwierigkeiten sehen, daß wir nicht wissen, was die Russen wirklich wollen und ob sie jetzt nicht auch auf den status quo eingestellt sind" [4]. Auf eben dieser Sitzung hatte vornehmlich Herbert MOCHALSKI gesamtdeutsche Gespräche gefordert, weil die GVP "konsequent und beharrlich den bisherigen Weg" weiterzugehen und "einen falschen Kurs nach wie vor abzulehnen" habe. "Entweder setzen wir alle Mittel ein, ein Gesamtdeutschland wieder herzustellen", hatte MOCHALSKI gesagt, "und betrachten diese unsere Verpflichtung um des deutschen Volkes willen als u n s e r e Aufgabe, oder wir finden uns ab mit dem status quo, aber selbst dieser garantiert nicht, daß es n i c h t zum Krieg kommt" [5]. Hans BODENSTEINER unterstrich die Notwendigkeit dieser Linie, daß die GVP also nur dann eine Existenzberechtigung habe, "wenn wir auch den Mut hätten, uns wegen unserer Politik lächerlich machen und diffamieren zu lassen" [6].

---

4) Aus Helene WESSELS Rede auf der BV-Sitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll von der BV-Sitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt, Arch.: A. SCHEU.

5) Aus Herbert MOCHALSKIS Rede auf der BV-Sitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll von der BV-Sitzung, Arch.: A. SCHEU.

6) Hans BODENSTEINERS Rede auf der BV-Sitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll von der BV-Sitzung, Arch.: A. SCHEU.

Die Argumentation Helene WESSELS und jene von MOCHALSKI weisen auf zwei Positionen hin, die die GVP im Kontext zu der veränderten weltpolitischen Lage beziehen kann. In Helene WESSELS Ausführungen deutet sich die Kenntnisnahme einer gewandelten politischen Situation an. Damit eröffnet sich gewissermaßen die Möglichkeit zu der Konsequenz, dieser neuen Lage mit einer neuen Aufgabenformulierung zu begegnen.

Die GVP setzte sich eine neue Aufgabe.
Parallel versuchte sie, aus ihrer gesamtdeutschen Verantwortung heraus, zur Lösung der Deutschlandfrage beizutragen - freilich nicht ohne, daß es auch kritische Stimmen gab, die den Erfolg eines solchen Bemühens bezweifelten[7]. Zu der Berliner Außenministerkonferenz hatte das Präsidium der GVP eine Erklärung abgegeben, mit der erneut, wie schon ein Jahr zuvor in Briefen an die vier Hohen Kommissare[8], der Vorschlag der GVP zur deutschen Frage dargelegt wurde. Dieser Vorschlag basierte auf der Überlegung, daß Viermächteverhandlungen - unter Berücksichtigung eines allseitigen Sicherheitsbedürfnisses - deshalb als erstes die völkerrechtliche Stellung eines wiedervereinigten Deutschlands zu klären hätten. Weil dieser zentrale Ansatz den erklärten

---

7) So schrieb Erhard EPPLER an einen GVP-Freund anläßlich eines GVP-Vortragsabends, der unter dem Thema "Der Inhalt der Westverträge" stand: Auf die bisher übliche Art gehe es nicht weiter, denn "die landläufigen Argumente, wie man zu einer Wiedervereinigung kommen konnte, wenn die CDU nicht an der Regierung wäre, locken keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor", Erhard EPPLERS Schreiben vom 16. 4. 1954 an Karl SCHOPPMANN, Arch.: H. HAUSSMANN.

8) Am 13. März 1953 hatte das Präsidium der GVP gleichlautende Briefe an die vier Hohen Kommissare abgeschickt, ihr Text ist abgedruckt in: GVP-Nachrichten, 1. Jg., Nr. 7, vom 17. 3. 1953, S. 2 f., Arch.: A. SCHEU.

Vorstellungen des Bundeskanzlers entgegenstand - die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen als ersten Schritt und die Schaffung völliger Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung - hatte HEINEMANN in einem Offenen Brief an ADENAUER abermals gewarnt: "Solange die USA und Sie samt den Mehrheitsparteien in der Bundesrepublik den Anschluß ganz Deutschlands an den Westblock betreiben, wird die Sowjetunion keiner gesamtdeutschen Regierung die 'volle Handlungsfreiheit' gewähren, die ja nur der verschleiernde Ausdruck dieser Ihrer Absichten ist" [9].

Wenige Wochen vor der Verabschiedung der Pariser Verträge durch den Bundestag fand am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche eine Kundgebung statt, auf der neben HEINEMANN der SPD-Vorsitzende Erich OLLENHAUER, der DGB-Vorsitzende Georg REUTER, der Heidelberger Soziologe Alfred WEBER, die Theologen Johannes HESSEN, Helmut GOLLWITZER und Ernst LANGE, eine letzte öffentliche Warnung an die Regierung und Regierungsparteien richteten, vor der Verfestigung der deutschen Teilung durch den NATO-Beitritt [10].

---

9) Gustav W. HEINEMANN, Offener Brief an den Bundeskanzler vom 28. Januar 1954, abgedruckt in: Gesamtdeutsche Rundschau, 2. Jg., Nr. 5/6, vom 28.1.1954, S. 2. Auch in: B. BAY

10) Das Zustandekommen dieses gemeinsamen Auftretens, insbesondere der sozialdemokratischen Beteiligung, war maßgeblich auf Vermittlung Helmut GOLLWITZERS zurückzuführen - so Herr Diether POSSER in einem Gespräch mit der Verfasserin am 19.10.1968, vgl. auch D. KOCH, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, S. 442 ff; die auf dieser Kundgebung in Frankfurt gehaltenen Reden sowie das von der Kundgebung beschlossene "Deutsche Manifest" wurden abgedruckt als Broschüre: "Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!", Druck Frankfurt/M., o.J., (1955).

Als im Juli 1955 die Gipfelkonferenz der vier Großmächte in Genf stattfand, wollte die GVP einen letzten Versuch zur Findung einer gesamtdeutschen Lösung nicht unterlassen haben: Im Auftrag des Bundesparteitages der GVP hatten sich Adolf SCHEU, Herbert MOCHALSKI und Heinz KRÄMER darum bemüht, für HEINEMANN und Martin NIEMÖLLER Kontakte bei Bevollmächtigten der Großmächte herzustellen [11].

Freilich hatte man inzwischen längst zur Kenntnis nehmen müssen, daß "der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands" "länger geworden" war [12]. Das heißt: nach Ratifizierung der Pariser Verträge konnte man sich die Überwindung der deutschen Teilung nunmehr nur noch schrittweise vorstellen. Eine Voraussetzung war Intensivierung innerdeutscher Kontakte [13]. Eine weitere:

---

11) Nachdem es Adolf SCHEU gelungen war, einen Besuchstermin bei Bevollmächtigten der russischen und amerikanischen Delegation, SEMJONOW und KIDD, festzulegen, scheiterte dessen Ausführung dennoch an technischen Widrigkeiten, so daß nur Briefe mit Vorschlägen zur Lösung der Deutschlandfrage abgegeben werden konnten. Auf einer Pressekonferenz hatten SCHEU und MOCHALSKI versucht, die gesamtdeutschen Lösungsvorschläge der GVP einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, aus: Adolf SCHEU, Die "APO" 1955 in Genf, Am Rande der großen Weltpolitik, Auszüge aus einem Reise-Tagebuch, unveröffentlicht, im Besitz der Verfasserin.

12) Diether POSSER, Das Ausmaß der Bindungen, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 44, vom 21.10.1955, S. 2, Arch.: Hans BAY.

13) So hatte der 2. Bundesparteitag der GVP am 3.7.1955 in Recklinghausen eine Entschließung verabschiedet, in der jetzt als erster Schritt zu einer Wiedervereinigung die Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Nationalversammlung, gewählt von den Deutschen in der BRD und der DDR in geheimer und kontrollierter Wahl, genannt wird, abgedruckt in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 28/29, vom 8.7.1955, S. 2, Arch.: H. BAY. HEINEMANN präzisierte: "Als einen ersten praktischen Schritt zur Anbahnung und Vorbereitung der Wiedervereinigung sollten wir in der Bundesrepublik und in der DDR

die von einer deutschen Regierung anzustrebende grundlegende Revision der Pariser Verträge. Freilich könnte auch diese sich nur im Rahmen einer weltweiten wie innerdeutschen Entspannung als eine wesentliche Voraussetzung für eine mögliche Wiedervereinigung auswirken. "Wir können und dürfen die Verträge nicht einseitig brechen", betonte die GVP, "müssen aber ihre Revision anstreben, die nicht nur eine Änderung des Vertragsinhaltes in Einzelheiten, sondern die Aufhebung der Verträge als Grundlage des westlichen Blocksystems zugunsten kollektiver Sicherheitslösungen beinhaltet. Das ist nur schrittweise möglich und hängt von dem Tempo ab, mit dem der 'Kalte Krieg' zwischen West und Ost im allgemeinen und zwischen Bonn und Berlin-Ost abgebaut wird" [14].

1951 hatte HEINEMANN von der fehlenden politischen Kraft gesprochen, die eine "Fortschrittlichkeit" verkörpern müßte. Als die GVP ihr Manifest formulierte, kam darin zum Ausdruck, eine solche fortschrittliche Kraft darstellen zu wollen. Aber damals galt ihr vornehmliches Interesse der Herbeiführung einer außenpolitischen Entspannung. Jetzt, im Zusammenhang mit einer gewandelten außenpolitischen Situation, beginnt man, die Wertvorstellungen verstärkt dem gesellschaftspolitischen Bereich zuzuordnen und hier die neue Aufgabenstellung zu sehen. Denn mit

---

zu 13) in geheimer und kontrollierter Wahl eine gemeinsame provisorische Nationalversammlung wählen und ihr die Aufgabe geben, durch Empfehlungen an den Bundestag und die Volkskammer das weitere Auseinanderbrechen unserer Lebensordnungen aufzuhalten, vielmehr in Wirtschaft, Kultur, Justiz und Polizei eine Angleichung zu bewirken und die Wahl einer gesamtdeutschen Regierung vorzubereiten.": Gustav W. HEINEMANN, Wo bleibt nun die Wiedervereinigung? , in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 32/33, vom 5. 8. 55, S. 1, Arch.: H. BAY.

14) D. POSSER, Das Ausmaß der Bindungen, S. 2.

dem Bemühen um gesamtdeutsche Verantwortung verschloß man sich dennoch nicht der Erkenntnis, daß der GVP jetzt auch wesentlich eine innenpolitische Funktion zukomme. Ja, manche sahen die GVP nun ausschließlich vor diese Frage gestellt: "Ob die GVP eine Zukunft hat oder nicht, hängt allein davon ab, ob sie innenpolitisch ein Gesicht gewinnt" [15].

Was die GVP im außenpolitischen Bereich immer wieder versucht hatte, war der Hinweis auf die Notwendigkeit, daß nach dem Zweiten Weltkrieg eine deutsche Außenpolitik unter neuen Wertmaßstäben anzutreten sei. Unter Wertmaßstäben, die von der Tatsache einer deutschen Verschuldung gegenüber allen Nachbarn zentral geleitet sein sollte, und somit primär ausgerichtet sein mußte, einen Beitrag zum Erhalt des Friedens zu leisten. Wie dieser Schuldansatz in der Außenpolitik zur Überwindung alter Bilder zwang, so stellte er die gleiche Folgerung für den gesellschaftspolitischen Bereich. Weder die CDU noch die SPD, als die großen politischen Parteien, stellten sich der GVP als jene Kräfte dar, die dem gesellschaftspolitischen Leben notwendige neue Impulse hätten geben können.

1954 begann man sich in der GVP intensiv mit der CDU und der SPD auseinanderzusetzen [16]. Dabei sah man einerseits, "daß

---

15) Erhard EPPLER in seinem Brief vom 16. 4. 1954 an Karl SCHOPPMANN. Als EPPLER im Oktober 1955 aus der GVP aus- und in die SPD eintrat, zeigte er mit diesem Schritt, daß er an eine Zukunft der GVP nicht mehr glaubte.

16) Konzentriert wandte sich jetzt nicht nur manches einzelne GVP-Mitglied diesen Fragen zu, so etwa Erhard EPPLER, wie es aus einem Schreiben vom 7. 4. 1954 an Gustav HEINEMANN hervorgeht, Arch.: E. EPPLER, es hatte auch Anfang 1954 ein Arbeitskreis - er setzte sich aus Angehörigen des Präsidiums wie GVP-Mitgliedern aus Nordrhein-Westfalen zusammen - damit begonnen, "das Problem einer Linkspartei in der ganzen Breite aufzufassen und dazu insbesondere die Auseinandersetzung mit der CDU-Ideologie",

mit den Bonner Systemparteien, einerlei ob regierend oder scheinbar opponierend, kein Ansatz für eine Demokratie zu schaffen ist. In der CDU regieren Geld und Kirche, in der SPD Funktionäre" [17]. Diesen Auseinandersetzungen aber war ein grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Aspekt übergeordnet und sie waren verbunden mit der Frage, welche Funktion die GVP bei der notwendigen Einleitung einer neuen gesellschaftspolitischen Entwicklung einzunehmen habe. Mit anderen Worten: ob die GVP das fehlende Gegengewicht darzustellen vermochte zu einer vorherrschenden Verbindung von Konservativ - Christlich - Bürgerlichem, oder ob sie eher eine solche Entwicklung anzuregen habe.

Einig war man sich in der Abweisung der CDU, in deren Koppelung von Weltanschauung und Gruppeninteressen wie Interessen einer bestimmten Politik, was sich als Verfälschung des Christentums ebenso darstellte wie es die Wirkung einer Aufteilung der Gesellschaft in ein christliches und unchristliches Lager hatte [18].

---

zu 16) Gustav HEINEMANN in seinem Schreiben vom 15. 5. 1954 an Erhard EPPLER, Arch.: E. EPPLER.

17) Ebd.

18) Der Grundtenor dieser Kritik war ebenso in dem Manifest der GVP festgehalten, wie er sich fortsetzt in HEINEMANNS Rede auf der Gründungskundgebung der GVP am 30. November 1952 in Frankfurt/M., abgedruckt in: Gesamtdeutsche Volkspartei, Der Aufbruch des neuen politischen Wollens, Manifest und Gründungskundgebung, mit Beiträgen von HEINEMANN, Helene WESSEL, BODENSTEINER, KRÄMER, Christel KÜPPER, SCHELZ, SCHEU, SCHOLL, brosch., Druck Essen 1953, S. 21-24; sich fortsetzt in den Aufsätzen: Gustav W. HEINEMANN, Die christliche Sache, Ein Wort zum Parteitag der CDU, in: STdG, 5. Jg., Nr. 4, April 1953, Sp. 97-102; derselbe: Die 'christliche' Partei, Ein Wort an den 'Evangelischen Arbeitskreis der CDU', in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 3/4, vom 21. Januar 1955, S. 1-2; derselbe: Linientreue statt Verantwortung, Die Fehlentwicklung der CDU zum Befehlsempfang von oben, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 24/25, vom 10. Juni 1955, S. 1 - 2, Arch.: H. BAY.

Anfang 1954 hatte HEINEMANN einen Aufsatz geschrieben, der eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Deutschen Sozialdemokratie war. Dieser kritischen Analyse war das NAUMANN Wort übergeordnet: "'Das Zentrum beherrscht die deutsche Politik, bis es eine regierungsfähige Mehrheit links vom Zentrum geben wird'"[19]. Damit hatte er gleichsam der SPD ihre gegenwärtige Aufgabe zugewiesen, diese NAUMANN Vision - jetzt auf die CDU übertragen - einzulösen. Als wichtige Voraussetzungen wären Revisionen auf folgenden Gebieten vorzunehmen: Die klare Anerkennung der Marktwirtschaft wie die Absage des Marxismus als Ersatzreligion sind zwar "ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur großen Volkspartei", aber die "Absage an den Marxismus als Ersatzreligion ist noch keine Entscheidung für eine positive geistige Haltung. Kann die Partei ein positives Verhältnis zum Christentum finden, so daß insbesondere der christliche Arbeiter einen Zugang zu ihr gewinnen könnte?"[20]. Freilich will HEINEMANN auch nicht übersehen wissen, daß "die christlichen Teile unseres Volkes hierbei" - bei der Überwindung der alten Gräben - ihrerseits eine Verantwortung, ja vielleicht sogar "die größere Verantwortung tragen"[21].

---

19) Gustav W. HEINEMANN, Wohin geht die politische Linke?, Gestalt und Wandel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 2. Jg., Nr. 9/10, vom 26. 2. 1954, S. 6, Arch.: H. BAY; HEINEMANN nimmt Bezug auf Friedrich NAUMANNS Schrift: Demokratie und Kaisertum, 3. Aufl., Berlin-Schöneberg 1904.

20) G. HEINEMANN, a. a. O., S. 6.

21) Ebd.

6. Die Phase der Auflösung

6.1 Die Landtagswahlbeteiligung

1954 beginnt die GVP die Zielwerte verstärkt dem gesellschaftspolitischen Bereich zuzuordnen. Dieser neuen Konzentration war immanent das Vorhaben, die CDU geführte Regierungsmehrheit bei den nächsten Bundestagswahlen abzulösen. Oder wie es wörtlich formuliert wurde: Das "Ziel unserer Arbeit muß sein, daß eine Regierung der gegenwärtigen Opposition kommt" [1].

Im Hinblick auf dieses Ziel aber hatte die GVP gewissermaßen ein Mindestmaß an Voraussetzungen zu erbringen. Ein Jahr nach der Bundestagswahl 1953 aber war die innerorganisatorische Situation der GVP durch eine solche Passivität und Inaktivität ihrer Mitglieder gekennzeichnet [2], daß den Sich-Verantwortlich-Fühlenden generell eine weitere Arbeit in der GVP nur bei einem Mindestmaß an Ordnung und Organisation als "sinnvoll" erschien [3].

---

1) Protokoll über die GVP-Arbeitstagung am 26./27. März 1955 in Essen, Arch.: A. SCHEU.

2) Ausdruck dieser Inaktivität war z. B.: Im Juli 1954 hatte das Präsidium alle Kreisverbände um Anfertigung von Mitgliederlisten angeschrieben. Mit dem Ergebnis, daß im September 1954 von insgesamt nur 38 Kreisverbänden solche Listen eingereicht worden waren; wobei die Landesverbände Bayern, Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz überhaupt keine Listen eingereicht hatten, Schreiben des GVP-Präsidiums (Adolf SCHEU) vom 2. 9. 1954 an die GVP-Landesverbände, Arch.: H. HAUSSMANN.

3) Diese Feststellung wurde auf einer GVP-Arbeitstagung in Essen am 25. 9. 1954 gemacht, zu der das Präsidium die einzelnen Landesvorsitzenden eingeladen hatte, Protokoll über die Arbeitstagung der GVP am 25. September 1954 in Essen, Arch.: A. SCHEU.

Der Gedanke, daß die GVP sich an den baden-württembergischen Landtagswahlen im Frühjahr 1956 beteiligen könnte, war zum ersten Mal von dem dortigen Landesverstand im Juli 1954 "ernstlich ins Auge gefaßt" [4] worden. Im Oktober dann fand eine Sitzung des baden-württembergischen Landesvorstandes statt, an der auch HEINEMANN teilgenommen hatte, und die mit dem "bedeutsamen Beschluß, an den Landtagswahlen im Frühjahr 1956 teilzunehmen" endete [5]. Auf dem baden-württembergischen Landesparteitag in Bad-Cannstatt (am 25. 9. 1955) sprachen sich Dreiviertel der Delegierten für eine Beteiligung an den Landtagswahlen aus. Die Gegner hoben insbesondere die mangelnde Organisation hervor. Stark befürwortet wurde dieser Schritt gerade von jenen (wenigen) Kreisverbänden, hinter denen eine vergleichsweise hohe und langjährige Anhängerschaft stand, und die nicht zuletzt deshalb meinten, dieser die Aussicht auf eine parlamentarische Vertretung bieten zu müssen [6].

---

4) Aus dem Jahresbericht des GVP-Landesvorsitzenden Wilhelm SCHREIBER auf dem außerordentlichen Landesparteitag der GVP in Baden-Württemberg am 15. Januar 1956 in Ludwigsburg, Arch.: H. HAUSSMANN.

5) Ebd.

6) Auf diesem Landesparteitag war das Abstimmungsergebnis über die Beteiligung der GVP an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg: 36 Ja- zu 12 Nein-Stimmen; aus den hier abgegebenen Berichten der einzelnen Delegierten war die organisatorische Situation der GVP in Baden-Württemberg zu diesem Zeitpunkt: In insgesamt 22 Ortschaften / Städten hatte die GVP Kreisverbände (hingegen gab es 70 Wahlkreise für die Landtagswahl), während der Freudenstädter Kreisverband nahezu 40 (eingeschriebene) Mitglieder hatte, belief sich die Mitgliedsstärke der meisten anderen Kreisverbände im Schnitt auf 10 - 15 (eingeschriebene) Mitglieder; aus: Protokoll über den außerordentlichen Landesparteitag der GVP in Baden-Württemberg am 25. September 1955 in Bad-Cannstatt, Arch.: H. HAUSSMANN.

HEINEMANN, der auch an diesem Parteitag teilnahm, hatte seine befürwortende Zustimmung zu diesem Schritt formelhaft zusammengefaßt: "Ansatz für 1957 durch Einsatz 1956" [7]. Dahinter stand die Überlegung, daß die GVP auch trotz größter Anstrengungen wohl kaum die 5 Prozent-Klausel werde überspringen können [8], daß mit dieser Wahlbeteiligung aber eine organisatorisch günstigere Ausgangsposition für die nächsten Bundestagswahlen geschaffen werde, darüberhinaus aber erwartete man von diesem Wahlergebnis vornehmlich einen "Achtungserfolg". Denn man war sich bewußt, daß erstens für eine Ablösung der CDU-Mehrheit das Gewicht der größten Oppositionspartei unerläßlich war und zweitens, daß die GVP im Bundestagswahlkampf die Nähe zur SPD zu suchen hatte. Deshalb wollte gerade das Präsidium den Landtagswahlkampf auf jene Kreise konzentriert wissen, in denen "eine Aussicht besteht, wenigstens eindrucksvolle Stimmzahlen zu erreichen oder gar ein Mandat" [9].

Die GVP beteiligt sich an den baden-württembergischen Landtagswahlen. Damit waren ihre Anstrengungen auf zwei große Bereiche konzentriert: das Gewinnen von weiteren Mitgliedern, das Gewinnen von Wählern. Beide Bemühungen bedeuten den Versuch, eine Aufnahme ihrer Grundgedanken in der Bevölkerung zu

---

7) Ebd.

8) So schrieb Helene WESSEL kurz nach der Landtagswahl an den damaligen Landesvorsitzenden der GVP in Baden-Württemberg: "... Daß wir die 5 Prozent-Klausel überspringen konnten, hat wohl kaum jemand ernsthaft annehmen können", Brief Helene WESSELS vom 22. 3. 1956 an Wilhelm SCHREIBER, Arch.: W. SCHREIBER.

9) Gustav HEINEMANNS Schreiben vom 7. 2. 1956 an den Landesverband der GVP in Baden-Württemberg, Arch.: H. HAUSSMANN.

erwirken. Anhand beider Bemühungen lassen sich die Schwierigkeiten aufzeigen, mit denen die GVP in der Praxis wesenhaft konfrontiert ist.

Das politische Handeln, das sich hier wie zuvor in der Notgemeinschaft ausdrückt, ist maßgeblich geprägt als ein Handeln aus christlicher Verantwortung. Es ist in dem Verständnis öffentlicher Mitverantwortung begründet, aus dem heraus die Bekennende Kirche gegen die Wiederbewaffnung Stellung nahm, wie die Grundelemente dieser Argumentation zugleich auch hier bei der GVP sich widerspiegeln. Damit war eine geistige Nähe, ja Überschneidung, zwischen GVP und Bekennender Kirche gegeben. Aus ihrem theologischen Selbstverständnis heraus konnte und wollte die Bekennende Kirche nicht einseitig Partei ergreifen und konnte deshalb nicht ausschließlich in der GVP die Partei der Bekennenden Kirche sehen [10]. Ihre prominenten Theologen legten immer wieder Wert auf die Feststellung, nicht Mitglied der GVP zu sein. Es gab eine grundsätzliche Übereinstimmung in den großen außenpolitischen Fragen zwischen Bekennender Kirche und GVP. Dadurch mußten sich politische Aktionen der Bekennenden Kirche zumindest in indirekter Form als einseitige Unterstützung der GVP darstellen [11]. Ließ diese sachliche Übereinstimmung in der Praxis

---

10) In sehr abgewogener Form wird das nach der GVP-Konstituierung in der Monatsschrift der Bekennenden Kirche betont: Oskar HAMMELSBECK, Stimme der Gemeinde - Stimme der Partei?, in: STdG, 5. Jg., Nr. 1, Januar 1953, Sp. 14-17.

11) So gaben etwa 27 Theologen vor der Verabschiedung der NATO-Verträge durch den Bundestag eine öffentliche Erklärung ab, (abgedruckt in: STdG, Sonderheft, Februar 1955, S. 17); diese "Düsseldorfer Erklärung" wurde dann in der Bundestagsdebatte im Dezember 1954 für CDU-Abgeordnete zum Anlaß genommen, von diesen Theologen als von den "Parteigängern des Herrn HEINEMANN" zu sprechen, vgl. Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, 62. Sitzung, 16. 12. 1954, S. 3208 ff.

die Grenzen fließend werden[12], so drückte sich ein personeller Zusammenhang allein schon in der Tatsache aus, daß HEINEMANN selbst der Bekennenden Kirche angehörte, er Mitherausgeber der Monatszeitschrift "Stimme der Gemeinde"[13], diese Zeitschrift wiederum häufig ebenso auf GVP - Veranstaltungen ausgelegt wurde wie die "Gesamtdeutsche Rundschau".

In der Mitgliedschaft der GVP wurde immer die Frage aufgegriffen, ob die GVP nicht vornehmlich evangelische Bevölkerungskreise ansprechen sollte. Ob sie also ihren protestantischen Charakter stärker hervorheben sollte - womit freilich die grundsätzlich angestrebte Trennung von Weltanschauung und Politik, die Grenzen zu einer Klerikalisierung, aufgehoben, beziehungsweise fließend würden. Von Seiten des Präsidiums war man bemüht, solche Vorstellungen unmißverständlich abzuweisen. Der Grundtenor dabei war: "Wir betreiben keine Politik, die dem evangelischen oder einem anderen Volksteil speziell dienen soll, sondern eine Politik des Ausgleichs und der Verständigung über die Konfessionen hinweg. Wir sollten endlich damit aufhören, politische Probleme mit Weltanschauung zu lösen. Es ist völlig gleichgültig, auf welchem Boden der Einzelne steht, wenn er nur politisch anständig mit uns kämpft. Wir sollten alle Kreise ansprechen, die unsere Politik sachlich billigen"[14].

Dieser Haltung entsprach, daß HEINEMANN Wert darauf legte, bei GVP-Veranstaltungen nicht mit seinen kirchlichen Titeln angekündigt zu werden. Die Schwierigkeit, diesem Grundsatz einer Trennung von christlicher Weltanschauung und Politik in der

---

12) Vgl. oben S. 164, Anm. 10; ferner S. 184.

13) Mitherausgeber von HEINEMANN ab: STdG, 3. Jg., Nr. 4, April 1951 ff.

14) Aus Diether POSSERS Rede auf der BV-Sitzung der GVP am 15. November 1953 in Darmstadt, Protokoll über die BV-Sitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt, Arch.: A. SCHEU.

Praxis in letzter Konsequenz zu entsprechen, soll an folgendem Beispiel illustriert werden. Die baden-württembergischen Landtagswahlen sollten gleichsam mit mehreren HEINEMANN-Vortragsreisen eingeleitet werden. Dieser Plan war aus dem baden-württembergischen Raum an HEINEMANN herangetragen worden, und stellte sich als eine Kombination von politischen Versammlungen und kirchlichen Vorträgen im Rahmen kirchlicher Veranstaltungen dar [15]. HEINEMANNS kirchliche Vorträge standen im wesentlichen unter dem Thema "Reisebericht über kirchliches Geschehen in der Sowjetunion und auf der Weltkirchenversammlung in Evanston" [16]. Die Durchführung solcher Veranstaltungen vollzog sich im allgemeinen so: Von Seiten der örtlichen GVP trug man an nahestehende Pfarrer den Vorschlag heran, HEINEMANN zu kirchlichen Veranstaltungen - seien es Pfarrerversammlungen oder Gemeindeabende - einzuladen. Daß es bisweilen auch eine finanzielle Verzahnung zwischen GVP und diesen Vorträgen vor kirchlichem Veranstalterkreis und Publikum gab, zeigt das Beispiel des Stuttgarter GVP-Kreisverbandes, der die Saalmiete für eine Ansprache HEINEMANNS vor einer Pfarrerversammlung trug [17].

---

15) In Mühlacker hatten am 12. 9. 1954 Angehörige des baden-württembergischen Landesverbandes (der Landesvorsitzende Wilhelm SCHREIBER, die Kreisverbandsvorsitzenden von Freudenstadt und Mannheim, Gerhard HERTEL und Paul KÜBLER) den Plan für die Ausgestaltung solcher Vortragsreisen aufgestellt, aus: Akten zur GVP, Arch.: Wilhelm SCHREIBER.

16) So Gustav HEINEMANN in seinem Schreiben vom 2. 10. 1954 an Paul KÜBLER, Arch.: H. HAUSSMANN.

17) HEINEMANN sprach am 26. 10. 1954 im Stuttgarter "Torhospiz", aus: Akten zur GVP, Arch.: W. SCHREIBER.

Die postulierte Absage an jede Koppelung von Christentum und Parteiinteressen in der praktischen Tätigkeit einzuhalten, war ungleich schwerer für jene, die gleichsam die politische Kleinarbeit zu leisten hatten. Für jene Mitglieder, die für die GVP werbend wirksam werden wollten. Die ein Publikum für Vorträge, Abonnenten für die GVP-Zeitung finden mußten, die neue Sympathisanten erschließen wollten. Einmal standen viele von ihnen selbst aktiv im kirchlichen Leben - sei es als Kirchengemeinderats- oder CVJM-Mitglied, sei es als Pfarrer - womit sich zwangsläufig eine gewisse Verflechtung einstellen mußte. So war es gewissermaßen naheliegend, daß beispielsweise der baden-württembergische Landesvorsitzende, ein Pfarrer im Ruhestand, mit Hilfe des Magisterbuches die Anhängerschaft zu erweitern suchte.

Zum andern: die Werthaltungen der GVP sprachen nicht die unmittelbaren materiellen Interessen einer sozialen Schicht an. Damit lag es nahe, über die konfessionelle Interessenlage eine Beziehung zu suchen. So war eine wichtige Arbeitsüberlegung: "Sind uns irgendwelche evangelischen Pfarrer geneigt?" [18]. Über die ortsansässigen Pfarrer versuchte man nicht selten die GVP bekannt zu machen. Es gab auch kritische Stimmen innerhalb der GVP, die diese offenkundige Nähe zur Kirche mißbilligten. "Wir müssen uns mit allen Mitteln dagegen wehren, eine Partei von Schulmeistern, Pastoren und Pfarrtöchtern zu werden. Wir sind ja 'Volkspartei', keine Pastorenpartei" [19]. Zugleich vermochten dieselben Kritiker

---

18) So etwa Wilhelm SCHREIBER in einem Brief vom 9. 12. 1954 an zwei GVP-Mitglieder aus Buchen und Tauberbischofsheim, wo jeweils eine Kreisverbandsgründung in Angriff genommen werden sollte, Arch.: H. HAUSSMANN.

19) Gerd MOEST, Kreisvorsitzender der GVP in Tuttlingen, in seinem Schreiben vom 3. 11. 1954 an Wilhelm SCHREIBER, Arch.: W. SCHREIBER.

sich letztlich auch nicht der positiven Wirkung einer Assoziation von GVP und Kirche zu entziehen: So regte man beispielsweise bei den örtlichen kirchlichen Kreisen die Initiative zu NIEMÖLLER-Vorträgen an [20].

1956 setzte sich die baden-württembergische Landesregierung aus einer Viererkoalition von CDU/SPD/DVP/FDP und BHE zusammen. Für die GVP stand der Landtagswahlkampf unter dem Vorzeichen der Gegnerschaft zur CDU. Ihre Argumentation setzte die GVP - auch hier - in den Rahmen der Aufrüstungsfrage. Der Aufrüstungsfrage, die jetzt mit der anstehenden Verabschiedung der Wehrpflichtgesetzgebung durch den Bundestag in Beziehung stand. Hierbei versuchte man sowohl die wirtschaftlichen als auch die persönlichen Konsequenzen aufzugreifen. Die zu erwartende finanzielle Belastung des Steuerzahlers durch den Aufbau der Bundeswehr konkretisierte man mit Kostenaufrechnungen für Kasernenneubauten. "Soll Baden-Württemberg die größte Kaserne des Bundes werden?" [21]. Der unpopulären Frage der Landbeschaffung für die Bundeswehr versuchte man lokale Interessen entgegenzuhalten. Um die persönlichen Interessen anzusprechen, ging man von der Überlegung aus, daß es zwar die Einzelnen nicht interessiert, "ob Deutschland Grenzwall oder Brücke sein soll, wohl aber sind sie daran interessiert, ob ihr Sohn, Bruder oder Mann wieder Soldat spielen soll" [22]. Wie einerseits ADENAUER

---

20) So den Vortrag Martin NIEMÖLLERS am 26. 11. 1954 in Tuttlingen, aus: Tätigkeitsbericht des GVP-Kreisverbandes Tuttlingen vom November 1954 an den Landesvorstand der GVP in Baden-Württemberg, Arch.: H. HAUSSMANN.

21) Aus der Rede des GVP-Landtagskandidaten Hans WALCH am 8. 2. 1956 in Tübingen, abgedruckt in: Gesamtdeutsche Rundschau, 4. Jg., Nr. 9, vom 24. 2. 1956, S. 4, Arch.: H. BAY.

22) Aus Gerhard HERTELS Erfahrungsbericht über die Landtagswahl 1956, angefertigt im Sommer 1956, Arch.: Gerhard HERTEL.

als Repräsentant der Aufrüstung herausgestellt wurde, so sollte damit umso mehr die "saubere" und "lautere" Persönlichkeit HEINEMANNS unterstrichen werden.

Es war nicht nur eine sachbezogene Gegnerschaft zur CDU-Politik, es war auch ein Landtagswahlkampf, der seine Färbung bekam durch die Tatsache der Konkurrenz einer "christlichen" Partei. Das kam ebenso zum Ausdruck im Wahlslogan wie "von dem rechten Christen, die Nein zum Rüsten sagen", wie man sich auch zuweilen vor dem Wahlsonntag an die Pfarrer wandte: Einerseits wehrte man sich, hierbei irgendeine Form von Wahlhilfe zu erbeten, zugleich schloß man dennoch mit der Bitte: "Helfen Sie den Menschen Ihrer Gemeinde zu einer echten Entscheidung dadurch, daß Sie ihnen klar und deutlich sagen, daß christliche Männer nicht nur in der CDU zu finden sind" [23].

Die gesamte GVP hatte versucht, für den baden-württembergischen Landtagswahlkampf größte Anstrengungen aufzubringen. Sowohl finanziell als personell unterstützten die anderen Landesverbände (Hessen und Nordrhein-Westfalen als die neben Baden-Württemberg stärksten und auch wichtigsten). Dennoch - das Ergebnis vom 4. März 1956 bedeutete, daß die GVP noch nicht einmal zwei Prozent der Stimmen hatte gewinnen können. [24]

---

23) So in einem (vervielfältigten) Brief an evangelische Pfarrer vom 26. 2. 1956, aus: Akten zur GVP, Arch.: G. HERTEL.

24) Von den insgesamt 70 Wahlkreisen hatte die GVP in den vorwiegend katholischen Gegenden des südbadischen Raumes auf Kandidatenaufstellungen von vornherein verzichten müssen, weil hier überhaupt jegliche Voraussetzung fehlte. Genau hatte die GVP 50618 Stimmen (1, 5 %) erhalten, Statistik von Baden-Württemberg Band 100, Die Landtagswahl vom 4. März 1956 in Baden-Württemberg, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1956, S. 11 ff.

Aus dem Gesamtergebnis heben sich ab die Stimmen, die die GVP in den Kreisen Freudenstadt und Calw erhielt - nahezu 18 Prozent, bzw. 13 Prozent. Ein Zusammentreffen günstiger Faktoren erklären diesen Wahlerfolg [25]. Seit den Tagen der Notgemeinschaft waren hier und insbesondere in Freudenstadt und den umliegenden Gemeinden die Gedanken der GVP in der Bevölkerung bekannt. Nicht zuletzt durch eine jahrelange, aufopferungsvolle Arbeit des Kreisvorsitzenden Gerhard HERTEL. Wie in Calw war auch der Landtagskandidat für den Kreis Freudenstadt eine lokal anerkannte Persönlichkeit [26]. Die Kreise Calw und Freudenstadt haben eine Bevölkerung, die überwiegend evangelisch und in kleinbäuerlichen wie kleingewerblichen Betrieben beschäftigt ist.

Aus den Wahlergebnissen einzelner Gemeinden läßt sich ablesen, daß ein Großteil der GVP-Wähler sich aus der CDU-Wählerschaft rekrutierte. Eine häufige Beobachtung ist: sektionale Teilerfolge kleiner Parteien gründen sich auf dem Protest gegenüber den etablierten großen Parteien [27]. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß jene, traditionell kirchenbewußte evangelische Bevölkerung aus diesen Schwarzwald-Kreisen, aus ihrer kleinbäuerlich und damit sich wirtschaftlich benachteiligt fühlenden Situation heraus, nunmehr aus Protest vor allem gegenüber der CDU, die GVP wählten - freilich gleichzeitig auch die GVP als eine "christliche" Alternative zur CDU als wählbar angesehen wurde.

---

25) Die GVP wurde wesentlich von einem aufopferungsvollen Einsatz Einzelner, sowohl was die arbeitsmäßige als auch die finanzielle Belastung anbetraf, getragen - was sich freilich nicht in den Wahlergebnissen abzeichnete.

26) Für Calw kandidierte ein Heilpraktiker aus Calw, für den Wahlkreis Freudenstadt ein Landwirt und Brauereibesitzer aus Hochdorf bei Horb.

27) P. HERRING, The Significance of Third Party Activities, S. 97.

6.2 Die Wahlbündnisverhandlungen

Die baden-württembergischen Landtagswahlen hatten gezeigt, daß der GVP die Existenzgrundlage fehlte. Eine Existenzgrundlage, gemessen an dem Wählerrückhalt, der selbst in den günstigsten Regionen zu einer parlamentarischen Vertretung nicht ausreichte [28]. Die GVP hatte sich ein "eindrucksvolles" Wahlergebnis erhofft - nicht zuletzt im Hinblick auf die Gespräche, die sie jetzt mit einzelnen Parteien führen wollte, um Absprachen für die nächste Bundestagswahl zu treffen. Diese Absprachen sollten ihr gleichsam eine gesicherte Wahlbeteiligung garantieren. Man kann in diesem Vorhaben, das das Eingeständnis der eigenen Ohnmacht und die Bereitschaft, aus ihr Konsequenzen zu ziehen, ausdrückt, einen Indikator für eine Bereitwilligkeit zur Auflösung der Bewegung sehen.

Das Ziel der GVP für die Bundestagswahl 1957 war, eine regierungsfähige Mehrheit ohne die CDU/CSU/DP zu erreichen (die FDP stand inzwischen in Opposition zur Regierung). Die GVP versuchte unter dem Titel eines Gesamtinteresses der Opposition, die einzelnen Parteien SPD, BHE, FDP, Zentrum und Bayernpartei, öffentlich zu einem "Zueinanderrücken" aufzurufen [29].

---

28) Auch wenn an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (28. 10. 1956) sich GVP-Mitglieder beteiligten, und dabei nahezu 80 Sitze in kommunalen Körperschaften erhalten; so vor allem zu den Vertretungen der kreisfreien Städte Siegen und Rheydt, des Landkreises Siegen, vgl. Wahl zu den Vertretungen der kreisfreien Städte und Landkreise am 28. Oktober 1956, in: Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen, 7. Jg. 1958, hrsg. vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1958, S. 81 f.

29) So etwa Gustav W. HEINEMANN, Bundestagswahl, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 4. Jg., Nr. 15, vom 6. 4. 1956, S. 2, Arch.: H. BAY.

Und unter dieser Argumentation versuchte sie auch mit den einzelnen Parteien ins Gespräch zu kommen. Die Wahlabsprache, die sich die GVP im Idealfall von der FDP erhoffte, nämlich "daß die FDP in Verbindung mit der SPD in mehreren Wahlkreisen auf ihren Erstkandidaten verzichtet und empfiehlt, den GVP-Kandidaten zu wählen, damit die GVP in mindestens 3 Wahlkreisen direkt durchkommt" [30] - die Verwirklichung einer solchen Absprache, allein zwischen SPD und FDP, hätte freilich vorausgesetzt eine grundsätzliche Klärung: die Aussöhnung von Liberalismus und Sozialismus. Als Anfang 1956 beim Sturz der CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen sich erstmals ein gemeinsames Vorgehen von SPD und FDP anzeigte, hatte HEINEMANN gefragt: "Ist Düsseldorf ein Auftakt zu solcher Klärung und zugleich zu solcher Überwindung alter Gräben? Das wäre wahrlich ein hoffnungsvolles Zeichen" [31].

---

30) So laut der vom GVP-Landesverband Baden-Württemberg, in Abstimmung mit dem GVP-Präsidium am 29. 10. 1956 erarbeiteten offiziellen "Verhandlungsgrundlage der GVP für eine Wahlabsprache mit der FDP", Arch.: A. LEIKAM. Auf dieser Grundlage versuchte man vor allem hier in Baden-Württemberg nicht nur auf Kreis- und Landesebene in Verhandlungen mit den entsprechenden Organen der FDP zu kommen, auch HEINEMANN hatte, etwa in seinem Gespräch mit Manfred HAUSSMANN (DVP/FDP), dargelegt, daß sich die führenden Kräfte der GVP "um eine möglichst breite Zusammenführung der Opposition bemühen, daß wir aber auch gewillt seien, als GVP in den Wahlkampf zu gehen und dieserhalb insbesondere mit der SPD über Absicherungen von Direktmandaten im Gespräch stünden. Unser Anliegen an die FDP gehe dahin, daß sie in den Wahlkreisen, in denen wir von der SPD die Vorhand bekommen würden, ihrerseits keine Kandidaten aufstellen möchte, um die Chancen für uns zu verbessern. Wir würden in sämtlichen übrigen Wahlkreisen auf Direktmandate verzichten, wodurch der FDP auch aus unseren Freunden Stimmen zufallen würden", so Gustav HEINEMANN in seinem Schreiben vom 2. 4. 1956 an Adolf SCHEU, Arch.: A. SCHEU.

31) Gustav W. HEINEMANN, Szenenwechsel, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 4. Jg., Nr. 9, vom 24. 2. 1956, S. 2, Arch.: H. BAY.

Während sich die verschiedenen Gespräche mit Zentrumspolitikern und dem BHE recht bald als aussichtslos herausstellten, erwiesen sich ebenso Verhandlungsmöglichkeiten mit der FDP Ende 1956 "für nicht mehr sinnvoll" [32]. Die FDP hatte mehrmals öffentlich betont, daß sie erst nach der Bundestagswahl die Frage einer Regierungskoalition zu entscheiden gewillt sei; sie hatte ebenso unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, kleinen Parteien keinerlei Hilfestellung geben zu wollen [33].

So war die Situation für die GVP, daß Ende 1956 allein die Antwort auf die Frage noch ausstand, ob und wieweit sie mit der SPD zu einer positiven Vereinbarung kommen könnte. Am 14. Januar 1957 kam es zu einem ersten verbindlichen Gespräch zwischen SPD und GVP. Die Teilnehmer waren Erich OLLENHAUER, Herbert WEHNER, Wilhelm MELLIES und Walter MENZEL und auf der anderen Seite, Gustav HEINEMANN, Adolf SCHEU, Helene WESSEL und Gerhard HERTEL. Verhandlungsziel der GVP war die Sicherstellung einiger GVP-Kandidaturen in Form eines Stimmen-Splittings. Als denkbare Möglichkeiten nannte HEINEMANN SPD-sichere Wahlgebiete wie Hessen, wo die SPD fast über alle Direktmandate verfügt und folglich die Zweitstimmen der SPD-Wähler der GVP-Landesliste zugefügt werden, oder das Land Bremen, wo umgekehrt der GVP die SPD-sicheren Direktmandate überlassen werden könnten, und die SPD dennoch über die Zweitstimmen ihre Mandate gesichert hätte.

---

32) So schrieb Helene WESSEL am 21. 11. 1956 an Gustav HEINEMANN, Arch.: A. SCHEU.

33) Gerhard HERTEL, der als Mitglied des Landesvorstandes der GVP in Baden-Württemberg mit der FDP verhandelt hatte, war Ende 1956 zu dem Eindruck gekommen: "Die FDP neigt nicht zu 'Altruismus'. Sie sieht in erster Linie ihre eigene Parteisituation und nicht die der Gesamtopposition. Sie meint, die GVP 'verhungere' so oder so", Gerhard HERTEL, in seinem Schreiben vom 15. 12. 1956 an Alfred LEIKAM, Arch.: A. LEIKAM.

Zwei Gesichtspunkte wurden für diese "Hilfestellung der SPD zugunsten der GVP" [34] hervorgehoben: Erneut das Argument, daß eine Ablösung der CDU-Regierung nur durch ein Zusammengehen der Opposition denkbar wäre. Und zum anderen der Hinweis, daß die GVP-Wählerschaft sich nicht aus sozialdemokratischem Reservoir rekrutiere, daß nicht die SPD, wohl aber die GVP unzufriedene CDU-Wähler an sich zu binden vermöge. So stellte HEINEMANN in Zweifel, daß auch bei den kommenden Bundestagswahlen CDU-Wähler "sich zur SPD fänden". Vielmehr "würden mancherlei Wähler zur CDU zurückgestaut werden, wenn ihnen nicht die Möglichkeit einer Stimmabgabe für eine Oppositionsgruppe christlicher Prägung geboten werde" [35].

Parallel zu diesen Gesprächen verlaufen Verhandlungen auf Landes- und Kreisebene mit den entsprechenden SPD-Gremien. Es wird verhandelt um Wahlkreise, die einerseits als SPD unsichere gelten, und in denen gleichzeitig die GVP, bei einer überwiegend protestantischen, kirchlich-lebendigen und zugleich kleinstädtisch-ländlichen Bevölkerung eine relativ gute Resonanz hatte [36]. Die GVP führt diese Verhandlungen - wobei es hier um die Freistellung des Direktwahlkreises zugunsten eines GVP-Kandidaten geht - zentral aus dem Verständnis einer "Oppositionsgruppe christlicher Prägung". Grundtenor dabei ist: "Die GVP ist der Ansicht, daß die SPD die einmalige Chance wahrnehmen sollte, Menschen aus christlichen Kreisen mit Hilfe der GVP zu

---

34) Vertrauliche Niederschrift Gustav HEINEMANNS nach dem Gespräch zwischen GVP und SPD am 14. Januar 1957 in Bonn, Arch.: Gerhard HERTEL.

35) Ebd.

36) Eben die Wahlkreise Calw-Freudenstadt, Siegen-Wittgenstein.

gewinnen, um endlich eine stabile, sog. 'linke Mehrheit' zu erreichen" [37].

Diese auf Präsidiums- wie Landes- und Kreisebene verhandelnden Gespräche mit der SPD werden unterstützt durch jene Theologen, die der GVP nahestehen. Um ihre Vermittlung hatte man sich direkt an sie gewandt. Auch von dieser Seite aus sollte der SPD die Funktion der GVP als "christliche Oppositionspartei" - und damit die Notwendigkeit zu der gewünschten Wahlabsprache - bedeutet werden: "Die SPD und auch die FDP tragen der christlichen Bevölkerung gegenüber Hypotheken, die nicht von heute auf morgen gelöscht werden können, und gerade deshalb ist ihnen ein größerer Einbruch in die CDU-Wählerschaft nicht möglich ... Diese überaus wichtige Funktion der 'christlichen Opposition' ist es nun, die ... der SPD von Menschen aus dem kirchlichen Raum, die bei der SPD Gewicht haben, klargemacht werden muß" [38]. Um die Verhandlungsposition der GVP zu stärken, sollten möglichst viele dieser kirchlichen Persönlichkeiten den SPD-Vorstand in Bonn ansprechen, "damit die SPD einen Eindruck gewinnt, inwieweit ihr nicht zugängliche christliche Kreise hinter der GVP stehen" [39]. In den Antworten kam wiederum mehrheitlich zum Ausdruck, sich in dem gewünschten Sinn für die GVP einzusetzen.

---

37) So in der "Verhandlungsgrundlage für eine Wahlabsprache zwischen GVP und der SPD, vorgeschlagen durch die GVP, Landesverband Baden-Württemberg" vom Oktober 1956, Arch. : A. LEIKAM.

38) Gerhard HERTEL in seinem Schreiben vom 23. 1o. 1956 an Martin NIEMÖLLER, Arch. : G. HERTEL.

39) Alfred LEIKAM in seinem Rundschreiben vom 6. 12. 1956 an ca. 40 Personen des kirchlichen Lebens, Arch. : A. LEIKAM.

Die Haltung der SPD zur GVP war gewissermaßen zwiespältig. Es spricht für ein gewisses Interesse gegenüber der GVP, wenn sich führende SPD-Politiker (einschließlich des Parteivorsitzenden) zu Gesprächen mit der GVP bereitfinden, wenn in dem SPD-Parteivorstand mehrmals der anstehende Komplex einer Wahlabsprache zur Diskussion steht.

Die GVP war für die SPD nicht uninteressant - nicht zuletzt wegen deren Rückhalt unter Teilen der evangelischen Bevölkerung. So schien Herbert WEHNER eine zeitlang einer Wahlvereinbarung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberzustehen; wobei es gerade bei einer solchen, wie er in jenem Gespräch am 14. Januar hervorhob, "wesentlich" sei, "welche Personen die GVP für direkte Wahlkreise anbiete"[40]. So hatte die SPD wohl nicht zuletzt deshalb sich an jener Frankfurter Paulskirchenkundgebung wie den anschließenden Protestkundgebungen im Rahmen dieses "Paulskirchenkreises" beteiligt, um des Bildes eines gemeinsamen Auftretens willen - von Sozialdemokraten und prominenten Protestanten, und sie hatte damit sogar ihre alten "anti-plebiszitären Vorstellungen zeitweise" aufgegeben[41].

Maß die SPD also einer Nähe zur GVP eine gewisse Bedeutung bei, so reichte dies freilich nicht aus, um die SPD zu der Konzession einer Wahlabsprache zu motivieren. Was sich bereits in jenem ersten offiziellen Verhandlungsgespräch andeutete, sollte sich in den nächsten Wochen als die endgültige Haltung der SPD herausstellen: "Wer bei der SPD kandidieren wolle, müsse SPD-Parteimitglied sein, etwas anderes komme nach der Geschichte und Struktur der SPD nicht in Frage"[42].

---

40) Vertrauliche Niederschrift G. HEINEMANNS vom 14. 1. 1957.
41) Udo F. LÖWKE, a. a. O., S. 210.
42) Präsidium der GVP, Schnellbrief Nr. 4, vom 11. 2. 1957 an BV-Mitglieder, Landesvorstände und GVP-Freunde, Arch.: G. HERTEL.

6.3 Die Bedeutung der Auflösung

Anfang Februar 1957 fand eine Bundesvorstandssitzung statt - vor dem Hintergrund der Verhandlungssituation mit der SPD, die dadurch skizziert war, daß die GVP allenfalls in einigen sogenannten SPD-unsicheren Wahlkreisen noch Aussicht zu einer Kandidatur haben würde. Auf dieser Sitzung, an ihr hatten Vertreter sämtlicher Landesverbände teilgenommen, wurde der Beschluß gefaßt, durch weitere Verhandlungen dennoch einige GVP-Kandidaturen sicherzustellen - durch die Lösung als Hospitanten auf SPD-Landeslisten. Die Bereitschaft zu diesem Zugeständnis erfolgt aus einer - wenngleich noch nicht offen ausgesprochenen - Entschlossenheit, am Fortbestand der GVP nicht länger festhalten zu wollen.

Direkt wird von manchen zum Ausdruck gebracht: Erstens: die GVP kann allein keinen Wahlkampf führen. Sie muß deshalb eine Absprache mit der SPD erzielen und dabei das entgegennehmen, was die SPD bietet [43]. Zweitens: als selbständige Partei tritt die GVP den Wahlkampf in völliger Aussichtslosigkeit an, gleichzeitig kommt der Verzicht auf die Wahlbeteiligung einem "arme Leute Begräbnis" gleich [44]. Drittens: eine Wahlenthaltung ist unmöglich, zugleich ist eine Auflösung nach der Bundestagswahl unausweichlich [45].

---

43) Herbert MOCHALSKI auf der BV-Sitzung der GVP am 2./3. Februar 1957 in Köln, Protokoll über die BV-Sitzung, Arch.: H. HAUSSMANN.

44) Dieter POSSER auf der BV-Sitzung der GVP am 2./3. Februar 1957 in Köln, nach privaten Aufzeichnungen von Gerhard HERTEL, Arch.: G. HERTEL.

45) Aus Helene WESSELS Ausführungen auf der BV-Sitzung der GVP am 2./3. Februar 1957 in Köln, nach privaten Aufzeichnungen von Gerhard HERTEL, Arch.: G. HERTEL.

Nachdem es sich herausgestellt hatte, daß die SPD zu keiner Form der Wahlabsprache mit der GVP bereit war, wurde auf einer erneut einberufenen Bundesvorstandssitzung (22./23. 2. 1957 in Köln) beschlossen - und hinter dieser Entscheidung stand die Mehrheit der Mitglieder [46] - die "GVP beteiligt sich nicht selbständig an der Bundestagswahl" [47]. Kann man mit diesem offiziellen Beschluß ein weiteres Anzeichen für den Auflösungsprozeß sehen, so war damit zugleich eine grundsätzliche Entscheidung mehrheitlich getroffen: Von Anfang an hatten die von der GVP gesuchten Wahlabsprachen unter dem Ziel gestanden "geeignete Schritte zu einem Zusammenschluß der Opposition gegen die CDU in der nächsten Bundestagswahl zu unternehmen" [48]. Dieser Schritt war eingeordnet in die größere Zielsetzung, mit der CDU-Ablösung eine Voraussetzung für die Einleitung einer neuen gesellschaftspolitischen Entwicklung zu schaffen.

Nachdem die SPD jede Wahlvereinbarung abgewiesen hatte, war der GVP die Möglichkeit genommen, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zu beteiligen und damit war ihr eine Voraussetzung genommen, die gestellte Zielsetzung tatsächlich weiterhin zu verfolgen. Als Alternative blieb die Auflösung, das "Zugehen" zur SPD.

---

46) Vor dieser Vorstandssitzung hatte sich das Präsidium schriftliche Stellungnahmen aus der Anhängerschaft eingeholt, so berichtet HEINEMANN auf der Bundesvorstandssitzung in Köln, Protokoll über die BV-Sitzung der GVP am 22./23. Februar 1957 in Köln, Arch.: H. HAUSSMANN.

47) Protokoll über die BV-Sitzung der GVP am 22./23. Februar 1957 in Köln, Arch.: H. HAUSSMANN.

48) Beschluß des Bundesvorstandes der GVP auf der BV-Sitzung der GVP am 21./22. April 1956 in Essen, Protokoll über die BV-Sitzung, Arch.: H. HAUSSMANN.

In den zurückliegenden Jahren hatte man sich in der GVP immer wieder die Frage nach einem Zusammenhang mit der SPD gestellt. Als HEINEMANN 1954 einen grundlegenden Aufsatz über die deutsche Sozialdemokratie schrieb, versuchte er jenen programmatischen Wandlungsprozeß zu unterstützen, der sich mit dem Berliner Parteitag nach außen andeutete und der schließlich mit dem Godesberger Programm seinen Abschluß fand. Anfang 1955 war es mit der Frankfurter Paulskirchenkundgebung zu einem gemeinsamen Protest von Repräsentanten der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie wie eben auch der GVP gegenüber der Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung gekommen. Hinter diesem gemeinsamen Protest stand die inzwischen eingetretene grundsätzliche Übereinstimmung in den außenpolitischen Vorstellungen, indem die SPD Anfang 1955 in das Konzept eines kollektiven Sicherheitssystems auch dem Gedanken eines östlichen Sicherheitsbedürfnisses Rechnung trug, und also diesem kollektiven gesamteuropäischen Sicherheitssystem sowohl die ost- als auch die westeuropäischen Staaten angehören sollten. [49)]

Auf jener Bundesvorstandssitzung vom 22./23. Februar 1957 wurde dem Vorschlag Adolf SCHEUS nicht widersprochen, noch einmal mit der SPD Verhandlungen zu suchen. SCHEU wollte damit folgende Aufgabe übernehmen: Wollte die GVP mit einem "Zugehen" zur SPD zugleich einen Schritt zur Verwirklichung ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen getan wissen, so war eine Voraussetzung dafür, daß die GVP-Auflösung und der Eintritt in die SPD nicht "einer bloßen Liquidation" gleichkomme [50)], oder umgekehrt, daß die SPD von einer Haltung abweiche, die bei der

---

49) Vgl. Udo F. LÖWKE, a.a.O., S. 192 ff.

50) In dem Schreiben Adolf SCHEUS vom 16. 3. 1957 an Fritz ERLER, Arch.: A. SCHEU.

GVP den Eindruck erweckte: die SPD legt "es lediglich auf einen Stimmenfang" an, "einer grundsätzlichen Lösung" aber weicht sie aus [51].

Nach zahlreichen Verhandlungsgesprächen zwischen Vertretern der SPD und der GVP - hier vornehmlich durch SCHEU repräsentiert - entsprach das Ergebnis im wesentlichen den Wünschen der GVP, die SCHEU schon auf den letzten Bundesvorstandssitzungen umrissen hatte: die GVP löst sich auf und empfiehlt ihren Mitgliedern und Freunden bei aller Freiheit der Entscheidung des Einzelnen (was zugleich auch der Grundstimmung der Mehrheit entsprach) in die SPD einzutreten, die SPD macht Zusicherungen über sichere Landeslistenplätze für die Präsidiumsmitglieder Helene WESSEL und Gustav HEINEMANN, sie macht die Zusage einer Wirkungsmöglichkeit für ehemalige GVP-Mitglieder nicht nur in Arbeitsgemeinschaften auf Bezirksebene, sondern auch in Ausschüssen beim SPD-Parteivorstand [52].

Am 18./19. Mai 1957 hielt die GVP ihren letzten Bundesparteitag ab. Mit überwiegender Mehrheit (43 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) wurde die Gesamtdeutsche Volkspartei aufgelöst. Die Motivation der Gegner war teilweise bestimmt durch eine Voreingenommenheit gegenüber der Tradition der SPD als einer marxistischen Arbeiterpartei, andererseits war sie bei manchen gerade von dem Gedanken getragen, den Verbürgerlichungsprozeß bei der SPD mit dem Übertritt ehemaliger GVP-Anhänger zu beschleunigen [53]. Nicht zuletzt fiel allen der Schritt

---

51) Schreiben Gustav HEINEMANNS vom 16. 3. 1957 an Hans BAY und Gerhard HERTEL, Arch.: G. HERTEL.

52) Schreiben des SPD-Parteivorstand-Mitglieds Wilhelm MELLIES vom 17. 5. 1957 an Adolf SCHEU, Arch.: A. SCHEU.

53) Diese Charakterisierung macht Adolf SCHEU in seinem Schreiben vom 5. 4. 1957 an Diether POSSER und Gustav HEINEMANN, Arch.: A. SCHEU.

zur Auflösung schwer, weil in den vergangenen Jahren das gemeinsame Handeln ebenso ein Solidaritätsgefühl wie ein gewisses Gefühl politischer Geborgenheit begleitet hatte.

War mit dem Beschluß der Auflösung der GVP das Ende dieser Bewegung gesetzt, so war gleichzeitig mit diesem Schritt der Versuch und die Möglichkeit eröffnet, der gesellschaftspolitischen Entwicklung einen neuen Akzent zu geben. Die GVP wollte den mit der Auflösung verbundenen Schritt des SPD-Eintritts so verstanden wissen, daß er sich als "Signal eines Wandels" auswirke[54]. Eines Wandels, den man einer großen Frage zuordnete, dem Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Arbeiterschaft, einer Frage, die in die Vergangenheit reichte, die aber zugleich komplex sich auch in der Gegenwart stellte und hinüberreichte zu der gesellschaftspolitischen Situation in der Bundesrepublik, die durch eine Bindung von Konservativ - Christlich - Bürgerlichem gekennzeichnet war, und der die regierenden Mehrheitsparteien CDU/CSU politischen Ausdruck gaben. Indem die GVP zur SPD geht, wurde demonstriert, nicht nur die Bereitschaft jenes fortschrittlichen deutschen Protestantismus, eine Brücke zu schlagen zwischen Kirche und der durch die SPD gewissermaßen immer noch repräsentierten sozialistischen Arbeiterschaft - zugleich zeigte sich damit auch die Möglichkeit einer neuen Verbindung, nämlich die: zwischen fortschrittlich - christlichen und sozialistischen Teilen der Bevölkerung.

---

54) Adolf SCHEU in seinem Schreiben vom 16. 3. 1957 an Fritz ERLER, Arch.: A. SCHEU.

LITERATURVERZEICHNIS

1. Quellen

1.1 Archivmaterial

Archiv Hans BAY, Calw

Aufsätze und Resolutionen:

abgedruckt in: Gesamtdeutsche Rundschau, hrsg. i. A. der Notgemeinschaft für den Frieden Europas von Gustav W. HEINEMANN, Adolf SCHEU, Helene WESSEL, Dortmund 1953, (ab Nr. 23, vorher "GVP-Nachrichten") bis Nr. 13, 27. März 1959.

Entschließung des Bundesparteitages der GVP zur Lösung des Deutschland-Problems vom 2. Juli 1955 in Recklinghausen, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 28/29, vom 8. 7. 1955, S. 2.

HEINEMANN, Gustav W., Wohin geht die politische Linke?, Gestalt und Wandel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 2. Jg., Nr. 9/10, vom 26. 2. 1954, S. 6.

HEINEMANN, Gustav W., Linientreue statt Verantwortung, Die Fehlentwicklung der CDU zum Befehlsempfang von oben, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 24/25, vom 10. 6. 1955, S. 1 f.

HEINEMANN, Gustav W., Wo bleibt nun die Wiedervereinigung?, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 32/33, vom 5. 8. 1955, S. 1.

HEINEMANN, Gustav W., Szenenwechsel, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 4. Jg., Nr. 9, vom 24. 2. 1956, S. 2.

HEINEMANN, Gustav W., Bundestagswahl, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 4. Jg., Nr. 15, vom 6. 4. 1956, S. 2.

POSSER, Diether, Das Ausmaß der Bindungen, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. Jg., Nr. 44, vom 21. 10. 1955, S. 2.

Archiv Erhard EPPLER, Dornstetten

Briefe: (im Original bzw. Abschriften)

BODENSTEINER, Hans, Schreiben vom 25. 2. 1953 an die Mitglieder des Bundesvorstandes sowie an die Landes- und Kreisvorsitzenden der GVP.

EPPLER, Erhard, Brief vom 11. 7. 1952 an Gustav W. HEINEMANN.

EPPLER, Erhard, Brief vom 1. 8. 1952 an Helmut LINDEMANN.

EPPLER, Erhard, Brief vom 11. 9. 1952 an Adolf SCHEU.

EPPLER, Erhard, Brief vom 6. 12. 1952 an Gustav W. HEINEMANN.

EPPLER, Erhard, Brief vom 22. 3. 1953 an Hans BODENSTEINER.

EPPLER, Erhard, Brief vom 12. 7. 1953 an Gustav W. HEINEMANN.

EPPLER, Erhard, Brief vom 15. 7. 1953 an Richard FREUDENBERG.

EPPLER, Erhard, Brief vom 19. 9. 1953 an Gustav W. HEINEMANN.

HEINEMANN, Gustav W., Schreiben vom 11. 12. 1951 an Kurt SCHUMACHER.

HEINEMANN, Gustav W., Brief vom 15. 4. 1954 an Erhard EPPLER.

HUMBURG, Manfred, Brief vom 19. 7. 1952 an Erhard EPPLER.

LINDEMANN, Helmut, Schreiben vom 1. 9. 1953 an Erhard EPPLER.

OLLENHAUER, Erich, Schreiben vom 10. 1. 1952 an Gustav W. HEINEMANN.

ORDEMANN, Conrad, Brief vom 23. 7. 1953 an Erhard EPPLER.

SCHEU, Adolf, Rundschreiben vom 18. 7. 1952.

Verschiedenes:

"Aufruf zur Unterschriftensammlung" für die Petition der Notgemeinschaft für den Frieden Europas von 1952.

Text der "Petition an den Herrn Präsidenten des Bundestages, Bonn, überreicht durch die Notgemeinschaft für den Frieden Europas" 1952.

Archiv Hermann HAUSSMANN, Poppenweiler bei Ludwigsburg

Protokolle:

Protokoll über den Landesparteitag der GVP Baden-Württemberg am 2. August 1953 in Freudenstadt.

Protokoll über den außerordentlichen Landesparteitag der GVP Baden-Württemberg am 25. September 1955 in Bad-Cannstatt.

Protokoll über die Bundesvorstandssitzung der GVP am 2./3. Februar 1957 in Köln.

Protokoll über die Bundesvorstandssitzung der GVP am 22./23. Februar 1957 in Köln.

Reden:

HEINEMANN, Gustav W., Rede auf dem außerordentlichen Landesparteitag der GVP Baden-Württemberg am 25. September 1955 in Bad-Cannstatt, Protokoll über den außerordentlichen Landesparteitag der GVP Baden-Württemberg am 25. 9. 1955 in Bad-Cannstatt.

MOCHALSKI, Herbert, Rede auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 2./3. Februar 1957 in Köln, Protokoll über die Bundesvorstandssitzung vom 2./3. Februar 1957 in Köln.

Briefe: (im Original bzw. Abschriften)

EPPLER, Erhard, Brief vom 16. 4. 1954 an Karl SCHOPPMANN.

HEINEMANN, Gustav, Brief vom 2. 10. 1954 an Paul KÜBLER.

HEINEMANN, Gustav, Brief vom 7. 2. 1956 an den Landesvorstand der GVP Baden-Württemberg.

SCHEU, Adolf, Brief vom 2. 9. 1954 an die GVP-Landesverbände.

SCHOPPMANN, Karl, Brief vom 3. 11. 1953 an die Vorsitzenden der Kreisverbände der GVP Baden-Württemberg.

SCHREIBER, Wilhelm, Brief vom 2. 12. 1954 an GVP-Mitglieder aus Buchen und Tauberbischofsheim.

Vertrauliches Rundschreiben des württembergischen Landesbischofs Martin HAUG vom 22. 11. 1950 an die Pfarrer der Württembergischen Landeskirche.

GVP-Bundesgeschäftsstelle, Brief vom 22. 7. 1953 an die Vorsitzenden der Landesverbände der GVP.

Verschiedenes:

"Aufruf an das deutsche Volk" der Notgemeinschaft für den Frieden Europas von 1952, in: Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, hrsg. von der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Essen, Nr. 1, April 1952, S. 1.

Petition der Notgemeinschaft, in: Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, hrsg. von der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Essen, Nr. 1, 25. September 1952, S. 1.

Aufstellung der Bundesgeschäftsstelle der GVP über den Organisationsstand der GVP, Stand März/April 1953.

"Wirtschafts- und Sozialprogramm der Gesamtdeutschen Volkspartei", beschlossen vom 1. Bundesparteitag am 7. Juni 1953 in Essen, brosch., o. S.

GVP-Nachrichtenzentrale des Präsidiums, Sommer 1953, Handzettel an alle GVP-Landes- und -Kreisverbände.

"9-Punkte-Erklärung", in: "GVP: auf neuen Wegen, Gesamtdeutsche Volkspartei - Frei und unabhängig für das Volk", Handzettel, hrsg. von der GVP-Nachrichtenzentrale im Sommer 1953 in Essen.

Tätigkeitsbericht des GVP-Kreisverbandes Tuttlingen vom November 1954 an den Landesvorstand der GVP in Baden-Württemberg.

Jahresbericht des GVP-Landesvorsitzenden Wilhelm SCHREIBER auf dem außerordentlichen Landesparteitag der GVP Baden-Württemberg am 15. 1. 1956 in Ludwigsburg.

Beschluß des Bundesvorstandes der GVP zur Ermächtigung des Präsidiums zu Verhandlungen über einen "Zusammenschluß der Opposition gegen die CDU in der nächsten Bundestagswahl", gefaßt auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 21./22. April 1956 in Essen, Protokoll über die Bundesvorstandssitzung.

Archiv Gerhard HERTEL, Freudenstadt

Rundschreiben des Präsidiums der GVP vom September 1953 an alle Parteigliederungen der GVP.

Vertrauliche Niederschrift Gustav W. HEINEMANNS nach dem Gespräch zwischen GVP und SPD am 14. Januar 1957 in Bonn vom 14. 1. 1957.

Präsidium der GVP, Schnellbrief Nr. 4, vom 11. 2. 1957 an Bundesvorstands-Mitglieder, Landesvorstände und GVP-Freunde.

HEINEMANN, Gustav W., Brief vom 16. 3. 1957 an Hans BAY und Gerhard HERTEL.

HERTEL, Gerhard, Brief vom 23. 10. 1956 an Martin NIEMÖLLER.

HERTEL, Gerhard, Erfahrungsbericht über die Beteiligung der GVP an baden-württembergischen Landtagswahlen vom 4. 3. 1956, angefertigt im Sommer 1956.

HERTEL, Gerhard, Private Aufzeichnungen über die Bundesvorstandssitzung der GVP am 2./3. Februar 1957 in Köln.

Archiv Alfred LEIKAM, Schwäbisch-Hall

"Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei", in: Gesamtdeutsche Volkspartei, Der Aufbruch des neuen politischen Wollens, Manifest und Gründungskundgebung, mit Beiträgen von HEINEMANN, Helene WESSEL, Christel KÜPPER, SCHELZ, SCHEU, SCHOLL, brosch., Druck Essen 1953, S. 3 - 6.

HEINEMANN, Gustav W., Rede auf der Gründungskundgebung der GVP am 30. November 1952 in Frankfurt/M., in: Gesamtdeutsche Volkspartei, Der Aufbruch des neuen politischen Wollens, Manifest und Gründungskundgebung, mit Beiträgen von HEINEMANN, Helene WESSEL, BODENSTEINER, KRÄMER, Christel KÜPPER, SCHELZ, SCHEU, SCHOLL, brosch., Druck Essen 1953, S. 21 - 24.

WESSEL, Helene, Ansprache auf der Gründungskundgebung der GVP am 30. November 1952 in Frankfurt/M., in: Gesamtdeutsche Volkspartei, Der Aufbruch des neuen politischen Wollens, Manifest und Gründungskundgebung, mit Beiträgen von HEINEMANN,

Helene WESSEL, BODENSTEINER, KRÄMER, Christel KÜPPER, SCHELZ, SCHEU, SCHOLL, brosch., Druck Essen 1953, S. 9 - 15.

"Verhandlungsgrundlage für eine Wahlabsprache zwischen GVP und der SPD, Vorgeschlagen durch die GVP, Landesverband Baden-Württemberg" vom Oktober 1956.

"Verhandlungsgrundlage der GVP für eine Wahlabsprache mit der FDP", erarbeitet am 29. 10. 1956 von der GVP, Landesverband Baden-Württemberg.

HERTEL, Gerhard, Schreiben vom 15. 12. 1956 an Alfred LEIKAM.

LEIKAM, Alfred, Rundschreiben vom 6. 12. 1956 an Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens.

Antwort-Schreiben auf das Rundschreiben vom 6. 12. 1956.

Aufnahme-Antrag zur Mitgliedschaft in der "Gesamtdeutschen Volkspartei".

Archiv Adolf SCHEU, Wuppertal-Sonnborn

Protokolle:

Protokoll über die Gründungsversammlung (der GVP) am 29. November 1952 in Frankfurt/M.

Protokoll über die 1. Bundesvorstandssitzung der GVP am 30. November 1952 in Frankfurt/M.

Protokoll über den 1. Bundesparteitag der GVP am 6./7. Juni 1953 in Essen.

Protokoll über die Bundesvorstandssitzung der GVP am 14./15. November 1953 in Darmstadt.

Protokoll über die GVP-Arbeitstagung am 25. September 1954 in Essen.

Protokoll über die GVP-Arbeitstagung am 26./27. März 1955 in Essen.

Reden :

BODENSTEINER, Hans, Rede auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll von der Bundesvorstandssitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt.

HEINEMANN, Gustav W., Rede auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll von der Bundesvorstandssitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt.

MOCHALSKI, Herbert, Rede auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll von der Bundesvorstandssitzung am 14./15. November 1953.

POSSER, Diether, Rede auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 15. November 1953 in Darmstadt, Protokoll über die Bundesvorstandssitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt.

WESSEL, Helene, Rede auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll von der Bundesvorstandssitzung am 14./15. November 1953 in Darmstadt.

Bericht der GVP-Landesvorsitzenden auf der Bundesvorstandssitzung der GVP am 14. November 1953 in Darmstadt, Protokoll über die Bundesvorstandssitzung vom 14./15. November 1953 in Darmstadt.

Briefe : (im Original bzw. Abschriften)

GÖCKERITZ, Hermann, Brief vom 16. 2. 1952 an Gustav W. HEINEMANN.

HEINEMANN, Gustav W., Brief vom 2. 4. 1956 an Adolf SCHEU.

MELLIES, Wilhelm, Brief vom 17. 5. 1957 an Adolf SCHEU.

SCHEU, Adolf, Brief vom 16. 3. 1957 an Fritz ERLER.

SCHEU, Adolf, Brief vom 5. 4. 1957 an Diether POSSER und Gustav W. HEINEMANN.

WESSEL, Helene, Brief vom 21. 11. 1956 an Gustav W. HEINEMANN.

Verschiedenes:

Satzung der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" vom 2. Januar 1952.

Antworten auf Adolf SCHEUS Rundschreiben vom 18. Juli 1952.

"GVP-Nachrichten", Nachrichtendienst der Gesamtdeutschen Volkspartei, hrsg. von der Gesamtdeutschen Volkspartei, Bonn, 1. Jg., Nr. 7, vom 17. 3. 1953.

SCHEU, Adolf, Reisebericht über seine Reise vom 13. -19. 4. 1953 durch Süddeutschland.

Aufstellung der Mitglieder des Bundesvorstandes der GVP, in der Zusammensetzung nach der Wahl auf dem 1. Bundesparteitag der GVP am 7. Juni 1953 in Essen.

Übersicht über die von den GVP-Landesverbänden übernommenen Bürgschaften, angefertigt von Adolf SCHEU, 1953, 1954.

GVP-Mitgliederkartei von 1954.

Aufstellung über den Bezieherstand der Parteizeitung "GVP-Nachrichten", bzw. der Gesamtdeutschen Rundschau, vom Juni 1953, Oktober 1955, Juli 1956.

Archiv Wilhelm SCHREIBER, Kornwestheim

HEINEMANN, Gustav W., Die Rolle Deutschlands im heutigen Europa, Exposé, das der ökumenischen Kommission für Europäische Zusammenarbeit im Januar 1952 erstattet wurde, in: Deutsche Friedenspolitik, Reden und Aufsätze von Dr. Dr. Gustav W. HEINEMANN, hrsg. vom Verlag "Stimme der Gemeinde", Darmstadt 1952, S. 41 - 45.

Aufrüstung oder Viermächte-Konferenz: Zwei oder Ein Deutschland, Eingabe der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, hrsg. von Helene WESSEL, Gustav W. HEINEMANN, Adolf SCHEU, brosch., Druck Essen, 10. 10. 1952.

Aufstellung über die Mitgliederbewegung der GVP Baden-Württemberg über die Jahre 1954 und 1955.

Das auf der Kundgebung am 29. 1. 1955 in der Paulskirche in Frankfurt/M. beschlossene "Deutsche Manifest" ist abgedruckt in: Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!, brosch., Druck Frankfurt/M., o. J., (1955), S. 13.

HEINEMANN, Gustav W., Rede auf der Kundgebung am 29. 1. 1955 in der Paulskirche in Frankfurt/M., abgedruckt in: Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!, brosch., Druck Frankfurt/M., o. J., (1955), S. 9 f.

Briefe:

MOEST, Gerd, Brief vom 3. 11. 1954 an Wilhelm SCHREIBER.

WESSEL, Helene, Brief vom 22. 3. 1956 an Wilhelm SCHREIBER.

Archiv Alfred WILLEMS, Büderich

Protokoll über den Landesparteitag der GVP Nordrhein-Westfalen am 2. August 1953 in Herne i. W.

Protokoll über den Landesparteitag der GVP Nordrhein-Westfalen am 9. August 1953 in Wuppertal.

1. 2 Wichtigere Einzeldokumente, Dokumentationen, Statistiken u. a.

ADENAUER, Konrad, Schreiben an Gustav W. HEINEMANN vom 28. September 1950, Teilwiedergabe in: Gustav W. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt - Notizen zu einer Biographie, in: Frankfurter Hefte, 11. Jg., H. 7, Juli 1956, S. 464.

Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland (Hrsg.), 4. Vierteljahresbericht über Deutschland, 1. Juli bis 30. September 1950, Frankfurt/M. 1950.

Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Im Auftrage der "Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Geschichte des Kirchenkampfes" in Verbindung mit Heinz BRUNOTTE und Ernst WOLF, hrsg. von Kurt Dietrich SCHMIDT, Göttingen 1958 ff.

Auszug aus der Ansprache PIUS XII. vor dem Kardinalskollegium in Rom nach Herder-Korrespondenz, in: Archiv der Gegenwart, 24. 12. 1948, S. 1746 f.

Auszug aus der Rede Konrad ADENAUERS vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Siegen nach dpa, in: Archiv der Gegenwart, 16. 3. 1952, S. 3388.

"Beschluß des Bruderrates zu der Grundordnung der EKD" vom Juli 1948 in Eisenach, in: Kirchliches Jahrbuch 1945-1948, Gütersloh 1950, S. 106 f.

"Beschluß des Reichsbruderrates in Frankfurt/M. zur Kirchenleitung" vom 24. August 1945, in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, Gütersloh 1950, S. 2 f.

Brief von dem Präses der Westfälischen Kirche D. Ernst WILM vom 15. Oktober 1950 an Bundeskanzler ADENAUER, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Gütersloh 1951, S. 177 f.

Das Geteilte Deutschland, Eine Dokumentation der Meinungen, hrsg. von Kurt P. TUDYKA, mit einem Vorwort von Waldemar BESSON, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1965.

"Das Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes" vom 8. August 1947, in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, Gütersloh 1950, S. 220 - 222.

"Das Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes, Auslegung", im Auftrage des Bruderrates verfaßt von Joachim BECKMANN, Martin NIEMÖLLER, Hermann DIEM, Ernst WOLF, in: Hermann DIEM, Haben wir Deutschen etwas gelernt?, Zollikon - Zürich 1948, S. 21 - 42.

DEUERLEIN, Ernst, Potsdam 1945, Ende und Anfang, Köln 1970.

"Düsseldorfer Erklärung" vom 8. Dezember 1954 an die Abgeordneten des Bundestages, Bonn, in: Die Stimme der Gemeinde, Sonderheft, Februar 1955, S. 17.

Einigung und Spaltung Europas 1942 - 1965, Eine Darstellung und Dokumentation über die Zweiteilung Europas, hrsg. von Curt GASTEYGER, Frankfurt/M. / Hamburg 1965, (Originalausgabe der Fischer Bücherei, Bd. 741, Bücher des Wissens).

"Entschließung der evangelischen Delegierten" vom 22. Oktober 1950 auf dem Gründungsparteitag der CDU vom 20. - 22. 10. 1950 in Goslar, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Güterloh 1951, S. 191.

"Entschließung der Kirchenkonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland" vom 17. November 1950 in Berlin-Spandau, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Güterloh 1951, S. 223 f.

"Erklärung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern" vom 24. Oktober 1950, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Güterloh 1951, S. 193.

"Erklärung des Lutherischen Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands" vom 27. August 1945 in Treysa, in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, Gütersloh 1950, S. 7 f.

"Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland gegenüber den Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen" vom 19. Oktober 1945 in Stuttgart, in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, Güterloh 1950, S. 26 f.

"Erklärung des Rates der EKD zur Wiederaufrüstung" vom 27. August 1950, beschlossen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Essen, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Gütersloh 1951, S. 165 f.

FIEDLER, Emil, Die Vielgestaltigkeit religiösen Lebens in Baden-Württemberg seit der Jahrhundertwende (1900 bis 1950), in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, 1. Jg., H. 4, Stuttgart 1954/55, S. 295 - 323.

FLECHTHEIM, Ossip K., Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 8 Bde., Berlin 1962 ff.

"Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung", die als Flugblatt herausgegebene Denkschrift der "Kirchlichen Bruderschaften" vom 4. Oktober 1950, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Gütersloh 1951, S. 169 - 174.

HEINEMANN, Gustav W., Exposé vom 11. September 1950 an den Bundeskanzler, wiedergegeben in: Gustav W. HEINEMANN, Was Dr. ADENAUER vergißt - Notizen zu einer Biographie, Sonderdruck aus: Frankfurter Hefte, Juli 1956, S. 10 f.

HEINEMANN, Gustav W., Deutsche Sicherheit, in: Junge Kirche, 11. Jg., H. 18, November 1950, Sp. 633 - 642.

HEINEMANN, Gustav W., Erklärung vor der Präseswahl auf der Synode der EKD in Espelkamp am 6. März 1955,

gekürzt abgedruckt in: Die Stimme der Gemeinde, Sonderheft, März 1955, S. 9 f.

JÄCKEL, Eberhard (Hrsg.), Die deutsche Frage 1952 - 1956, Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt/ M. / Berlin 1957, (Dokumente, hrsg. von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches Recht der Universität Hamburg, Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel, Institut für Völkerrecht der Universtität Göttingen, H. XXIII).

KAISER, Jakob, Rundfunkansprache am 12. März 1952, in: Archiv der Gegenwart, 16. 3. 1952, S. 3387 f.

Kundgebungen, Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945 - 1959, hrsg. von Oberkirchenrat Dr. MERZYN, o. J., Hannover.

New Yorker Außenministerkonferenz, 12. - 14. und 18. September 1950, Ergebnisse und Kommuniqué, in: Europa-Archiv, 1950, S. 3405 ff.

NIEMÖLLER, Martin, Ansprache auf der Kirchenkonferenz in Treysa am 27. August 1945, in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, Gütersloh 1950, S. 12 - 15.

NIEMÖLLER, Martin, "Offener Brief an den Bundeskanzler" vom 4. Oktober 1950, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Gütersloh 1951, S. 174 f.

NIEMÖLLER, Martin, Ansprache auf einer Kundgebung in Frankfurt/M. am 15. Oktober 1950 anläßlich des "Männertages" der evangelischen Kirche, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Gütersloh 1951, S. 186 - 190.

NIEMÖLLER, Martin, "An die Bevölkerung Westdeutschlands, in: Die Stimme der Gemeinde, 5. Jg., Nr. 8, August 1953, Sp. 233 f.

NOELLE, Elisabeth und NEUMANN, Erich-Peter, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 - 1955, Allensbach 1956.

"Ordnung der Bekennenden Kirche in Deutschland" von 1949, in: Kirchliches Jahrbuch 1949, Gütersloh 1950, S. 77 - 79.

SIEGLER, Heinrich von, Dokumentation zur Deutschlandfrage, Von der Atlantikcharta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961, Hauptband I: 1941 - 1958, 2. erg. u. erw. Aufl., Bonn 1961.

Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 100, H. 1, Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. 9. 1953, Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart / Köln 1953.

Statistik von Baden-Württemberg Bd. 24, Die Landtagswahl vom 4. März 1956 in Baden-Württemberg, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1956.

Treysa 1945, Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer 27. - 31. August 1945, hrsg. von Fritz SÖHLMANN, Lüneburg 1946.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 191. Sitzung, 8. 2. 1952, S. 8159 f; 2. Wahlperiode, 62. Sitzung, 16. 12. 1954, S. 3208 ff.

Wahl zu den Vertretungen der kreisfreien Städte und Landkreise am 28. Oktober 1956, in: Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen, 7. Jg., 1958, hrsg. vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1958, S. 81 f.

"Wort des Bruderrates der EKiD zur Wiederaufrüstung" vom 29. September 1950, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, Gütersloh 1951, S. 167 f.

"Wort an die Pfarrer", verfaßt auf der Reichsbruderratssitzung vom 21. - 24. August 1945 in Frankfurt/M., in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, Gütersloh 1950, S. 4 - 7.

2. Allgemeine Literatur

ADENAUER, Konrad, Erinnerungen 1945 - 1953, Stuttgart 1965.

ALMOND, Gabriel A., Introduction: A Functional Approach to Comparative Politics, in: G. A. ALMOND and J. S. COLEMAN (eds.), The Politics of the Developing Areas, Princeton, N. J., 1960, S. 3 - 65.

ALMOND, Gabriel A. and POWELL, G. BINGHAM, Jr., Comparative Politics, A Developemental Approach, Boston / Toronto 1966.

ARGYLE, Michael, Religions Behaviour, London 1958, (International Library of Sociology and Social Reconstruction, Founded by Karl MANNHEIM, W. J. H. SPROTT (ed.)).

AUGSTEIN, Rudolf, Konrad ADENAUER und seine Epoche, in: Die Ära ADENAUER, Einsichten und Ausblicke, 2. Aufl., Frankfurt/M. / Hamburg 1963, S. 30-83, (Originalausgabe der Fischer Bücherei).

AUGSTEIN, Rudolf, Meinungen zu Deutschland, Frankfurt/M. 1967, (edition suhrkamp 214).

BARING, Arnulf, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Bd. 1, München 1971, (dtv Wissenschaftliche Reihe, Bd. 4065).

BARING, Arnulf, Außenpolitik in ADENAUERS Kanzlerdemokratie, Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Bd. 2, München 1971, (dtv Wissenschaftliche Reihe, Bd. 4066).

BARNET, Richard J. und RASKIN, Marcus G., Nach dem kalten Krieg, Deutschland in der Entscheidung, deutsche Ausgabe, München 1966.

BARTH, Karl, Christengemeinde und Bürgergemeinde, Stuttgart 1946.

BARTH, Karl, Barmen, in: Bekennende Kirche, Martin NIEMÖLLER zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 7 - 15.

BARTNING, Ludwig, Martin NIEMÖLLERS Berufung, in: Bekennende Kirche, Martin NIEMÖLLER zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 132 - 136.

BECKMANN, Johannes, Der theologische Ertrag des Kirchenkampfes, in: Bekennende Kirche, Martin NIEMÖLLER zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 75 - 88.

BELL, Daniel, The End of Ideology, On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties, Glencoe, Illinois 1960.

BESSON, Waldemar, Von ROOSEVELT bis KENNEDY, Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933 - 1963, Frankfurt/M. / Hamburg 1964, (Fischer-Bücherei, Nr. 598, Bücher des Wissens).

BESSON, Waldemar, Die christlichen Kirchen und die moderne Demokratie, in: Staat und Kirche im Wandel der Jahrhunderte, hrsg. von Walter P. FUCHS, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1966, S. 201-215.

BEYME, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969.

BLUMER, Herbert, Collective Behavior, in: A. M. LEE (ed.), New Outline of the Principles of Sociology, New York 1946, S. 165 - 222.

BLUMER, Herbert, Collective Behavior, in: Joseph B. GITTLER (ed.), Review of Sociology, Analysis of a Decade, New York / London 1957, S. 127 - 158.

BRUNOTTE, Heinz, Die Evangelische Kirche in Deutschland, Geschichte, Organisation und Gestalt der EKD, o. O. 1964, (Evangelische Enzyklopädie, hrsg. von Prof. D. Dr. Helmut THIELICKE und Vizepräsident D. Hans THIMME).

CORNIDES, Wilhelm, Die Weltmächte und Deutschland, Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945 - 1955, Tübingen/Stuttgart 1957.

DAHL, Robert, Pluralist Democracy in the United States, Conflict and Consent, Chicago 1967.

DAHM, Karl-Wilhelm, Pfarrer und Politik, Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933, Köln/Opladen 1965, (Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, hrsg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster - Sitz Dortmund, Bd. 29).

DAWSON, Carl A. and GETTYS, WARNER E., An Introduction to Sociology, rev. ed., New York 1945.

Die Nauheimer Protokolle, Diskussionen über die Neutralisierung Deutschlands, Die ersten drei Tagungen des Nauheimer Kreises August, September, Dezember 1948, hrsg. im Auftrag des Nauheimer Kreises von Prof. Ulrich NOACK, Würzburg 1950.

Der CDU - Staat 2, Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, hrsg. von Gert SCHÄFER und Carl NEDELMANN, 2. Aufl., München 1969, (edition suhrkamp 370/2).

DEUERLEIN, Ernst, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1949 - 1955, Konstanz 1964, (Sonderdruck aus BRANDT - MAYER - JUST, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. IV, Abschn. 6).

DEUTSCH, Karl W. and EDINGER, LEWIS J., Germany Rejoins the Powers, Mass Opinion, Interest Groups, and Elites in Contemporary German Foreign Policy, California 1959.

Deutschland und die Welt, Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949 - 1963, hrsg. von Hans-Adolf JACOBSEN und Otto STENZL, Originalausgabe, Veröffentlichung

des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn / München 1964, (dtv dokumente, Bd. 174/75).

DIEM, Hermann, Haben wir Deutschen etwas gelernt? , Zollikon-Zürich 1948.

DIRKS, Walter, Das christliche Abendland, Sein Nachwirken in den Konfessionen der Bundesrepublik, in: Christlicher Glaube und Politik, hrsg. von Klaus von BISMARCK und Walter DIRKS, Stuttgart / Berlin / Mainz 1964, S. 118 - 125.

DIPPER, Theodor, Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933 - 1955, Göttingen 1966, (Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 17).

Mc DONALD, NEIL A., Party Perspectives: A Survey of Writings, in: Comparative Politics, A Reader, Harry ECKSTEIN and David E. APTER (eds.), London 1963, S. 332 - 351.

DOWNS, Anthony, Ökonomische Theorie der Demokratie, hrsg. von Rudolf WILDEMANN, deutsche Ausgabe, Tübingen 1968, (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 8).

EBERSOLE, Luke E., Church Lobbying in the Nation's Capital, New York 1951.

ECKSTEIN, Harry, The Determinants of Pressure Group Politics, in: Comparative Politics, A Reader, H. ECKSTEIN and D. A. APTER (eds.), London 1963, S. 408-421.

ETZIONI, Amitai, Soziologie der Organisationen, deutsche Ausgabe, 3. Aufl., München 1971, (Grundfragen der Soziologie, hrsg. von Dieter CLAESSENS, Bd. 12).

FLECHTHEIM, Ossip K., Westdeutschland am Wendepunkt, Berlin 1967.

FORSTER, Karl, Kirche und Öffentlichkeit, in: Deutscher Katholizismus nach 1945, Kirche Gesellschaft Geschichte, hrsg. von Hans MAIER, München 1964, S. 36 - 57.

France, Germany and the Western Alliance, A Study of Elite Attitudes on European Integration and World Politics, Karl W. DEUTSCH, Lewis J. EDINGER, Roy C. MACRIDIS, Richard L. MERRIT (eds.), New York 1967.

FÜRSTENAU, Julius, Entnazifizierung, Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied / Berlin 1969, ("Politica", Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hrsg. von Wilhelm HENNIS und Hans MAIER, Bd. 40).

GABLENZ, Otto Heinrich von der, Die versäumte Reform, Zur Kritik der westdeutschen Politik, Köln / Opladen 1960.

GEIGER, Theodor, Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft, Stuttgart 1949.

GIMBEL, John, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 - 1949), deutsche Ausgabe, Frankfurt/M. 1971.

GOLLWITZER, Helmut, Rüstung, Frieden und Krieg, brosch., Druck Essen 1952.

GOLLWITZER, Helmut, Die christliche Gemeinde in der politischen Welt, 2. Aufl., Tübingen 1955, (Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien 4 a).

GOLLWITZER, Helmut, Bürger und Untertan, in: Politik und Ethik, hrsg. von Heinz-Dietrich WENDLAND, Darmstadt 1969, (Wege der Forschung, Bd. CXXXIX), S. 151 - 186.

GROSSER, Alfred, Germany and France: A Confrontation, in: France Defeats EDC, Daniel LERNER and Raymond ARON (eds.), New York 1957, S. 54 - 72.

GROSS, Erwin, Das Geheimnis des Pazifismus, Theologie und Politik der Kirchlichen Bruderschaften, Stuttgart 1959.

HANNOVER, Heinrich, Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich - demokratischen Rechtsstaat, Dortmund - Barop 1962.

HASHAGEN, Der Rheinische Protestantismus und die Entwicklung der Rheinischen Kultur, Essen 1924.

HAYNES, Fred E., Third Party Movements Since the Civil War with Special Referenda to Jowa, A Study in Social Politics, New York 1966.

HEBERLE, Rudolf, Social Movements, New York 1951.

HEER, Friedrich, Von der Paulskirche nach Bonn, 1848 - 1963, in: Die Ära ADENAUER, Einsichten und Ausblicke, 2. Aufl., Frankfurt/M. / Hamburg 1963, S. 84 - 105, (Originalausgabe der Fischer Bücherei).

HERMELINK, Heinrich, Geschichte der Evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart, Stuttgart / Tübingen 1949.

HERRING, Pendleton, The Significance of Third Party Activities, in: J. R. OWENS and P. J. STANDENRAUS (eds.), The American Party System, A Book of Readings, New York 1965, S. 93 - 113.

HIRSCH-WEBER, Wolfgang und SCHÜTZ, Klaus, Wähler und Gewählte, Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, unter Mitarbeit von Peter SCHRAN, Martin VIRCHOW, u. a., mit einem Vorwort von Otto STAMMER, Berlin / Frankfurt/M. 1957, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Berlin, Bd. 7).

HOFMANN, Werner, Stalinismus und Antikommunismus, Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M. 1967.

HOLTZMAN, Abraham, The Townsend - Movement, A Political Study, New York 1963.

HONDRICH, Karl Otto, Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Konflikte und politische Freiheiten, Bestimmungsgründe politischer Partizipationsrechte in soziologischer Analyse, Frankfurt/M. 1970.

JASPERS, Karl, Wohin treibt die Bundesrepublik, Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1966.

KANTZENBACH, Friedrich Wilhelm, Der Weg der evangelischen Kirche vom 19. zum 20. Jahrhundert, o. O., 1968, (Evangelische Enzyclopädie, hrsg. von Prof. D. Dr. Helmut THIELICKE und Vizepräsident D. Hans THIMME, Bd. 19/20).

KALTEFLEITER, Werner, Wirtschaft und Politik in Deutschland, Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln / Opladen 1966, (Demokratie und Frieden, Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft und Europa-Fragen der Universität zu Köln, hrsg. von Prof. Dr. Ferdinand A. HERMES, Bd. 2).

KELLERMANN, Henry J., Party Leaders and Foreign Policy, in: West German Leadership and Foreign Policy, H. SPEIER and W. Th. DAVISON (eds.), Evanston 1957, S. 57 - 96.

KEY, Valdimer O., Jr., Politics, Parties, and Pressure Groups, third ed., New York 1952.

KING, Clarence W., Social Movements in the United States, New York 1956.

KIRCHHEIMER, Otto, Germany: Vanishing Opposition, in: Political Oppositions in Western Democracies, Robert A. DAHL (ed.), New Haven / London 1966, S. 237 - 260.

KOCH, Diether, HEINEMANN und die Deutschlandfrage, München 1972.

KOCH, Werner, HEINEMANN im Dritten Reich, Ein Christ lebt für morgen, Wuppertal 1972.

KLUTH, Hans, Die KPD in der Bundesrepublik, Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945 - 1956, Diss., Köln 1958.

KORNHAUSER, William, The Politics of Mass Society, New York 1959.

KUCZYNSKI, Jürgen, So war es wirklich, Ein Rückblick auf 20 Jahre Bundesrepublik, Hrsg.: Staatssekretariat für westdeutsche Fragen DDR 108 Berlin, (Ost) Berlin 1969.

KUPISCH, Karl, Zwischen Idealismus und Massendemokratie, 4. Aufl., Berlin / Stuttgart 1963.

KUPISCH, Karl, Durch den Zaun der Geschichte, Beobachtungen und Erkenntnisse, Berlin 1964.

KUPISCH, Karl, Karl BARTH, In Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1971, (rowohlts monographien).

LANE, Robert E., Political Ideology, Why the American Common Man Believes What He Does, New York / London 1962.

LANGE, Max Gustav, Die FDP - Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, mit Beiträgen von Max Gustav LANGE, Gerhard SCHULZ, Klaus SCHÜTZ, u. a., mit einer Einleitung von Sigmund NEUMANN, Stuttgart / Düsseldorf 1955, S. 345 ff, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Berlin Bd. 6).

LEDER, Gottfried, Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, Zur Problematik des Artikels 4, Abs. 3 des Grundgesetzes, Freiburg 1957.

LENSKI, Gerhard, The Religious Factor, A Sociological Study of Religion's Impact on Politics, Economics, and Family Life, New York 1963.

LIPSET, Seymour M., TROW, Martin A., COLEMAN James S., Union Democracy, The Internal Politics of the International Typographical Union, Glencoe, Illinois 1956.

LÖWKE, Udo F., Für den Fall, daß . . . , Die Haltung der SPD zur Wehrfrage 1949 - 1955, Hannover 1969, (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung).

MAHRENHOLZ, Ernst Gottfried, Kirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik, Hannover 1969.

MAIER, Hans, Der politische Weg der deutschen Katholiken nach 1945, in: Deutscher Katholizismus nach 1945, Kirche Gesellschaft Geschichte, hrsg. von Hans MAIER, München 1964, S. 190 - 220.

MANCUR, Olson, Jr., The Logic of Collective Action, Public Goods and the Theory of Groups, Cambridge, Massachusetts 1965.

MEISSNER, Boris, Rußland, die Westmächte und Deutschland, Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943 - 1953, Hamburg 1954.

MERKL, Peter H., Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, deutsche Ausgabe, Stuttgart 1965.

MERRIAM, Charles E. and GOSNELL, Harold F., The American Party System, An Introduction to the Study of Political Parties in the United States, fourth ed., New York 1950.

METZGER, Manfred, Zum Geleit, in: Theodor DIPPER, Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933 - 1945, Göttingen 1966, S. 9 - 13, (Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 17).

MEYNAUD, Jean, Les Groupes De Pression En France, Paris 1958, (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, 95).

MOCHALSKI, Herbert, Der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: Bekennende Kirche, Martin NIEMÖLLER zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 159 - 164.

MOLT, Peter, Die neutralistische Opposition, Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1949 - 1954, Diss., Heidelberg 1955.

MOMMSEN, Wilhelm, Deutsche Parteiprogramme, 2. Aufl., München 1960, (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1).

NARR, Wolf-Dieter, CDU - SPD, Programme und Praxis seit 1945, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1966.

NAUMANN, Friedrich, Demokratie und Kaisertum, 3. Aufl., Berlin-Schöneberg 1904.

NIEMÖLLER, Wilhelm, Neuanfang 1945, Zur Biographie Martin NIEMÖLLERS, Nach seinen Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahre 1945, Frankfurt/M. 1967, (antworten 16).

NÜRNBERGER, Richard, Die deutschen Lutheraner zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus, in: Christlicher Glaube und Ideologie, hrsg. von Klaus von BISMARCK und Walter DIRKS, Stuttgart / Berlin / Mainz 1964, S. 68 - 76.

ODEGARD, Peter H., Pressure Politics, The Story of the Anti - Saloon League, New York 1928.

OPITZ, Günter, Der Christlich-soziale Volksdienst, Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969, (hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien).

PARSONS, Talcott and SHILS, Edward A. (eds.), Toward a General Theory of Action, Cambridge, Massachusetts, 1962.

PARSONS, Talcott, Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze, in: Theorien des sozialen Wandels, hrsg. von Wolfgang ZAPF, 2. Aufl., Köln / Berlin 1970, S. 35 - 54, (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 31, Soziologie).

PHILIP, Andre, The Interplay of Interests and Passions, in: France Defeats EDC, Daniel LERNER and Raymond ARON (eds.), New York 1957, S. 24-39.

RICHERT, Ernst, Die Radikale Linke, Von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin 1969.

ROTHFELS, Hans, Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Vorträge und Aufsätze, 2., durchgesehene Aufl., Göttingen 1959, (Kleine Vandenhoeck-Reihe 171 S).

ROTHFELS, Hans, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Eine Würdigung, neue erw. Aufl., Frankfurt/M. / Hamburg 1969, (Originalausgabe der Fischer Bücherei).

RUPP, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970.

SCHARF, Kurt, Der Pfarrernotbund, in: Bekennende Kirche, Martin NIEMÖLLER zum 60. Geburtstag, hrsg. von Joachim BECKMANN und Herbert MOCHALSKI, München 1952, S. 136 - 142.

SCHREY, Heinz-Horst, Die Generation der Entscheidung, Staat und Kirche in Europa und im europäischen Rußland 1918 - 1953, München 1955.

SCHREY, Heinz-Horst, Wandlungen des kirchlichen und theologischen Denkens im Blick auf Krieg und Kriegsdienst, in: Evangelische Stimmen zur Frage des Wehrdienstes, mit Beiträgen von Prof. D. Dr. Friedrich DELEKAT, Dr. FLOR, D. Dr. Eberhard MÜLLER, u.a., im Auftrag der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche in Westfalen, hrsg. von D. Dr. Friedrich KARRENBERG und Klaus von BISMARCK, Stuttgart 1956, S. 70 - 88, (Kirche im Volk, H. 19).

SCHREY, Heinz-Horst, Weltbild und Glaube im 20. Jahrhundert, 3. Aufl., Göttingen 1961, (Kleine Vandenhoeck-Reihe 17).

SCHUBERT, Klaus von, Wiederbewaffnung und Westintegration, Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950 - 1952, Stuttgart 1970, (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 20).

SCHULTZ, Hans Jürgen (Hrsg.), Tendenzen der Theologie im 20. Jahrhundert, Eine Geschichte in Porträts, Stuttgart / Berlin / Olten / Freiburg 1966.

SMELSER, Neil J., Theory of Collective Behavior, London 1962.

SONTHEIMER, Kurt, Volk und Nation im Nachkriegsdeutschland, in: Volk-Nation-Vaterland, Der deutsche Protestantismus und der Nationalsozialismus, hrsg. von Horst ZILLESSEN, Gütersloh 1970, S. 300 - 318, (Veröffentlichungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirchen in Deutschland, Bd. 2).

SPEIER, Hans, Introduction: The German Political Scene, in: West German Leadership and Foreign Policy, H. SPEIER and W. Ph. DAVISON (eds.), Evanston 1957, S. 1 - 7.

STERNBERGER, Dolf, Die große Wahlreform, Zeugnisse einer Bemühung, Köln / Opladen 1964.

TROELTSCH, Ernst, Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, Tübingen 1919.

TROELTSCH, Ernst, Spektator-Briefe, Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, hrsg. von H. BARON, Tübingen 1924.

TRUMAN, David B., The Governmental Process, Political Interests and Public Opinion, New York 1962.

TURNER, Ralph H. and KILLIAN, Louis M., Collective Behavior, Englewood Cliffs, N. J., 1957.

WAHRHAFTIG, Samuel L., The Development of German Foreign Policy Institutions, in: West German Leadership and Foreign Policy, H. SPEIER and W. Ph. DAVISON (eds.), Evanston 1957, S. 7 - 57.

WEBER, Max, Politik als Beruf, in: Max WEBER, Gesammelte Politische Schriften, 2. erweiterte Aufl., neu hrsg. von Johannes WINCKELMANN, Tübingen 1958, S. 493 - 548.

WEBER, Werner, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 2. Aufl., Stuttgart 1958.

WETTIG, Gerhard, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 - 1955, Internationale Auseinandersetzungen um die Politik der Deutschen in Europa, München 1967, (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 25).

WETTIG, Gerhard, Politik im Rampenlicht, Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Frankfurt/M. / Hamburg 1967, (Originalausgabe der Fischer Bücherei).

WIECK, Hans Georg, Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.

WILKENS, Erwin, Die Einheit der EKD und die politische Teilung Deutschlands, Volk, Nation, Vaterland in kirchenpolitischer Sicht, in: Volk - Nation - Vaterland, Der deutsche Protestantismus und der Nationalsozialismus, hrsg. von Horst ZILLESSEN, Gütersloh 1970, S. 285 - 299, (Veröffentlichungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirchen in Deutschland, Bd. 2).

WILSON, Bryan R., An Analysis of Sect Development, in: The Study of Society, An Integrated Anthology, ed. with introductions by Peter J. ROSE, New York 1967, S. 722 - 738.

WITTRAM, Reinhard, Das Interesse an der Geschichte, Zwölf Vorlesungen über Fragen des zeitgenössischen Geschichtsverständnisses, 3. Aufl., Göttingen 1968, (Kleine Vandenhoeck-Reihe 59/60/61).

WOLF, Ernst, Barmen, Kirche zwischen Versuchung und Gnade, 2. erw. Aufl., München 1970, (Beiträge zur evangelischen Theologie, Bd. 27).

WOLF, Ernst, Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1933 bis zur Gegenwart, in: Volk - Nation - Vaterland, Der deutsche Protestantismus und der Nationalsozialismus, hrsg. von Horst ZILLESSEN, Gütersloh 1970, S. 172 - 212, (Veröffentlichungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirchen in Deutschland, Bd. 2).

WURM, D. Theophil, Erinnerungen aus meinem Leben, Ein Beitrag zur neuesten Kirchengeschichte, Stuttgart 1953.

ZAPF, Wolfgang, Einleitung, in: Theorien des sozialen Wandels, hrsg. von Wolfgang ZAPF, 2. Aufl., Köln/Berlin 1970, S. 11 - 32, (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 31, Soziologie).

3. Aufsätze

ABEL, Theodore, The Pattern of a Successful Political Movement, in: American Sociological Review, Vol. II, June 1937, S. 347 - 353.

BALES, Robert F., HARE, A. Paul and BORGATTA, Edgar F., Structure and Dynamics of Small Groups: A Review of Four Variables, in: Review of Sociology Analysis of a Decade, Joseph B. GITTLER (ed.), New York/ London 1957, S. 391 - 422.

BARTH, Karl, Nein! Antwort an Emil BRUNNER, in: Theologische Existenz heute, H. 14, München 1934.

BARTH, Karl, Rechtfertigung und Recht, in: Theologische Studien, H. 1, 3. Aufl., Zollikon - Zürich 1948.

BLUMER, Herbert, Collective Behavior, in: A Dictionary of the Social Sciences, Julius GOULD and William L. KOLB (ed.), Glencoe, Illinois 1964, S. 100 f.

BRACHER, Karl Dietrich, Die zweite Demokratie, in: Die Zeit, 24. Jg., Nr. 50, vom 12. Dezember 1969, S. 54-57.

CHAPIN, Stuart F., Social Institutions and Voluntary Associations, in: Review of Sociology Analysis of a Decade, Joseph B. GITTLER (ed.), New York / London 1957, S. 259 - 288.

COOPER, Eunic and JAHODA, Marie, The Evasion of Propaganda: How Prejudiced People Respond to Anti-Prejudice Propaganda, in: Public Opinion and Propaganda, A Book of Readings, Daniel KATZ, Dowin CARTWRIGHT, Samuel ELDERSVELD, Alfred Mc CLUNG LEE (eds.), New York 1954, S. 313 - 320.

DIRKS, Walter, Der Restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, 5. Jg., H. 9, September 1950, S. 942 - 955.

DIRKS, Walter, Vor dem Ende des konfessionellen Friedens?, in: Frankfurter Hefte, 5. Jg., H. 12, Dezember 1950, S. 1239 - 1244.

DIRKS, Walter, Die christliche Demokratie in der Deutschen Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte, 8. Jg., H. 9, September 1953, S. 671 - 681.

DIEM, Hermann, Die politische Verantwortung der Christen heute, in: Theologische Existenz heute, Nr. 35, hrsg. von Karl G. STECK und Georg EICHHOLZ, München 1952.

ESCHENBURG, Theodor, Am Anfang war die Not, Ursachen bundesdeutscher Entwicklung und Fehlentwicklung, in: Die Zeit, 24. Jg., Nr. 38, vom 19. September 1969, S. 8 f.

GUSFIELD, Joseph R., The Study of Social Movements, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 14, 1968, S. 445 - 452.

HAMMELSBECK, Oskar, Politische Umschau, in: Die Stimme der Gemeinde, 2. Jg., Nr. 11, November 1950, S. 13 f.

HAMMELSBECK, Oskar, Politische Umschau, in: Die Stimme der Gemeinde, 2. Jg., Nr. 12, Dezember 1950, S. 2 f.

HAMMELSBECK, Oskar, Stimme der Gemeinde - Stimme der Partei?, in: Die Stimme der Gemeinde, 5. Jg., Nr. 1, Januar 1953, Sp. 14 - 17.

HEBERLE, Rudolf, Observations on the Sociology of Social Movements, in: American Sociological Review, XIV, No. 3, June 1949, S. 346 - 357.

HEBERLE, Rudolf, Types and Functions of Social Movements, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 14, 1968, S. 438 - 444.

HEIDINGFELDER, Georg, Die "andere Seite", Übersicht über katholische Friedensbestrebungen, in: Die Stimme der Gemeinde, 3. Jg., Nr. 10, Oktober 1951, S. 6.

HEINEMANN, Gustav W., Die Stunde des freien Wortes, in: Die Stimme der Gemeinde, 3. Jg., Nr. 10, Oktober 1951, S. 1 f.

HEINEMANN, Gustav W., Gesamtdeutsche Verantwortung, in: Die Stimme der Gemeinde, 3. Jg., Nr. 10, Oktober 1951, S. 9.

HEINEMANN, Gustav W., Deutschland in der Entscheidung, in: Die Stimme der Gemeinde, 4. Jg., Nr. 1, Januar 1952, Sp. 3 - 6.

HEINEMANN, Gustav W., Was heißt "Entpolitisierung der Kirche"?, in: Die Stimme der Gemeinde, 4. Jg., Nr. 2, Februar 1952, Sp. 37 - 42.

HEINEMANN, Gustav W., Wege zueinander, in: Die Stimme der Gemeinde, 4. Jg., Nr. 13, März 1952, Sp. 65 - 68.

HEINEMANN, Gustav W., Der weitere Weg, in: Die Stimme der Gemeinde, 4. Jg., Nr. 6, Juni 1952, Sp. 169.

HEINEMANN, Gustav W., Die Stunde des freien Wortes, in: Die Stimme der Gemeinde, 3. Jg., Nr. 10, Oktober 1952, S. 1 f.

HEINEMANN, Gustav W., Die christliche Sache, Ein Wort zum Parteitag der CDU, in: Die Stimme der Gemeinde, 5. Jg., Nr. 4, April 1953, Sp. 97 - 102.

HEINEMANN, Gustav W., Gestalt und Wandel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Die Stimme der Gemeinde, 6. Jg., Nr. 3, 1. Februar 1954, Sp. 49 - 56.

HEINEMANN, Gustav W., Die 'christliche' Partei, Ein Wort an den Evangelischen Arbeitskreis der CDU, in: Die Stimme der Gemeinde, 7. Jg., Nr. 1, 1. Januar 1955, Sp. 5 - 10.

HEINEMANN, Gustav W., Was Dr. ADENAUER vergißt - Notizen zu einer Biographie, in: Frankfurter Hefte, 11. Jg., H. 7, Juli 1956, S. 455 - 472.

HEINEMANN, Gustav W., Was Dr. ADENAUER vergißt - Notizen zu einer Biographie, Sonderdruck aus: Frankfurter Hefte, Juli 1956, S. 1 - 19.

HEINEMANN, Gustav W., Persönliche Verantwortung oder Linientreue?, Zur Entwicklung der CDU, in: HEINEMANN, Gustav W., Im Schnittpunkt der Zeit, Reden und Aufsätze, Darmstadt 1957, S. 60 - 67.

HEINEMANN, Gustav W., Warum ich aus der CDU austrat, in: HEINEMANN, Gustav W., Im Schnittpunkt der Zeit, Reden und Aufsätze, Darmstadt 1957, S. 50 f.

KILLIAN, Louis M., Social Movements, in: Handbook of Modern Sociology, Robert E. L. FARIS (ed.), Chicago 1964, S. 426 - 456.

KUPISCH, Karl, Im Bann des Zeitgeistes, in: Theologische Existenz heute, Nr. 159, hrsg. von Karl Gerhard STECK und Georg EICHHOLZ, München 1969.

MESSINGER, Sheldon L., Organizational Transformation, A Case Study of a Declining Social Movement, in: American Sociological Review, Vol. 20, No. 1, February 1955, S. 3 - 10.

MOCHALSKI, Herbert, Die Stunde der Bewährung, in: Die Stimme der Gemeinde, 3. Jg., Nr. 8, August 1951, S. 1 - 3.

MOCHALSKI, Herbert, Demokratie in der Entscheidung, in: Die Stimme der Gemeinde, 4. Jg., Nr. 1, Januar 1952, Sp. 5 - 8.

NIEMÖLLER, Martin, Das Bekenntnis der Kirche, in: Die Stimme der Gemeinde, 1. Jg., Nr. 6, Juni 1949, S. 2-4.

SCHLESINGER, Joseph A., Political Party Organization, in: Handbook of Organizations, James G. MARCH (ed.), Chicago 1965, S. 764 - 802.

SCHLESINGER, Joseph A., Party Units, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 11, 1968, S. 428 - 436.

STARBUCK, William H., Organizational Growth and Developement, in: Handbook of Organizations, James G. MARCH (ed.), Chicago 1965, S. 451 - 534.

THIEME, Karl, Die gegenwärtige Dialektik des deutschen Protestantismus, in: Frankfurter Hefte, 5. Jg., H. 3, März 1950, S. 253 - 262.

WOLF, Ernst, Bekennende Kirche, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. völlig neu bearb. Aufl., Bd. 1, Tübingen 1957, Sp. 984 - 988.

WOLF, Ernst, Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, in: Evangelisches Staatslexikon, Im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages, hrsg. von Friedrich KARRENBERG, 4. Aufl., Stuttgart 1963, Sp. 681 - 683.

4. Periodika und Zeitungen

American Sociological Review, Official Journal of the American Sociological Review, New York.

(Keesing's) Archiv der Gegenwart, Essen.

Europa-Archiv, hrsg. von Wilhelm CORNIDES, ab Januar 1953 in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt/M.

Frankfurter Hefte, Zeitschrift für Politik und Kultur, Frankfurt.

International Encyclopedia of the Social Sciences, London.

Junge Kirche, Protestantische Monatshefte, Leer.

Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland, hrsg. von Joachim BECKMANN, Gütersloh.

(Die) Stimme der Gemeinde, Monatsschrift der Bekennenden Kirche, Darmstadt.

Theologische Existenz heute, München.

Theologische Studien, Zollikon - Zürich.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt.

Neue Rhur - Zeitung, Essen.

Rheinischer Merkur, Koblenz.

Stuttgarter Zeitung, Stuttgart.

Die Welt, Hamburg.

Die Zeit, Hamburg.

Lebenslauf

Am 28. April 1940 wurde ich, Barbara Jobke, als Tochter des 1945 gefallenen Dipl.-Ing. Wilhelm Karl Jobke und seiner Ehefrau Johanna, geborene Paszkowski, in Breslau geboren. Von 1947 – 1960 besuchte ich die Schulen in Bunderhee (Ostfriesland), Weener (Ostfriesland) und in Reutlingen. 1960 legte ich am Isolde-Kurz-Gymnasium in Reutlingen die Reifeprüfung ab.

Nach einjährigem England-Aufenthalt begann ich im Sommersemester 1961 mit dem Studium moderner Sprachen (Englisch und Spanisch) an dem Dolmetscher-Institut in Germersheim.

Im Wintersemester 1961/62 setzte ich mein Studium an der Universität Tübingen mit den Fächern Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie fort und schloß dieses am 10. Juni 1974 mit der Promotion ab.